

46/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 9. Sitzung, 21. und 22.12.2006 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

9. Sitzung / öffentlicher Teil

Donnerstag, 21. und Freitag 22.12.2006

Gesamtdauer der Sitzung:

09:04 Uhr – 00:30 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

9. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 21., und Freitag 22. Dezember 2006

Gesamtdauer der 9. Sitzung:
9.04 Uhr – 0.30 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen, begrüßt alle Anwesenden und ersucht, da keine Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vorliegen, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die Auskunftsperson wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt die Auskunftsperson, dankt für deren Erscheinen, erinnert an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Sektionschef Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger (Bundesministerium für Finanzen):

Mein Name: Dr. Gerhard Steger; geboren am 14. Oktober 1957, wohnhaft in 1100 Wien, Beruf: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Dr. Steger, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Finanzministerium, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Bei diesem Punkt erläutere ich immer zusätzlich: Wir halten das hier im Ausschuss so: Falls Dokumente mit besonderer Vertraulichkeitsstufe, wie etwa „NATO restricted“ oder „geheim“ zur Sprache kommen, werden wir extra darauf zurückkommen beziehungsweise ersuche ich Sie, uns darauf aufmerksam zu machen. Dann werden wir die Frage der Vertraulichkeit klären. – Bis jetzt ist dieser Fall **nicht** eingetreten, und es herrscht die feste Absicht, **nicht** zu Dokumenten dieser Klassifikation Befragungen durchzuführen.

Über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sie werden das Frage für Frage selbst beurteilen müssen, ob an einem bestimmten Punkt Ihrer Befragungen einer dieser Gründe schlagend wird, und Sie werden dann mich als Vorsitzenden darauf aufmerksam machen.

Sonst bleibt mir nur, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie laut Verfahrensordnung das Recht haben, zum Beweisthema 1 – nicht darüber hinaus, aber zum Beweisthema 1 –, zu dem Sie heute befragt werden, eine zusammenhängende persönliche Erklärung eingangs abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Gerhard Steger: Nein, danke, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Stadlbauer. Ich ersuche sie, mit der Befragung zu beginnen.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Herr Sektionschef, wir sind jetzt im ersten Beweisthema, das heißt, alles, was bis Frühjahr 2001 stattgefunden hat.

Welche genaue Funktion hatten Sie in diesem Zeitraum im Finanzministerium?

Dr. Gerhard Steger: Leiter der Budgetsektion.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wann waren Sie das erste Mal konkret mit dem Thema Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen befasst?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe in Vorbereitung meiner Aussage in meinen Mitschriften gekramt, die ich im Laufe der Zeit angefertigt, mir aufgehoben und ja auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt habe.

Die erste Mitschrift, die ich in meinen Unterlagen finde, ist vom 9. April 2001, wo es eine Sitzung mit dem Minister gegeben hat – wenn auch in anderem Zusammenhang, zu einem anderen Thema –, in der auch die Frage der Abfangjäger zur Sprache gekommen ist und wo der Minister gesagt hat, das Wunsch-Szenario wäre: **keine Abfangjäger**, aber wenn es sie schon geben sollte, wenn man sozusagen zustimmen müsse, dann hätte er keine Typenpräferenz; entscheidend sei für ihn das Ausmaß der Gegengeschäfte. Da sollte möglichst viel lukriert werden. – Das war der Einstieg ins Thema auf Grund meiner Mitschriften.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Das heißt, es war eine interne Sitzung ...

Dr. Gerhard Steger: Eine interne Sitzung, ja.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ab diesem Zeitpunkt: Wie häufig und in welchem Ausmaß sind Sie mit diesem Thema beschäftigt gewesen?

Dr. Gerhard Steger: Es war dann relativ intensiv. Es waren immer so Zyklen – ich meine, ich konzentriere mich jetzt einmal auf den Zeitpunkt erstes Beweisthema. (*Abg. Stadlbauer: Ja!*) – Es war relativ intensiv das ganze Frühjahr. Es gab immer wieder Besprechungen mit dem Minister, die sehr stark gekreist sind um das Thema **Gegengeschäfte**. Es war dem Minister sehr wichtig, möglichst viel Gegengeschäfte herauszuholen. Er hat sogar eine Gesetzesänderung überlegt, wonach Gegengeschäfte **entscheidend** sein mögen für die Auswahl der Typen und dass man sozusagen einen militärischen Mindest-Level festlegt, und alles, was diesen militärischen Mindest-Level erreicht, möge dann sozusagen in die Bewertung kommen, und dann sei das Gegengeschäft entscheidend. Das hätte er sich gewünscht, das war nur nicht oder ist nur nicht die Rechtslage diesbezüglich.

Es hat also im Laufe des April 2001 noch eine weitere Besprechung gegeben, es hat im Mai Besprechung gegeben, es hat im Juni Besprechung gegeben. Dazwischen haben wir Unterlagen für den Minister erstellt. Es ist dann in den Sommer relativ intensiv hineingegangen – Juli, August.

Ja, also es war eine relativ intensive Beschäftigung, wobei es so war, dass die operative Arbeit meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht haben, also Herr Ministerialrat Hillingrathner mit seinem Team, beziehungsweise, soweit Gegengeschäftssachen betroffen waren, hat auch Kollegin Zendron mitgewirkt, die von der wirtschaftspolitischen Kompetenz her hier einiges beisteuern könnte, Herr Dr. Heinz, ein Kollege von ihr. Während es meine Aufgabe war, vor allem die abteilungsübergreifenden Unterlagen, die wir vorbereitet haben für den Minister, zu koordinieren, beziehungsweise hat mir der Minister immer wieder bestimmte Aufträge gegeben, bestimmte Erwartungshaltungen geäußert, was die Unterlagen betrifft, die ich dann an meine Mitarbeiter weitergegeben habe.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Können Sie sich erinnern, welche Personen sonst noch vom Finanzministerium bei der Vorbereitung, bei diesen Besprechungen zur Nachfolgebefassung befasst waren? – Hillingrathner ...

Dr. Gerhard Steger: Ich fange einmal in meiner Sektion an: Es waren bei mir Hillingrathner, Tomasch von der – damals hat sie so geheißen – II/14, heute heißt sie II/7, Schwarzendorfer nur in einem sehr geringen Ausmaß zu Beginn. Es waren Zendron, Heinz für die Gegengeschäfte, es war – soweit Vergaberechtsfragen betroffen waren – Kollege Sailer, in einer späteren Phase dann allerdings erst. Es war von anderen Sektionen jetzt erinnerlich eigentlich niemand.

Im Ministerbüro waren es sehr stark Christl, Oberleitner in der ersten Phase, dann, in späteren Phasen, andere – aber ich glaube, es geht jetzt nur um das Beweisthema 1; wenn ich die Frage so verstehen darf, dass ich mich darauf konzentriere.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Waren Sie jemals bei einer Besprechung zwischen dem Minister und einem Vertreter von einer Bieterfirma anwesend? (*Dr. Steger: Nein!*)

Wann hatten Sie im Zuge der Nachfolgebefassung das erste Mal Kontakt mit dem Landesverteidigungsministerium?

Dr. Gerhard Steger: In der Phase 1, soweit ich mich erinnere, überhaupt nicht. Das hat Kollege Hillingrathner gemacht, beziehungsweise waren zum Teil auch, glaube ich, Leute aus dem Ministerbüro dabei.

Ich selbst habe erinnerlich in der ersten Phase gar keinen direkten Kontakt zum Verteidigungsministerium gehabt.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Das heißt, Sie haben gesagt, Herr Hillingrathner und Leute aus dem Ministerbüro – ich nehme an, auch wieder Oberleitner, Christl, oder irgendwer ...

Dr. Gerhard Steger: Entschuldigen Sie, das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Sie haben jetzt gesagt, Herr Hillingrathner war dabei oder hatte die Erstkontakte da und aus dem Ministerbüro, nehme ich an, Herr Oberleitner, Herr Christl.

Dr. Gerhard Steger: Oberleitner, Christl – Christl fast stärker als Oberleitner. Beide, glaube ich, aber Christl, glaube ich, eher stärker noch.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): War sonst noch jemand involviert vom Finanzministerium, oder sind das die ...

Dr. Gerhard Steger: Na ja, der Minister natürlich, aber ...

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ja, klar. – Laut Ihrer Erinnerung, ab wann war der Zeitpunkt, wo sich Minister Grasser dann eindeutig für den Eurofighter eingesetzt hat?

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich dazu kurz etwas erläutern: Wenn das bereits ins Beweisthema 2 fällt, würde ich Sie ersuchen, einfach nur zu antworten: Das fällt ins Beweisthema 2. – Dann werden wir die Fragen dort stellen.

Dr. Gerhard Steger: Herr Vorsitzender, könnten Sie mir helfen: Wann genau endet das Beweisthema 1 zeitlich?

Obmann Dr. Peter Pilz: Mit der Öffnung des zweiten Angebotes, das heißt etwa Ende April 2002.

Dr. Gerhard Steger: Aha. – Lassen Sie mich einen Augenblick in meine Unterlagen schauen. *(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)*

Was es gegeben hat, ist eine Sitzung am 12. September 2001, wo der Minister, Kollege Hillingrathner, Kollege Hofer – den ich übrigens vorhin vergessen habe, der auch im Ministerbüro war und am Rande eher zunächst einmal involviert war –, Kollege Christl und Kollege Oberleitner dabei waren, wo die Frage dieser Angebotserstellung oder Ausschreibung behandelt wurde und wo der Minister ausdrücklich gesagt hat: Eurofighter nicht ausschließen, also Übergangsregelung, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in der Übergangszeit angeboten werden können.

Das hängt zusammen mit der offensichtlich damals bestehenden Erwartungshaltung, dass Eurofighter nicht sofort anbieten könnte.

Ich sage damit nicht, dass sich der Minister für Eurofighter eingesetzt hat, sondern dass er gewünscht hat, dass man ihn nicht ausschließt.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Und das war am 12.9.2001 bei einer internen Sitzung?

Dr. Gerhard Steger: Korrekt, ja: am 12.9.2001.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Gab es Ihres Wissens Kontakt mit irgendwelchen Rüstungsfirmen – und wenn ja, mit welchen – seitens des Finanzministeriums oder des Ministers vor Beginn der Angebotseinholung am 10. Oktober 2001?

Dr. Gerhard Steger: Wie ich mittlerweile weiß, hat es diesen Brief von EADS an den Minister vom Juli 2001 gegeben. Ich sage bewusst deshalb „wie ich mittlerweile weiß“, weil mir dieser Brief, der Inhalt des Briefes erst bei Studium der Akten bekannt geworden ist. Das heißt, ich habe diesen Brief vorher gar nicht gekannt und beziehe mich jetzt einfach darauf, dass ich ihn gelesen habe. Daher kenne ich das jetzt – damals habe ich es nicht gekannt, und mir sind auch keine weiteren diesbezüglichen Dinge bekannt.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Dem Ausschuss liegt unter anderem auch ein Schriftstück von Herrn Hillingrathner vom 29. August 2001 vor. Darin können wir sehen, dass es bereits im Frühjahr des Jahres 2001 konkrete Beratungen im Finanzministerium gegeben hat: über eine so genannte Paketlösung, die EADS vorgeschlagen hat. Diese besteht aus MiG sowie 18 Stück Eurofightern. Weiters sind da drinnen die Vorteile des Wirtschaftszugangs zum russischen Raum sowie auch zu Westeuropa ins Treffen geführt. Es wird aber auch angemerkt, dass der Eurofighter erst in zehn bis zwölf Jahren – unter Anführungszeichen – „ausgereift“ wäre.

Kennen Sie dieses Schriftstück, diese Kurzstellungnahme vom 29. August 2001?

Dr. Gerhard Steger: Ich kenne sie deswegen, weil ich sie auch im Zuge des Aktenstudiums gelesen habe, in Vorbereitung auf den Ausschuss. Ich habe sie damals aber **nicht** gekannt. Kollege Hillingrathner hat diese Unterlage direkt dem Minister – ich glaube, das schreibt er auch in der Notiz – übermittelt, also nicht über mich. – Das kann ich zu Ihrer Frage sagen.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Können Sie sich vorstellen, woher die Informationen stammten, die dieser Stellungnahme zugrunde lagen?

Dr. Gerhard Steger: Was meinen Sie jetzt?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Das, was in diesem Schriftstück drinnen steht – woher diese Informationen stammen.

Dr. Gerhard Steger: Was mich sehr gewundert hat beim Durchlesen der Unterlagen, ist diese Kombination aus MiG und Eurofighter. Das war für mich neu beim Studium der Unterlagen, das war mir damals nicht bewusst im Jahr 2001, als wir an diesem Thema gearbeitet haben, weil Kollege Hillingrathner mir immer wieder erzählt hat, wie toll die MiG ist und sich sehr für die MiG sozusagen eingesetzt hat – im Sinne von: Das wäre ein interessantes Angebot! Ich kann mich aber nicht erinnern, dass er mir eine Kombination von MiG und Eurofighter, sozusagen nahe gelegt hätte, dass das eine interessante Variante wäre. Ich war daher ziemlich erstaunt, als ich beim Studium der Akten das dann gefunden habe.

Offensichtlich war die Vorstellung die, dass man Eurofighter sozusagen mit einbeziehen soll in diesen ganzen Prozess und gemeint hat, der Eurofighter sei aber noch nicht so schnell so weit und man brauche daher sozusagen auch eine Zwischenlösung, Alternativangebote. Es finden sich ja dann auch in den Unterlagen in diesem Zeitraum immer wieder klare Hinweise, dass das Finanzministerium gedrängt hat auf die Möglichkeit, Übergangsregelungen, Alternativangebote oder Zwischenlösungen vorzusehen. Das macht eigentlich alles nur Sinn, wenn man Zeitüberbrückung braucht, um dann etwas anderes zu machen.

Also jetzt, sozusagen retrospektiv betrachtet – weil mir damals diese Unterlage nicht bekannt war –, gibt es offenbar eine relativ klare Linie, die lautet: Man macht hier sozusagen die Türe für diese Variante auf.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Sie haben gerade gesagt, dass dieser Punkt, dass der Eurofighter noch nicht so weit ist, eben da drinnen steht. – Was, glauben Sie, war für diese Einschätzung verantwortlich? Wie ist es dazu gekommen? Woher stammt das?

Dr. Gerhard Steger: Das kann ich Ihnen nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Was mich auch interessieren würde, ist Ihre Einschätzung über die Aussagen von Herrn Hillingrathner zu den technischen Details.

Welche Qualifikation oder welche Erfahrung liegt dem zugrunde, dass Hillingrathner da mehr oder weniger beratende Tätigkeit ausgeübt hat?

Dr. Gerhard Steger: Bei der Technik muss ich deswegen passen, weil ich meine Qualifikation im Bereich der Finanzen orte und sonst hobbymäßig vielleicht noch im Bereich der Musik, aber sicherlich *nicht* im Bereich der Technik. Mir ist nur immer wieder aufgefallen, dass sich Kollege Hillingrathner sehr für technische Fragestellungen interessiert und auch immer wieder erzählt hat von technischen Dingen, wo ich ihm eigentlich nicht folgen konnte, weil das sozusagen nicht mein Metier ist. Ich habe daher zur Kenntnis genommen, dass er in technischen Fragen sicherlich eine wesentlich höhere Kompetenz als ich hat.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Woher hat, glauben Sie, Hillingrathner diese Kompetenz genommen?

Dr. Gerhard Steger: Das weiß ich nicht. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass er mir das irgendwie erzählt hätte.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Es gibt dann ein weiteres Schreiben vom 29. August 2001, das auch dem Ausschuss vorliegt und wo ebenfalls Herr Hillingrathner als Absender fungiert. Dieses Schreiben beinhaltet eine Auflistung von Dokumenten, die dem Minister wunschgemäß übermittelt wurden.

Kennen Sie dieses Schreiben?

Dr. Gerhard Steger: Darf ich Sie bitten, mir noch einmal zu sagen, um welches Schreiben es geht?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wo eine Auflistung von Dokumenten ...

Dr. Gerhard Steger: Nein: welches Datum?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Auch 29. August 2001.

Dr. Gerhard Steger: Und das soll was sein?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Eine Auflistung von Dokumenten, die dem Minister übermittelt wurden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, das der Auskunftsperson vorzulegen, dann tun wir uns gleich wesentlich leichter.

Dr. Gerhard Steger: Ist das das Paket, das Ministerialrat Hillingrathner dem Minister geschickt hat? Meinen Sie das? (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Ach so, ja: Das ist das, was ich jetzt sozusagen im Nachhinein gelesen habe, bei der Vorbereitung auf den Ausschuss.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Das heißt, das kannten Sie vorher auch nicht.

Dr. Gerhard Steger: Das habe ich nicht gekannt, nein.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Sind im Zeitraum von Beweisthema 1 Akten von Minister Grasser oder von seinem Kabinett auf Wunsch des Ministers angefordert worden, die danach, nachdem er sie bekommen hat, nicht mehr retourniert wurden beziehungsweise überhaupt in Verstoß gerieten?

Dr. Gerhard Steger: Wenn ich jetzt den Zeitraum so nehme, wie ich das vom Vorsitzenden verstanden habe, also bis April 2002, so gibt es diesen einen Akt, den Hillingrathner in diesem Konvolut nicht erwähnt, sondern der dann später kommt in einem anderen Akt, der angelegt wurde von Frau Dr. Schwarzendorfer als Ersatzakt für das Schreiben von EADS an den Minister.

Das heißt, es hat einen Originalakt gegeben: Schreiben Dr. Bischoff an Minister Grasser – dieses berühmte Schreiben vom Juli 2001, zu dem auf Grund eines Vermerkes, den mir Herr Dr. Hillingrathner geschickt hat – später, als ich die Aktenerledigung urgier habe –, er mir gesagt hat, das hat er auf kurzem Wege direkt dem Minister zur Verfügung gestellt, im Jahr 2001.

Meines Wissens ist dieses Original bis heute nicht wieder aufgetaucht, sondern Kollege Hillingrathner hat sich – was für ihn als braven Beamten spricht – eine Kopie gemacht; daher können wir das sozusagen rekonstruieren. Aber der Originalakt ist meines Wissen bis heute nicht mehr aufgetaucht.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wissen Sie darüber hinaus über andere Akten oder andere Stücke, die auch in Verstoß geraten sind?

Dr. Gerhard Steger: Nicht in Beweisthema 1. Es gibt nur diesen einen zusätzlichen Brief, der erwähnt ist in diesem Brief von EADS an den Minister. Dieser zusätzliche Brief ist, glaube ich, vom 13. Juni, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe den auch nie gesehen. Ich weiß nicht, ob der noch existiert, ob der jemals aufgetaucht ist. Der dürfte – wenn ich das richtig interpretiere, was Kollege Hillingrathner da geschrieben hat – gar nie in die Verwaltung gekommen sein. Ich kenne den nicht.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Anderes Thema: Herr Rauen hat dem Ausschuss erklärt, dass EADS die von Herrn Grasser veröffentlichte EADS-

Präsentation vom 27. Juli 2001 von seinen Vertriebsmitarbeitern auf Basis von Informationen von Kontaktpersonen in Österreich erarbeiten hat lassen. Er wusste aber nicht mehr, wer diese Kontaktpersonen sind.

Können Sie uns da irgendeine Information darüber geben: Wer waren die Kontaktpersonen von den Vertriebsleuten der EADS?

Dr. Gerhard Steger: Nein, ich habe mit EADS nichts zu tun und kann daher auch über Kontaktpersonen von EADS nichts aussagen.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Das heißt, weder Sie noch Mitarbeiter von Ihnen, vom Finanzministerium hatten da Kontakt und können als Ansprechpersonen ...

Dr. Gerhard Steger: Ich kann jetzt nur für mich sprechen: Ich hatte da keinerlei Kontakte. Ich habe auch keine Ahnung, wer diese Kontaktpersonen sein könnten.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich komme jetzt neuerlich zu einem Schriftstück von Herrn Hillingrathner, wieder datiert 29. August 2001. Darin hat er Folgendes festgehalten – ich zitiere –:

Kurzstellungnahme zu EADS-Vorschlag für Paketlösung: Wie ich bereits im Frühjahr vortrug, halte ich diese für optimal, da ... – Zitatende. – Und dann war ein bisschen eine Erklärung.

Sie haben zuerst ausgesagt, Sie haben die Information über diese Paketlösung das erste Mal auch erst im Zuge der jetzigen Diskussion erfahren.

Haben Sie jemals Verhandlungen geführt, die zu diesem Inhalt dieses Schreibens gekommen sind?

Dr. Gerhard Steger: Ich sage das noch einmal sehr präzise: Ich kann mich **nicht** erinnern, dass mir Kollege Hillingrathner irgendwann einmal eine solche Paketlösung präsentiert hätte. Das ergibt sich auch nicht aus meinen Unterlagen. Als ich das gelesen habe, war ich bass erstaunt, weil ich Hillingrathner immer assoziiert habe mit MiG-Fan, aber nicht mit Kombination MiG/Eurofighter-Vorschlag. Das war mir neu. Ich glaube, dass es mir nicht neu erschienen wäre, wenn ich davor schon einmal etwas davon gehört hätte. Also ich kann mich nicht erinnern, dass er mir das einmal früher gesagt oder präsentiert hätte.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wieder ein anderes Thema: Haben Sie jemals österreichische Politiker oder Politikerinnen begleitet bei Treffen, entweder formell oder informell, mit Mitarbeitern, Vertretern oder Beauftragten der Firma EADS oder Eurofighter, im In- und im Ausland? (*Dr. Steger: Nein!*)

Haben Sie jemals österreichische Politiker bei Treffen mit Politikern von Herstellernationen, zum Beispiel Deutschland, Italien oder Großbritannien, im In- und Ausland begleitet – bei formellen oder informellen Treffen? (*Dr. Steger: Nein!*)

Sind Sie im Zeitraum des Beweisthemas, also Frühjahr 2002, in irgendeiner beruflichen oder privaten Geschäftsverbindung mit folgenden Personen gestanden: Herrn Steininger, ehemals BOFORS, Herrn Kurt Wiederwohl, Firma BDP in Graz, oder Frau Keglevich von Special Public Relations? (*Dr. Steger: Nein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das waren jetzt 20 Minuten.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Darf ich **eine** Frage noch stellen? (*Obmann Dr. Pilz: Selbstverständlich!*)

Eine Abschlussfrage: Im Zusammenhang mit der Pressekonferenz von Minister Grasser, die er ja jetzt vor einigen Tagen abgehalten hat, würde mich Ihre Einschätzung interessieren, inwieweit der Minister Vertraulichkeitsbestimmungen – die

es ja im Ministerium an sich gibt – im Alleingang ändern und da eben auf einmal Akten der Öffentlichkeit präsentieren kann.

Dr. Gerhard Steger: Ich kann das in rechtlicher Würdigung nicht beantworten. Ich sage nur: Es gilt das Amtsgeheimnis auch für diese Akten. Und ich habe mich schon sehr gewundert, dass der Minister vertrauliche Akten in Kopie bei dieser Pressekonferenz offenbar verteilen ließ – und gleichzeitig mir vorwirft, ich würde das Amtsgeheimnis nicht wahren, was ich natürlich entschieden zurückweise. Mir ist so ein Fall, dass ein Minister so agiert, in meiner ganzen, fast 30-jährigen Verwaltungstätigkeit nicht untergekommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Guten Morgen, Herr Dr. Steger! Sie haben gerade vorhin gesagt, dass Sie Ihre ersten Notizen aus dem Frühjahr 2001 zum Thema Nachbeschaffung darlegen.

Haben Sie sich mit dem Thema Nachbeschaffung schon vorher beschäftigt, weil Sie damit rechnen konnten auf Grund des Regierungsprogrammes?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann nicht ausschließen, dass es schon vorher Erwähnungen zwischen mir und Ministerialrat Hillingrathner gegeben hat, an die ich mich allerdings nicht erinnere. Meine Erinnerung beginnt diesbezüglich beim 9. April 2001, und daher kann ich dazu eigentlich nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben gesagt, dass sich speziell in Ihrer Abteilung Herr Ministerialrat Hillingrathner damit beschäftigt hat; aber inwieweit waren Sie *persönlich* mit Ihren Aufgaben in diese Abfangjägerbeschaffung eingebunden?

Dr. Gerhard Steger: Ich war insofern eingebunden, als der Minister mir Aufträge gegeben hat für bestimmte Unterlagen, die er haben möchte, und die habe ich an Hillingrathner oder an andere befasste Kolleginnen und Kollegen meiner Sektion weitergegeben. Ich war insofern befasst, als ich Akten gesehen habe, die vom Kollegen Hillingrathner über die Hierarchie gelaufen sind. Ich war nicht operativ sehr stark involviert in diese Abfangjägerfrage.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): In welchem Dienstverhältnis standen Sie zu Ministerialrat Hillingrathner?

Dr. Gerhard Steger: Ich war sein Vorgesetzter.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat es einen dienstlichen Auftrag an Ministerialrat Hillingrathner gegeben, während seiner Dienstzeit Kontakt mit Bieterfirmen aufzunehmen?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist ein solcher Auftrag nicht bekannt; von mir hatte er einen solchen nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber er hätte ihn von Ihnen bekommen müssen, hätte es einen solchen gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Theoretisch hätte er ihn auch direkt vom Minister bekommen können. Aber mir ist auch nicht bekannt, dass der Minister ihm einen solchen Auftrag gegeben hätte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): War es Ihnen bekannt, dass er während der Dienstzeit solche Kontakte gepflegt hat?

Dr. Gerhard Steger: Nein, war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben gerade vorhin gesagt, dass Sie selbst keine Kontakte mit Firmen gehabt haben.

Ist es außergewöhnlich, dass dann praktisch ein nachrangiger Beamter des Ministeriums diese sehr wohl hat?

Dr. Gerhard Steger: Das ist die Frage, ob er vom Minister gebeten wurde, sich um diese Dinge zu kümmern. Ich habe den Eindruck, dass es – jetzt auch sozusagen retrospektiv bei Durchsicht der Unterlagen, Stichwort: EADS-Brief, Stichwort: Notiz Hillingrathner an Minister Grasser vom 29.8. – schon ein bisschen eine direkte Informationslinie zwischen dem Ministerialrat Hillingrathner und dem Minister Grasser in manchen Fragen gegeben hat. Ich kann nicht beurteilen, ob Minister Grasser ihn gebeten hat, sich da um das eine oder andere zu kümmern; da kann ich weder sagen, dass das so war, noch kann ich es bestreiten – ich weiß es schlicht und einfach nicht, und daher bin ich hier vorsichtig mit der Antwort.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann muss ich das anders sagen: Herr Ministerialrat Hillingrathner hat gestern festgestellt, dass er eigenständig diese Kontakte gepflegt hat.

Ist es unter Berücksichtigung dieser Information außergewöhnlich, dass er solche Schritte gesetzt hat?

Dr. Gerhard Steger: Wenn er versucht hat, auf diese Art und Weise Kriterien für die Beurteilung verschiedener Abfangjäbertypen durch das Finanzministerium herauszufinden, nach dem Motto: was können die?, wie schaut das Preis-Leistungs-Verhältnis aus?, dann würde ich nicht von vornherein sagen, dass das sozusagen etwas Unmögliches war, aber es ist jedenfalls ungewöhnlich.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber es war nicht von seinem Aufgabenbereich umfasst?

Dr. Gerhard Steger: Der Aufgabenbereich des Ministerialrats Hillingrathner war, auch zu beurteilen, aus haushaltsrechtlicher Sicht, wie Rüstungsbeschaffungen einzuschätzen sind. Und eine wesentliche Rüstungsbeschaffung ist natürlich die von Abfangjäberten. Von daher würde ich nicht sagen, dass es grundsätzlich aus der Welt ist, wenn ein Vertreter des Finanzministeriums versucht, herauszufinden: Was können die einzelnen Produkte?, um dann auch fachlich entsprechend mit dem Verteidigungsministerium mitreden zu können, wenn es um entsprechende Entscheidungsvorbereitungen geht.

Ich kann mir aber in Kenntnis des Ministerialrates Hillingrathner gut vorstellen, dass er das in einer besonders pro-aktiven Weise betrieben hat.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt grundsätzlich einmal, um das festzuhalten: Es hat keinen dienstlichen Auftrag an Hillingrathner gegeben, diese Informationen einzuholen; und es ist auch außergewöhnlich, dass er sich, bei seinem grundsätzlichen Aufgabenbereich, um technische Spezifikationen von Abfangjäberten gekümmert hat.

Dr. Gerhard Steger: Den ersten Teil bejahe ich uneingeschränkt, den zweiten nicht, weil ich noch einmal sagen möchte: Wenn die Recherche des Kollegen Hillingrathner dazu führt, dass wir im Finanzministerium besser beurteilen können, was die einzelnen Flieger wirklich können – und von daher auch besser in der Lage sind, zu beurteilen, wofür Steuergeld ausgegeben wird –, halte ich das nicht für so außergewöhnlich und für sozusagen aus der Welt. Ich würde aber sagen, dass er sich in einer besonders pro-aktiven Weise um diese Dinge gekümmert hat; ganz offensichtlich, wenn er das so gesagt hat.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hatte nach Ihrer Wahrnehmung Ministerialrat Hillingrathner überhaupt die Kompetenz dazu, das Bundesministerium für Finanzen in dieser Weise technisch zu beraten?

Dr. Gerhard Steger: Na ja, wir haben ja den Artikel 51a der Bundesverfassung, wo drinnen steht, dass der Finanzminister bei seiner Vorgangsweise nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit vorzugehen hat. Und daher fällt unter **Zweckmäßigkeit** sicherlich auch, zu beurteilen, ob ein Produkt wirklich geeignet ist, angekauft zu werden. Man wird sich da sicherlich in erster Linie, würde ich einmal sagen, auf das **Fachressort** verlassen. Das schließt aber nicht aus, dass man sich auch eine zweite eigene Meinung bildet, und von daher hat sich Kollege Hillingrathner dieser Frage ganz besonders angenommen. Ich halte das im Bereich des Möglichen und des Zulässigen, auch wenn er dafür keinen Auftrag hatte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben vorhin erwähnt, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner, um es einmal locker zu sagen, große Freude mit der Type **MiG** gehabt hat.

Würden Sie so weit gehen, das auch als **Lobbying** für die **MiG** zu bezeichnen?

Dr. Gerhard Steger: Ich versuche, das mit meinen Worten zu beschreiben, wenn Sie gestatten, Herr Abgeordneter: Kollege Hillingrathner hat mir mehrfach vermittelt, dass er glaubt, dass das Preisleistungsverhältnis der MiG sehr, sehr günstig sei.

Ich selber war nicht in der Lage, das zu beurteilen, weil ich mich dazu technisch viel zu wenig auskenne. Wenn die Aufgabe des Kollegen Hillingrathner war – und das muss sie gewesen sein als Abteilungsleiter für diesen Bereich –, mitzuhelfen, das für den Bund kostengünstigste Produkt zu beschaffen, und wenn er auf Grund seiner Recherchen zu der Auffassung gekommen wäre, das wäre die MiG, würde ich das nicht als „Lobbying“ bezeichnen, sondern ich würde meinen, dass es gut ist, wenn ich einen Abteilungsleiter habe, der auch in der Sache ein bisschen mitreden kann und sich nicht völlig auf das verlassen muss, was vom Fachressort kommt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner das Fachressort bevormundet hat?

Dr. Gerhard Steger: Das würde ihm ja Kräfte zumessen, die den Generälen oder den Ministerialräten, die dort tätig sind, kein großes Zeugnis ausstellen würden. Ich glaube, dass Kollege Hillingrathner in einer außergewöhnlich engagierten Weise ... – Das kann ich wirklich aus eigener Beobachtung sagen: Er hat sich in diesen ganzen Prozess psychisch und physisch mit enormer Energie hineingeschmissen und hat wirklich bis zur Erschöpfung gearbeitet.

Ich glaube, dass sich Hillingrathner sehr stark eingebracht hat. Ich glaube, dass es ihm das Fachressort nicht immer leicht gemacht hat. Stichwort: kurzfristige Befassung in ganz wichtigen Fragestellungen. – Ich sehe eigentlich keine Bevormundung des Fachressorts durch Herrn Ministerialrat Hillingrathner. Auf Grund der mir zugänglichen Unterlagen könnte ich das nicht bestätigen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, ob es eine gegensätzliche Linie des Bundesministeriums für Landesverteidigung bereits im Vorfeld gegenüber einer Festlegung auf 18 Stück gegeben hat, und zwar vom Bundesministerium für Finanzen?

Dr. Gerhard Steger: Darf ich Sie bitten, das noch einmal ...

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Anders gesagt: Hat es eine Linie, eine Festlegung des Bundesministeriums für Finanzen auf **18 Stück** – entgegen der Linie des Bundesministeriums für Landesverteidigung – gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Es gibt im fraglichen Zeitraum eine ganze Reihe von Belegen aus dem Finanzministerium, aus denen hervorgeht, dass die 18 Stück für das Finanzministerium hohe Priorität hatten.

Ich darf vielleicht ein paar Beispiele dafür bringen. Ich schaue jetzt nur, dass ich nichts übersehe. (*Dr. Steger blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.*)

Das erste Mal, wo ich das jetzt auf die Schnelle sehe, ist: Am 17. Juli 2001 eine Besprechung mit dem Minister, dem Staatssekretär und einigen anderen, wo davon die Rede war, eventuell nur 18 und wiederum eventuell **plus 6**, offensichtlich Schulungsflugzeuge, zu beschaffen. (*Abg. Dr. Fasslabend: 2001?*) Ja: 17.7.2001.

Eine zweite Geschichte, sehr klar, in einem Akt vom Juli 2001, Aktenzahl 271322/6-II/14/01, wo es ein Mail von Minister Grassler an Hillingrathner gibt – also wiederum offensichtlich eine gewisse direkte Kommunikation zwischen den beiden –, wo der Minister sagt: 18 Stück Abfangjäger beschaffen! – Das kann man nachlesen, dieses Schriftstück liegt dem Hohen Ausschuss vor.

In diesem bereits erwähnten Aktenvermerk von Hillingrathner selber vom 29. August 2001, wo er vorschlägt, dann **18 Stück Eurofighter** nach der Übergangslösung mit den **MiG** zu kaufen.

Ich glaube schon, dass man sagen kann, dass die 18 Stück sehr stark vom Finanzministerium gepusht wurden, was aus budgetärer Sicht sicher besser ist als 24.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Würden Sie sagen, dass diese 18 Stück finanzressort-intern die Präferenz waren, oder hat es da eine politische Entscheidung gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Wenn der Minister dem Herrn Ministerialrat Hillingrathner ein Mail schickt: 18 Stück Abfangjäger beschaffen!, dann ist es klar, dass es eine politische Linie ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Des Ministeriums oder der Regierung?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann nur vom Ministerium sprechen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang: Hat es bereits vor dem Hochwasser 2002 eine politische Entscheidung zur Reduktion der Zahl der Flieger von 24 auf 18 gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Aus eigener Wahrnehmung kann ich dazu nichts sagen. Das, was ich sagen kann, ist, dass es im fraglichen Zeitraum zwei Akten gibt, die auf diese Frage eingehen, Herr Abgeordneter.

Der eine Akt ist ... (*Dr. Steger blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.*) – Lassen Sie mich, bitte, einen Moment in meinen Unterlagen nachschauen.

Das ist derselbe Akt, den ich vorhin erwähnt habe: Juli 2001, 271322/6, wo Ministerialrat Hillingrathner im Akt, im Votum darauf verweist, man habe sich beim Herrn Bundeskanzler auf 18 Stück und eventuell 6 Schulflugzeuge geeinigt.

Eine zweite Sache, die auch in diese Richtung weist, ist ein Akt, der etwas später erstellt wurde, nämlich der Akt 271322/8-II/14/01, wo das Finanzministerium dem Landesverteidigungsministerium in der Sache Abfangjägerbeschaffung schreibt – ich zitiere wörtlich, Herr Abgeordneter, aus diesem Schreiben –

Zitat: Einer politischen Vereinbarung auf Regierungsebene entsprechend soll lediglich eine Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional 6 zweisitzigen Schulflugzeugen ausgeschrieben werden. – Zitatende.

Das ist ein Akt, der auch beim Ministerbüro Dr. Christl vorbeigelaufen ist, mit der Bitte um Information des Herrn Bundesministers, und der Akt wurde von Herrn Dr. Christl abgezeichnet. Wenn das nicht auch das Verständnis des Finanzministers gewesen wäre, wäre das wohl kaum möglich.

Darüber hinaus findet sich in diesem Akt ein Vermerk meines Stellvertreters, der mich damals vertreten hat – ich war offenbar auf Urlaub – und gesagt hat:

Auf Grund einer telefonischen Rücksprache mit Herrn Bundesminister für Finanzen soll der Punkt Alternativangebot mit dem Hinweis der Zulässigkeit von nicht fabriksneuen Flugzeugen als Alternativangebot ergänzt werden. – Zitatende.

Das heißt, der Minister hat sich offenbar diese Erledigung genau angesehen. Und er hätte sicher einen Einwand geäußert, wenn das nicht auch sein Verständnis gewesen wäre, diese Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und nur optional 6 zweisitzigen Schulflugzeugen, wenn er nicht auch dieser Meinung gewesen wäre, dass das Regierungsvereinbarung wäre. (*Abg. Dr. Stadler: 10. August, Pichler?*) Ja, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): War das jetzt eine Einzelmeinung des Herrn Bundesministers, nachdem dann **24 plus sechs optional** ausgeschrieben wurden?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe jetzt eine Kopie da. Ich darf noch einmal die Aktenzahl zitieren: 271322/8-II/14/01, Pichler, 10. August 2001.

Mir ist natürlich bekannt, dass dann 24 ausgeschrieben worden sind. Es wird in diesem Antwortschreiben des Landesverteidigungsministerium auf diese Regierungsvereinbarung Bezug genommen. Und irgendwo anders habe ich gelesen – ich müsste jetzt selber schauen, wo das steht –, dass es offenbar ... – Nein, das war erst später, das verwechsle ich jetzt.

Ich kann nicht erklären, wieso dann plötzlich **24** ausgeschrieben wurden. Wieso es da einen Wechsel gegeben hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben vorher schon gesagt, dass das die Meinung des Bundesministers für Finanzen war.

Dr. Gerhard Steger: Noch einmal: Ich zitiere eine SMS des Herrn Ministers an Herrn Hillingrathner. Das kann man nachlesen, das liegt dem Ausschuss vor, das können Sie selbst überprüfen. Und ich zitiere hier aus einer Erledigung des Finanzministeriums an das Verteidigungsministerium, wo von **18 Einsitzern und optional 6 zweisitzigen Schulflugzeugen** die Rede ist – ein Akt, den der Minister offenbar selbst gesehen hat, da er noch eine Änderung hineinreklamiert hat. Ich gehe davon aus, dass der Minister der Meinung war, das sei tatsächlich so. Davon **muss** ich ausgehen, wenn er das selbst gesehen hat.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber **24 plus 6** waren dann ausgeschrieben.

Dr. Gerhard Steger: Das war dann letztendlich ausgeschrieben. Jawohl.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke vorerst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich komme noch einmal kurz auf die von der Kollegin Stadlbauer erwähnten Aktentransfers zurück, wo dann der Originalakt dieser Paketlösung von EADS verschwunden ist. Das ist dieser Aktenvermerk vom 29. August, den Ihnen die Frau Kollegin schon zur Einsicht zugeleitet hat.

Ich halte fest: Das heißt, der Originalakt, der dort zurückgeleitet wurde, ist verschwunden.

Nun habe ich einen zweiten Aktenvermerk von Herrn Ministerialrat Hillingrathner da, der allerdings vom 10. Mai 2004 datiert, der auch zwei interessante Elemente beinhaltet. Ich komme auf das zweite Element in diesem Aktenvermerk zu sprechen, wo er noch einmal berichtet, dass er den Akt an den Minister am 29. August zurückgeleitet hat, der Originalakt unauffindbar ist.

Er leitet dieses Schreiben wie folgt ein – gerichtet ist das Schreiben an Sie; Ich zeige es Ihnen dann, ich lege es Ihnen dann vor, falls Sie es nicht haben –:

Lieber Gerhard! – Gemeint sind Sie. – Ich habe Dir meiner Erinnerung nach bereits im Oktober 2003 das Geschäftsstück über deine Anfrage (mittels E-Mail) in der Richtung beantwortet, dass ich das Geschäftsstück bereits im Wege einer Ersatzerledigung mit den kopierten Originalunterlagen als Verschlussakt eingelegt habe.

Und jetzt kommt der zentrale Satz:

Aus mir unerfindlichen Gründen ist dieses Geschäftsstück offenbar nicht bis in die Kanzlei gelangt. – Ende des Zitats.

Wollen Sie das sehen, oder kennen Sie es?

Dr. Gerhard Steger: Ich kenne es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, um es festzuhalten, nur damit ich es begreife: Es ist der Originalakt dieser EADS-Paketlösungsunterlagen von Bischoff, 27.7.2001, an den Minister gerichtet, verschwunden. Dann leitet Hillingrathner eine **Kopie** dieses Originalaktes an Sie – und das verschwindet auch wieder.

Dr. Gerhard Steger: Nicht an mich, sondern er hat sozusagen eine Ersatzerledigung produziert, die er offenbar in die **Kanzlei** geschickt hat. Und nach diesem Schriftstück, das mir auch in Kopie vorliegt, das Sie jetzt gerade zitiert haben, sagt er, dieses Schriftstück ist **nicht** bis in die Kanzlei gelangt. Und er hat mir dann, glaube ich, noch mündlich mitgeteilt, schon damals, er wird jetzt schauen, dass noch einmal eine Ersatzerledigung passiert. Als vorsichtiger Mensch hat er Gott sei Dank offenbar immer vorher Kopien gemacht. (*Abg. Mag. Stadler: Gott sei Dank!*) – Ja, Gott sei Dank!

Mir hat Frau Dr. Schwarzendorfer gesagt, die dann letztendlich die Ersatzerledigung gemacht hat – das ist die, die auch dem Ausschuss vorliegt, mit Datum vom 11. Juni 2004 –, mir hat also Frau Dr. Schwarzendorfer erzählt, dass sie dann mit diesem ganzen Paket zum Kanzleileiter gegangen ist, sich vor ihm aufgepflanzt und gesagt hat, er möge das nicht falsch verstehen, das sei kein Misstrauen, aber sie verlässt die Kanzlei erst dann, wenn sie gesehen hat, dass dieses Schriftstück im Tresor deponiert ist. Das ist dann tatsächlich auch geschehen. Und das ist der Umstand, dass wir es jetzt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Würden Sie meine Einschätzung teilen, dass das wirklich absolut außergewöhnlich ist, dass zuerst der Originalakt verschwindet, dann auch die Kopie verschwindet und dass die Vorgehensweise der von Ihnen soeben zitierten Kollegin daher auch außergewöhnlich war.

Dr. Gerhard Steger: Diese Auffassung würde ich teilen, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie irgendeine Vorstellung, warum zwei Mal ein Akt – einmal der Originalakt und dann der identisch kopierte Ersatzakt – verschwindet, was da der Hintergrund sein könnte?

Dr. Gerhard Steger: Ich will jetzt nicht spekulieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Das respektiere ich. Die Spekulation werden wir dann bei der Schlussfolgerung im Zusammenhang mit den Ergebnissen dieses Ausschusses ohnehin anstellen müssen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das werden wir mit Sicherheit **nicht** tun! Wir werden **bewerten**, aber **nicht spekulieren**.

Abgeordnete Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich werde es tun!

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist ein Minderheitsrecht der Freiheitlichen Partei, zu spekulieren. Der Ausschuss wird **bewerten**.

Abgeordnete Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ausschussvorsitzender! Wenn wir es bis dorthin nicht klären können, warum zwei Mal der gleiche Akt verschwindet, werde ich die eine oder andere Spekulation darüber anstellen **müssen**.

Nun komme ich auf das zurück, was Sie, Herr Sektionschef, über die Tätigkeit des Herrn Dr. Christl gesagt haben, der gestern hier war. Ich sage gleich dazu, damit Sie wissen, warum ich diese Frage stelle: weil er wirklich bemerkenswerte Erinnerungslücken bei der Befragung aufzuweisen hatte – im Gegensatz zu Ihnen. Sie haben wirklich unglaublich kompetent und detailreich hier Informationen gegeben – übrigens auch Herr Ministerialrat Hillingrathner, der keinen Sondervertrag hat, sondern ein ganz gewöhnlicher Beamter war. Ist das richtig?

Dr. Gerhard Steger: Er war ein Abteilungsleiter im normalen Beamtenstatus, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil Herr Dr. Christl uns gegenüber erwähnt hat, dass er einen Sondervertrag hatte und gleich auf Urlaub gehen durfte.

Herr Dr. Christl hat uns gesagt, er wisse gar nicht so recht, wann er überhaupt mit der ganzen Eurofighter-Sache betraut war.

Sie haben in der Einleitung auf die Frage der Kollegin von der sozialdemokratischen Fraktion gesagt, dass von Anfang an in dieser ersten Phase Dr. Christl und Mag. Oberleitner befasst waren, und zwar Christl eher stärker. Heißt das, dass Christl im Kabinett der eigentliche Ansprechpartner und Bearbeiter war?

Dr. Gerhard Steger: Es gab zwei. Es gab Christl und Oberleitner. Meiner persönlichen Wahrnehmung nach war Christl sozusagen der „Einser“ und Oberleitner der „Zweier“, wenn ich das salopp formulieren darf. Christl war auch immer wieder bei Besprechungen dabei, wie ich meinen Unterlagen entnehme, die ich mir im Laufe der Zeit für diesen Ausschuss zusammengestellt habe. Und er war auch immer wieder Empfänger von Unterlagen von Hillingrathner, zum Beispiel im Zusammenhang mit Gegengeschäftsgeschichten und so weiter. Also Christl hat da sicher eine Schlüsselrolle gespielt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte fest: Sie sagen, Christl hat die Schlüsselrolle gespielt, war sozusagen auch das direkte Bindeglied zum Herrn Bundesminister?

Dr. Gerhard Steger: So ist meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es kann nämlich sein, Herr Sektionschef, dass vielleicht ich oder meine Fraktion den Antrag stellen wird, dass man Sie eventuell noch dem Herrn Dr. Christl, vielleicht später einmal, gegenüberstellt. Deswegen wollte ich hier Klarheit haben, um einfach nur seine Erinnerungslücken leichter schließen zu können.

Ich komme auf eine andere Thematik, die uns im Ausschuss schon mehrfach beschäftigt hat.

Sie kennen – Sie haben das ja auch zitiert – diese Ausführungen des Herrn Ministerialrates Hillingrathner, zuletzt in diesem Schreiben vom 25. Juli 2001 – ich lese Ihnen die Passagen vor, dann erkennen Sie es vielleicht wieder –, wo er schreibt:

Pro domo. Bei einem Gipfelgespräch auf politischer Ebene beim Herrn Bundeskanzler einigte man sich auf 18 Stück plus eventuell 6 Schulflugzeuge.

Und er sagt dann hinten im Resümee noch einmal – ich zitiere –: Beschaffung einer geringeren Stückzahl (18 Stück plus eventuell 6 Zweisitzer), wie bereits auf politischer Ebene vereinbart.

Ich beziehe mich auf diese „politische Ebene“. – Können Sie mir sagen, was das war, diese politische Ebene, wie sich das abgespielt hat?

Dr. Gerhard Steger: Es tut mir wirklich Leid, Herr Abgeordneter, ich habe darüber keine Kenntnis. Ich kenne auch nicht mehr als diese Passagen, die Sie zitiert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich werde es jetzt einmal ein bisschen ausführen, vielleicht fällt Ihnen dann doch noch etwas ein.

Herr Ministerialrat Hillingrathner hat uns dazu gesagt, dass ihn diese Informationen aus dem Kabinett des Bundesministers zugegangen sind.

Sind Ihnen solche Informationen zugegangen?

Dr. Gerhard Steger: Nein. Aber da kommen nur zwei Leute dafür in Frage, nämlich entweder Christl oder Oberleitner, würde ich einmal behaupten, weil das die zwei waren, die in der Geschichte ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir gestern auch geglaubt. Herr Dr. Christl konnte sich aber in diesem Zusammenhang an gar nichts erinnern. Deswegen versuche ich immer noch, das ausfindig zu machen.

Ich möchte jetzt eine andere Frage, Herr Sektionschef, erörtern, und die bezieht sich auf Ihr Schreiben, das Sie Herrn Ministerialrat Hillingrathner zugeleitet haben, wo eigentlich ziemlich stringent hervorgeht, wie die Position des Finanzministeriums, zumindest auf Beamtenebene, zu diesem Zeitpunkt war. Ich werde Ihnen das ganze Schreiben vorlesen, weil es einfach notwendig ist, sonst versteht man es nicht.

Dieses Schreiben ist vom 9. April 2001, und zwar gerichtet an Herbert Hillingrathner und Monika Hutter sowie Christian Trattner – ich zitiere –:

Betrifft: Abfangjäger. Lieber Herbert! Liebe Monika! Lieber Christian! Ich habe den Auftrag, hausintern eine Rückzugslinie für den Fall (für den Fall, dass wir unsere budgetäre Abwehrhaltung gegen neue Abfangjäger nicht durchhalten) ausarbeiten lassen, wobei federführend II/14, aber partiell auch II/4 und II/8 betroffen sind. Es geht um ein Gesamtpaket aus Finanzierungsfragen (Wie finanziere ich den Kauf möglichst vertraglich mit einer Budgetkonsolidierung?), Konditionen für Gegengeschäft: Hier geht es nicht um übliche Gegengeschäfte (das heißt Auftragsvergaben, die ohnedies stattfinden, werden als großartiges Zugeständnis angeboten beziehungsweise deren Einhaltung kann niemand nachprüfen), sondern um eine möglichst hohe und nachprüfbar Hebelwirkung für den Wirtschaftsstandort Österreich (insbesondere im Bereich F & E) – Forschungs- und Entwicklungsbereich, nehme ich an –, Reformmaßnahmen im BMLV selbst (Welche Reformen verlangen wir als BMF, um die Zusatzbelastung durch die Finanzierung der Abfangjäger möglichst durch Reformmaßnahmen im Bereich BMLV zu reduzieren?, das heißt, BMLV bekommt Abfangjäger, wenn überhaupt, nur dann, wenn es sich um überfällige Reformen mit einem definierten Zeitplan und Einsparungszielen verpflichtet).

Ich beabsichtige die Einrichtung einer sektionsinternen Arbeitsgruppe (Federführung II/14, mit im Boot laut meinem derzeitigen Überlegungsstand II/4 und II/8). Auftrag: Bis Ende April 2001 dem Minister ein Rohkonzept für ein solches Gesamtpaket vorzuschlagen und ihm weiters ein Procedere vorzuschlagen, wie ein Feinkonzept aussieht, das wir uns als BMF in dieser Frage zurechtlegen (unter anderem wäre auch zu checken, welche Infos und welche allenfalls Experten brauchen wir noch, um aus dem Rohkonzept ein Feinkonzept zu machen).

All das möchte ich in der Woche nach Ostern mit euch besprechen, ein Termin wird über die Sekretariate vereinbart. – Zitatende.

Der Rest ist eher persönlicher Natur.

Nun frage ich Sie, Herr Sektionschef: War dieses Schreiben auch dem Herrn Bundesminister beziehungsweise dem Kabinett bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Nein, aber das resultierte direkt aus dem Auftrag des Ministers vom 9. April 2001. Ich habe schon erwähnt, dass es da sozusagen den ersten Eintrag in meinen Gesprächsnotizen über Besprechungen Abfangjäger betreffend gibt, wo der Minister genau gesagt hat, er will ein Paket: Gegengeschäfte ohne Mitnahmeeffekte – es soll tatsächlich **etwas Neues** für Österreich lukriert werden – und auch dieses Paket: **Reformmaßnahmen im Verteidigungsministerium** haben.

Das heißt, das war die Umsetzung des Auftrages des Ministers.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das wir nicht sozusagen Ihr Privatvergnügen (*Dr. Steger: Nein!*), das Sie da zum Besten geben, sondern das war ein klarer Auftrag des Herrn Bundesministers Grassler an Sie.

Dieses Schreiben ist nämlich deswegen so interessant, weil es exakt zu dem Verhalten des Bundesministers mit dem Betriebsbesuch in Manching passt – von dem Sie aber nicht informiert wurden? (*Dr. Steger: Nein!*)

Sie wissen daher auch nicht, wer sonst noch dabei war bei diesem Betriebsbesuch? (*Dr. Steger: Nein!*)

Die Ausführungen, die Sie zu Beginn Ihrer Aussage gemacht haben: dass Sie dann später „bass erstaunt“ waren, dass es da offensichtlich eine Paketlösung gab, die darin bestand, Eurofighter anzubieten, aber für die Zwischenlösung **MiG** vorzusehen, dass Ihnen das sozusagen – bitte, korrigieren Sie mich, wenn ich Sie falsch interpretiere – so vorkam, dass man, ohne dass man MiG weiterhin für diese Zwischenlösung im Spiel gehalten hätte, Eurofighter gar nicht hätte anbieten oder weiter im Spiel hätte halten können.

Dr. Gerhard Steger: MiG oder ein anderes Produkt, aber in dem Fall war eben MiG vorgeschlagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich habe gestern die gleiche Frage Herrn Ministerialrat Hillingrathner gestellt, weil es für mich immer klarer wird, dass man die Bemühungen des Herrn Ministerialrates Hillingrathner um die MiG in Wirklichkeit dazu benutzt hat, Eurofighter im Spiel zu halten, weil Eurofighter **MiG** als Zwischenlösung angeboten hat. Während offensichtlich – und da bitte ich Sie jetzt um Präzisierung – Herr Ministerialrat Hillingrathner bei dieser Zwischenlösung – ich zitiere seine gestrigen Anmerkungen – von Zeiträumen von etwa zehn Jahren ausgegangen ist, war in der von EADS vorgeschlagenen Paketlösung von zehn Jahren keine Rede.

Ist das richtig?

Dr. Gerhard Steger: So interpretiere ich das auch, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Herr Ministerialrat Hillingrathner hat uns gestern auch gesagt, dass ihm diese Paketlösung ebenfalls nicht bekannt war, bis man ihm das dann zugeleitet hat, er aber trotzdem weiterhin davon ausgegangen ist, dass eine MiG-Ersatzlösung oder -Zwischenlösung bis zu zehn Jahre dauern sollte.

Dr. Gerhard Steger: Wie gesagt, das kann ich jetzt nicht kommentieren – das hat er gesagt. Mir ist Ministerialrat Hillingrathner nicht bekannt als Vertreter einer Kombilösung MiG/Eurofighter, sondern nur als Vertreter einer Position, die sagt: MiG wäre für Österreich ein attraktives Angebot!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass der Herr Ministerialrat in Wahrheit etwas anderes wollte – nämlich das, was Sie jetzt geschildert haben – als das, was der Herr Minister in Wahrheit wollte?

Dr. Gerhard Steger: Ich will hier nicht spekulieren. Wir werden bei Beweisthema 2 auf die Frage der Typenentscheidung zu sprechen kommen, wo es eine klare Empfehlung von Ministerialrat Hillingrathner gegeben hat, und diese Empfehlung galt in erster Linie nicht Eurofighter, sondern einem anderen Produkt. Also ich will da jetzt nicht spekulieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Schreiben, das Sie erwähnt haben, das von Herrn Mag. Pichler abgezeichnet ist und vom 10. August 2001 resultiert, listet eine Reihe von Bedingungen auf, die in eine Ausschreibung einfließen sollten, unter anderem auch die Problematik der Life-Cycle-Costs. Ich zitiere aus diesem Schreiben – ich brauche es Ihnen nicht vorzulegen, denn Sie haben es, glaube ich, vorhin selbst zitiert.

Dr. Gerhard Steger: Ich habe es, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da heißt es auf Seite 4 dieses Schreibens – ich zitiere –:

Allfällige höhere Betriebs- und Wartungskosten einzelner Anbieter müssten ihren Niederschlag in den Life-Cycle-Costs finden, die Grundlage für die Entscheidung sind, ob ein deutlich günstigerer Kaufpreis diese höheren Kosten in Kauf zu nehmen erlaubt. – Zitatende.

Das ist sehr eindeutig.

Nun haben wir aber aus den bisherigen Vernehmungen erfahren, dass man in Wahrheit diese Life-Cycle-Costs überhaupt für eine sozusagen höhere Wahrsagerei gehalten hat und sie daher auch später in der Bewertung keine Rolle hat spielen lassen und dass daher auch in der Ausschreibung diese Life-Cycle-Costs eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Umgekehrt hat aber Herr Rauen gesagt, dass die Problematik der Life-Cycle-Costs eine wesentlich größere sei im Vergleich etwa zu den Anschaffungskosten.

Teilen Sie diese Einschätzung?

Dr. Gerhard Steger: Gestatten Sie, dass ich sozusagen in meinen Worten darauf antworte. Ich halte die Life-Cycle-Costs für einen ganz wichtigen Punkt, weil es ja nicht nur darum geht: Was kostet der Flieger bei der Anschaffung?, sondern auch darum: Was kostet er mich im Betrieb?, und ich nur beides im Gesamten sehen kann. Ich kann bestätigen, dass wir versucht haben, diese Life-Cycle-Costs von Anfang an als wesentliches Kriterium der Ausschreibung zu platzieren. Ich kann bestätigen, dass wir bei der Typenentscheidung dann auch sehr herumgeritten sind auf diesem Thema. Und ich kann bestätigen, dass wir die Erfahrung gemacht haben, dass man uns gesagt hat: Das war aber nicht Teil der Ausschreibung, das war sozusagen nicht von

vornherein verlangt! Beim Eurofighter hat man, glaube ich, gesagt: Wissen wir gar nicht, weil noch nicht wirklich Erfahrungswerte vorliegen!

Also soweit kann ich das bestätigen, was Sie sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn man auf dieser nicht wirklich unwesentlichen, sondern wirklich wesentlichen Problematik – nämlich budgetwirksamen Problematik – der Life-Cycle-Costs wirklich bestanden hätte und das in die Ausschreibung aufgenommen worden wäre, dann hätte man in Wahrheit beim Eurofighter die Life-Cycle-Costs nicht einmal benennen können.

Ist das richtig?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann gerne darauf antworten, Herr Vorsitzender, nur ist das jetzt Beweisthema 2, Typenentscheidung. Da wird sich nämlich herausstellen, dass ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, wir bleiben noch bei der Ausschreibung. (*Dr. Steger: Okay!*) – In der Ausschreibung hat das nach den bisherigen Darstellungen der bisherigen Auskunftspersonen nicht die Bedeutung gefunden, auf die hier jedenfalls das Finanzministerium beharrt hat.

Warum nicht?

Dr. Gerhard Steger: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Ausschreibung, die Sie verlangt hätten beziehungsweise wesentliche Werte, die Sie verlangt haben, wurden Ihnen dann gar nicht mehr zu Gesicht gebracht?

Dr. Gerhard Steger: Die Ausschreibung haben wir nicht mehr zu Gesicht bekommen, und es gibt – nachdem ich gehört habe, es geht das Beweisthema 1 bis ungefähr April 2002 – eine Information des Herrn Ministerialrates Hillingrathner – lassen Sie mich bitte nur einen Moment nachsehen, damit ich das korrekt zitieren kann – vom 21. März 2002. (*Dr. Steger blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.*) – Ja, da ist es.

Ministerialrat Hillingrathner an Herrn Bundesminister Mag. Grasser, Kopie an Christl und mich – ich zitiere wörtlich –:

Mit der Erledigung vom 19. September 2001 erfolgte die BMF-Zustimmung zur Angebotseinholung der Draken-Nachfolgeflugzeuge. Seither ist das BMF in dieser Angelegenheit nicht mehr kontaktiert beziehungsweise befasst worden. Die endgültige Fassung des Textes der Angebotseinholung ist ho. unbekannt. Mündlichen Ersuchen an Heeresangehörige um Übermittlung des Ablaufplanes und der Organisation zum Beispiel Aufgaben und Zusammensetzung der Bewertungskommission, wurde nicht entsprochen. Offenbar ist die Bereitstellung dieser Unterlagen wegen dauernder Änderungen beziehungsweise des BMLV-internen Chaos nicht möglich. – Zitatende.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, das ist deutlich genug.

Herr Sektionschef, noch eine abschließende andere Problematik: Sie haben erwähnt, dass Herr Bundesminister Grasser ursprünglich keine Freude damit hatte, überhaupt dieses Draken-Nachfolgeprojekt budgetär realisieren zu müssen, obwohl es an sich im Regierungsprogramm stand. Das heißt also, das war an insofern bereits eine politisch vorentschiedene Sache.

Können Sie mir erklären, was Herrn Bundesminister Grasser veranlasst haben mag – und zwar im Lichte dessen, was er Ihnen als Auftrag gegeben hat –, dann selbständig einen Betriebsbesuch bei einem Anbieter durchzuführen, wie er ihn am 11. Juni 2001 durchgeführt hat, und dorthin bereits den Vertreter der Firma MAGNA, nämlich Herrn Wolf, mitzunehmen, der dann die größten Gegengeschäfte gemacht hat – auch

wiederum in Akkordanz oder in Übereinstimmung mit dem, was er Ihnen als Auftrag erteilt hat –, gleichzeitig aber in der Öffentlichkeit erklärt, er ist **gegen** diese Anschaffung?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann nur sagen, dass die ersten Besprechungen und Aufträge, die wir vom Minister in der Frage Abfangjägerbeschaffung bekommen haben, sehr im Zentrum die **Gegengeschäfte** gehabt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von Anbeginn an?

Dr. Gerhard Steger: Von Anbeginn an. Wie ich schon auf eine andere Frage geantwortet habe, ist der Minister sogar soweit gegangen, zu überlegen, ob man nicht gesetzlich festlegen soll, dass die Gegengeschäfte bei der Typenentscheidung den Ausschlag geben. Das heißt, er hat diesem Themenbereich einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, die 20 Minuten sind vorbei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, ich komme später noch einmal darauf zurück.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bevor ich dem Kollegen Kogler das Wort erteile, möchte ich Ihnen Folgendes zur Kenntnis bringen und dann auch in Kopie verteilen: Mir hat gestern Herr Dr. Christl um 23.51 Uhr ein Mail geschickt, dessen Inhalt ich Ihnen jetzt vorlese – es ist eine Information an den Ausschussvorsitzenden, die ich an den Ausschuss weitergebe; ich lasse dann auch Kopien verteilen –:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich möchte hiermit, nachdem mir nicht ganz klar ist, ob dies auch so vom Ausschuss letztlich so aufgenommen wurde, noch einmal klarstellen, dass ich von 2 Treffen von BM Grasser mit Herrn Bischoff Kenntnis habe: eines am 11. Juni 2001 und eines am 23. April 2002, bei dem ich selbst dabei war.

Mit besten Grüßen

Josef Christl“

Ich möchte das nicht bewerten, sondern nur auf eines hinweisen: Einige Mitglieder dieses Ausschusses haben gestern Herrn Dr. Christl gefragt, ob er etwas weiß über den Besuch von Finanzminister Grasser in Manching. Er hat diese Frage nicht verneint, sondern er hat uns meiner Erinnerung nach erklärt, er könne sich nicht erinnern. (*Abg. Mag. Stadler: Er war noch nicht im Ministerium, hat er gesagt!*)

Jedenfalls ist dieser 11. Juni meines Wissens der Termin eben dieses Besuches, und es ist Angelegenheit des Ausschusses, sich zu überlegen, in welcher Art und Weise diese Information hinterfragt werden kann. Ich gehe davon aus, dass wir Herrn Dr. Christl ohnehin auf der Ladungsliste haben, also es wird Möglichkeiten geben, dem weiter nachzugehen.

Ich bitte die Mitarbeiter der Parlamentsdirektion, diese Kopien zu verteilen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vorsitzender, Sie animieren mich, meine Erinnerungen an gestern Abend zu strapazieren. Es war dann ja doch so, dass Christl selber einen Juni-Termin genannt hat, aber er ausdrücklich auf 2002 verwiesen hat, was mir die Zwischenrufe eingetragen hat, ich möge mich doch um Beweisthema 1 kümmern. Erstens konnte ich die Antwort vorher nicht wissen, zweitens war mir das schon suspekt, und drittens gibt es kurz später ein Mail! – Wir werden uns das anschauen. (*Abg. Dr. Fekter: Herr Kogler, tun Sie da nicht Unwahrheiten verbreiten!*)

Wir haben neben den inhaltlichen Fragen, was Sektionschef Steger betrifft, auch noch eine andere Sache in Erinnerung und meines Erachtens durchaus auch zu klären oder jedenfalls dem Sektionschef im Ausschuss die Gelegenheit zu geben, zu den bekannten Ereignissen vor wenigen Wochen Stellung zu nehmen. Ich frage Sie, Herr Sektionschef, wie Sie dieses Mail aufgefasst haben – ich darf es als bekannt voraussetzen –, das Sie erhalten haben und das vor allem der Herr Finanzminister in schriftlicher Form der Öffentlichkeit vorgelegt hat.

Da schreibt ein Gerhard Wallner mit Unterschrift „Gerhard“ unter anderem an Sie, dass es diese koordinierten, das heißt ausgearbeiteten, einleitenden Speaking notes zu folgenden Themen geben soll; also auch zu Beweisthema 1 bis 4 – ich frage Sie gleich weiter zu einem eigenen Begriff, der dann noch vorkommt –: Weiters soll ich als Hintergrundinfo meine – Anführungszeichen – „dicke Unterlage“ an die Beweisthemen anpassen. – Zitatende.

Sie wissen genau, wovon die Rede ist, man braucht Ihnen das nicht vorzuhalten.

Die Frage ist eben: Was hat Sie veranlasst, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden? Der Weg war meiner Erinnerung nach über den Ausschussvorsitzenden.

Dr. Gerhard Steger: Es war so, Herr Abgeordneter, dass ich dieses Mail bekommen habe und ein ungutes Gefühl dabei hatte. Wenn Personen, die selber Auskunftspersonen hier im Ausschuss sind – nämlich ich, Kollegin Schwarzendorfer und Kollege Tomasch –, für den Minister in seiner Eigenschaft als Auskunftsperson Unterlagen vorbereiten sollen – ich habe noch eine dunkle Erinnerung an den „Noricum“-Untersuchungsausschuss, an den „Lucona“-Untersuchungsausschuss –, dann weiß ich nur zu gut, wie heikel das immer bewertet wurde, wenn Zeugen oder Auskunftspersonen miteinander reden.

Mir war einfach wichtig, dass wir, meine Mitarbeiterin, mein Mitarbeiter und ich, nicht in ein juristisches Minenfeld hineingeraten, und habe daher auch zurückgeschrieben, ich weiß nicht, ob Sie dieses Mail kennen:

Lieber Gerhard, gibt es eine juristisch wasserdichte Stellungnahme, ob wir das überhaupt dürfen, ob das ein Problem ist?

Darauf habe ich keine Antwort bekommen, habe mich an den Ausschussvorsitzenden gewandt, und zwar auch sehr klar vor folgendem Hintergrund: Mein Informationsstand war, es gibt den Verfahrensanwalt dafür, dass sich Auskunftspersonen in rechtlich unklaren Fragen auch an ihn wenden können. Und mir war völlig klar, wenn ich mich an den Verfahrensanwalt wende, wende ich mich an den Ausschussvorsitzenden mit dem Ersuchen, eine bestimmte Sache mit dem Verfahrensanwalt abzusprechen und mir Bescheid zu geben.

Die Schwierigkeit, die ich gesehen habe, wurde noch dadurch unterstrichen, dass wir ja schon enorm viel Material an den Minister geschickt hatten. Das ist wahrscheinlich damit gemeint, wenn Kollege Wallner von „Hintergrundmaterial“ spricht. Es ist ja nicht so, dass der Minister von uns nichts hatte und uns jetzt gebeten hat: Schickt mir Material! – Wir haben dem Minister – ich weiß nicht wie viel – schon enorm viel Material für Rechnungshofausschüsse, Rechnungshof-Unterausschüsse, alle möglichen Gelegenheiten geliefert, und zwar nicht irgendwie wirr, sondern geordnet nach Themenbereichen. Ich habe mir gedacht, eigentlich müsste das Ministerbüro, das zu seiner Unterstützung auch gerade in politischen Fragen da ist, in der Lage sein, aus diesen Unterlagen Speaking notes für ihn anzufertigen. – Aber gut.

Ich habe mich dann, wie gesagt, an den Ausschussvorsitzenden gewandt mit der Frage, das zu klären. Die Sache war so, dass er mir dann nach einiger Zeit mitgeteilt hat: In erster Ansehung, nach Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt, ist es okay, ich

soll ihm aber dieses Mail auf jeden Fall auch schicken, damit er es sich im Detail noch anschauen kann und, wenn er zu einer abweichenden Beurteilung kommt, mir das auch mitteilen kann, weshalb ich ihm dieses Mail geschickt habe.

Es ist dann zu den bekannten Ereignissen der Disziplinierung gekommen; ich habe die Disziplinaranzeige am Mittwoch letzter Woche erhalten. Das heißt, der Minister hat – obwohl, wenn ich das richtig sehe, der Verfahrensanwalt in der Öffentlichkeit schon am 1. Oktober klargestellt hat, dass ich mich an die richtige Adresse gewendet habe, obwohl es ein Gutachten des juristischen Dienstes dieses Hauses gibt, das, glaube ich, meine Position stark unterstützt – keine Sanktionen gegen mich zurückgenommen. Ich bedauere das sehr, aber ich bin robust genug, um das auszuhalten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie der Öffentlichkeit bekannt ist, bedauern einige von uns das auch.

Sie haben jetzt noch zwei Punkte erwähnt, die mich in dieser Sache zur Nachfrage verleiten.

Erstens: ein zweites Mail, das Sie retourgeschrieben haben, bevor Sie sich an den Verfahrensanwalt via Ausschussvorsitzenden gewandt haben. – Ich kenne es nicht. Das macht diesen Umstand, nämlich das, was Ihnen im Kontext da vorgeworfen wird, für mich anders. Da sich das Ursprungsmail auch auf das Beweisthema 1 bezieht, frage ich, ob Sie dieses Mail auch dem Ausschuss zur Verfügung stellen könnten, damit alle den genaueren Ablauf nachvollziehen können. Es hat ohnehin nur einen Satz beinhaltet, aber es erklärt offensichtlich Ihre Motivation und Ihre Vorgangsweise. Also ich gehe davon aus, dass wir das dann bekommen.

„Meine dicke Unterlage“ – heißt es hier wörtlich – muss angepasst werden. – Natürlich müsste man davon ausgehen, dass das Kabinett umfangreich bestückt ist. Ich habe ja auch die Wahrnehmungen aus dem Budgetausschuss, aus dem Rechnungshofausschuss, aus den Unterausschüssen, die sich immer wieder mit diesen Dingen beschäftigt haben.

Jetzt wollte ich noch einmal nachfragen, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass Sie auch Ihrerseits verwundert waren, dass man noch eine „dicke Unterlage anpassen“ musste, wo doch klar sein müsste, dass alles eigentlich sehr geordnet vorliegt.

Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. Gerhard Steger: Ich hatte zwei Punkte. Der erste Punkt war, ich wollte wissen: Ist das ein juristisch glitschiges Terrain für mich und meine Leute? – Punkt eins: Selbstschutz und Schutz meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zweiter Punkt: Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass auf Grund des umfangreichen Materials, das wir bereits geliefert haben und das wirklich auch gegliedert war nach entsprechenden Themenschwerpunkten, eigentlich das Ministerbüro selbst in der Lage sein müsste, diese zwei- bis dreiseitigen Speaking Notes für den Minister zu erstellen, weil es ja schwierig ist ... (*Abg. Dr. Fekter: Herr Sektionschef! Wenn der Minister Sie auffordert, Unterlagen bereitzustellen, dann ...! – Abg. Gaál: Was Sie sich da aufregen! Das ist ja unerhört! – Ruf bei der SPÖ: Geht das schon wieder los!?*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete, bitte, nicht wieder die Souffleuse-Position einzunehmen.

Herr Dr. Steger, bitte fortsetzen. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist eine ungeheuerliche Antwort!*)

Dr. Gerhard Steger: Es kommt ja noch etwas dazu, was ich mit Erlaubnis des Ausschusses gerne sagen würde.

Was bedeutet denn das, wenn Mitarbeiter, die selbst Auskunftspersonen in diesem Ausschuss sind, zu Themen, die der Minister im Ausschuss sagen soll, Speaking Notes verfassen? – Nehmen wir an, es gibt völlig identische Positionen, dann ist es kein Problem. Das weiß man aber im Vorhinein nicht. Wenn wir jetzt Speaking Notes verfassen und das hineinschreiben, von dem wir glauben, dass es der Minister gerne sagen würde, und bei unseren Aussagen würden wir dann womöglich den einen oder anderen Akzent anders legen, kann man uns vorwerfen: Ja, wieso macht ihr dann solche Speaking Notes für den Minister?! (*Abg. Dr. Fasslabend: Speaking Notes sind etwas anderes!* – *Abg. Dr. Fekter: Es ist um Unterlagen gegangen!*)

Das heißt: Das ist eine Deadlock-Situation, eine No-win-Situation, und die hätte ich mir und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerne erspart – auch wenn ich dafür jetzt durch Zwischenrufe sehr stark gescholten werde. (*Abg. Mag. Stadler: Eine sehr geschickt inszenierte Zeugenaussprache wäre das gewesen!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist noch ein formaler Vorgang beachtenswert, zu dem ich Sie fragen will. Zu den Akten, die das Ministerium übermittelt hat – damit es auch die Öffentlichkeit weiß –: Das ist gerade vom BMF sehr, sehr ordentlich und übersichtlich für die Handhabung hier im Ausschuss geschehen. Das ist in Schachteln gekommen, und zusätzlich mit Ordnungsnummern ist jeder Akt noch einmal katalogisiert worden. Mit Geschäftszahlen allein tut man sich nicht so leicht; wir haben es gerade gesehen. Im Zuge dieser Übermittlung sind handschriftliche Notizen von Ihnen eingelegt, die – das ist jetzt die Frage –, wenn ich das richtig verstehe, nicht ursprünglich bei den Akten dabei waren.

Ist das richtig so? (*Dr. Steger: Nein!*) – Waren die immer schon beim Akt dabei?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe, so wie das viele Menschen haben, Notizhefte, wo ich mir bei Besprechungen laufend Notizen mache. Die habe ich – ich habe den Herrn Ausschussvorsitzenden gefragt, ob die auch unter das Übermittlungsgebot an den Ausschuss fallen; der Herr Ausschussvorsitzende hat mir gesagt: Ja, die fallen darunter! – bei den Kopien dazugelegt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, und dann ist das offensichtlich entsprechend übermittelt worden.

Warum haben Sie seinerzeit diese Notizen angelegt?

Dr. Gerhard Steger: Ich versuche, mir über alle wichtigen Dinge Notizen zu machen, um mich später besser erinnern zu können, wenn sich dann die Frage stellt, warum ist das eine so oder so gewesen. Und das bewährt sich jetzt, glaube ich, in der aktuellen Situation durchaus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu ein paar inhaltlichen Punkten, sie wurden ja schon gerafft dargestellt, aus der Aktenlage hervorgehend. Ich frage noch einmal ein paar Sachen nach, denn alles konnte ich nicht 100-prozentig einordnen.

Vor allem aus den Hillingrathner'schen Unterlagen und Abzeichnungen geht hervor, dass er davon ausgeht, dass es interministerielle, jedenfalls auch mit dem Kanzler politische Einigungen, Absprachen, Vorgaben – also jedenfalls in dieser Begriffskategorie – gegeben hat.

Ich frage noch einmal: Sind Ihnen, aus welchen Wahrnehmungen immer, entsprechende Treffen – Hillingrathner spricht sogar von „Gipfeltreffen“ – bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Im fraglichen Zeitraum, meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ich beziehe mich im Wesentlichen auf das Jahr 2001.

Dr. Gerhard Steger: Wenn Sie mir einen Augenblick gestatten, in meiner Chronologie zu graben. (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Meinen Notizen entnehme ich, dass es am 3. April 2002 eine Besprechung beim Minister gegeben hat, die der Vorbereitung eines Termins beim Herrn Bundeskanzler am 5. April gedient hat, und zwar zum Thema Abfangjäger. (*Abg. Dr. Fasslabend: 2001?*)

Ich habe geglaubt zu verstehen, dass mir der Herr Vorsitzende signalisiert hat, Beweisthema 1 geht bis Ende April 2002.

Am 3. April 2002 gab es eine Sitzung beim Minister um 15.30 Uhr, wo es um die Vorbereitung eines Termins beim Herrn Bundeskanzler am 5. April 2002 ging, zum Thema Abfangjäger, wo wir Unterlagen vorbereiten mussten, wo wir Unterlagen für den Minister aufbereiten mussten. – Das fällt mir dazu aus meinen Unterlagen ein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen außer der Aktenaufbereitung noch etwas erinnerlich aus diesem Vorbereitungsmeeting?

Dr. Gerhard Steger: Nein. (*Abg. Dr. Fasslabend: Und was habt ihr vorbereitet?*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment! – Ich darf diesen Zwischenruf aufgreifen: Was haben Sie vorbereitet?

Dr. Gerhard Steger: Es ging um Offset, also Gegengeschäftssache, höchstmögliche Versprechen, also höchstmögliches Gegengeschäftsvolumen, und dann auch schon ein bisschen in Richtung Typenentscheidung – wäre dann eher Beweisthema 2 –, in welche Richtung das gehen könnte. (*Die Auskunftsperson blättert neuerlich in schriftlichen Unterlagen.*)

Ich sehe gerade, es gab dann noch am 8. April ein Telefonat zwischen mir und dem Minister, wo er mir sagt – ich weiß jetzt nicht, welcher Wochentag der 8.4. war –: Gespräch mit Scheibner und Regierungsspitze. (*Obmann Dr. Pilz: Welches Datum?*) 8.4.2002, Telefonat mit HBM, unter anderem Folgendes: Donnerstag früh Gespräch mit Scheibner und Regierungsspitze. KHG will offene Probleme Landesverteidigung – das ist wieder der Konnex: wenn Abfangjäger, dann auch ein Paket für Reformmaßnahmen im Verteidigungsministerium – und Vorschlag für Budget 2003.

Der Konnex ist, dass Minister Grasser damals eine Paketeinigung mit dem Landesverteidigungsministerium angestrebt hat. Wenn das Finanzministerium ja sagt zu den Abfangjägern, soll sich das Verteidigungsministerium auch zu **striker Budgetdisziplin** in den übrigen verteidigungsrelevanten Budget-Agenden verpflichten. Das war der Hintergrund dieser Angelegenheit.

Jetzt schaue ich noch, ob es im April 2002 sonst noch etwas gibt. (*Die Auskunftsperson blättert wieder in ihren schriftlichen Unterlagen.*) – Also nichts mit Regierungsspitze oder so.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn wir schon bei diesem Termin sind: Es ist dies die fragliche Zeit, was den Bewertungs- und Ausschreibungsvorgang oder Zuschlagsvorgang betrifft, der Konkretisierung der Angebotseinholung.

War genau zu der Zeit oder bei diesem Treffen einmal ein Thema in Ihrer Sektion, Beamte oder auch mit Minister, dass sich im Bundesministerium für Landesverteidigung die Bewertungskommission vor dem Umstand wiedergefunden hat, dass sie gemeint hat, bewerten zu müssen, dass keiner der Bieter eine

befriedigende Zwischenlösung anbietet und dass das Ganze jetzt einmal gravierende Entscheidungen notwendig macht?

Dr. Gerhard Steger: Das mag der Fall gewesen sein, da kann ich mich jetzt im Detail nicht erinnern. Ich könnte jetzt in den Unterlagen graben, ob ich etwas finde, aber ad hoc fällt mir dazu nichts ein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt in dieser Runde graben wir noch nicht.

Zurück zum Jahr 2001, da haben Sie beim Durchblättern jetzt nichts gefunden, wo ...?

Dr. Gerhard Steger: Habe ich jetzt nichts gefunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Weil diese Akte, die Ihnen auch vorliegt – wir haben heute schon damit gearbeitet –, war, dass Hillingrathner, gezeichnet 30. Juli 2001, ...

Dr. Gerhard Steger: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe noch etwas gefunden! 17. Juli 2001: Besprechung mit dem Minister. Da sagt der Minister, es wird zwischen Jänner und Mai 2002 eine Entscheidung in der Typenfrage geben, wobei Bundeskanzler und Vizekanzler offenbar eher für 1/02, also offenbar Jänner 2002, sind, Grasser eher für Mai 2002. Und er sagt auch, laut Bundeskanzler Gegengeschäftsvolumen 200 bis 250 Prozent. Und er sagt auch, dass er mit Minister Scheibner vereinbart hat, dass er – Scheibner – Weisung gegeben habe: volle Kooperation mit dem BMF. Der Hintergrund sind diese „Kommunikationsschwierigkeiten“, formulieren wir es einmal so, zwischen dem Verteidigungsressort und uns. Und da hat er uns das Signal gegeben, Scheibner habe volle Kooperation mit dem BMF zugesagt. – Das habe ich jetzt auf die Schnelle noch gefunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war aber eine Notiz über ein Gespräch mit dem Minister Ihrerseits, das nur indirekt Rückschlüsse auf ein bereits stattgefundenes Gespräch mit dem Bundeskanzler (*Dr. Steger: Ja!*) oder ein noch bevorstehendes ...?

Dr. Gerhard Steger: Ich interpretiere es als ein bereits stattgefundenes. Ich kann mich aber täuschen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hätte ich eher auch so interpretiert.

Jetzt ist da ein Thema, das wir noch gar nicht gehabt haben im Ausschuss, releviert worden, nämlich dass es auch unterschiedliche Positionen über die Länge der Dauer der Angebotseinholung vulgo Ausschreibung gibt.

Habe ich das richtig gehört, dass hier Positionen waren, dass manche bis Mai 2002 plädiert haben, andere bis Jänner 2002?

Dr. Gerhard Steger: Es ging um die Frage der Typenentscheidung, und da war ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie so verstanden, es bezieht sich auf die Fristen der Angebotseinholung. Vielleicht habe ich das nur falsch verstanden.

Dr. Gerhard Steger: Ich schaue jetzt noch einmal genau nach. (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*) – Am besten ich zitiere es Ihnen wörtlich: 17.7., Uhrzeit wahrscheinlich 9.15 Uhr; HBM, Finz, „Hilli“ – das ist Hillingrathner –, Tomasch, Oberleitner, Steger: Jänner bis Mai 2002 Entscheidung. – Ich interpretiere das jetzt als Typenentscheidung. – HBK/VK eher 1/02 – Grasser bis 5/02.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Dozent, Sie wurden von Minister Grassler oder dessen Büro – ich weiß nicht, ob in Beisein, aber das können Sie uns vielleicht erklären – beauftragt, die Akten für den Untersuchungsausschuss zusammenzustellen.

Dr. Gerhard Steger: Das ist richtig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie sind Sie dabei vorgegangen?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe die Kolleginnen und Kollegen, von denen ich angenommen habe, dass sie Akten haben, also nicht nur meine eigene Fachabteilung, die da natürlich primär im Fokus war, die II/14, jetzt II/7, unter der Leitung von Schwarzendorfer, sondern auch die Abteilung, die für das Vergaberecht zuständig ist, Abteilung II/1, Haushaltsrecht, dann die in der Gegengeschäftsfrage involvierte Abteilung II/4 und den Kollegen Fleischmann, der für die Maastricht-Bewertung Abfangjäger zuständig ist, II/8, die alle habe ich kontaktiert und gesagt: Alles her, alles auf den Tisch, was es gibt, wurscht, ob es Akten oder sonstige Unterlagen sind, weil der Ausschuss nicht nur Akten angefordert hat, sondern auch „sonstige Unterlagen“!

Darüber hinaus habe ich dem Kollegen Wallner, der im Präsidium dafür zuständig ist, den Kontakt mit dem Parlament zu halten, gesagt, der Minister hat mir den Auftrag gegeben. Und wir haben uns so verständigt, dass Kollege Wallner die einzelnen Sektionen außerhalb der Budgetsektion anschreibt oder anmailt mit der Bitte, man möge alle Unterlagen übermitteln. Und wir haben vereinbart, dass ich mir dann am Schluss noch einmal alles anschau, ob mir irgendwas auffällt, dass irgendetwas fehlen könnte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben dann eine relativ schöne Übersicht gemacht, wo im Detail, chronologisch aufgelistet – das hat uns die Arbeit schon erleichtert –, eigentlich gut auffindbar die Akten drinnen waren. Und Sie haben auch eine Fülle von handschriftlichen Zetteln dazugegeben, die nicht Akten im eigentlichen Sinne sind, sondern Ihre privaten Aufzeichnungen?

Aus Ihrem Gesamtwissen: Sind jetzt alle Akten schon da?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist kein einziges Schriftstück, kein Akt bekannt, der zum damaligen Zeitpunkt existiert hat, also zum Zeitpunkt der Aktenanforderung des Ausschusses, der **nicht** im Ausschuss wäre.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und warum wurde dann der Akt mit dem Schreiben Androsch, dieser Lobbyisten-Brief, wo er EADS sozusagen über den grünen Klee lobt und die FACC-Gegengeschäfte als besonders vorteilhaft darstellt, **nicht** übermittelt?

Dr. Gerhard Steger: Wir haben das rekonstruiert. Der Akt war nicht unter der Eurofighter-Zahl abgelegt, sondern der Akt war unter einer anderen Zahl abgelegt, protokolliert, und zwar deswegen, weil in diesem Akt drei verschiedene Themen angesprochen waren. Dieser Brief von Dr. Androsch ist ungefähr zwei Seiten lang, wenn ich mich richtig zurückerinnere, plus Beilagen, und von diesen zwei Seiten sind ungefähr **vier Zeilen** zum Thema Eurofighter. Der Rest ist zur Dachstein-Seilbahn-Geschichte und zu Steuerfragen, die, glaube ich, überhaupt den größten Teil des Aktes umfassen. Daher wurde dieser nicht protokolliert unter dem Thema **Eurofighter**. Da sind wir erst nachher draufgekommen. Ich glaube, es ist sogar das Ministerbüro draufgekommen, dass dieser Akt noch existiert, und daher haben wir ihn nachgereicht. Das ist der Grund.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Minister hat ihn selber veröffentlicht in seiner Pressekonferenz. Wie bewerten Sie das, dass eigentlich sehr penibel alles dazu aufgelistet ist, auch das EADS-Schreiben, das im Grunde genommen nichts anderes war, das war auch so ein Lobbyisten-Brief, wo die Gegengeschäfte mit MAGNA über den grünen Klee gelobt wurden, das war natürlich dabei, aber der Androsch-Brief war nicht dabei.

Ist Ihnen das im Nachhinein nicht auch selber etwas eigenartig vorgekommen?

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil das EADS-Schreiben unter der Eurofighter-Zahl protokolliert war – und das andere eben nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben hier dezidiert alles angeführt und penibel auch Ihre Mitschriften.

Warum haben Sie einzelne Schriftstücke dann nur und ausschließlich dem Kollegen Pilz gegeben und nicht im Rahmen der Akten übermittelt?

Dr. Gerhard Steger: Darf ich präzisieren: **ein Schriftstück** – und nicht „einzelne Schriftstücke“. Es war **ein** Schriftstück. Das war dieses eine Blatt Papier, wo die Formulierung „wenn Geld keine Rolle spielt“ gestrichen wurde. Und ich kann Ihnen sagen, warum ich das gemacht habe. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist aber Beweisthema 2!*) – Wie es gewünscht wird. Ich wende mich an den Ausschussvorsitzenden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde vorschlagen, dass alles, was rund um die Ladungen und um die Aktenübermittlung geschehen ist, jetzt besprochen werden kann, damit wir das alles im Zusammenhang beurteilen können.

Dr. Gerhard Steger: Die Sache war die: Mir war bekannt, dass zu dem Zeitpunkt, wo ich den Abgeordneten Pilz kontaktiert habe wegen dieses Schriftstücks, dieser Akt seit über vier Jahren nicht dort war, wo er eigentlich hätte sein müssen, nämlich in der Kanzlei der Sektion II. In der Kanzlei der Sektion II müssen alle Akten sein, die den Aktendurchlauf fertig absolviert haben, und dort müssen sie dann sozusagen, wenn es ein Verschlussakt ist, entsprechend gesichert verwahrt werden.

Zu dem Zeitpunkt, wo ich den Abgeordneten Pilz kontaktiert habe, war dieser Akt seit über vier Jahren für den Minister beziehungsweise für das Ministerbüro ausgetragen – wenn ich es etwas salopp formulieren darf: **verschollen**. Und in dieser Situation – sage ich ganz ehrlich – habe ich mir gedacht: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste! Ich will sicherstellen, dass dieses eine Blatt Papier – ohne dass ich jemandem etwas unterstelle, sage ich ausdrücklich – den Ausschuss erreicht. Ich habe mir dieses Blatt Papier über vier Jahre aufgehoben – nach dem Motto: Wer weiß, wozu man das noch einmal brauchen kann. Und ich wollte sicherstellen, dass dieses Blatt Papier auch den Ausschuss erreicht.

Der Zufall wollte es, dass am Nachmittag desselben Tages, wo ich dem Abgeordneten Pilz das gegeben habe, der Minister mich dann beauftragt hat, dafür zu sorgen, dass alle Unterlagen dem Ausschuss zugegangen sind. Zu diesem Zeitpunkt war bezüglich dieses einen Schriftstückes dieser Auftrag schon erfüllt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aha, das heißt jetzt, Sie haben Informationen an den Pilz (*Abg. Dr. Kräuter: Herr Pilz!*) gegeben, **bevor** der Rest der Akten übermittelt wurde.

Dr. Gerhard Steger: So ist es!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter, das ist ein falscher Vorhalt! (*Abg. Dr. Fasslabend: Warum?*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aha! Er hat gesagt, so ist es!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Steger hat das nicht dem Abgeordneten Pilz, sondern auf offiziellem Wege dem **Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses** auf Basis der Bestimmungen der Verfahrensordnung nach Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt, der diese Vorgangsweise ausdrücklich gebilligt hat, übermittelt. – Bitte den Vorhalt korrekt zu machen!

Dr. Gerhard Steger: Ich habe mir im Übrigen auch schriftlich die Übernahme durch den Herrn Vorsitzenden bestätigen lassen, der das als Vorsitzender des Ausschusses für den Ausschuss übernommen hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben im Grunde genommen nur dieses eine Schreiben freihändig „gehandelt“ mit dem Hinweis, Sie hätten gefürchtet, dass es verlustig geraten könnte. Wenn es in dieser Liste irgendwo aufgeschienen wäre, die sie veranlasst haben ...?

Warum haben Sie dann dieses Schriftstück nicht in diese Liste hinein geschrieben?

Dr. Gerhard Steger: Weil ich den Herrn Abgeordneten Pilz gefragt habe, ob ich es noch einmal übermitteln soll zusätzlich zur bereits erfolgten Übermittlung an ihn als Ausschussvorsitzender mit dem ganzen Konvolut, und er mir gesagt hat, das ist nicht notwendig, er leitet das Schriftstück an den Ausschuss weiter. (*Abg. Dr. Fasslabend: Interessant! Aber in der Übersicht auch nicht?*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In der Übersicht auch nicht? (*Abg. Dr. Fasslabend: Interessant!*)

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil in der Übersicht all die Schriftstücke drinnen ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Obwohl Sie Angst hatten, dass es verloren gehen könnte?

Dr. Gerhard Steger: Das war ja nicht mehr der Fall. Es war ja schon beim Herrn Ausschussvorsitzenden (*Abg. Mag. Stadler: ... Ausschussmitglieder!*), und ich habe den Herrn Ausschussvorsitzenden ausdrücklich gefragt: Soll ich, um nicht unkorrekt vorzugehen, zusätzlich noch ein zweites Mal eine Kopie dieses Schriftstückes in diese Liste aufnehmen und dem Ausschuss übermitteln? – Da hat der Herr Ausschussvorsitzende mir gesagt, brauche ich nicht machen, ist bereits übermittelt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Steger, nur zu Ihrer Information: Es hat **zwei Fälle** dieser Art gegeben. Der zweite Fall betrifft den von der Abgeordneten Fekter zitierten Brief von Androsch an Grasser. Der ist ebenfalls vom Bundesministerium für Finanzen in diesem Fall im Auftrag des Finanzministers an mich persönlich übermittelt worden, steht ebenfalls in keinem Aktenverzeichnis und ist ebenfalls sofort dem Ausschuss übermittelt worden. (*Abg. Mag. Stadler: Oh!*) Das heißt, Steger und Grasser haben in der Frage der Übermittlung an den Ausschuss über den Vorsitzenden beide dasselbe getan. Die Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt hat ergeben, dass beide, Steger **und** Grasser, korrekt gehandelt haben. Das nur der Vollständigkeit halber.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, Sie waren zuständig für die Aktenübermittlung, haben selber gesichtet, wie Sie eben gesagt haben – und dann hat sich der Minister zum eigenen Schutz bemühen müssen, dem Ausschussvorsitzenden etwas zu übermitteln, was Sie eigentlich nicht übermittelt haben. (*Obmann Dr. Peter Pilz: Der Minister zum Schutz, bitte?*)

Dr. Gerhard Steger: War das eine Frage an mich? (*Abg. Dr. Fekter: Ja!*) – Ich kann nur sagen, in dem Moment, wo wir gesehen haben, es ist noch ein Akt ausständig – nämlich dieser Androsch-Akt –, haben wir ihn sofort übermittelt. Und warum er nicht

sofort auffindbar war, habe ich Ihnen gesagt, weil er unter einer anderen Grundzahl protokolliert war und im Übrigen auch der, der es vielleicht gewusst hätte, dass es ihn unter einer anderen Grundzahl gibt, nämlich der Herr Ministerialrat Hillingrathner, in der Zwischenzeit in Pension war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich des Austauschblattes ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Und auch dieser Akt ist Ihnen über den Vorsitzenden dann persönlich in Kopie übermittelt worden. Deswegen sind Sie auch in der Lage, aus ihm zu zitieren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie sind Sie vorgegangen bei sonstigen Akten, die Austauschblätter hatten? Haben Sie da die Austauschblätter auch immer privat an sich genommen und dem Untersuchungsausschuss dann vorenthalten, oder haben Sie die im Zuge des Aktenweges – angeführt in der Liste – übermittelt?

Dr. Gerhard Steger: Geschätzte Frau Abgeordnete! Mir ist kein zweiter Fall bekannt, wo auf Intervention des Ministerbüros ein Akt abgeändert wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich muss bedauerlicherweise noch einmal eingreifen, weil sonst im Protokoll steht, Sie haben dem Ausschuss ein Aktenstück vorenthalten. Das ist *nicht* der Fall. Meines Wissens nach hat Herr Steger dem Ausschuss kein einziges Aktenstück vorenthalten. Er hat nur davon Gebrauch gemacht, dass es zwei legale und in der Verfahrensordnung vorgesehene Wege der Übermittlung von Aktenstücken an den Untersuchungsausschuss gibt. Es steht jeder betroffenen Person frei, zu wählen, welchen dieser beiden Wege sie benützen will. (*Abg. Dr. Fasslabend: Im ersten Anlauf vorenthalten aber!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu dem Mail, das Sie kritisch hinterfragt und wo sich mit dem Verfahrensanwalt kurzgeschlossen haben: Das heißt, Sie haben zu dem Zeitpunkt, wo Sie das Mail an Pilz übermittelt haben, schon gewusst auf Grund der Äußerung des Verfahrensanwaltes, dass es keinen bedenklichen Inhalt hat.

Dr. Gerhard Steger: Das ist nicht ganz präzise, Frau Abgeordnete. Herr Abgeordneter Pilz hat mir mitgeteilt, das ist eine erste provisorische Auskunft und, um es endgültig beurteilen zu können, will er das Mail selber sehen, um dann noch einmal mit dem Verfahrensanwalt zu sprechen. Deshalb habe ich es ihm geschickt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Diese Klärung hat dann einen Tag später, an einem Freitag hier im Hause mit dem Verfahrensanwalt und mit einem Vertreter der Parlamentsdirektion stattgefunden. Und es ist daraufhin eine schriftliche Stellungnahme des Rechts- und Legislativdienstes der Parlamentsdirektion verfasst worden, die Ihnen auch zur Kenntnis gebracht wurde und die ein weiteres Mal untermauert hat, dass sich der Verfahrensanwalt und ich streng an die Bestimmungen der Verfahrensordnung und der Geschäftsordnung gehalten haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem Sie, Herr Pilz, permanent mir meine Redezeit stehlen, ersuche ich, das, was Sie hier von sich geben, bei meiner Redezeit *nicht* abzuziehen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kräuter.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre gestohlene Redezeit wird Ihnen selbstverständlich auf dem Kulanzweg rückerstattet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke. – Das Mail, Herr Dozent Steger, von dem man auf Grund der Erstauskunft gewusst hat, dass es eigentlich eher unbedenklich ist, hat ja dann Pilz in der „ZiB 2“ großartig als

Riesenskandal dargestellt und **nicht** dem Ausschuss weitergeleitet. (Abg. Dr. **Sonnberger**: *Das ist ja der Skandal!*) Weil es war ein unmittelbarer Ausschuss vor der „ZiB 2“-Sendung, und Pilz hätte den Ausschuss informieren können! Er hat diesen aber **nicht** informiert. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. **Sonnberger**.*)

Ich habe jetzt eine Frage, Herr Dozent: In der Causa Eurofighter hat es also mit Hillingrathner Gespräche, mit dem Minister, und Vorbereitungsgespräche gegeben.

Hatten Sie auch mit Parteienvertretern in der Zeit bis zum Ende Beweisthema 1 Kontakt? Und wenn ja, mit wem?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe mit vielen Menschen Kontakt – Gott sei Dank! –, auch mit Leuten, die einer politischen Partei angehören. Ich habe selbstverständlich auch immer wieder allgemein über das Thema Eurofighter gesprochen – in dem Sinn: Es gibt den Ausschuss, und wir sind alle gespannt, was herauskommt. Es gab aber – wenn das Ihre Frage ist –, mit welcher Partei auch immer, keine spezifischen Vorbereitungsbesprechungen, Kontakte, was meine Aussage hier im Ausschuss betrifft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben erwähnt, dass das Finanzressort immer wieder eine Alternative hineinreklamiert hat, die Zulassung von Alternativlösungen, und haben dann vermutet, weil Sie ... – Ich frage nach, ob ich es richtig verstanden habe. – Die Paketlösung haben Sie erst jetzt erfahren? Zur Paketlösung hatten Sie im Jahr 2001 keine eigenen Wahrnehmungen.

Dr. Gerhard Steger: Ich habe keinerlei Erinnerung an diese Wahrnehmung, und ich sage Ihnen ganz offen, dass es mich ziemlich umgehauen hat, als ich diese beiden Dokumente gesehen habe, weil ich mir gedacht habe: Es ist wirklich beachtlich, sozusagen diese Positionierung! – Mir ist auf Grund dieser beiden Unterlagen im Nachhinein manches klarer geworden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie vermuten hier etwas – Sie haben diese Vermutungen auch kundgetan.

Dr. Hillingrathner hat aber von sich gegeben – was nämlich im Widerspruch zu Ihren Vermutungen liegt –, dass er **gegen** die Paketlösung war, und zwar deshalb, weil er zwar MiG präferiert hat, aber neue und neuwertige MiG gemeint hat und nicht die alten DDR-Flieger! Die hat er überhaupt nicht goutiert und hat sich relativ abfällig darüber geäußert, und Hillingrathner hat in keinsten Weise die MiG gemeint, die in der Paketlösung vorkommen, sondern Hillingrathner hat MiG gemeint, die wir von den Russen **an kaufen** sollten.

War Ihnen das bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Also, mir war die ganze Paketlösung nicht erinnerlich, das habe ich schon gesagt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Eben! Aber jetzt haben Sie Vermutungen angestellt!

Dr. Gerhard Steger: Ich habe keine Vermutungen angestellt, sondern ich habe versucht, Ihre Frage zu beantworten, Frau Abgeordnete. (Abg. Dr. **Fekter**: *Ja bitte!*)

Was die konkrete Frage betrifft bezüglich der Aussage Hillingrathners: Ich kann hier nur zitieren, was ich schwarz auf weiß vor mir habe! Es steht hier schwarz auf weiß – ich zitiere –:

Wie ich bereits im Frühjahr vortrug, halte ich diese Paketlösung EADS-Vorschlag für optimal. – Und Hillingrathner sagt da ausdrücklich: 2004 bis 2012 Leasing neuer oder neuwertiger MiG ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Neuer oder neuwertiger. Ganz richtig.

Dr. Gerhard Steger: Genau. Etwas anderes zitiere ich nicht!

Ab 2010 oder 2012 Zulauf von 18 Stück Eurofighter. – Das ist die schriftlich vorliegende Position des Kollegen Hillingrathner.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War Ihnen bekannt, dass unter Alternative oder Alternativen, Zulassung von Alternativen, im Hinblick auch auf den Pichler-Akt, wo angeführt ist, dass man auch gebrauchte Alternativen zulassen sollte, eigentlich das Fokker-Angebot gemeint war? (*Dr. Steger: Nein!*)

Kennen Sie das Fokker-Angebot?

Dr. Gerhard Steger: Nein, ist mir überhaupt nicht erinnerlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kennen Sie jenen Akt, wo Hillingrathner die F-16 MLU präferiert?

Dr. Gerhard Steger: Das ist, soweit ich weiß, dann im Jahr 2002 gewesen: Im Zuge der Vorbereitung der Typenentscheidung, ist mir bekannt, dass Kollege Hillingrathner eine solche Präferenz vorgesehen hat, und er hat ja dann auch im entsprechenden Akt, den ich heute schon erwähnt habe – das war der, der über vier Jahre lang im Ministerbüro war –, die F-16 MLU als die ***günstigste Variante*** bezeichnet. Daher ist mir das bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen auch bekannt, dass Herr Minister Grasser immer die Meinung vertreten hat: Gar keine Flieger – und wenn, dann die billigen Gebrauchten?

Dr. Gerhard Steger: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass Hillingrathner eigentlich kein Gripen-Freund war?

Dr. Gerhard Steger: Ja, das ist mir bekannt: Er hat sich immer wieder sehr distanziert zum Gripen geäußert und hat auch gemeint, dass im Verteidigungsministerium diesbezüglich eine Gripen-Lobby – ich weiß nicht, ob er das wortwörtlich so verwendet hat – am Werk wäre.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, es war im Finanzressort bekannt, dass dort eher einseitige Positionen von manchen bezogen wurden.

Dr. Gerhard Steger: Das war die Position des Kollegen Hillingrathner, und ich hatte keinen Grund, an seinen Angaben zu zweifeln.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Alternativlösungen anzubieten: Haben die eigentlich in irgendeiner Art und Weise zum damaligen Zeitpunkt auf dieses EADS-Paket hingewiesen? – Sie sagen ja, Sie haben das Paket nicht gekannt, die Militärs sagen, sie haben das Paket nicht gekannt, Hillingrathner sagt, er hat das Paket nicht gewollt und daher nicht weiter betrieben.

Wie kommen Sie dann zu Ihrer Vermutung, dass das Aktenstudium sozusagen auf dieses Paket hinweist?

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete! Retrospektiv – ich sage das ausdrücklich: ***retrospektiv***, mit meinem heutigen Wissensstand, heute den Brief von Bischoff an Minister Grasser kennend, heute die Information vom 29.8. von Kollegen Hillingrathner an Minister Grasser kennend! – stellt sich für mich die Sache wie folgt dar:

Es gab eine Variante MiG: Kombination mit Eurofighter, die, wie gesagt, Kollege Hillingrathner ausdrücklich als **optimal** in dieser Unterlage bezeichnet hat und von der ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein! Mit neuwertigen MiG, nicht die alten!

Dr. Gerhard Steger: Ich habe weder gesagt alt noch neu, ich habe gesagt: MiG. (*Abg. Mag. Kogler: Eine Kombination!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Eine Kombination.

Dr. Gerhard Steger: Kombination MiG mit Eurofighter. – So. Das war sozusagen eine Variante.

Die Umsetzung einer solchen Variante hatte zur Voraussetzung, dass man überhaupt in diesem ganzen Ausschreibungsprozess die Möglichkeit einer Übergangslösung vorsieht, denn wenn man eine solche Übergangslösung gar nicht in der Möglichkeit vorsieht, schließt man diese Variante von vornherein aus.

Ich sehe diese Position in Einklang mit den ständigen Forderungen des Finanzministeriums, es müsse Übergangslösung möglich sein, es müsse Zwischenlösung möglich sein, es müsse Alternativlösung möglich sein, und daher ist mein Eindruck der – retrospektiv! –, dass zu einer Zeit, wo nach den mir vorliegenden Unterlagen das Verteidigungsministerium den Eurofighter nicht im Fokus hatte, das Finanzministerium jedenfalls die Tür für den Eurofighter aufgemacht hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber da sind Sie total im **Widerspruch** mit dem, was Sie unmittelbar vorher gesagt haben, nämlich dass sich aus der Aktenlage ganz eindeutig ergibt, dass das Finanzressort die F-16 MLU präferiert hat. – Auch das ist eine Alternativvariante, auch die erfordert eine Übergangslösung, auch die ist retrospektiv für all das, was sozusagen im Aktenstudium herauslesbar ist ... Für die F-16 MLU-Variante gilt das ganz Gleiche.

Sie haben vorhin erwähnt, das Finanzressort **hatte** F-16 MLU als beste Variante vorgeschlagen. – Da steht das ja im Widerspruch!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, das ist mit Sicherheit eine Frage zu Beweisthema 2. Ich habe jetzt nur gewartet, ob Sie in der Lage sind, einen Zusammenhang zum Beweisthema 1 herzustellen. Sie sprechen eine Sitzung vom 24. Juni 2002 im Finanzministerium an – eindeutig Beweisthema 2.

Ich ersuche Sie, jetzt eine Frage zum Beweisthema 1 zu stellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich möchte protokollarisch erwähnen – damit es vermerkt ist –: Dozent Steger sagt zu diesen Dingen wie: Paketlösung, aus den Akten ergibt sich ... (*Abg. Mag. Kogler: Was er sagt? – Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*), in keinsten Weise eigene Wahrnehmungen – weil er ja mehrmals erwähnt hat: Die war ihm damals nicht bekannt, sondern er zieht heute retrospektiv Schlussfolgerungen in eine Richtung. (*Abg. Mag. Stadler: Jetzt protokolliert sie ...! Jetzt tut sie schon das Protokoll soufflieren!*)

Ich habe Dozent Steger darauf aufmerksam gemacht, dass das aber im Widerspruch zu seiner vorhergehenden Aussage ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter, auch das Protokoll braucht keine Souffleuse! Das Protokoll wird gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung von Beamtinnen und Beamten dieses Hauses erstellt, und wir haben bis jetzt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass das **ordnungsgemäß** geschieht. – Bitte daher diese Soufflier-Aktionen zu unterlassen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zum Original ... (Abg. Dr. **Fasslabend:** Ja, aber das macht auch der Vorsitzende hie und da immer wieder, dass er das festhalten will im Protokoll! Oder der Stadler oder Kogler! Da geht es, nur wenn es Fekter macht, geht es nicht! Also bitte, da muss schon Gerechtigkeit her! – Abg. Mag. **Stadler:** Keiner von uns hat bisher der Auskunftsperson etwas in den Mund gelegt! – Abg. Dr. **Fasslabend:** Na ja, so ist es nicht! – Abg. Mag. **Stadler:** ... Protokoll! Das ist ja ganz etwas ...!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich ersuche, die Befragung durch Frau Abgeordnete Fekter nicht von den Bänken der ÖVP her zu stören!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist ja bereits erwähnt worden, dass es eine ziemlich eigenartige Vorgangsweise ist, dass ein Originalakt verschwindet, dann die erste Kopie, die angefertigt wird und in Verschluss gehalten werden sollte, auch nicht mehr auffindbar ist – und alles in Ihrer Sektion, in Ihrem Wirkungsbereich.

Was dann doppelt eigenartig ist: Noch bevor dieser Akt hier im Haus auftaucht, taucht er in „NEWS“ auf! Und was auch noch sehr, sehr eigenartig ist: dass im zeitlichen Zusammenhang mit diesem Aktenverschwinden die grüne Fraktion eine detaillierte parlamentarische Anfrage macht, in der schon Bezug genommen wird auf Derartiges!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter, das sind jetzt 25 Minuten. Die Parlamentsdirektion hat auf meinen Wunsch hin meine Unterbrechungen großzügig eingerechnet. Es ist jetzt alles im Protokoll – bis hin zu den Anfragen von Seiten der Parlamentsfraktion der Grünen.

Wären Sie, Frau Abgeordnete Fekter, damit einverstanden, dass ich das Wort weitergebe – oder bestehen Sie noch auf eine Frage?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Meine Frage an Sie: Hatten Sie zu Kollegem Pilz bereits im Jahre 2001 Kontakt?

Dr. Gerhard Steger: Nein, Frau Abgeordnete. Wenn Sie mir eine Bemerkung zu diesen „NEWS“-Geschichten gestatten, wenn Sie mir das auch gestatten, Herr Vorsitzender: Ich muss sagen, ich war schon sehr betroffen, als Sie in einer Presseausendung – ich habe sie mit, ich könnte sie herausfischen; ich glaube, vom 1. Oktober oder in der Gegend – in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt haben, es läge nahe, dass ich diese Indiskretion Richtung „NEWS“ zu verantworten habe. Das hat mich deswegen betroffen gemacht, weil ich denke, bei aller Auseinandersetzung, die man in der Frage Abfangjäger haben kann, soll man eigentlich solche – gestatten Sie mir, mit allem Respekt, diesen Ausdruck – **Unterstellungen** nicht vornehmen, weil das schon in Richtung Ruf- und Kreditschädigung geht.

Ich kann Ihnen hier nur in aller Deutlichkeit sagen – und ich bin bereit, das auch unter Eid auszusagen –: Ich habe **keine** Unterlagen an „NEWS“ weitergeleitet, in keiner wie immer gearteten Weise und lege größten Wert darauf, dass bei allen Meinungsverschiedenheiten, Frau Abgeordnete Fekter, die man in dieser Frage haben kann, keine Äußerungen getätigt werden, die ich als Ruf- und Kreditschädigung empfinden muss! Ich glaube, das habe ich mir nicht verdient, und das muss ich mir auch nicht bieten lassen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie mit dem Pilz ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das müssen Sie sicherlich nicht. Ich stelle nur eines fest: Hier im Rahmen des Ausschusses ist mit Sicherheit noch keinem Beamten und keiner Auskunftsperson ein strafbares Verhalten unterstellt worden. Es hat auch keinerlei

Hinweise gegeben, die in diese Hinsicht zu würdigen wären. – Was außerhalb des Ausschusses geschieht, fällt in den Verantwortungsbereich der einzelnen Mitglieder des Ausschusses und sind hier vom Vorsitz aus auch nicht zu kommentieren.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Herr Dr. Steger! Herr Rauen von der Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH hat bei seiner Befragung hier vor dem Ausschuss angegeben, dass EADS eigentlich Flugzeuge der Tranche 1 ab 2004 liefern hätte können und somit keine Zwischenlösung notwendig gewesen wäre. – Am Dienstag, den 23. April 2002, hat Brigadier Wolf in einem Hintergrundgespräch gemeinsam mit Herrn Ministerialrat Heribert Wagner folgende Information an die Presse weitergegeben – ich zitiere –:

Das europäische Eurofighter-Konsortium hätte mangels einer Zwischenlösung im ersten Angebot eigentlich aus dem Wettbewerb ausgeschieden werden müssen. – Zitatende.

Wie kommt es Ihrer Einschätzung nach zu diesem doch sehr eklatanten Widerspruch der Aussagen der Experten des Verteidigungsministeriums und der Aussage von Herrn Rauen?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, ich kann dazu einfach nichts sagen, weil ich kein Schiedsrichter zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Herrn Rauen bin. Ich bitte um Verständnis, dass ich diese Frage einfach nicht beantworten kann; ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Trotzdem noch eine Frage betreffend Herrn Rauen. Herr Rauen hat ausgesagt, dass EADS eigentlich Flugzeuge der Tranche 1 ab 2004 liefern hätte können und somit keine Zwischenlösung notwendig gewesen wäre. Außerdem hat er gesagt, dass Österreich die Lieferung von Tranche 2-Flugzeugen verlangt hat.

Ist Ihnen irgendetwas bekannt, wer diese Anforderung und wann an EADS gestellt hat?

Dr. Gerhard Steger: Ist mir jetzt überhaupt nicht bekannt und nicht erinnerlich, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Uns, den Abgeordneten, liegt ein Inserat von EADS vor – die meisten werden es kennen – aus der „Kronen-Zeitung“ vom 23. April 2002, in dem 100 VIP-Plätze für den Formel-1-Grand-Prix in Spielberg zur Verlosung gebracht wurden. Und es wird in diesem Inserat auch darauf hingewiesen – ich zitiere –:

Forschung, Technik, Sicherheitsschwerpunkte aus dem Programm des Konzerns, die auch im Rahmen der neuen österreichischen Abfangjäger gut liegen.

Frage an Sie: Können Sie uns sagen: Steht dieses Inserat in einem Zusammenhang mit dem im Untersuchungszeitraum laufenden Verfahren zur Draken-Nachfolgebeschaffung?

Dr. Gerhard Steger: Auch hiezu habe ich keinerlei Wahrnehmung, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Das heißt, Sie werden auch nicht wissen, wer die Firma EADS ersucht hat, so eine Schaltung vorzunehmen? (*Dr. Steger: Keine Ahnung!*)

Haben Sie eine Einladung von EADS auf so einen VIP-Platz oder jemand anderer aus Ihrem Bereich erhalten? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe keine erhalten, mir ist auch nicht bekannt, dass jemand aus meinem Mitarbeiterbereich so etwas bekommen hätte, und wenn ich eine Einladung bekommen hätte, hätte ich sie nicht wahrgenommen.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Herr Vorsitzender, ich hätte jetzt eine Frage an den Herrn Verfahrensanwalt, und zwar geht es um die schon angesprochenen – ich kann mich daher relativ kurz fassen – Disziplinierungsmaßnahmen gegen Herrn Dr. Steger. Ich beziehe mich auf eine Presseaussendung des Finanzministeriums, ich darf sie kurz verlesen, in abgekürzter Form:

„Steger zu Folge diene die unerlaubte Weitergabe seiner persönlichen Abklärung der Zulässigkeit der Anweisungen dieses E-Mails. Das Bundesministerium für Finanzen stellt fest, dass zur Klärung von Rechtsfragen die Finanzprokuratur der ausschließliche Ansprechpartner für solche Angelegenheiten ist bzw. der Bundesminister für Rückfragen zur Verfügung steht.

Durch dieses Verhaltensweise besteht der begründete Verdacht einer Dienstpflichtverletzung durch Sektionschef Steger, weshalb eine Disziplinaranzeige an die verfassungsmäßig unabhängige Disziplinarkommission des BMF erstattet wird.

Für die Dauer des Disziplinarverfahrens wird daher die für das Landesverteidigungsministerium zuständige Budgetabteilung mit sofortiger Wirkung dem Generalsekretär des BMF unterstellt.

Durch die grobe Verletzung des Vertrauensverhältnisses sieht sich (*sic!*) wird weiters für die Dauer der Regierungsverhandlungen die Abteilung Budgetplanung direkt dem Generalsekretär unterstellt.“

Sie dürfen annehmen, dass ich des Lesens kundig bin. Für die Ausführung dieser Pressemeldung ist ein gewisser Manfred Lepuschitz zuständig, nicht ich. Daher kommt das vielleicht ein wenig holprig rüber.

Kennen Sie diese Presseaussendung?

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Wir haben jetzt die Vernehmung der Auskunftsperson Dozent Steger – und nicht meine Vernehmung. Ich kenne das nicht, ich gebe dazu auch derzeit, auch aus den anderen Gründen, keine Erklärung ab, aber wenn ich das später habe, können wir außerhalb der Vernehmung von Auskunftspersonen darüber konferieren. Ich bin sehr gerne bereit, Ihnen dazu Aufklärungen zu geben, was ich dazu sage, aber das hat jetzt mit der Vernehmung des Herrn Dr. Steger nichts zu tun.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Es sollte auch nur die Einleitung sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir wären auch so verfahren; zweitens, ist es sinnvoll, gerade alles, was Disziplinarverfahren betrifft und wo Datenschutzprobleme relevant werden könnten, in vertraulicher Sitzung abzuhandeln. Ich ersuche, das auch bei diesem Fall zu beachten!

Herr Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wir lauschen den Fragen interessiert, haben aber derzeit keine eigenen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Sektionschef, ich komme noch einmal zurück auf das von mir umfangreich vorgelesene Schreiben, das Sie an Herrn Hillingrathner, an Frau Hutter und an Herrn Trattner gerichtet haben, vom 9. April 2001, in dem Sie gesagt haben, das beruhte auf einer Weisung oder einem Auftrag (*Dr. Steger: Ja, Auftrag!*) des Herrn Bundesministers vom 21. März 2002, wenn ich das Datum richtig mitgeschrieben habe.

Dr. Gerhard Steger: Nein, das ist der 9. April 2001.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben am gleichen Tag noch ...

Dr. Gerhard Steger: Ja, natürlich, ich versuche immer, schnell zu reagieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist dieser Auftrag mündlich oder schriftlich ergangen?

Dr. Gerhard Steger: Mündlich. Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, war ein Zitat aus meinen Mitschriften.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage war, ob das schriftlich ergangen ist, – Ich habe das nämlich prüfen lassen: Das ist nicht in den Akten, dann hätte ich das nämlich gerne gehabt. Das war der ganze Hintergrund dieser Frage.

Das heißt, schriftlich gibt es diesen Auftrag nicht?

Dr. Gerhard Steger: Schriftlich gibt es ihn nicht. Ich habe mitgeschrieben und habe entsprechend agiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie diese Mitschrift vielleicht noch?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe die Mitschrift noch, sie müsste Ihnen auch vorliegen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann bin ich bei der nächsten Frage. Ihre Schrift ist, mit Verlaub, Herr Sektionschef, *sehr* schwer lesbar, vielleicht können Sie uns dabei behilflich sein. Ich habe hier eine Mitschrift, die ich Ihnen dann gleich zumittle, um Sie zu ersuchen, das vorzulesen, denn hier kommt das eindeutig identifizierbare Wort „Abfangjäger“ vor, ansonsten ist das nicht identifizierbar. Ich darf Ihnen das zumitteln, vielleicht können Sie uns das vorlesen, denn sonst habe ich „Abfangjäger“ in der Deutlichkeit in Ihrer Mitschrift nicht gefunden.

Dr. Gerhard Steger: Herr Vorsitzender, darf ich zur Geschäftsordnung sprechen? – Ich kann Ihnen ein Angebot machen. Ich bekenne mich schuldig, dass meine Schrift eine Katastrophe ist. Was ich habe, ist, ich habe mir selbst herausgeschrieben, was das jeweils heißt, und wenn man das liest, wird man feststellen – das muss ich zu meiner Schande gestehen –, dass ich das eine oder andere Wort selber nicht mehr lesen konnte, aber ich habe eine Chronologie meiner Mitschrift erstellt und auch mit den Terminen, die es gegeben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind bereit, davon Kopien anfertigen zu lassen?

Dr. Gerhard Steger: Ich bin bereit, das dem Herrn Ausschussvorsitzenden zu übergeben und es Ihnen zur Verfügung zu stellen, damit Sie meine furchtbare Klaue nicht in dieser Form haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich vermute, dass es kein Problem darstellt, das dann den Fraktionen von SPÖ, FPÖ und Grünen zu übermitteln.

Dr. Gerhard Steger: Ich habe keine Geheimnisse.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bei den anderen beiden Fraktionen muss ich rückfragen, ob das via Parlamentsdirektion oder direkt über den Vorsitzenden geschehen soll. (*Abg. Dr. Fekter: Wenn es nicht gemauschelt ist, haben wir nichts dagegen! Wenn er es öffentlich macht, ist es korrekt!*) – Gut. Dann werde ich das auch diesen beiden Fraktionen direkt zukommen lassen. (*Obmann Dr. Pilz ersucht Mitarbeiter der Parlamentsdirektion, Kopien anfertigen zu lassen.*)

Dr. Gerhard Steger: Darf ich die Frage des Herrn Abgeordneten Stadler beantworten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, bitte, die Frage zu wiederholen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Frage war schon gestellt. Es ist vom 11. April 2002 die Rede im Zusammenhang mit Abfangjäger, im unteren Teil.

Dr. Gerhard Steger: Abfangjäger. Am besten ist, ich schaue gleich selbst in meine eigene Mitschrift. Augenblick, bitte! (*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*) – Da heißt es:

Steger übergibt Ausarbeitung II/1 – das ist meine Grundsatzabteilung, Herr Abgeordneter, die für Budgetgrundsatzfragen zuständig ist, II/3 ist die Rechtsabteilung in meiner Sektion, die mittlerweile in der Grundsatzabteilung aufgegangen ist, damals waren sie noch getrennt, also Haushaltsrecht und alles, was mit Rechtsfragen zu tun hat – und II/3 wegen Miete – Dauerschuldverhältnis – keine Vorbelastung – kein Gesetz nötig – Variante Entfall § 45 Abs. 4 BHG wird geprüft. – Zitatende.

Hintergrund der ganzen Geschichte ist folgender: Es gibt haushaltsrechtliche Bestimmungen in § 45 Abs. 4 BHG, damals geltender Fassung, dass für bestimmte Vorbelastungen eine eigene bundesgesetzliche Ermächtigung notwendig ist, nämlich – ich zitiere jetzt, hoffentlich korrekt, aus dem Gedächtnis – wenn die jeweilige Vorbelastung mehr als 10 Prozent der Sachausgaben des jeweiligen Kapitels übersteigt.

Wir wussten, das wird bei den Abfangjägern der Fall sein. Daher war die Frage: Wie gehen wir mit dieser Sache um? Es gab Überlegungen, das Gesetz zu ändern, damit man sozusagen keine gesetzliche Ermächtigung braucht. Es wurde dann zwar letztendlich auch das Gesetz geändert, es hat aber nichts daran geändert, dass man doch ein Abfangjägerbeschaffungsgesetz gebraucht hat. – Das ist also der Hintergrund der ganzen Geschichte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun noch zu einigen anderen Dingen. Sie haben gesagt, dass ein, glaube ich, Telefonat am 17. Juli 2001 des Herrn Bundesministers Grasser mit Ihnen stattgefunden hat, wo er darauf Bezug genommen hat, dass der Herr Bundeskanzler ein Gegengeschäftsvolumen von 200 bis 250 Prozent verlange. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. Gerhard Steger: Es war eine Sitzung, Herr Abgeordneter, beim Minister am 17. Juli. Eine Sitzung, kein Telefonat! Teilnehmer: Minister, Staatssekretär, Hillingrathner, Tomasch, Oberleitner, Steger. Da war die Rede davon, laut HBK, also laut Herrn Bundeskanzler, 200 bis 250 Prozent Gegengeschäft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war also eine Forderung des Bundeskanzlers an den Bundesminister?

Dr. Gerhard Steger: So habe ich das verstanden, und so habe ich das notiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und er hat das an Sie weitertransportiert, dass man das mit dem Verteidigungsministerium als Erfordernis in die laufende Auftragsvergabe mit einfließt?

Dr. Gerhard Steger: Das war sozusagen der Hintergrund der ganzen Geschichte. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, damit ich das richtig verstanden habe, denn später kommen wir dann noch darauf zurück, inwieweit das überhaupt erfüllt wurde. Aber das ist dann ein späteres Beweisthema.

Sie haben auch einen Vorgang im Jahre 2002 erwähnt, 3. April, 5. April, 8. April. Vorbereitungsgespräch Grasser, dann Termin beim Bundeskanzler, dann Telefonat mit Grasser. Und dann haben Sie noch erwähnt, dass ein Gespräch in der Früh mit der Regierungsspitze stattfindet. Wissen Sie noch, wer daran teilgenommen hat?

Dr. Gerhard Steger: Es steht hier bei mir: Donnerstag Früh: Gespräch mit Scheibner und Regierungsspitze.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Scheibner und Regierungsspitze. – Das heißt also, der Bundeskanzler ist vermutlich ...

Dr. Gerhard Steger: Also ich interpretiere das – ich weiß nicht, ob ich das richtig interpretiere –: natürlich Bundeskanzler, wohl auch Vizekanzler und Scheibner und Grasser. – Ob sonst noch jemand dabei war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme noch auf dieses bereits besprochene Mail des Herrn Mag. Wallner an Sie zurück, das ich jetzt gerne hinterfragt hätte, und zwar deswegen, weil das tatsächlich – da teile ich die Einschätzung Ihrer Mitarbeiterin, der Frau Dr. Schwarzendorfer – auch als Zeugenabrede gewertet werden könnte. Ich halte das nämlich für eine sehr subtile Vorgangsweise.

Hier heißt es wörtlich: „Im Auftrag Mag. Billinger teile ich Dir folgendes mit:“.

Meine erste Frage: Wer ist Herr Mag. Billinger?

Dr. Gerhard Steger: Die **Frau** Mag. Billinger ist die im Kabinett zuständige Kollegin für diesen Bereich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Mag. Billinger aus dem Kabinett des Bundesministers? (*Dr. Steger: Jawohl!*) – Sie hat also einen Auftrag an den Herrn Mag. Wallner erteilt, der wiederum an Sie herangetreten ist ...

Dr. Gerhard Steger: Jawohl, genau so ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ..., und zwar mit folgendem Anliegen:

Der Herr Bundesminister „wünscht“ – HBM heißt wahrscheinlich Herr Bundesminister – „zwischen Euch und mir koordinierte, d. h. ausgearbeitete Einleitungs-Speaking-Notes zu folgenden Themen (...)“.

Diese Einleitungs-Speaking-Notes, sind die gemeint für die Einleitungs-Statements hier im Ausschuss? (*Dr. Steger: So ist es!*) – Bitte, noch einmal!

Dr. Gerhard Steger: So ist es. So habe ich es jedenfalls verstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „... zu folgenden Themen (max. 2-3 Seiten) pro Thema:“

Das heißt also: Für die Aussage hier in diesem Ausschuss? (*Dr. Steger: Jawohl!*)

„1.) Beweisthema 1. Vorbereitung ...“ Und dann kommt die Beweisthemenauflistung.

Dann heißt es: „Weiters soll ich als Hintergrundinfo meine ‚dicke‘ Unterlage an die Beweisthemen anpassen.“

Das heißt, da sagt Herr Mag. Wallner an Sie, dass er eine „dicke“ Unterlage – „dicke“ unter Anführungszeichen – habe.

Wissen Sie, was das ist, was damit gemeint war?

Dr. Gerhard Steger: Ja. Wir haben laufend, Herr Abgeordneter, für den Herrn Minister Unterlagen produziert im Zusammenhang mit dem Abfangjäger/Eurofighter-Bereich. Zum Beispiel: Wenn das Thema im Rechnungshofausschuss oder im Rechnungshofunterausschuss war, oder wenn sonst ein Anlass war, haben wir Mappen produziert, die in bestimmte Themenschwerpunkte unterteilt waren. Und da waren einfach alle relevanten Dinge drinnen: Rechnungshofberichte, Chronologien, Positionspapiere zu einzelnen Fragestellungen, Argumentationen.

Das war damit gemeint, eine sehr ausführliche Verschriftlichung all dieser Dinge, was ja der Punkt war, wo ich gesagt habe: Er hat ohnehin alles gehabt, man hätte es nur zusammenfassen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich gehe davon aus, dass Mag. Wallner davon ausging, dass Sie wissen, was mit diesem Satz gemeint sei – sonst hätte er ihn ja wahrscheinlich erläutert, nehme ich an.

Dr. Gerhard Steger: Das ist eine zutreffende Annahme.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt: Wenn er sagt: „Weiters soll ich als Hintergrundinfo meine ‚dicke‘ Unterlage an die Beweisthemen anpassen.“, dann sagen Sie mir, bitte: Was hat er da wirklich gemeint? Wie soll ein offensichtlich bereits existentes Aktenkonvolut, nämlich diese so genannten Unterlagen, die Sie bisher an den Herrn Minister geleitet haben, an die Beweisthemen angepasst werden?

Dr. Gerhard Steger: Ich interpretiere jetzt. Meine Interpretation lautet: Es gibt vier Beweisthemen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber vier sind hier angeführt Das ist korrekt wiedergegeben.

Dr. Gerhard Steger: Es soll dieses ganze Konvolut hinsichtlich seiner Unterlagen dem jeweiligen Beweisthema zugeordnet werden. So interpretiere ich das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und was ist mit „Hintergrundinfo“ gemeint?

Dr. Gerhard Steger: Die „dicke“ Hintergrundinfo meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Weiters soll ich als Hintergrundinfo“, das heißt, die Anpassung soll als Hintergrundinfo ...

Dr. Gerhard Steger: Lesen Sie mir bitte den Satz noch einmal vor!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese noch einmal vor: „Weiters soll ich als Hintergrundinfo meine ‚dicke‘ Unterlage an die Beweisthemen anpassen.“

Dr. Gerhard Steger: Es ist für mich ziemlich klar, was das heißt. Das heißt, dass die ganzen Materialien, die der Minister schon von uns bekommen hat zu verschiedenen Anlässen, dass die einzelnen Unterlagen, die in diesen Materialien enthalten sind, sozusagen als Hintergrundinfo, wenn der Minister sich näher einlesen will in das jeweilige Sujet, den einzelnen Beweisthemen zugeordnet werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie mir erklären, warum Herr Wallner ausgerechnet diese Beweisunterlagen oder die angepassten Beweisthemen zu den Themen 1 und 2 bis zum 1. Dezember mittags braucht?

Dr. Gerhard Steger: Nein. Das hat uns auch ziemlichen Stress verursacht. Und das war auch der Grund, warum ich dann am, glaube ich, am 29. – ich müsste nachschauen, wann ich dieses Mail geschrieben und dann auch weitergeleitet habe – ... – Wir waren unter massivem Zeitdruck. Wir bekommen am 29. die Anforderung, macht uns das, und am 1. brauchen wir schon die ersten Unterlagen. Ich weiß nicht, warum der Erste genannt worden ist. Wir sind gewohnt, für den Minister relativ kurzfristig zu reagieren. Das Problem war eben in diesem Fall die rechtliche Unsicherheit, in der wir uns befunden haben, wo wir uns dann auch entscheiden mussten: Wie gehen wir vor?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann heißt es zu Beweisthema 3 und 4: bis 6. Dezember, 12 Uhr. – Haben Sie eine Vorstellung, in welchem Zusammenhang diese Fallfrist steht? (*Dr. Steger: Nein!*) – Auch nicht? (*Dr. Steger: Nein, auch nicht!*)

Dann wird weiter gesagt – ich zitiere –: Da ich derartige Dinge auch für den Banken-Untersuchungsausschuss machen muss, bitte ich um zuverlässige pünktliche Lieferung. – Zitatende.

Das heißt, da ist davon auszugehen, dass dort wahrscheinlich von Ihrer Abteilung Ähnliches errichtet werden musste?

Dr. Gerhard Steger: Nein, Bankenausschuss ist nicht mein Bereich, sondern das ist eine andere Sektion.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun einmal zu Ihrer rechtlichen Einschätzung. Ich gehe davon aus, dass die Mitarbeiter Ihrer Abteilung, aber auch Sie selber natürlich mit den rechtlich geschützten Werten dieser Republik einigermaßen, so wie jeder andere Bürger, vertraut sind.

Wie würden Sie es werten, wenn jemand versucht, mit Ihnen in Vorbereitung einer Aussage, die er zu tätigen hat, einen Abgleich der Aussagen herzustellen, damit alle das Gleiche sagen?

Dr. Gerhard Steger: Das war eben meine Befürchtung, dass es sich um Zeugenabsprache handeln könnte oder so interpretiert werden könnte, und ich wollte in diese Gasse nicht reingehen – nicht nur wegen mir, sondern auch wegen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich wollte einfach sicherstellen, dass wir **nicht** in die Bredouille kommen. Das ist schlicht und einfach der Punkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass das Kabinett ein einheitliches Wording des Ministeriums verlangt oder gewünscht hat?

Dr. Gerhard Steger: Das interpretiere ich so, weil es ja um akkordierte Positionen gegangen ist, und das hat uns genau in diese Schwierigkeit hinein gebracht: Was schreiben wir jetzt? Schreiben wir das, von dem wir glauben, dass es der Minister sagen möchte – und werden wir dann womöglich konfrontiert damit, wenn wir im Ausschuss selber zu entsprechende Themen befragt werden? Da kommt man ja nicht raus aus dieser Situation.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich teile Ihre Einschätzung. Ich danke Ihnen für die Ausführungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf selbst fortsetzen. Kommen wir zum Juni 2001. Damit der Hintergrund klarer ist, schildere ich Ihnen, weil Sie nicht mit allen Akten, speziell vom Bundesministerium für Landesverteidigung, zu tun haben konnten, einmal ungefähr die Situation damals aus der Sicht vom EADS.

Vorher **unterbreche** ich kurz die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 11.22 Uhr **unterbrochen** und um 11.24 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Noch einmal zur Einleitung. – Wir beginnen jetzt im Juni 2001. Kurz zum Hintergrund aus der Sicht der Firma EADS: Eine Reihe von Problemen waren aus Sicht der Firma EADS bereits gelöst. Problem Nummer eins ist die Frage: Wird die Lieferfähigkeit der Firma überprüft, also ob sie überhaupt im Jahr 2003 oder 2005 Eurofighter produzieren

kann? Die Firma konnte davon ausgehen, dass das nicht im Detail überprüft wird, zumindest nicht vor Anbotslegung. Damit war Eurofighter im Rennen und es war klar, dass Eurofighter ein Anbot legen kann und auch eingeladen wird zur Anbotslegung.

Das einzige Problem, das es gegeben hat, war: Es wurde eine typengleiche Zwischenlösung zwischen 2003 und 2005 verlangt. Das heißt, damit Eurofighter ins Verfahren kommt und den Zuschlag bekommen kann, muss Eurofighter auch als Zwischenlösung Eurofighter-Flugzeuge liefern können, und zwar ab 2003.

Jetzt geht die ganze Geschichte los mit dem Besuch in Manching und mit dem Akt. Bei diesem Besuch in Manching, wo Ihnen der Akt erst später bekannt geworden ist, wurde dem Finanzminister als für die Typenentscheidung nicht zuständiges Regierungsmitglied zum ersten Mal ein Vorschlag unterbreitet, in dem Eurofighter erst ab 2007 liefern muss und eine Zwischenlösung mit 23 MiG zwischen 2003 und 2007 angeboten wird. Dieser Akt – das haben uns einige Auskunftspersonen schon gesagt – war aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Und am 29. August 2001 verlangt der Finanzminister plötzlich den **Originalakt** zurück.

Meine erste Frage lautet: Wenn der Originalakt von Ministerialrat Hillingrathner dem Finanzminister übergeben wird, ist Ministerialrat Hillingrathner verpflichtet, sich auf der Stelle eine Kopie anzulegen?

Dr. Gerhard Steger: Ehrlich gesagt, da muss ich jetzt passen. Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann es Ihnen sagen: Mit Sicherheit **nicht**, weil ich dieser Frage nachgegangen bin, und Kollege Fasslabend scheint das auch zu bestätigen. Der Finanzminister konnte also davon ausgehen, dass, wie es üblich ist, seine Weisung befolgt wird, ihm der Originalakt übergeben wird – und es zu diesem Zeitpunkt **nur den Originalakt** gibt.

Konnte der Finanzminister jetzt davon ausgehen, dass es, wenn der Originalakt verschwindet, von diesem Akt keine Spur mehr gibt?

Dr. Gerhard Steger: Was den Inhalt des Aktes betrifft, mag das so sein. Was allerdings bei einer solchen Denkwegweise übersehen werden würde, ist, dass er protokolliert war. Das heißt, der Umstand, dass es diesen Akt gibt, wäre nach wie vor aktenkundig gewesen, aber nicht der Inhalt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig, ja. Das heißt, was wäre dann noch nachvollziehbar gewesen?

Dr. Gerhard Steger: Dass es einen Brief gegeben hat, aber nicht, was drinnen steht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Oder dass es einen **Akt** gegeben hat, weil das war ja mehr als ein Brief. Das war ein umfangreiches Angebot über eine Paketlösung, und das waren auch begleitende Dokumente, eine Kurzanalyse und anderes.

Das wäre nicht mehr auf Grund dieses Eintrags nachvollziehbar gewesen?

Dr. Gerhard Steger: So ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich halte einmal an dem Punkt fest: Der Akt, von dem wir wissen, dass er nicht in der Sektion II verschwunden ist, sondern dort, wo er angekommen ist, nämlich im Büro des Bundesministers – und diese Ankunft ist bestätigt, auch durch Antworten von Ministerialrat Hillingrathner –, dort musste man davon ausgehen: Wenn der Originalakt verschwindet, bleibt nur noch eine Zeile in einem Aktenverzeichnis, dass es einmal einen Akt gegeben hat. Das halte ich nur fest. Und Ihr Nicken interpretiere ich als Zustimmung. (*Dr. Steger: Ja!*)

Hat Bundesminister Grasser zum Zeitpunkt des vermutlichen Verschwindens des Originalaktes gewusst, dass sich bei Ministerialrat Hillingrathner noch eine Kopie befindet?

Dr. Gerhard Steger: Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das werden wir also *ihn* zu fragen haben. Das halte ich nur fest; das ist möglicherweise eine wichtige Frage.

Dann kommt es zum nächsten Vorgang, der dokumentiert ist: Die **Kopie** des **Originalaktes** wird ein zweites Mal auf die Reise geschickt, und zwar in Richtung Kanzlei, kommt auch dort nicht an. Und jetzt haben Sie dann darauf verwiesen, Sie wollten, dass dieser Akt in einem Tresor aufbewahrt wird.

Dr. Gerhard Steger: Die Kollegin Schwarzendorfer war das.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum wollte das die Kollegin Schwarzendorfer?

Dr. Gerhard Steger: Damit sie sicher ist, dass er kein zweites Mal verschwindet. (*Abg. Mag. Stadler: Drittes Mal!*) Oder: nicht noch einmal verschwindet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, welche Funktion die Kollegin Schwarzendorfer damals hatte?

Dr. Gerhard Steger: Abteilungsleiterin. Sie war die Nachfolgerin des Kollegen Hillingrathner.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nachfolgerin von Ministerialrat Hillingrathner, also Abteilungsleiterin.

Dr. Gerhard Steger: II/14 oder II/7, je nachdem.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben es immer als II/14 gehabt.

Die Abteilungsleiterin Schwarzendorfer hatte also die Befürchtung, dass der Akt ein drittes Mal verschwindet. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat sie ihn dann persönlich zum Tresor gebracht. – Ist das ein Tresor der Sektion II oder ...?

Dr. Gerhard Steger: Ich darf nur festhalten, so hat sie es mir **erzählt**. Also ich gebe jetzt wieder, was mir die Kollegin Schwarzendorfer gesagt hat. Sie hat gesagt, sie wollte sicherstellen, dass das jetzt sozusagen dorthin ankommt, wo es hingehört, nämlich in den Tresor, und hat, ich glaube, zum Herrn Schnobel (*phonetisch!*), der damals in der Kanzlei zuständig war – ich bilde mir ein, dass es Herr Schnobel (*phonetisch!*) war –, gesagt – ich zitiere jetzt sinngemäß von dem, was sie mir gesagt hat –: Und ich gehe jetzt so lange nicht weg, so lange der Akt nicht im Tresor liegt! Nehmen Sie es nicht persönlich; das ist kein Misstrauen, aber ich will sicherstellen, dass dieser Akt in den Tresor kommt! – und sie hat so lange gewartet und ist dort stehen geblieben, bis der Akt im Tresor war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich befürchte, dass Sie die nächste Frage nicht beantworten können. Ich stelle sie aber trotzdem, möglicherweise der Form halber.

Wissen Sie, von wem Ihre Kollegin Schwarzendorfer so große Gefahr für diesen Akt vermutet hat?

Dr. Gerhard Steger: Ich bitte Sie, diese Frage allenfalls Kollegin Schwarzendorfer zu stellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das halte ich auch für richtig. Ich glaube, beim Beweisthema 2 werden wir die Möglichkeit haben, Frau Schwarzendorfer zu befragen, und ich werde mir diese Frage für dann aufheben.

Halten wir einmal fest: Jahre später war die Kopie dieses zwei Mal verschwundenen Paketlösungs-Grasser-Bischoff-Aktes endlich im Tresor der Sektion II in Sicherheit. (*Dr. Steger: Ja!*) – Und dadurch ist auch sichergestellt worden, dass trotz des zweimaligen Verschwindens, zuerst des Originalaktes und dann einer Kopie, der Untersuchungsausschuss heute über diesen Akt befinden und dazu Fragen stellen kann. – Das ist einmal das eine.

Zweitens geht es mir um die Frage: Sie haben ja geschildert, Finanzminister Grasser hat auch Ihnen gegenüber den begründeten Eindruck erweckt, zumindest Anfang des Jahres 2001, er sei grundsätzlich kein Freund der Beschaffung von Abfangjägern.

Dr. Gerhard Steger: Jawohl, Herr Abgeordneter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ab wann hat sich der Finanzminister persönlich dafür eingesetzt, dass ein MiG-Angebot zugelassen werden sollte?

Dr. Gerhard Steger: Gestatten Sie mir, dass ich da jetzt ein bisschen in meinen Unterlagen schaue. – (*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*) – Ich habe Folgendes in meinen Gesprächsnotizen notiert: Am 17. 07. 2001 hatten wir einen Termin mit Minister Scheibner, also Minister Grasser. 2001. Da habe ich mir notiert, dass ich nach einem Gespräch mit Minister Scheibner, wo es an sich um etwas anderes gegangen ist, nämlich ums Budget-Controlling fürs laufende Jahr 2001, ich den Minister konfrontiert habe mit der Frage, die Hillingrathner mich gebeten hat, dem Minister zu stellen. Er, Hillingrathner, habe gehört, dass der Minister Grasser zugestimmt habe, dass man die Russen nicht zur Angebotslegung Abfangjäger ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Russen – das war die MiG?

Dr. Gerhard Steger: War die MiG, ja.

Er, Hillingrathner, habe also gehört, dass der Minister Grasser zugestimmt habe, dass man die Russen nicht zur Angebotslegung Abfangjäger einladen muss oder einladen möge, und so quasi: Grasser hätte zugestimmt, dass MiG draußen ist; sehr simpel formuliert. Ich habe Herrn Minister Grasser gefragt, ob das zutrifft, und der Minister hat mir dezidiert erklärt: Das ist falsch! Und ich habe das dem Herrn Ministerialrat Hillingrathner noch am 17. 07. mitgeteilt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, der Finanzminister hat damals die Meinung vertreten, MiG sollte zur Angebotseinholung eingeladen werden.

Dr. Gerhard Steger: So ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie konnten allerdings damals nicht wissen, dass am 11. Juni, also mehr als einen Monat zuvor, der Finanzminister mit Sigi Wolf von MAGNA das Eurofighter-Werk in Manching besucht hat und ihm dort bereits die Paketlösung mit der Interimslösung von 23 MiG-29 vorgestellt worden ist. Das konnten Sie zu diesem Zeitpunkt nicht wissen.

Dr. Gerhard Steger: Das ist korrekt. Ich habe es nicht gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie konnten auch nicht wissen, dass am 13. Juli, also vier Tage nach dieser Äußerung pro MiG Ihnen gegenüber EADS bereits den Vorschlag für eine Paketlösung „für S.E. Herrn Karl Grasser, Bundesminister für Finanzen“, erstellt hat. Das konnten Sie auch nicht wissen.

Dr. Gerhard Steger: So ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Am 13. Juli ist das Paket erstellt und am 27. Juli übersandt worden. – Ich rede jetzt nur vom Zeitpunkt der Erstellung.

Am 24. Juli gibt es ein SMS – das ist im Ausschuss schon zitiert worden – von Finanzminister Grasser an Hillingrathner; wir haben Herrn Hillingrathner dazu befragt. Da heißt es:

1. MiGs von mir niemals ausgeschlossen. – Und dann geht es weiter bis hin zu dem Akt, in dem Bundesminister Grasser – am 10. August 2001 wird der Akt abgefertigt – am 14. August eine Seite austauschen lässt und, und er lässt auch festhalten:

Gemäß Rücksprache mit dem Kabinett des Herrn Bundesministers für Finanzen Dr. Christl soll das Thema der Nichteinladung der MiG auch in die Erledigung aufgenommen werden. – Zitatende.

Ist Ihnen bekannt geworden, dass sich der Finanzminister zu mehreren Gelegenheiten für die Berücksichtigung der MiG gegenüber dem Verteidigungsministerium eingesetzt hat?

Dr. Gerhard Steger: Da müsste ich jetzt schauen, ob ich diesbezüglich etwas in den Unterlagen finde. – Es ergibt sich aus den Unterlagen, dass wir jedenfalls zu dieser Zeit Rückendeckung hatten vom Finanzminister, dass die MiG im Spiel sein soll.

Obmann Dr. Peter Pilz: Noch einmal: Kommen wir zu dem Punkt Zwischenlösung beziehungsweise Überbrückungslösung. Es ist aus heutiger Sicht eine eigenartige Rollenverteilung im Finanzministerium. Der Finanzminister weiß, dass Ministerialrat Hillingrathner – es ist so salopp bezeichnet worden – ein MiG-Fan ist, also überhaupt dafür ist, dass MiG beschafft wird. Er weiß, dass andere Beamte, wie Sie, möglichst auf eine sparsame Lösung drängen, aber weder Hillingrathner noch Sie, noch das zuständige Kabinettsmitglied Christl wissen, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine Paketlösung, die Eurofighter und MiG umfasst, in Verhandlung steht.

Gibt es irgendeinen anderen Beamten des Finanzministeriums, irgendein Mitglied des Kabinetts, das Ihres Wissens zum damaligen Zeitpunkt – vielleicht aus Ihrem heutigen Wissen auch – irgendetwas über diesen Vorschlag einer EADS-Eurofighter-MiG-Paketlösung gewusst hat?

Dr. Gerhard Steger: Ich tu mir deswegen schwer, Herr Abgeordneter, weil ich nicht weiß, wer mit dem Minister in Manching war. Falls jemand mit dem Minister in Manching gewesen wäre, müsste diese Person ja wahrscheinlich mitbekommen haben, dass da sozusagen Überlegungen angestellt werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Meine 15 Minuten sind um. Ich werden dann in einer späteren Runde an diesem Punkt fortsetzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Sektionschef, Sie haben vorhin auf meine Frage, ob Ihnen das Fokker-Angebot über die gebrauchten F-16 bekannt ist, nein gesagt. (*Dr. Steger: Ja!*)

Ich habe hier einen Akt vom 21. März 2002, wo dezidiert und relativ genau angeführt wird:

Gebrauchtvariante F-16, Kauf, Gebrauchvariante F-16, Leasing, Stärken – Schwächen F-16 MLU.

Da wird in sehr umfangreicher Art und Weise sozusagen die Gerätschaft F-16, Eurofighter, Gripen analysiert.

Wie kommen Sie dann zu der Aussage, Sie kannten kein Angebot gebrauchte F-16?

Dr. Gerhard Steger: Natürlich habe ich das Angebot gebrauchte F-16 gekannt! Ich habe auch nicht gesagt, dass ich es nicht gekannt habe. Ich habe gesagt, ich habe kein Fokker-Angebot gekannt! (*Abg. Dr. Fekter: Aha!*)

Ich weiß nicht, was Sie unter „Fokker-Angebot“ verstehen! Fokker schreibe ich mit F-o-zwei k-e-r.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die besagte Firma ... (Abg. Dr. Fasslabend: *Klingt aber jetzt anders als vorher!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur damit hier kein falscher Vorhalt gemacht wird: Ich kann mich genau erinnern – so lange ist es noch nicht her –, dass Herr Steger erklärt hat, ein Angebot über gebrauchte F 16 hat es gegeben, und das hat auch in den Bewertungen des ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie interpretieren da den Zeugen! Halten Sie sich zurück, Herr Pilz!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gebe etwas wieder, damit es keinen ... (Abg. Dr. Fasslabend: *Im Protokoll nachlesen!*)

Ich habe auch den Zeugen ersucht, zu dem Punkt, ob die F-16 berücksichtigt worden ist, keine Antwort zu geben, weil das Beweisthema 2 ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Verfahrensanwalt, bitte bremsen Sie den Vorsitzenden ein, wenn er dem Zeugen etwas in den Mund legt!

Das ist immer so gehandhabt worden, dass man nicht interpretiert, was ein Zeuge gesagt hat!

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich auf Englisch sagen: ***Everybody might calm down!***

Ich kann mich erinnern, dass Herr Dozent Steger gesagt hat, das Fokker-Angebot hat er nicht gekannt. – Es war damals allerdings nicht die Rede davon, dass dieses Fokker-Angebot das F-16-Angebot ist.

Ich glaube, das ist jetzt aufgeklärt: Er weiß jetzt, dass dieses Fokker-Angebot inhaltlich diese amerikanische Maschine betrifft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Fokker war der Lizenznehmer von Lockheed, und es gab ein Angebot von Fokker, am 14.3.2001 bei Hillingrathner im Ministerium vorgestellt.

Sie als Vorgesetzter haben davon keine Kenntnis gehabt?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe gewusst, dass F-16 im Spiel ist. Und wenn Sie F-16 sagen, ist das für mich das Codewort, das verstehe ich. Fokker assoziiere ich damit nicht! – Also dass F-16 im Spiel war, habe ich gewusst, jawohl.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In diesem Akt, der an Sie in Kopie gegangen ist, geht es permanent um gebrauchte F-16 – Gebraucht-Variante; Kauf Gebraucht-Variante, Leasing.

War Ihnen bekannt, dass man, wenn gebrauchte F-16 im Spiel sind, dann Alternativen zulassen muss?

Dr. Gerhard Steger: Es ist logisch, dass das so ist! Und das Finanzministerium hat ja auch immer wieder darauf gedrängt, Alternativlösungen zuzulassen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie kommen Sie dann zu der Vermutung, dass die Zulassung der Alternativlösung oder das Drängen des Finanzressorts auf Alternativlösung Sie „bass erstaunt“ hat, dass das vielleicht die MiG sein könnten?

Dr. Gerhard Steger: Weil es meiner Erinnerung nach bei der F-16 nicht um eine Zwischenlösung gegangen ist oder um eine Übergangslösung, sondern um eine

Dauerlösung, die halt insgesamt weniger lange geflogen wäre als neuwertige Eurofighter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir reden aber von der Alternativlösung – und nicht von der Zwischenlösung.

Dr. Gerhard Steger: Ich sehe das Ganze im Paket. Insgesamt ist es aus meiner Sicht darum gegangen, zu unterscheiden: Will man sofort neue Flieger haben oder will man eine Zwischenlösung oder eine Übergangslösung dafür haben oder auch Alternativlösungen, denn Alternativlösungen – und das ergibt sich, Frau Abgeordnete, aus dem Aktenvermerk von Hillingrathner, der heute schon ein paar Mal erwähnt wurde; ich darf jetzt wörtlich zitieren; das ist dieser berühmte 29. August 2001 –:

Hillingrathner sagt also, er ist für diesen EADS-Vorschlag Paketlösung, und jetzt sagt Hillingrathner: Deshalb auch ho. Forderung, Alternativangebote zuzulassen.

Das heißt, Hillingrathner verwendet das Wort „Alternativangebote“ für die Kombination MiG/Eurofighter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen das MiG-Angebot vom 17. August – das war vor dem 29. August, den Sie jetzt gerade zitiert haben –, ist Ihnen also das MiG-Angebot vom 17. August bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist es im Moment nicht erinnerlich. Ich schließe aber nicht aus, dass ich einen Akt – wenn das irgendwo drinnen steht – gesehen habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe hier einen Akt von Hillingrathner, wo er über das gegenständliche MiG-Angebot informiert, nämlich im Hinblick auf ... MiG zu kaufen von einer ..., russische MiGs, die angeboten wurden von einer Firma RosoboronExport. – Ist Ihnen das bekannt?

Nikitin ist das bei uns, dieser Generalkonstrukteur – ist ja schon mehrmals erwähnt worden.

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete, noch einmal: Ich schließe nicht aus, dass ich es damals gesehen habe – es ist mir aber im Moment nicht erinnerlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber heute tun Sie bass erstaunt, als hätte es damals nur die Paketlösung gegeben!

Dr. Gerhard Steger: Ich rede vom Jahr 2001. (*Abg. Dr. Fekter: Ja!*) Und im Jahr 2001 habe ich darauf hingewiesen, dass ich nicht informiert war darüber, dass eine Paketlösung – bestehend aus MiG und Eurofighter – im Gespräch war. – Das habe ich gesagt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es waren F-16 im Jahr 2001 im Finanzministerium im Spiel, es war ein MiG-Angebot von Russland im Spiel, es war EADS mit einer Variante im Spiel und Gripen sowieso im Spiel. Diese Kombination, dass es eine Fülle von Lobbyisten, Anbietern et cetera gegeben hat, ist Ihnen damals nicht bewusst gewesen?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist auch heute nicht bewusst, Frau Abgeordnete, und damals auch nicht, dass die von Ihnen jetzt genannten Varianten Übergangslösungen wären, sondern was das war, meiner Erinnerung nach, waren Dauerlösungen für einen bestimmten Zeitraum – ich weiß nicht: 20, 25 Jahre.

Na ja, ich kann mich an Unterlagen erinnern – wenn ich lange genug suche, finde ich sie jetzt auch –, in denen steht, dass zum Beispiel diese gebrauchten F-16 MLU für einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren ausgelegt sind.

Das heißt, da geht es nicht – aus meiner Erinnerung – um Zwischenlösungen oder Übergangslösungen, sondern darum, einfach gebrauchte Flieger statt neuen zu kaufen! – Punkt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist im Widerspruch zu diesem Akt, der in Kopie an Sie gegangen ist – hier geht es um Gebrauchsvariante F-16 –, wo drinnen steht:

Funktionell **ideale Übergangslösung** für Ausstieg oder Nachbeschaffung eines Geräts der echten vierten Generation.

Das heißt also, da ist in diesem Akt im März bereits im Finanzressort der Minister genau in diese Richtung informiert worden: F-16 Übergangslösung! Und genau das hat Hillingrathner gestern im Detail angeführt, was er alles gemeint hat!

Dr. Gerhard Steger: Darf ich nur fragen: Bezieht sich das hier ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin, ich glaube, Sie wollten das einmal vorlegen. (*Abg. Dr. Fekter legt Dr. Steger ein Schriftstück vor.*)

Dr. Gerhard Steger: Vielen Dank, Frau Abgeordnete, dass Sie so freundlich sind, mir das zu geben.

Ich habe ja vorher sehr klar gesagt, ich rede vom Jahr 2001! Sie legen mir jetzt eine Unterlage aus dem **Jahr 2002** vor!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist 2001! Hier hat im März – schauen Sie, bitte!

Dr. Gerhard Steger: 2002, geschätzte Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein! Vorblatt!

Das ist eine Zusammenstellung von mehreren Unterlagen meiner MitarbeiterInnen. Es geht nur um diesen Akt!

Dr. Gerhard Steger: Und der ist 2002, geschätzte Frau Abgeordnete! Das steht da!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): März 2002 ist aber immer noch Beweisthema 1!

Dr. Gerhard Steger: Ja, aber ich habe vorhin nur vom Jahr 2001 geredet! Wir reden aneinander vorbei, Frau Abgeordnete!

Ich habe gesagt, im **Jahr 2001** habe ich zur Kenntnis genommen, gibt es diese Variante MiG/Eurofighter – und Sie kommen jetzt mit einer Unterlage aus dem **Jahr 2002**. – Das ist ein anderes Thema! (*Abg. Dr. Fekter: Am 17. August 2001 gibt es das MiG-Angebot!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Steger, Entschuldigung: Es ist kein anderes Thema, das ist auch Beweisthema 1.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und Sie reduzieren immer MiG auf das EADS-Kombinationspaket. Es gab aber ein ganz eigenes MiG-Angebot!

Dr. Gerhard Steger: Ja, wunderbar! Wo ist das Problem?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dass Sie behauptet haben, die Alternativlösung und die Übergangslösung, auf die im Finanzressort gedrängt worden ist, hätte nur EADS und das Paket betroffen. Sie haben vermutet, ex post, „bass erstaunt“ seien Sie gewesen, und es geht Ihnen jetzt ein Licht auf, dass man damals schon hätte das in diese Richtung ... – Kollege Pilz versucht ja, das auch in diese Richtung zu interpretieren.

Ich sage, aus dem Aktenverlauf ist **nicht** erkennbar, dass die Alternative ausschließlich auf die Paketlösung EADS/MiG zugeschnitten ist, sondern Alternative heißt auch F-16, Alternative heißt auch MiG von den Russen oder Alternative heißt auch, wie jetzt, dass wir eine Übergangslösung mit Schweizern haben. Und genauso bezüglich der Übergangslösung. Ihre Interpretation ist aus meiner Sicht unkorrekt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen Sie damit eine Frage verbinden?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Meine Frage ist folgendermaßen, dass es für mich **nicht** nachvollziehbar ist, Herr Sektionschef, dass Sie von der Paketlösung im Jahr 2001 nichts gewusst haben, aber heute vermuten, da könnte etwas in die Richtung Paketlösung vom Finanzressort gelaufen sein – vorbei am mächtigen Steger in seiner eigenen Sektion? Durch einen aus meiner Sicht sehr korrekten Herrn Hillingrathner, der kein verschlossenes Buch war, sondern der eine Fülle von Akten angelegt und alles im Detail dokumentiert hat, wie der Minister auch sozusagen angeordnet hat, dass das ordnungsgemäß dokumentiert wird?

Ich frage Sie: Können Sie sich wirklich vorstellen, dass an Ihnen vorbei etwas gelaufen ist, was Sie heute vermuten, aber damals Hillingrathner verneint, die Militärs sagen, das war nicht, nur weil es Ihnen heute halt opportun scheint, dass Sie diese Schlüsse ziehen?

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete, nach Hegel ist die **Wirklichkeit der Beweis der Möglichkeit**. Ich darf Ihnen hier ganz konkret sagen: In der Notiz des Herrn Dr. Hillingrathner vom 29. August 2001 steht ausdrücklich im Heading drinnen – ich zitiere wörtlich, Frau Abgeordnete (*Abg. Dr. Fasslabend: Haben wir eh gelesen, die kennen wir!*), ich darf nur Ihre Frage beantworten –:

Folgende Unterlagen werden wunschgemäß **direkt** dem Minister übermittelt.

Das heißt, diese Sache ist nicht über mich gelaufen, sondern direkt von Hillingrathner an den Herrn Bundesminister. – Punkt eins.

Punkt zwei: Ich zitiere erneut Hillingrathner, der im Jahr 2001 das Paket MiG, Eurofighter ausdrücklich in seiner **direkt** dem Minister zugegangenen Unterlage als Alternativangebot bezeichnet und ausdrücklich sagt:

Deshalb auch die ho. Forderung, Alternativenbote zuzulassen, da die Paketlösung ein klassischer Fall dafür. – Zitatende.

Das heißt, was ich sage, Frau Abgeordnete, ist, dass es, um mich zu wiederholen, retrospektiv betrachtet im Jahr 2001 – und auf das hat sich meine ganze Aussage bezogen – offensichtlich diese Paketlösung gegeben hat, die als Möglichkeit auf dem Tisch gelegen ist (*Zwischenruf des Abg. Dr. Fasslabend*) – ich versuche ja nur, die Frage zu beantworten –, und dass es dazu notwendig ist, um eine solche Paketlösung zu ermöglichen, dass das Endprodukt nicht gleich beschafft wird, weil es noch nicht so weit ist, sondern dazwischen ein „Pufferprodukt“, wenn Sie mir das jetzt sozusagen gestatten, eingeschoben werden muss, und das sollte offensichtlich die MiG sein.

Dass es darüber hinaus andere Angebote gegeben hat, später, im Jahr 2002, oder auch solo die MiG schon früher, das eine schließt ja das andere nicht aus.

Ich halte nur fest, das Wort „Alternativangebote“ verwendet Herr Ministerialrat Hillingrathner genau für dieses Paket.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ministerialrat Hillingrathner hat gestern dezidiert gesagt, dass er Alternativangebote für **alle** am Markt befindlichen Gerätschaften offen halten wollte, weil ihm ging es um möglichst viel Wettbewerb. Ich habe Ihnen jetzt einen Vorhalt gemacht, dass das sehr wohl der Fall war.

Das Zweite ist: Die 29. August-Stellungnahme des Dr. Hillingrathner war nach dem 17. August, wo er schon in Händen hatte das MiG-Angebot der Russen. Und Dr. Hillingrathner hat gestern dezidiert gesagt, er war immer dafür, die MiG nicht auszuschließen, weil er war ein – hat man offen gespürt gestern auch – MiG-Freund, weil er gemeint hätte, das wäre ein günstiges preis-leistungsmäßiges Gerät gewesen, und hat aber dezidiert und wörtlich hier gesagt: Und da meine ich nicht die gebrauchten von der Paketlösung, sondern neu oder neuwertig anzuschaffende. – Und das steht eindeutig im Widerspruch zu dem, was Sie vermuten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir ist nicht ganz klar, ob sich da irgendwo eine Frage verbirgt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Steger, kennen Sie diese Position des Dr. Hillingrathner?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Zeit, Frau Abgeordnete, ist übrigens um, aber ich gebe gern Herrn Steger noch die Gelegenheit, darauf zu antworten. (*Zwischenruf.*) Bitte, das nicht zu kommentieren!

Dr. Gerhard Steger: Frau Abgeordnete, ich habe schon eingangs sehr klar formuliert, dass meine damalige Wahrnehmung war, Hillingrathner ist ein MiG-Fan, und dass ich es nicht verbunden habe in meiner damaligen Wahrnehmung mit einer Paketlösung MiG/Eurofighter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das war korrekt so.

Dr. Gerhard Steger: Jetzt habe ich aber vor mir diesen wunderschönen Aktenvermerk vom 29. August 2001, den ich damals nicht gekannt habe, wo der Kollege Hillingrathner nicht sagt: MiG, Punkt, sondern er sagt: MiG plus Eurofighter in einer Alternativ- oder Übergangs- oder Wie-immer-Lösung.

Ich habe nichts anderes getan, als aus diesem Aktenvermerk zu zitieren und festzuhalten, dass die Positionierung des Finanzministeriums in Richtung Alternativangebote, Übergangsangebote, jedenfalls mit einem solchen Paket kompatibel ist. Das ist mein Punkt. Und da habe ich gesagt, das hat bedeutet in der Konsequenz, die Tür für Eurofighter aufzumachen. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt. Dazu stehe ich auch.

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Okay, das ist aber schon ganz anders, als wie wenn Sie in Richtung Eurofighter gedrängt hätten.

Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 11.57 Uhr **unterbrochen** und um 12.38 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 12.38 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abgeordneter Fekter zur Geschäftsbehandlung das Wort.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ja, ich möchte einen Antrag einbringen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie zuerst einleitend den Antrag stellen und ihn dann begründen? – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur *Geschäftsbehandlung*): Ich möchte einen Antrag einbringen und anschließend eine Frage an den Verfahrensanwalt stellen.

Herr Vorsitzender! Ich **beantrage** eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um mit den Fraktionsführern zu besprechen, wie wir die mediale Betreuung während der Pausen ein bisschen mehr objektivieren können, um hier doch eine Gleichbehandlung der Fraktionen zu haben.

Ich halte es für eine Verletzung des fairen Verfahrens, wenn der Vorsitzende in den Pausen einseitig – es ist ihm unbenommen, Medien in seinem Sinne zu informieren –, wenn der Vorsitzende einseitig die Information an die Medien derart gestaltet, dass, wenn eine Kollegin sich dann dazustellen und ihre Sicht der Dinge darstellen will, er sie sozusagen wegbugsiert und in Wirklichkeit subjektiv als Vorsitzender die Pausen dazu nützt, seine subjektiven Medienkontakte umfassend unter Ausschluss der anderen Kollegen und Fraktionen kundzutun. Ich würde mir vorstellen, dass wir uns kurz besprechen, wie wir in den kommenden Pausen die Medienbetreuung doch ein bisschen mehr objektivieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war mit Sicherheit kein Antrag zur Geschäftsordnung, weil die Pausen nicht ...

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Aber zur Unterbrechung der Sitzung war der Antrag – und zu einer kurzen Besprechung!

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben um eine kurze Besprechung der Fraktionsführer und Fraktionsführerinnen zum Thema Pausengestaltung ersucht. – In den Pausen gibt es keinen Ausschuss, gibt es keinen Vorsitzenden, gibt es keine Geltung der Verfahrensordnung. Frau Abgeordnete, die **Pausen** sind mit Sicherheit **nicht** Besprechungsgegenstand des Ausschusses. Deswegen werde ich Ihrem Ansinnen **nicht** nachkommen und die Sitzung **nicht** unterbrechen.

Ich setze fort. – Wer von der SPÖ ist der nächste Fragesteller?

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe eine Frage an den Verfahrensanwalt!

Obmann Dr. Peter Pilz: Die können Sie gerne stellen. Bitte, fragen Sie Herrn Dr. Strasser!

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Herr Dr. Strasser, stößt es nicht an die Grenzen eines fairen Verfahrens, wenn während des laufenden Ausschusses in den Pausen der Vorsitzende sein Amt dergestalt missbraucht, dass er hier unter Ausschluss der anderen Kolleginnen und Kollegen im Hinblick auf die Medienarbeit einseitig seine Position als Vorsitzender darstellt – und im Hinblick darauf, dass hier keine Gleichbehandlung der Positionen möglich ist, aus meiner Sicht sein Amt missbraucht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, Herr Dr. Strasser.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Die Tätigkeit von Ausschussmitgliedern außerhalb der Sitzungen, insbesondere in den Pausen, entzieht sich der Ingerenz des Verfahrensanwaltes gemäß dem § 19 der Verfahrensordnung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke, Herr Dr. Strasser. Das ist damit geklärt.

Wer von der SPÖ meldet sich zu Wort? – Herr Abgeordneter Gaßner ist der nächste Fragesteller. Ich bitte ihn um seine Fragen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Eine einzige kurze Frage an Herrn Dr. Steger: Es geistert so ab dem Jahr 2000/2001 – 2001 im Konkreten – immer wieder die Zahl **18 Abfangjäger** durch die Protokolle; auch hier im Ausschuss ist immer wieder die Rede von **18 plus sechs**.

Meine ganz konkrete Frage an Sie: Ab welchem Zeitpunkt war man sich im Finanzministerium klar darüber, das es nur **18** sein werden, und nicht irgendeine sonstige Zahl oder die schlussendlich ausgeschrieben **24 plus optional** sechs Übungsflieger?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe jetzt eine Frage zum Verfahren, Herr Vorsitzender: Wenn ich die Frage des Herr Abgeordneten richtig verstanden habe, bezieht er sich jetzt auf den Zeitraum **nach** der Ausschreibung. Das wäre aber nicht das Beweisthema 1. – Nur, dass ich es richtig verstehe, damit ich mich nicht vertue.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Gaßner, vielleicht ist es möglich, das einfach so zu konkretisieren, damit für Herrn Steger klar ist, dass es zu Beweisthema 1 gehört.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Dann muss man die Frage so formulieren: Ist es vor dem Ende der Frist unseres Beweisthemas Nummer 1 – April 2002 – klar festgestanden, dass es sich nur mehr um **18 Flieger** handeln wird – oder war das einfach halt im Gespräch?

Es lässt sich nämlich nicht nachvollziehen, ab welchem Zeitpunkt denn tatsächlich 18. – Da gibt es dieses ominöse Gipfelgespräch beim Herrn Bundeskanzler, ein politisches Gespräch, von dem Sie uns gesagt haben, von dem wissen Sie nichts; aber das kommt immer wieder vor.

War es dieses Gespräch, oder ab wann haben Sie nach Ihrem Empfinden – jetzt: Beweisthema 1, bis zum April – gemerkt, oder ab wann würden Sie meinen, war es klar – in dieser Zeit vor dem April 2002 –, dass es nur **18** sein werden?

Dr. Gerhard Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wie ich schon ausgeführt habe, ist die erste Gelegenheit, wo in den mir zugänglichen Unterlagen die 18 vorkommen, diese Besprechung beim Herrn Minister am 17.7.2001, wo eben gesagt wurde: Eventuell nur 18 – in Klammern: eventuell plus sechs; das sind diese Schulungsflugzeuge – beschaffen.

In der Folge taucht dann relativ oft die Zahl 18 wieder auf, auch, wie schon erwähnt, in diesem Mail vom Minister an Hillingrathner, der in dem Akt vom Juli 2001 heute schon ein paar Mal adressiert wurde.

Dann gibt es eben diese Hinweise auf eine Regierungsvereinbarung, zu der ich auch nichts Näheres sagen kann, weil ich, wie ich schon ausgeführt habe, dazu nichts Näheres weiß.

Also in den mir zugänglichen Unterlagen beginnt im Juli 2001 diese Zahl 18 aufzutauchen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Danke. Das war's.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Steger, können Sie die Aussagen von Herrn Ministerialrat Hillingrathner teilen, dass MiG, wäre die Firma MiG zum Anbot zugelassen worden, der Bestbieter gewesen wäre?

Dr. Gerhard Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht weiß, wie sich die Preisgestaltung letztendlich ergeben hätte. Ich kann das weder bestätigen noch dementieren. Ich traue mir dazu keine Position zu, weil MiG ja letztendlich nicht im Verfahren drinnen war und ich nicht weiß, wie sich die Dinge entwickelt hätten.

Mir ist aber sehr wohl bekannt, dass in den Akten einige Hinweise darauf gemacht wurden – irgendwann zitiert, glaube ich, ein Akt des Finanzministeriums jemanden aus dem Landesverteidigungsministerium, der gesagt haben soll: Was tun wir, wenn MiG auf einmal dann der Bestbieter ist? – So quasi: was dann?!

Also es hat diese Diskussion gegeben, nur: Ich habe dazu keine Position, weil ich nicht in der Lage bin, das wirklich präzise zu beurteilen.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, Sie gehen davon aus, dass das dann eher eine Privatmeinung war und nicht die Ressortmeinung?

Dr. Gerhard Steger: Das war eine Beurteilung des zuständigen Abteilungsleiters, die ich in dieser Form weder bestätigen noch dementieren würde.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Aber er war ja nicht wirklich zuständig für die Beurteilung, ob ein Abfangjäger Bestbieter ist ...

Dr. Gerhard Steger: Ich denke, Herr Abgeordneter, jeder muss für seine Aussagen selbst geradestehen. Ich würde mir eine solche Aussage letztendlich nicht zutrauen. Ich kann nur bestätigen, dass mir Herr Ministerialrat Hillingrathner immer wieder vermittelt hat, MiG sei vom Preis-Leistungs-Verhältnis sehr, sehr günstig, sehr, sehr interessant; das ist mir bekannt. Ob MiG letztendlich das Verfahren gewonnen hätte oder nicht, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Etwas anderes: Ich habe Sie früher, anfänglich, befragt zu Ihrem Verhältnis zu Herrn Ministerialrat Hillingrathner. Sie haben gesagt, Sie waren der Vorgesetzte und haben in Ihrer Funktion als Vorgesetzter – bitte bessern Sie mich aus, wenn das falsch ist – nicht gewusst, dass er in der Dienstzeit eigenständig, ohne Auftrag, Kontakt zu Bieterfirmen gehabt hat.

Jetzt bitte ich auch, eine mögliche falsche Interpretation zu entschuldigen, aber sie sei mir gestattet: Nach der Kopie Ihrer Chronologie zu den Abfangjägern habe ich da mehrfach gesehen, dass offensichtlich Herr Ministerialrat Hillingrathner immer mit „Hilli“ angesprochen war. Also ich vermute, dass Sie nicht nur ein Vorgesetzter von ihm waren, sondern auch vielleicht auf freundschaftlicher Ebene mit ihm verbunden waren.

Kann es jetzt sein, dass Sie nicht als Vorgesetzter von diesen Tätigkeiten in der Dienstzeit gewusst haben, sondern als Freund – denn da redet man ja meistens auch über andere Sachen?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, ich erkläre Ihnen zunächst einmal, wie „Hilli“ zustande kommt: Das ist einfach eine Abkürzung, die ich deswegen gewählt habe, weil ich nicht davon ausgegangen bin, dass ich diese Unterlage sozusagen hergebe, denn sonst hätte ich selbstverständlich den vollen Namen ausgeschrieben.

Wahr ist, dass ich mit Herrn Ministerialrat Hillingrathner per Du bin, wie mit allen meinen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern. Wahr ist, dass ich ihn schätze als Mensch und als Kollegen und als Mitarbeiter. Ich würde nicht sagen, dass ich mit ihm freundschaftlich verbunden bin, und ich habe keine Ursache, da jetzt irgendwelche Dinge einfließen zu lassen in die Beantwortung Ihrer Frage, die sozusagen von **nicht-sachlichen** Erwägungen geleitet wären.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Eine letzte Frage: Ist Herr Ministerialrat Hillingrathner bei der Zusammenstellung der Akten für die Vorbereitung – wie Sie es vorhin erwähnt haben, dass Sie da Akten gehabt haben, damit Sie sich vorbereiten können für diese Anhörung hier – mit eingebunden?

Dr. Gerhard Steger: Meines Wissens nicht. Herr Ministerialrat Hillingrathner war ja zum Zeitpunkt der Aktenanforderung des Ausschusses schon in Pension. Er ist ja

schon Ende 2003, wenn ich mich richtig erinnere, in Pension gegangen – wenn **das** Ihre Frage war.

Abgeordneter Gernot Darmann (BZÖ): Ja, nur: Er hat gestern nämlich behauptet, dass er sehr wohl im Ministerium noch ein eigenes Zimmer hat, mit Namensschild und allem. Deswegen kann es ja sein, dass er da sehr wohl noch tätig ist.

Dr. Gerhard Steger: Kollege Hillingrathner hat noch ein Zimmer im Ministerium. Er war meines Wissens **nicht** eingebunden. Frau Dr. Schwarzendorfer, die das operativ für ihre Abteilung gemacht hat, hat mir auch keinerlei Hinweis darauf gegeben, dass Kollege Hillingrathner eingebunden gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur noch drei kurze Fragen, Herr Sektionschef: Sie haben in einer früheren Phase Ihrer Aussagen erwähnt, dass dieses Papier, das Sie dem Herrn Vorsitzenden direkt übermittelt haben – Stichwort: „wenn Geld keine Rolle spielt“ –, seit vier Jahren verschollen sei beziehungsweise dass das seit vier Jahren im Ministerbüro oder beim Herrn Bundesminister selbst sei, jedenfalls auf den Bundesminister ausgetragen sei im Tagebuch – so, glaube ich, heißt das – der Kanzlei, in der Akten-Evidenz.

Haben Sie eine Vorstellung, warum das dort seit vier Jahren ist?

Dr. Gerhard Steger: Darf ich präzisieren, Herr Abgeordneter: Es war zu dem Zeitpunkt, wo ich dem Herrn Vorsitzenden dieses Schriftstück übergeben habe, genau so, wie Sie gesagt haben, nämlich seit vier Jahren „ausgetragen“ – wie das so schön heißt im Amtsdeutsch – für das Ministerbüro.

Der Minister hat es mir, oder die Frau Kollegin Billinger, ganz konkret, hat es mir im Auftrag des Ministers am selben Tag, Nachmittag, am 13.11.2006, zurückgegeben, mit zwei anderen Akten, die auch jahrelang im Ministerbüro gewesen sind. Es waren insgesamt drei Akten, die ich an dem Nachmittag zurückbekommen habe: einer, wie gesagt, dieser Typenentscheidungsakt; ein zweiter, der sich auf einen Rechnungshofbericht und eine Stellungnahme des Finanzministeriums dazu bezieht; und ein dritter, diese Vermerke des Ministers über die Gespräche auf politischer Ebene über die Typenentscheidung. – Das waren die drei Akte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt: Alle drei Akten hatten aber mit der Draken-Nachfolgebeschaffung zu tun?

Dr. Gerhard Steger: Ja, natürlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und alle drei Akten waren schon seit mehreren Jahren – oder alle drei bereits vier Jahre? – auf den Minister ausgetragen?

Dr. Gerhard Steger: Gute vier Jahre war es dieser Typenentscheidungsakt. Der war aus dem Jahr 2002, von mir abgezeichnet – ich versuche, mich jetzt präzise zu erinnern – am 1.7.2002. Die anderen beiden waren auch schon deutlich mehr als ein Jahr – ich glaube, einer war drei Jahre und einer zwei Jahre. Aber nehmen Sie es bitte als Größenordnung, nicht exakt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, warum diese Akten dort waren – die offensichtlich dort schon gehegt wurden, denn sonst wären sie nicht auf einmal verfügbar gewesen?

Dr. Gerhard Steger: Das ist eine naheliegende Interpretation, die Sie vornehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und warum die dort so lange im Kabinett gehalten wurden?

Dr. Gerhard Steger: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann werden wir den Herrn Bundesminister selbst dazu befragen.

Herr Sektionschef, ich beziehe mich jetzt auf die Unterlage, die Sie freundlicherweise verteilen haben lassen, Ihre Übersicht, mit der es leichter wird, Ihre Handschrift zu interpretieren. Da heißt es zum 12.9., dass da eine Besprechung stattgefunden hat.

Bevor ich jetzt auf den Inhalt dieser Besprechung komme, möchte ich an die Aussage des Dr. Christl von gestern Abend erinnern, wo er gesagt hat, am 11.9. hätte eine Besprechung stattgefunden – die ist irgendwo auch aktenkundig –, die dann so eine dramatische Wandlung genommen hat, weil in der Zwischenzeit, also während dieser Besprechung, die Anschläge auf das World Trade Center in New York bekannt wurden, und dass das sozusagen den großen Meinungsumschwung im Ministerium gebracht hätte.

Ich frage Sie nun zu diesem Meinungsumschwung: Ist das tatsächlich auch Ihre Wahrnehmung gewesen, dass Herr Minister Grasser eine andere Haltung zur Draken-Nachfolgebeschaffung **vor** dem 11.9. beziehungsweise **nach** dem 11.9. hatte?

Dr. Gerhard Steger: Darf ich mit dem ersten Teil Ihrer Frage beginnen: Der Zufall will es, dass ich genau zum Zeitpunkt der Anschläge des 11. September mit dem Herrn Bundesminister in einer Besprechung war; gleichzeitig auch mit dem Herrn Bundeskanzler, in einer ganz anderen Angelegenheit. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, während der Anschläge, sozusagen genau zu dem Zeitpunkt, wo die Anschläge passiert sind, hat es eine Besprechung gegeben, wo der Minister dabei war, die Frau Vizekanzlerin dabei war, der Herr Bundeskanzler dabei war zu einem ganz anderen Thema. – Da war ich auch dabei.

Die Sitzung ist dann abgebrochen worden, als man gemerkt hat, welche dramatischen Ausmaße das annimmt, und ich weiß, dass sich die Politikerinnen und Politiker dann sozusagen in eine Ecke gestellt und miteinander gesprochen haben. Was sie gesprochen haben, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf diese Besprechung hat sich Herr Dr. Christl nicht bezogen. Das war eine andere Besprechung auf sozusagen Kabinett- und Beamtenebene.

Dr. Gerhard Steger: Davon ist mir nichts bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Besprechung ist Ihnen nicht bekannt. Er hat aber nur gesagt – dann ableitend aus der Dramatik dieses 11.9. –, dass sich die Haltung des Ministers in der Frage der Draken-Nachfolgebeschaffung so quasi völlig verändert habe unter dem Eindruck des 11.9.

Können Sie das nachvollziehen? (*Dr. Steger: Nein!*) – Sie können das **nicht** bestätigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, wenn Sie in die Akten schauen, werden Sie sehen: Bei dem Gespräch am 11.9. im Finanzministerium war Herr Steger **nicht** dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich weiß schon. Das habe ich auch nicht behauptet. Ich beziehe mich nur auf dieses Gespräch, das hier nicht angeführt ist – deswegen habe ich auch nicht behauptet, dass der Herr Sektionschef dabei war. Ich sage nur: Am 11.9. gab es so eine Besprechung – wo Sie nicht dabei waren, sondern die Dr. Christl gestern Abend erwähnt hat. Nur hat er daraus sehr dramatisch abgeleitet, dass sich die Haltung des Herrn Bundesministers Grasser zur Frage der Draken-Nachfolgebeschaffung völlig geändert habe. – Das ist ein Wording, übrigens, das andere ähnlich gebracht haben, das man auch in den Medien so gehört hat.

Daher interessiert mich hier Ihre Wahrnehmung: Sie können das nicht bestätigen, dass sich hier eine Haltungsänderung ergeben hätte?

Dr. Gerhard Steger: Ich hatte keine solche Wahrnehmung, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wenn sich so eine Haltungsänderung ergeben hätte, hätten Sie es auf jeden Fall erfahren?

Dr. Gerhard Steger: Ich denke, es hätte sich auch irgendwie in den Besprechungen niederschlagen müssen, die wir zu diesem Thema gehabt hätten. Und ich sehe eigentlich in diesem Zeitraum keine veränderte Haltung des Finanzministeriums zur ganzen Causa.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ergibt sich auch aus den Akten. Es hat nur den Eindruck erweckt, als ob die Akten und die tatsächliche Haltung des Ministers etwas anderes wären. Also, diese Divergenz haben Sie nicht festgestellt? *(Dr. Steger: Nein!)*

Nun komme ich noch zu dieser von Ihnen notierten Besprechung vom 12.9. – Herr Bundesminister, „Hilli“, haben Sie gesagt, steht für „Hillingrathner“, Hofer, Christl, Oberleitner –, wo es heißt:

„Eurofighter nicht ausschließen, d.h. Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können“.

Ich nehme an, dass das dieser Text ist, der hier herunter sehr schlecht leserlich ist.

Dr. Gerhard Steger: Ich sehe es auf die Distanz nicht, aber es wird wohl so sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der erste Teil ist so interpretierbar, wenn man diesen Text kennt.

Meine Frage ist aber jetzt nicht so sehr eine der Textauthentizität, sondern meine Frage richtet sich darauf: Von **wem** kam diese Order, Eurofighter nicht auszuschließen?

Dr. Gerhard Steger: Minister!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vom Minister persönlich?

Dr. Gerhard Steger: Ja, ja. Diese Dinge, die ich hier aufschreibe, sind sozusagen Conclusios der jeweiligen Sitzung, sind Ergebnisse der jeweiligen Sitzung, die vom Minister kommen. Also das haben nicht wir uns aus den Fingern gesogen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Das kam direkt vom Bundesminister Grasser?

Dr. Gerhard Steger: Das ist meine Erinnerung, sonst hätte ich mir das so nicht aufgeschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann habe ich nur noch eine abschließende Bitte an Sie, Herr Sektionschef: Ich habe hier noch – denn Sie haben wirklich gezeigt, dass Sie gute Handschriftkenntnisse haben – drei unterschiedliche Handschriften, die bei den Unterlagen waren. Darf ich Ihnen die in Kopie übermitteln lassen? Könnten Sie mir dann jeweils sagen – ich zeige Ihnen dann auch, welche –, wem Sie diese Handschrift zuordnen würden? *(Der Auskunftsperson werden Kopien überreicht.)*

Können wir uns auf dieses Blatt konzentrieren – das Blatt, wo es oben beginnt mit „II/14, II/4“; „17.4.“ steht oben im rechten Eck. *(Dr. Steger: Ja, ja, ich hab's!)* – Wem ist diese Handschrift Ihrer Meinung nach zuzuordnen?

Dr. Gerhard Steger: Lassen Sie mich bitte kurz nachdenken. – Jemandem aus der II/14, vermute ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da heißt es: „Teamarbeitsauftrag von SC“. (*Dr. Steger: Wo haben Sie das, bitte?*) – Ganz oben steht in der Mitte: „Teamarbeitsauftrag von SC“. (*Dr. Steger: Ach so, da oben!*) – Wenn Sie es nicht zuordnen können, bin ich Ihnen auch nicht böse. Sie würden mir nur die Arbeit erleichtern.

Dr. Gerhard Steger: Ich würde das gerne tun, Herr Abgeordneter. Ich bin mir jetzt einfach nicht sicher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Dann das zweite Blatt: Das scheint mir die Handschrift des Herrn Hillingrathner zu sein. Das beginnt oben mit „Thema Abfangjäger → Mail S II“.

Dr. Gerhard Steger: Ich vermute das auch, ich würde es aber nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ... Ich kann es nicht mit hundert Prozent sagen. Es ist mein Eindruck.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mein Schriftvergleich hat gezeigt, dass das eher dem Ministerialrat Hillingrathner zuzuordnen ist.

Dr. Gerhard Steger: Hillingrathner oder Tomasch – aber ich bin mir da nicht ganz sicher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Und dann dieses karierte Blatt? (*Abg. Mag. Stadler zeigt ein Schriftstück vor. – Dr. Steger: Das bin ich!*)

Das sind Sie wieder! Da konnte ich gar nichts lesen. (*Dr. Steger: Sorry!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke sehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef! Zur Rolle des Ministeriums noch einmal zurück und auf die Korrespondenzen des Herrn Ministers, in diesem Fall mit dem Ministerrat Hillingrathner. Auch diese SMS stand ja schon in der Befragung.

Vielen Dank für die Info. – Also das vom 24. Juli des Jahres 2001. Die erste Geschichte war mit den MiGs; das ist jetzt nicht so sehr mein Punkt.

Zweitens: Nochmals klar: Am Ende des Verfahrens sollten es 18 Stück sein.

Und Drittens. Budgetrahmen erst vor Zuschlag. Volle Unterstützung.

Jetzt vom dritten Punkt her kommend: Das Bundesminister für Finanzen hat sich eigentlich schon frühzeitig auf die Vorgänge der Beschaffung eingerichtet, obwohl Hillingrathner dauernd bedauerte, nicht offiziell befasst worden zu sein. Es ist einmal eine Gruppe eingerichtet worden; darum ist es gerade in diesen handschriftlichen Dingen gegangen.

Meiner Erinnerung nach ist in dieser Phase auch im Ministerium über die Vorgaben gesprochen worden, oder da hat es sogar Vorfestlegungen gegeben, dass man auch obere Kostenrahmen-Preisgrenzen – das ist wohl der falsche Begriff –, aber zumindest Budgetrahmen, für das Projekt geben soll.

Haben Sie sich damit befasst?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter, dass das Thema gewesen wäre und dass das massiv besprochen worden wäre. Ich habe diesbezüglich keine Wahrnehmung aus der Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wenn Herr Bundesminister an Herrn Ministerialrat schreibt, dass der Budgetrahmen überhaupt erst knapp vor Zuschlag erstellt werden soll, wie interpretieren Sie das?

Dr. Gerhard Steger: Dass es im Moment noch keinen Budgetrahmen gibt – in dem Moment, wo man so was sagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber im Zusammenhang damit, dass vor allem klar sein soll, dass es immer um 18 Stück geht und am Ende es 18 Stück sein sollen, war doch das Argument – offiziell jedenfalls –, dass es immer besser ist, weniger zu haben, weil es billiger ist, 18 Stück statt 24 zu kaufen? (*Dr. Steger: Ja!*)

Aber wenn es um die Kostengünstigkeit geht, dann sind die Überlegungen über bestimmte Obergrenzen von Kosten die plausiblere Herangehensweise.

Ist das nicht so betrachtet worden?

Dr. Gerhard Steger: Ist offensichtlich nicht so betrachtet worden. Ich kann mich auch an ein Argument in den Unterlagen erinnern, wo man gesagt hat, wenn man Obergrenzen festlegt, dann gibt man sozusagen schon bekannt, was man jedenfalls zu zahlen bereit ist.

Aber ich habe, wie gesagt, bezüglich dieses ganzen Themenbereiches „Kostenobergrenzen“ jetzt keine spezifische Wahrnehmung, dass so etwas festgelegt worden wäre.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Berichte des Rechnungshofes sagen uns aber, dass einmal Grenzen von 25 Milliarden festgelegt wurden, zumindest im BMLV.

Da hat es nie eine Absprache mit dem BMF gegeben?

Dr. Gerhard Steger: Mir ist keine 25-Milliarden-Obergrenze bekannt, die von uns akzeptiert, sozusagen mitgetragen worden wäre.

Wahr ist, dass ich mich erinnern kann, dass in Akten als Größenordnung 25 Milliarden in einem relativ frühen Stadium des ganzen Prozesses, sofern ich mich richtig erinnere, genannt worden sind, aber nicht als Obergrenze, so nach dem Motto: Das ist jetzt der Deckel, und mehr darf es nicht werden!, sondern eher als **Richtgröße**: Womit muss man ungefähr rechnen?

Also wenn das im Verteidigungsministerium anders gehandhabt worden sein sollte, kann ich für das Finanzministerium nicht bestätigen, dass das Finanzministerium das tatsächlich als Obergrenze betrachtet hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen vertraut, dass späterhin dann von 20 bis 40 Milliarden die Rede war, was doch relativ hohe Kosten wären?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass das irgendwo steht. Ich könnte Ihnen jetzt aber auf Anhieb nicht sagen, wo, ich müsste jetzt selber nachschauen. Ich habe auch im Hinterkopf, dass so etwas einmal vorgekommen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jedenfalls der Druck Ihres Hauses, soweit Sie sich erinnern und mit zuständig waren, hat nicht in erster Linie beinhaltet, bestimmte Kostenobergrenzen im Auge zu haben, sondern der Herr Minister hat sich offenkundig in den Besprechungen oder in den Korrespondenzen immer auf die **18 Stück** kapriziert?

Dr. Gerhard Steger: Der Minister hat mehrere Elemente gehabt, die immer wieder vorgekommen sind.

Das Erste war: Gegengeschäft, Gegengeschäft, Gegengeschäft maximieren.

Die zweite Sache war ein Reformpaket für das BMLV, um dort Budgetdisziplin sicherzustellen, in den einzelnen Aufgabenbereichen des BMLV. – Das ist dann letztendlich leider nicht gekommen, aber es war jedenfalls der Versuch, das zu machen.

Jetzt denke ich nach, ob ich etwas vergessen habe: Gegengeschäfte ...

Ja, und die 18 Stück sind immer wieder vorgekommen, wie Sie gesagt haben, aber keine Obergrenze beim Betrag. – Soweit meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In Ihren Aufzeichnungen finden sich dann aber schon zum 25. April, als die Konkretisierung der Angebotseinholung dem Ende zustrebt, die Überlegungen, wozu auch Hillingrathner gestern Stellung genommen hat – wortwörtlich schreiben Sie hier –:

Finanzierungsvariante überlegen, was die optimalen Konditionen sein könnten.
(Dr. Steger: Ja!)

Sie haben die Finanzierungsvarianten noch überlegt mit dem Minister und mit Hillingrathner und Christl an dieser Stelle. Kann man das so interpretieren?

Dr. Gerhard Steger: Nein, das war ein Auftrag des Ministers: **Wir** sollen uns Finanzierungsvarianten überlegen, optimale Konditionen überlegen. Es war nicht so, dass wir das jetzt en détail mit dem Minister dort diskutiert haben, nach meiner Erinnerung, sondern das war ein typischer Auftrag: Schaut euch das an!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann muss man davon ausgehen, dass zu dem Zeitpunkt, Ende April, das Bundesministerium für Finanzen noch keine besondere Präferenz für eine Finanzierungsvariante gehabt hat?

Dr. Gerhard Steger: Es taucht, glaube ich, vorher schon irgendwann einmal diese 9-Jahresraten- oder 18-Halbjahresraten-Geschichte auf. Ich müsste jetzt in den Unterlagen nachschauen, wo. Es gibt da schon vorher irgendetwas, wo wir im Finanzministerium gesagt haben, wir wollen das auch als eine von mehreren Angebotsoptionen haben. Da gab es immer die 10-Halbjahresvariante, die Barpreisvariante, und dann kam von uns diese 9-Jahres-, ist gleich 18-Halbjahresvariante. Und das war meines Wissens das erste Mal schon vorher, dass es aufgetaucht ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es war noch nicht feststehend, was die optimale Variante sein soll aus budgettechnischer Sicht des Hauses
(Dr. Steger: Ja, natürlich!), denn diesem Vermerk müsste man entnehmen, dass die erst zu überlegen sind und ein solcher Auftrag ergeht?

Dr. Gerhard Steger: So interpretiere ich das auch, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da ist er wieder dabei Herr Dr. Christl, eigentlich fast in allen Ihren handschriftlichen Aufzeichnungen, und auch aus den Akten geht das hervor.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Dr. Christl gestern hier gesagt hat, dass er sich an fast gar nichts erinnern kann? Haben Sie den Eindruck, dass er völlig unbeteiligt diesen Dingen gegenübergestanden ist?

Dr. Gerhard Steger: Nein. Mein Eindruck damals war, dass Dr. Christl sehr stark involviert war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich noch eine abschließende Frage zu den Kontakten, noch einmal des Herrn Bundesministers in dieser fraglichen Zeit 2001. Wir haben jetzt im Wesentlichen von dem Besuch in Manching gehört.

Sind Ihnen sonst Kontakte mit MAGNA-Vertretern und/oder EADS-Vertretern seitens des Ministers bekannt geworden?

Dr. Gerhard Steger: Nein, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Erstens einmal: Herzlichen Dank für die Zurverfügungstellung auch dieser Reinschriften. Die Schrift ist wirklich nicht einfach zu lesen, und es ist uns eine große Hilfe, dass wir jetzt einfach Ihre Anmerkungen auch im Text lesen können.

Ich habe ein paar Fragen. Die erste bezieht sich jetzt noch auf die Vorbereitung zum Untersuchungsausschuss, wo meines Wissens der Minister ja auch den Leiter der Finanzprokuratur zu der Besprechung beigezogen hat, um zu gewährleisten – so wie er das ausgedrückt hat –, dass hier keine Zeugenbeeinflussung stattfindet. Sie haben nachher Bedenken gehabt.

Haben Sie bei dieser Sitzung Bedenken angemeldet, dass durch diese Besprechung eine Zeugenbeeinflussung stattfinden könnte?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordnete, die Sitzung, an die ich mich erinnere, wo der Präsident der Finanzprokuratur dabei war, war am 13.11. nachmittag. – Diese Geschichte mit dem Mail, wo ich dann diese Bedenken gehabt habe, war ja erst Ende November. Da liegen ja 14 Tage dazwischen.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Meine Frage war, ob Sie bei dieser Sitzung Bedenken angemeldet haben.

Dr. Gerhard Steger: Nein, weil ich ja die Anforderung noch nicht auf dem Tisch gehabt habe, die dann gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Zweite Frage dazu ist: Nachdem Sie dem Ausschussvorsitzenden die Unterlagen übermittelt haben, haben Sie Ihren Minister darüber informiert, dass Sie auf Grund der Bedenken, die Ihnen offensichtlich gekommen sind, dem Ausschussvorsitzenden in dieser Weise damit befasst haben.

Dr. Gerhard Steger: Nein, das habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Kommt Ihnen dieses Verhalten als ein übliches Verhalten vor? Ich gehe nur davon aus – aus meiner eigenen Erfahrung –: Ich hätte mir nicht vorstellen können, in neuneinhalb Jahren Amtstätigkeit als Minister, dass ein Sektionschef Unterlagen an einen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gibt, weil er Bedenken hat, dass eine Zeugenbeeinflussung stattfinden könnte – und sagt das dem Minister nicht. (*Abg. Dr. Jarolim: ... fragen!*) Die Frage kommt schon, nur keine Angst.

Finden Sie das in Ihrer Person begründet, oder gibt es dazu andere Überlegungen?

Dr. Gerhard Steger: Die Überlegung ist sehr einfach: Ich kann ja nicht denjenigen fragen, der von mir etwas will, wenn ich Zweifel habe, ob ...

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Nein, nur informiert, dass Sie bei Pilz waren und ihm die Unterlagen gegeben haben? Es geht nur darum, dass er Bescheid weiß, dass hier Bedenken vorliegen.

Dr. Gerhard Steger: Sie meinen jetzt die andere Geschichte mit dem Vermerk, wenn „Geld keine Rolle spielt“. – Meinen Sie das jetzt? (*Abg. Dr. Fasslabend: Ja!*)

Ich habe das nicht sofort gemacht, sondern ich habe erst später, als ich ... – Ich sage Ihnen auch, warum.

Ich habe es nicht sofort gemacht, weil ich davon ausgegangen bin, dass der Minister weiß, was sein Pressereferent damals von mir verlangt hat, nämlich der Herr Winkler. Und ich habe dann, als ich gemerkt habe, dass Frau Mag. Billinger im Kabinett die wahrscheinlich nicht sehr dankbare Aufgabe hat, sich da durch die ganzen Eurofighter-Unterlagen durchwühlen zu müssen, ihr das zur Verfügung gestellt, mit dem Vermerk, dass ich das dem Herrn Abgeordneten Pilz als Ausschussvorsitzendem übermittelt habe.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Meine nächste Frage bezieht sich auf die Akten, die vier Jahre im Kabinett waren beziehungsweise dann auch noch auf den verschwundenen Akt.

Jetzt ist es mir bei der Beantwortung der Fragen einfach aufgefallen, dass Sie bei den anderen Themen relativ weitreichende Interpretationen nur auf Grund des Aktenstudiums gemacht haben, das heißt in Vorbereitung auf den Untersuchungsausschuss haben Sie die Akten natürlich angesehen, und haben jetzt, fünf Jahre danach, weitreichende Schlüsse daraus gezogen, sage ich jetzt einmal.

Auf der anderen Seite haben Sie etwa die Frage – Kollege Kogler oder Kollege Stadler war es, ich weiß es jetzt nicht mehr –, ob Sie eine Ahnung haben, warum dieser Akt im Kabinett verblieben sein könnte, gesagt: nein, keine Ahnung!

Ich kann jetzt wieder nur aus meiner ministeriellen Erfahrung sagen: Üblicherweise bleibt ein Akt dann länger im Kabinett – auch über Jahre –, wenn der Minister dauernd damit befasst ist.

Das heißt, diese Möglichkeit ist Ihnen nicht in den Sinn gekommen, dass seit der Beschaffung immer wieder der Minister dazu befragt wird und dass daher ein zentraler Akt auch vom Kabinett sozusagen „unter Verschluss“ genommen wird, um jederzeit wieder darauf zurückgreifen zu können – egal, ob zu Tages- oder Nachtstunden.

Dr. Gerhard Steger: Das kann ich deswegen nicht nachvollziehen, weil wir ja viel Erfahrung haben, wie der Minister mit Themen umgeht, wo er, sofern ich Sie richtig verstanden habe, laufend befasst wird, laufend kontaktiert wird. Da ist es üblicherweise so, dass er von uns Dossiers bekommt, so nach dem Motto: Thema X, das sind die Fakten, das ist die mögliche Interpretation, das ist die Linie! Da behält er sich im Normalfall **keine Akten**.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Was den verschwundenen Akt betrifft, hat es – ich sage das jetzt für mich – ein bisschen so den Anschein gehabt, da könnte der Minister dahinterstehen oder sein Kabinett oder so irgendwas, dass der Akt da beiseite geschafft wurde.

Finden Sie, dass das im Einklang damit steht, dass dieser verschwundene Akt dann im „NEWS“ plötzlich öffentlich aufgetaucht ist? Das heißt, würden Sie annehmen, dass der Minister ein Interesse daran hat, einen Akt vor seinen Beamten verschwinden zu lassen – und den dann dem „NEWS“ zuspielet?

Dr. Gerhard Steger: Ich spekuliere da überhaupt nicht drüber. Ich unterstelle dem Minister auch nicht, dass er den Akt dem „NEWS“ zuspielet hat. Das einzige, was ich mit Sicherheit sagen kann, ist, dass der Minister in einer Pressekonferenz am 30. November Kopien von Verschlussakten ausgeteilt hat. Das steht zweifelsfrei fest. Über alle anderen Dinge spekuliere ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur kurz zur Möglichkeit eines falschen Vorhaltes. Soweit mir „NEWS“ erinnerlich ist, hat es in „NEWS“ die Wiedergabe eines Briefes, nicht aber des

gesamten Aktes gegeben. – Das nur zur Möglichkeit, damit kein falscher Vorhalt im Protokoll ist.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Keine Angst. Das kann man sicherlich sehr gerne aufnehmen. Ich gehe nur davon aus, dass dieser Brief Teil des Aktes war und dass sich wahrscheinlich der Akt nicht von vornherein in hundert Teile aufgelöst hat und irgendwo herumschwebt. Aber bitte, das ist nur eine Vermutung von mir. Das ist jetzt keine Frage.

Meine nächste Frage bezieht sich auf Ihre Interpretation. Sie haben gesagt, im Jahr 2001 ist Ihnen dazu überhaupt nichts aufgefallen. Jetzt, fünf Jahre danach, ist Ihnen aufgefallen beziehungsweise Sie waren „bass erstaunt“, dass da ein MiG-Angebot vorgelegen ist oder ein Interesse daran bestand, und haben daran die Interpretation geschlossen – interessanterweise –. dass das offensichtlich dazu dient, um ein „Türöffner“ – so haben Sie das bezeichnet – für den Eurofighter für 2012 zu sein.

Ministerialrat Hillingrathner hat uns gestern erzählt, dass er immer Bedenken gehabt hat, dass da noch „Kinderkrankheiten“ auftauchen könnten et cetera, dass das Ganze erst später kommen könnte – und dass es immer das Ziel war, eine möglichst budgetschonende Lösung zu haben.

Was mich überrascht hat, war, dass Ihr Gedanke ausschließlich darauf gerichtet war, das könnte ein „Türöffner“ für den Eurofighter gewesen sein, obwohl Sie ja nur das Aktenstudium und maximal zwei Hinweise aus den Akten dazu gehabt haben.

Sie als Leiter der Budgetsektion sind gar nicht auf den Gedanken gekommen, dass dahinter unter Umständen die Idee stehen könnte, für die nächsten Jahre möglichst gar nichts zu zahlen, sondern, wie es MiG angeboten hat, einmal durch Kompensationsgeschäfte, und zwar Kompensation mit den alten Schulden von Russland, de facto mehr oder weniger mit einem **Budget null** aufzusteigen.

Wie stehen Sie dazu?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, ich beziehe mich bei dem, was ich gesagt habe, einfach auf den Aktenvermerk oder diese Unterlage vom 29.8. des Herrn Dr. Hillingrathner selbst. Und da steht es wirklich glasklar drinnen. Er sagt, er hält das für eine gute Lösung, diese Kombination von MiG und Eurofighter, und sagt, genau deshalb die Forderung, Alternativangebote zuzulassen. Das heißt, ich versuche mir da überhaupt nichts aus den Fingern zu saugen, sondern ich versuche, einfach zu **lesen**, was hier steht.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Den Akt habe ich genau gelesen. Den kenne ich, glaube ich, auch so gut wie Sie. Nur: Was mich verwundert hat, war Ihre Interpretation, dass Sie gesagt haben, das diene offensichtlich, als „Türöffner“ für den Eurofighter, und überhaupt nicht die Überlegung angestellt haben, ob das für das Finanzministerium ein Vorteil sein könnte, dass es budgetschonend ist, dass in den Jahren 2002 oder 2004 oder 2006 bis 2010 möglichst **keine Kosten** anfallen. Diese Idee ist Ihnen nicht gekommen, sondern nur die andere Idee.

Haben Sie dafür bestimmte Indizien oder Anhaltspunkte?

Dr. Gerhard Steger: Die Idee, dass das keine Kosten verursacht, kann ich deshalb nicht nachvollziehen, weil ja auch die Zwischenlösung oder die Übergangslösung mit Kosten verbunden gewesen wäre.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Gehen wir davon aus – so, wie Sie das ja aus dem Aktenstudium entnommen haben –, dass eine MiG-Lösung, insbesondere dann, wenn sie kompensiert worden wäre gegen russische Altschulden,

Staatsschulden oder was immer, zweifellos eine budgetschonendere Lösung als der Ankauf von neuwertigen Eurofightern wäre. Trotzdem haben Sie diese Möglichkeit gar nicht in Betracht gezogen – ich gehe nur auf Ihre Interpretation ein. Was in den Akten steht, das steht drin, das ist relativ klar und eindeutig, aber Ihre Interpretation war einseitig in die Richtung: ein „Türöffner“ für Eurofighter, Sie waren „bass erstaunt“ darüber – und kein anderes Motiv.

Wie gibt es das?

Dr. Gerhard Steger: Weil dieser Aktenvermerk vom 29. August eben nicht sagt: Wir kaufen die MiG! Dann würde ich Ihre Argumentation nachvollziehen können. Offensichtlich kostengünstig, wenn ich jetzt einmal unterstelle, Hillingrathner hat Recht – okay, auch Kompensation mit diesen anderen Dingen, einverstanden. Aber er sagt ja: MiG als Übergang und dann Eurofighter. Das heißt, wir zahlen **zweimal**. Wir zahlen zuerst für die Übergangslösung, und wir zahlen dann für das Endprodukt, und das ist etwas anderes, als wenn ich von vornherein sage: MIG – und Punkt.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Ja, aber Sie haben doch gesagt, Sie haben damals überhaupt keine Ahnung davon gehabt!

Dr. Gerhard Steger: So ist es.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): In dem Akt steht aber nichts von den Kosten et cetera. Hillingrathner hat uns erklärt, dass das immer die weitaus kostengünstigste Lösung gewesen wäre. Und Sie sagen jetzt plötzlich, auf Grund des Aktes treffen Sie diese Annahme.

Ich sehe nicht, wie Sie zu der Annahme kommen, dass das nur ein einseitiger Türöffner sein soll und dass das nichts mit Budgetschonung zu tun hat. Sie sind ja Sektionschef für Budgetfragen.

Dr. Gerhard Steger: So ist es, Herr Abgeordneter! Ich kann deswegen eine Position – wenn sie vertreten werden würde; das wäre die budgetgünstigste Lösung – nicht nachvollziehen, weil ja die 18 Eurofighter offensichtlich neue Eurofighter sind, die man dann kauft. Und wenn ich dabei die Preise zugrunde lege, die wir dann letztendlich gesehen haben im Ergebnis der ganzen Angelegenheit, dann würde ich nicht sagen, dass das die kostengünstigste Lösung ist. Jetzt habe ich nicht nur die Eurofighter als Kostenposition, sondern zusätzlich die Zwischenlösung, und das kann ich nicht nachvollziehen, dass das eine kostengünstige Lösung wäre.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Jetzt sagen Sie das aus dem Wissen von heute. – Heute wissen wir alle mehr. Damals haben Sie es nicht gewusst, gleichzeitig unterstellen Sie aber Ministerialrat Hillingrathner offensichtlich, dass er da einen bestimmten Zweck verfolgt und nicht an das Budget gedacht hat, obwohl er ausdrücklich gesagt hat, das war immer die Linie: möglichst gar keine Abfangjäger, und wenn, dann die billigste Lösung, entweder übertragene oder die russischen MiG, weil die tun's auch, und wenn das gar nicht geht, dann möglichst nur 18 Stück.

War das die Linie des Finanzministeriums: grundsätzlich eine möglichst budgetschonende Variante zu haben?

Dr. Gerhard Steger: Es ist immer Aufgabe des Finanzministeriums, eine möglichst kostengünstige Lösung zu erzielen, aber diese sehe ich in diesem Aktenvermerk von Herrn Ministerialrat Hillingrathner nicht abgebildet.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Sie sind der Chef der Budgetsektion. Haben Sie nicht in irgendeiner Weise darauf Einfluss genommen, dass man sagt, was die günstigste Lösung ist? Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Ausgabe von

2 bis 2,5 Milliarden € einfach so hinnehmen und sagen: Das ist nichts, das ist mir Wurscht! Da ist der Hillingrathner, der herumrennt!, oder sonst irgendetwas.

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, wenn wir zu Beweisthema 2 kommen werden, werden wir über eine Einsichtsbemerkung zur Typenentscheidung von mir sprechen können, wo ich sehr klar die budgetäre Sache (*Abg. Dr. Fasslabend: Die kenne ich!*) in den Vordergrund stelle.

Also ich glaube, das beweist ganz klar, dass ich immer versucht habe, eine möglichst kostengünstige Lösung zu erreichen.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Ja, aber es geht ja um ganz konkrete Lösungen! Es geht um F-16, es geht um MiG-29, es gibt Angebote dazu, die vom Preisverhältnis, von den Kosten her ganz anders sind als etwa der Eurofighter! – Aber ich höre von Ihnen nichts und habe auch damals nichts gemerkt, dass Sie etwas getan haben! Aber jetzt stellen Sie plötzlich Thesen auf, dass das nur für irgendetwas anderes dient. – Das ist das, was mich verblüfft! Ich bin auch **bass erstaunt**, muss ich sagen.

Dr. Gerhard Steger: Ich glaube, es besteht kein Grund zur Verblüffung, denn dass die MiG letztendlich als Endprodukt nicht einbezogen worden ist, war eine politische Entscheidung, wie Sie wissen – das haben die Politiker entschieden –, und ich gehe davon aus, dass Beamte zur Kenntnis zu nehmen haben, was Politiker entscheiden.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Haben Sie Initiativen gesetzt, dass kostengünstige – ich will gar nicht sagen: preisgünstige –, budgetschonende Varianten aufgenommen werden?

Dr. Gerhard Steger: Ich glaube, dass die Linie der Budgetsektion immer die war, darauf zu dringen, dass eine möglichst kostengünstige Lösung erfolgt. Ich hatte auch damals den Eindruck, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner – in meiner damaligen Wahrnehmung – deswegen die MiG sehr stark favorisiert hat, weil er der Meinung war, das sei das kostengünstigste Produkt. Ich bin daher bass erstaunt, jetzt in den Aktenvermerken feststellen zu müssen, dass er gegenüber dem Minister auf direktem Weg einen anderen Weg vorgeschlagen hat.

Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP): Danke, alles bestens; ich weiß alles.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kurze Frage, Herr Sektionschef, im Zusammenhang mit dem gestern einvernommenen Herrn Christl. Er hat uns hier mit großen Augen erklärt, dass er relativ wenig weiß, ja eigentlich fast nichts. Jetzt haben Sie uns heute mitgeteilt, dass aus Ihrer Sicht sein Involviertsein sehr stark war.

Meine Frage: Wie hat sich das manifestiert? Welche Funktion hatte Christl im Rahmen des Beschaffungsvorganges? Was hat er gemacht? Welche Ideen hatte er selbst, wie hat er die transportiert? Also schlicht und einfach: Christl und die Abfangjäger – was fällt Ihnen dazu ein?

Dr. Gerhard Steger: Zwei Dinge, Herr Abgeordneter. Erstens ist Herr Kollege Christl, zum Teil mit Herrn Mag. Oberleitner, zum Teil ohne Mag. Oberleitner, bei Besprechungen in der Causa Abfangjäger mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dabei gewesen. Es gibt – aus der Aktenlage ergibt sich das – Besprechungen, wo meine II/14 – also Hillingrathner, Tomasch zum Beispiel, Standardbesetzung für die damaligen Abfangjäger-Gespräche – plus Christl dabei waren. Das heißt, er war sehr, sehr stark in den ganzen Gesprächsfluss auch eingebunden. – Das ist das Erste, was mir dazu einfällt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist das eine Selbstverständlichkeit, oder war das Indiz dafür, dass er besonders abgestellt wird für diese Gespräche? Oder was haben Sie daraus geschlossen, dass er überall dabei sitzt?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe daraus geschlossen, dass es eine **guidance** der ganzen Causa durch das Ministerbüro im Auftrag des Ministers gibt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das Ohr des Ministers bei allen Verhandlungen?

Dr. Gerhard Steger: Das war mein Eindruck.

Und die zweite Sache ist, dass er auch Unterlagen, die wir produziert haben, für den Minister entgegengenommen hat. Das geht aus einigen Unterlagen hervor; da steht zum Beispiel irgendwo handschriftlich vermerkt: „an Christl übergeben“, oder solche Dinge. Das heißt, er war Ansprechperson im Ministerbüro.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie das Gefühl gehabt, dass er imstande ist, diese Unterlagen zu verstehen, oder war er mehr oder weniger nur ein Transmitter? Oder hat er gearbeitet mit den Unterlagen?

Dr. Gerhard Steger: Ich halte Herrn Dr. Christl für einen intelligenten Menschen. Ich glaube, dass er sie verstanden hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat sich das irgendwo manifestiert? Hat er irgendetwas damit gemacht? Hat er sie gelesen oder Fragen gestellt?

Dr. Gerhard Steger: Ich weiß nicht, was er jetzt sozusagen im direkten Verhalten zum Minister damit gemacht hat, aber er war bei den Besprechungen dabei und er hat sich sozusagen auch operativ eingeschaltet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat er irgendwann das Thema **MiG** von sich aus angesprochen, oder war das irgendwann Gegenstand eines Dialogs, wo er dabei war?

Dr. Gerhard Steger: Kann ich mich an nichts erinnern.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gegengeschäfte: Wann war das erste Gespräch, das Sie hatten, bei dem Christl dabei war und die Gegengeschäfte ein Thema waren?

Dr. Gerhard Steger: Moment, da muss ich erst wieder in meinen Unterlagen blättern: Am 9. April habe ich zuerst gesagt, nur, da war Christl nicht dabei. Da steht: HBM (FAG, offenbar vier Augen). – Also das schließt die Teilnahme von Kollegem Christl aus.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gehe davon aus, dass jetzt keine genauere Befragung zu Beweisthema 6 stattfindet?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein! – Ich wollte nur fragen, welche Priorität das Thema Gegengeschäfte für Herrn Christl – von Christl in der Diskussion im Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ...

Dr. Gerhard Steger: Vom 4. Juli 2001 habe ich hier eine Notiz: HBM-Briefing, Landesverteidigungsrat. – Da war er dabei. Da ist es auch um Gegengeschäfte gegangen unter der Zeile: II/14-Papier zu Gutachten Industriellenvereinigung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Da steht überall „wesentlich“ dabei. Was war die Position des Herrn Christl zu den Gegengeschäften, die Frage der Wertigkeit der Gegengeschäfte im Zusammenhang mit dem Ankauf der Flieger oder der Beschaffung der Flieger?

Dr. Gerhard Steger: Ich kann mich jetzt an keine vom Minister abweichende Position des Herrn Dr. Christl erinnern.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Sektionschef, ich habe zwei Fragen an Sie, und zwar: Es ist zuerst meines Erachtens ein bisschen ein Verwirrspiel gemacht worden rund um diese Paket- und Zwischenlösung MiG/Eurofighter. Es ist vor der Pause so dargestellt worden, dass das Angebot vom 17. August 2001 von RosoboronExport ein eigenständiges Angebot gewesen wäre; so ist es dargestellt worden. Im Fragenkomplex von Dr. Fasslabend hat sich dann mit dem Angebot von EADS dieses Angebot vom 17. Juli 2001 wiederholt. In diesem Angebot wird Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

Lösungsvorschlag zum Vorhaben Abfangjäger der Republik Österreich.

Vor dem Hintergrund der vom Bundesministerium für Landesverteidigung beabsichtigten Außerdienststellung der Abfangjäger des Musters Draken beehrt sich EADS-Geschäftsbereich Militärflugzeuge zusammen mit der MiG Aircraft Product Support GmbH, MAPS, einem Gemeinschaftsunternehmen mit den Firmen RSK MIG/RosoboronExport, eine mögliche Alternativlösung zum Vorhaben Abfangjäger in Form eines Gesamtpaketes zu unterbreiten. – Zitatende.

So lautet das Angebot, auf das sich dann auch Dr. Hillingrathner in seinen Aktenvermerken bezieht.

Das heißt, in dem Angebot vom Juli 2001 erwähnt EADS eine Kooperation mit MiG, mit RAC, RosoboronExport. Dann gibt es ein Schreiben, datiert vom August, also später, von RosoboronExport, wo eben Bezug genommen wird auf ein Angebot. Dann ist ja das Schreiben vom August 2001 in Verbindung zu bringen mit diesem Angebot vom 17. Juli. Also kann man dieses Angebot – wie sehen Sie das? – sozusagen als Backup für das Schreiben, das dann von MiG verfasst worden ist, sehen.

Wie soll es denn sonst sein, dass EADS selbst schreibt: „in Zusammenarbeit mit MiG“.

Dr. Gerhard Steger: Das zeigt nur, dass es eben um eine solche Paketlösung gegangen ist. So ist es. *(Abg. Dr. Fekter: Die Sie aber nicht gekannt haben! Dann kann es also nicht so wichtig gewesen sein, wenn es der Sektionschef nicht kennt!)* – Manchmal sind die Sachen so wichtig, dass sie direkt zum Minister gehen, Frau Abgeordnete.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ihr ehemaliger Mitarbeiter, Dr. Hillingrathner, hat diesbezüglich interessanterweise auch noch einen Aktenvermerk angelegt. Also sehen Sie das nicht als eigenes Angebot?

Dr. Gerhard Steger: Ich glaube, das hängt zusammen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Dann habe ich noch eine Frage, und zwar – wenn Sie es wissen – für den Zeitraum des Beweisthemas 1, also bis Ende April, 23., 24. April 2002:

Was haben Sie in Erinnerung, was haben Sie wahrnehmen können vom Verhältnis von Bundesminister Grasser zu MAGNA? Welche Kontakte haben Sie persönlich wahrgenommen und sind Ihnen in Erinnerung? Mit welchen Personen hat sich Bundesminister Grasser getroffen?

Dr. Gerhard Steger: Mir sind diesbezüglich keine spezifischen Erinnerungen bekannt, weil ich, was auch ganz in Ordnung und selbstverständlich ist, natürlich keinen Einblick habe in den Terminkalender des Ministers; das ist auch richtig so. Daher habe ich dazu keine spezifischen Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Geographisch gesehen, sozusagen, im Ministerium ist Ihnen nichts in Erinnerung?

Dr. Gerhard Steger: Ist mir im Moment nichts erinnerlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte nur noch eine kurze ergänzende Frage stellen. Noch einmal zu diesem Gespräch vom 12. September 2001, das schon einige Male, zuletzt vom Kollegen Stadler, angesprochen wurde.

Herr Steger, Sie haben gesagt, das Gespräch hat beim Herrn Finanzminister stattgefunden. Und der Finanzminister selbst hat gesagt, er wolle eine Punktation mit Scheibner, Inhalt und so weiter – und dann kommt: Eurofighter nicht ausschließen.

Worauf hat sich der Finanzminister da bezogen? Hat zum damaligen Zeitpunkt – und ist das von ihm erläutert worden – die Gefahr bestanden, dass Eurofighter aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen wird?

Dr. Gerhard Steger: Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Herr Abgeordneter, ich weiß das im Rückblick nicht mehr. Ich kann diese Frage schlicht und einfach nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann versuche ich, da etwas zu helfen. Es geht dann weiter mit: das heißt – das ist die Erklärung für: Eurofighter nicht ausschließen – Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können.

War Ihnen damals bekannt, dass bis zu diesem Zeitpunkt bei einem Eurofighter-Angebot nicht andere Flieger als Übergangslösung angeboten werden konnten?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe diesbezüglich einfach keine Erinnerung mehr. Ich kann das nicht beantworten, ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir wissen auf Grund der Akten – ich könnte die Frage für damals auch nicht beantworten –, dass das Verteidigungsministerium eine typengleiche Zwischenlösung verlangt hat, das heißt, wenn Eurofighter Flugzeuge ab 2005 anbietet, dann müssen auch für die Zwischenlösung 2003 bis 2005 Eurofighter angeboten werden. – Ich lese das so, aber nachdem Sie da keine konkrete Erinnerung haben, will ich Sie nicht weiter dazu fragen, dass der Finanzminister wollte, dass Eurofighter eine Übergangslösung mit Flugzeugen, die nicht Eurofighter sind, anbieten könnte, um im Verfahren zu bleiben. Aber dazu ist Ihnen nichts bekannt? (*Dr. Steger: Nein!*)

Das heißt, Sie haben einfach das so mitgeschrieben, wie Sie es wörtlich vom Finanzminister gehört haben, ohne dass Sie damals bereits gewusst haben, was die genauere Bedeutung dieser Mitschrift ist.

Dr. Gerhard Steger: Das ist korrekt so, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist für uns auch deshalb wertvoll, weil es damit nicht die Möglichkeit der Unterstellung gibt: mit dieser Protokollierung hätten Sie damals bereits irgendeine Absicht verfolgen können. Da Sie zum damaligen Zeitpunkt – und nur das wollte ich wissen – ganz offensichtlich keine Ahnung gehabt haben, dass Eurofighter ein Problem mit einer Eurofighter-Zwischenlösung hatte, dass Eurofighter nicht typengleich anbieten konnte und dass Eurofighter nur dann eine Chance hätte, die erste Runde der Anbotslegung zu überstehen, wenn es andere Flugzeuge, bereits verfügbare, als Zwischenlösung anbieten könnte, ist es auch nicht möglich, Ihnen zu unterstellen, Sie hätten mit einer bestimmten politischen Absicht diese Niederschrift verfasst. Das ist, glaube ich, für die spätere Beweiswürdigung eine nicht unerhebliche Feststellung. (*Abg. Dr. Fekter: Da kann man anderer Meinung auch sein!*)

In der Beweiswürdigung werden wir dann schauen, welche Vorschläge es dazu gibt, und ich bin mir sicher, Frau Kollegin Fekter, dass Sie in ein oder zwei kleinen Punkten meine Meinung nicht teilen werden, und da müssen wir dann im Detail drüber reden. Aber das werden wir später tun.

Das ist eigentlich der letzte wichtige Punkt, den ich mit Ihnen besprechen wollte, weil sonst meiner Meinung nach eigentlich ohnehin alles erstaunlich klar ist. Ich danke Ihnen einmal.

Gibt es noch weitere Wünsche für Fragestellungen? – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Herr Sektionschef, wer ist in Ihrer Sektion jeweils für die Zuteilung der Eingangspost zuständig?

Dr. Gerhard Steger: Grundsätzlich bin das ich, wobei wir im Sinne der Verwaltungsvereinfachung vor einiger Zeit beschlossen haben – ich weiß jetzt nicht genau, wann das war –, dass der Einlauf direkt zu den Abteilungen kommt, weil dann sozusagen eine Station wegfällt und es geschwinder geht. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann wir das umgestellt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Seit wann ist das zirka?

Dr. Gerhard Steger: Ein paar Jahre, ich kann es Ihnen aber wirklich nicht genau sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Aber im Jahr 1991 noch nicht.

Dr. Gerhard Steger: 1991 war ich noch nicht Sektionschef.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Entschuldigung, im Jahr 2001 noch nicht.

Dr. Gerhard Steger: Das weiß ich jetzt nicht, da müsste ich wirklich nachschauen.

Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ist das so üblich, wenn ein Brief reinkommt und mehrere Gegenstände darauf sind, die sich auf verschiedene Abteilungen beziehen, dass diese Briefe dann jeweils kopiert und in die eine und in die andere Abteilung gegeben werden und natürlich dann auch in der Kanzlei vermerkt ist, dass zum Gegenstand X und zum Gegenstand Y das eingetragen ist? Ist das so?

Dr. Gerhard Steger: Es gibt zwei Möglichkeiten, mit dieser Sache umzugehen. Die Möglichkeit Nummer eins ist: Wenn von vornherein im Präsidium festgestellt wird, es gibt einen Posteinlauf für den Minister – die Ministerpost kommt ja nicht zu uns, die kommt natürlich zum Minister und kommt ins Präsidium rund um den Herrn Bundesminister –, wenn die sehen, es sind mehrere Themen betroffen, dann ist es oft so, dass ein Schreiben dann vom Präsidium bearbeitet wird, und das Präsidium holt sich aus jeder Sektion sozusagen den jeweiligen Baustein für die Beantwortung. Das Präsidium liefert dann den Brief, ich weiß nicht, an die Steuersektion, wenn es ein Steuerthema ist, an die Budgetsektion, wenn es ein Budgetthema ist, an die zuständige Sektion, wenn es ein Finanzmarktthema ist – und holt sich von dort die Bausteine. Das ist die eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit: Es gibt ein dominantes erkennbares Thema. Dann ist es oft so, dass das Präsidium das der – wie es bei uns heißt – „federführenden Abteilung“ schickt. Und diese federführende Abteilung kann wiederum auf zwei unterschiedliche Arten und Weisen darauf reagieren: Entweder sie sagt, ich setze mich gleich direkt mit den Abteilungen in Verbindung, die jene Themen bearbeiten, die nicht in meinen eigenen Zuständigkeitsbereich fallen, und hole mir von dort sozusagen die Bausteine und mache das Service, das eigentlich das Präsidium machen könnte, fasse alles

zusammen und schicke einen fix fertigen Antwortentwurf Richtung Minister. – Das ist die eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit ist, dass man nur seinen eigenen Teil beantwortet, das ins Präsidium schickt und sagt, für die jeweils anderen Themenbereiche wäre die Abteilung X, Y, Z zuständig.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Hat es einen Zuteilungsvorgang in Ihrer Sektion beim Androsch-Brief gegeben? Und wenn ja, von wem wurde der vorgenommen und wohin wurde er geleitet?

Dr. Gerhard Steger: Das kann ich Ihnen heute nicht sagen, das weiß ich einfach nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ist Ihnen dieser Brief aber schon bekannt? Weil Sie gewusst haben, dass er sehr genau nur in eine Abteilung zugeteilt worden ist.

Dr. Gerhard Steger: Ich weiß ja nicht, wie die genaue Zuteilung dieses Briefes damals erfolgt ist.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Darum wäre es interessant zu wissen: Wer hat das zugeteilt?

Dr. Gerhard Steger: Das weiß ich eben nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Aber das heißt, man kann sagen, in der Zuteilung ist insoweit ein Fehler passiert, als in diesem Brief mehrere Inhalte vorhanden waren und die Sache EADS dem entsprechenden Bereich nicht zugeteilt wurde, sondern einem anderen, wodurch wir bei der Vorlage Probleme gehabt haben.

Kann man also sagen, dass da eigentlich ein bisschen ein Fehler gemacht wurde?

Dr. Gerhard Steger: Das würde ich so nicht sagen. Ich glaube, man müsste sich den Akt anschauen und analysieren, wo der hergekommen ist, und das an Hand der Kanzleiblätter nachvollziehen. Das kann ich jetzt von diesem Tisch aus nicht tun.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Wäre ganz interessant, wenn wir das noch näher erläutern könnten, wer ihn zugeteilt hat und warum er eigentlich nur einer Abteilung zugeteilt wurde.

In Bezug auf die Übergabe des Aktes oder Schriftstückes an Herrn Pilz rechtfertigen Sie sich im Nachhinein, dass dieser Akt oder dieses Schriftstück allenfalls das Parlament nicht erreicht hätte.

Wie begründen Sie eigentlich diese Argumentation, diese Vorgangsweise, was war da ...?

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, Herr Kollege: Meinen Sie jetzt den Androsch-Brief – oder meinen Sie dieses Austauschblatt?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ja, dieses Austauschblatt.

Hätte man nicht den normalen Vorgang wie bei allen anderen Akten wählen können? Warum haben Sie gerade bei diesem einzigen Stück, mit einem anderen Stück auch noch, mit einem E-Mail, diese Vorgangsweise gewählt?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe sie ja nicht mit dem E-Mail gewählt – das waren ja zwei getrennte Dinge.

Was dieses eine Blatt Papier betrifft, habe ich schon, ich glaube, auf eine Frage des Abgeordneten Stadler geantwortet, dass mir bekannt war, dass zu diesem Zeitpunkt, als ich dem Herrn Abgeordneten Pilz das gegeben habe, der Originalakt über vier

Jahre lang im Ministerbüro ausgetragen und für uns nicht greifbar war. Ich habe, ohne irgendjemand etwas unterstellen zu wollen, gesagt: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste! Ich möchte sichergehen, dass dieses Geschäftsstück den Ausschuss tatsächlich erreicht! – Das ist meine Rechtfertigung.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Habe ich Sie vor ein paar Stunden richtig verstanden, dass Sie einen mündlichen Auftrag erteilt hätten, wobei Sie keinen offiziellen Aktenvermerk darüber produziert haben, sondern Sie auf Grund Ihrer privaten Aufzeichnungen diesen mündlichen Auftrag nachvollziehen konnten?

Dr. Gerhard Steger: Ich verstehe die Frage überhaupt nicht. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich auch nicht!*)

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Sie haben heute am Vormittag gesagt, dass Sie einen mündlichen Auftrag erteilt hätten, wobei da kein offizieller Aktenvorgang nachweisbar ist, haben aber trotzdem das jetzt nachvollziehen können, weil Sie in Ihren Privatunterlagen gewisse Aufzeichnungen gemacht haben.

Ist das so?

Dr. Gerhard Steger: Jawohl!

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Und findet das bei Ihnen oft statt (*Dr. Steger: Ja!*), dass Sie keine Aktenvermerke machen, aber Privataufzeichnungen führen?

Dr. Gerhard Steger: Also wenn ich zu jedem Schritt, Herr Abgeordneter, den ich als Budgetsektionschef zu setzen habe, einen Akt machen würde, würde ich die Sektion innerhalb kürzester Zeit lahmlegen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Das heißt aber, Sie machen oft keine Aktenvermerke über gewisse Vorgänge in den offiziellen Akten, aber auf der anderen Seite machen Sie sich private Aufzeichnungen über solche Vorgangsweisen.

Kann man das so sagen?

Dr. Gerhard Steger: Man kann das so sagen, dass ich ein laufendes Buch führe, wo ich die wichtigen Dinge, die mir bei Besprechungen unterkommen, notiere. Wenn darauf in Akten Bezug genommen wird, die mir vorgeschrieben und vorgelegt werden von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und diese Akten nicht mit dem Besprechungsergebnis übereinstimmen würden, das ich aus meinen Unterlagen ansehen kann, würde ich entsprechend intervenieren, damit das richtiggestellt wird.

Sie müssen sich das so vorstellen, dass üblicherweise bei solchen Besprechungen ja nicht nur ich alleine dabei bin, sondern auch jemand von mir. Also wenn zum Beispiel ich mit dem Herrn Ministerialrat Hillingrathner bei einer Besprechung dabei bin, dann macht der Herr Ministerialrat Hillingrathner daraus einen Akt. Aber ich mache jetzt nicht doppelt einen Akt, damit es zwei Akten über dieselbe Sache gibt. Das wäre nicht gerade effizient.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ich halte fest, da ich doch 26 Jahre in der Verwaltung tätig bin, dass so eine Vorgangsweise etwas unüblich ist, dass man Aktenvermerke nicht schriftlich macht bei Aufträgen, aber für sich selbst gewisse Aufzeichnungen macht.

Zur Anzahl der Kampfflugzeuge beziehungsweise der Abfangjäger haben Sie doch mehrmals zum Ausdruck gebracht, von der Stückzahl 18 auszugehen.

Kennen Sie zufällig das Resümee-Protokoll des Bundesministeriums für Finanzen vom 11.9.2001 von einer Kabinettsbesprechung, in dem festgehalten ist, dass

einvernehmlich außer Streit gestellt wird, dass auf politischer Ebene über die Stückzahl zu entscheiden wäre. Und in Klammern ist hier ausdrücklich angeführt: Bundesministerium für Landesverteidigung: 24 Stück Einsitzer und sechs Stück Zweisitzer optional.

Und dann interessanterweise: Bundesministerium für Finanzen: 19 Stück Einsitzer und fünf Stück Zweisitzer.

Es steht hier also nicht: fünf Stück Zweisitzer optional, sondern fünf Stück Zweisitzer, also insgesamt 24 Stück.

Das heißt, dass vom Bundesministerium für Landesverteidigung von 24 bis 30 Stück ausgegangen wurde und vom Bundesministerium für Finanzen von 24 Stück.

Ist Ihnen dieses Resümee-Protokoll bekannt?

Dr. Gerhard Steger: Jawohl, und es widerspricht aus meiner Sicht überhaupt nicht dem, was vorher gesagt wurde, weil bei diesen Geschichten immer verstanden war, dass die Zweisitzer **optional** sind. Das geht im Übrigen auch aus allen anderen Akten hervor, nicht zuletzt zum Beispiel aus dem SMS oder E-Mail des Ministers an den Ministerialrat Hillingrathner, wo ausdrücklich von 18 Fliegern die Rede ist.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Es ist beim Bundesministerium für Landesverteidigung ausdrücklich bei den Zweisitzern dieser Hinweis „optional“ dabei und ausdrücklich beim Bundesministerium für Finanzen der Zusatz „optional“ **weggelassen**.

Das heißt eigentlich, dass zu diesem Zeitpunkt, am 11.9., von den Vertretern der beiden Bundesministerien durchaus ausgegangen wurde von **24 plus sechs** beziehungsweise von **19 plus fünf**. Das ist zumindest in diesem Resümee-Protokoll so festgehalten.

Dr. Gerhard Steger: Ja, ich bezweifle nicht, Herr Abgeordneter, dass das in diesem Resümee-Protokoll so festgehalten wird. Ich kann Ihnen nur meine Wahrnehmung sagen, dass wir die ganze Zeit versucht haben, mit 18 durchzukommen, und die sechs Zweisitzer oder Schulflugzeuge immer **optional** gedacht waren.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Aber im Resümee-Protokoll wurde auch letztendlich von Hillingrathner eine andere Zahl, nämlich die fixe Zahl **19 plus 5**, wobei hier auf eine Optionalität verzichtet wurde, festgehalten. Das widerspricht sich nämlich auch mit dem SMS, das bereits im Juni vorgelegen ist.

Dieses Resümee-Protokoll wird nämlich insoweit auch bestätigt – und da meine Frage: Ist auch Ihnen dieses Schreiben bekannt vom Bundesministerium für Finanzen vom 14. September 2001? –, als hier von einer Menge von **24 Einsitzern neu** und **6 Doppelsitzern optional** zunächst einmal gesprochen und dann dazu formuliert wird, dass im Zuschlagsverfahren es möglich sein muss, auf eine andere Stückzahl das zu ändern beziehungsweise zu reduzieren.

Dr. Gerhard Steger: Die Antwort ist, jawohl, ich kenne dieses Geschäftsstück. Es ist in der Zwischenzeit offensichtlich – irgendwo in den Unterlagen wird auch Bezug genommen auf eine Besprechung auf politischer Ebene am 13. September – die politische Entscheidung gefallen, dass wir uns **nicht** durchsetzen mit unseren **18 und 6 optional** oder **19 und 6 optional**, je nachdem, sondern dass **24 plus 6** beschafft werden. Da hat sich das Verteidigungsministerium gegen das Finanzministerium durchgesetzt. Wobei wir im Finanzministerium erreicht haben genau die Passage, die Sie vorgelesen haben, nämlich dass im Zuschlagsverfahren auf eine geringere Anzahl von Flugzeugen abgeändert werden kann.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Aber von der fixen Größe **18** kann praktisch dann zu diesem Verfahrenszeitpunkt überhaupt nicht die Rede sein, wenn man das Resümee-Protokoll vom 11. September und das Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 14. September genau liest.

Dr. Gerhard Steger: Ich darf Ihnen eine Notiz von mir zitieren, die Sie auch haben in der Unterlage, die ich Ihnen ausgeteilt habe: 12. September 2001 – das war die Besprechung beim Minister, die heute schon ein paar Mal Thema meiner Befragung war, wo ich als zweiten Teilstich ausdrücklich angeführt habe – und das war natürlich Erwartungshaltung des Ministers –: Zugeschlagen werden, wenn überhaupt, **18 plus 6**.

Das heißt, da haben Sie es wieder, und das ist nach dem 11. September: 18 plus 6, nicht 24 plus 6. Da finden sich die **18** wieder. Es muss irgendwas zwischen dem 12. September und dem 14. September passiert sein, dass diese Zahl 18 plus 6 nicht gehalten hat, sondern auf **24 plus 6** erhöht wurde – und das wird wohl irgendwo eine politische Besprechung gewesen sein, von der ich aber nichts Näheres weiß.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Wenn ein Minister offiziell ersucht, eine koordinierte Vorgangsweise zwischen einem Mitarbeiter von ihm und Mitarbeitern von Abteilungen beziehungsweise der Sektion von Ihnen zu gewissen Beweisthemen zu wählen, dann haben Sie irgendwo Bedenken gehabt, diesen Auftrag rechtlich erfüllen zu dürfen. Und Sie haben auch geäußert, dass es eigentlich nicht üblich beziehungsweise Ihre Aufgabe sei, die Unterlagen für den Minister zu erstellen, weil das eine No-win-Situation für Sie sei.

Haben Sie den Auftrag vom Minister vielleicht so verstanden, dass er irgendwas von Ihnen will, was Sie nicht erfüllen wollen/können – oder haben Sie einfach dem Auftrag, den Sachverhalt in Ihren einzelnen Abteilungen so zusammenzufassen, wie er sich dargetan hat, nicht nachkommen wollen?

Was waren da die genauen Beweggründe?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe versucht, Herr Abgeordneter, das schon ein paar Mal sehr klar zu formulieren: Der Punkt war nicht, dass wir einen üblichen Auftrag bekommen haben: Schreibt mir etwas zusammen, bereitet mir etwas vor! Das ist ja tägliches Geschäft, das tun wir laufend. Das Problem war, dass ein Zeuge, nämlich der Minister Grasser, von anderen Zeugen, nämlich Steger, Schwarzendorfer, Tomasch, aufbereitete Unterlagen haben wollte. Das ist ja kein alltäglicher Fall, dass Menschen, die selber Auskunftspersonen in einem Untersuchungsausschuss sind, für eine andere Auskunftsperson, die der Minister ist, Unterlagen aufbereiten sollen.

Ich habe schon versucht, bei früheren Gelegenheiten deutlich zu machen, dass wir in dieser Situation erstens vor der Rechtsfrage gestanden sind, die wurde geklärt, und zweitens vor der schwierigen psychologischen Situation: Was schreiben wir denn da jetzt rein? Weil wenn wir reinschreiben eine bestimmte Sichtweise, von der wir glauben, dass der Minister sie hat, und wir womöglich in der einen oder anderen Frage persönlich eine abweichende Sicht hätten und das dann als Zeugen hier im Ausschuss vertreten, dann kann man uns mit Recht den Vorwurf machen: Wieso bereitet ihr dem Minister solche Unterlagen vor?

Daher wäre es in solchen Fällen eine kluge Vorgangsweise – dass es rechtlich zulässig ist, habe ich schon verstanden und akzeptiert –, dass man Unterlagen, noch dazu, wo jede Menge an Unterlagen schon beim Minister unten gelegen sind zu diesem Zeitpunkt, eben **nicht von Zeugen** vorbereiten lässt, sondern sich da des **Ministerbüros** bedient.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege, diese Frage ist mehrmals gestellt und mehrmals genauso beantwortet worden.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Eine letzte Frage: Wer sonst als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Abteilungen und Sektionen könnte diese Information erstellen, wo doch alle wesentlichen Unterlagen der Abteilungen und der Sektion natürlich in den Kanzleien bei Ihnen liegen? – Erste Frage.

Zweite Frage: Ist es eigentlich nicht üblich, wenn so ein Anliegen des Bundesministers herangetragen wird, dass man mit ihm Kontakt aufnimmt und sagt, ich habe hier da und da meine gewissen Probleme, dass man das kommuniziert?

Warum sind Sie da eigentlich den auch nicht ganz üblichen Weg nach außen gegangen? (*Abg. Dr. Kräuter: Das hat ja keinen Sinn, Herr Vorsitzender!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie darauf bestehen, werde ich die Auskunftsperson ersuchen, das ein drittes Mal zu beantworten. Es ist wirklich schon zweimal beantwortet worden. Wenn Sie darauf bestehen, gerne. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass ich gerade in dieser Frage Ihr Fragerecht schmälern möchte. Das ist Ihre Entscheidung.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ich habe den Eindruck, dass hier von Ihnen Fragen oft schon vier, fünf, sechs Mal gestellt wurden. Zur besseren Klärung wäre eine neuerliche Beantwortung vielleicht schon sinnvoll.

Dr. Gerhard Steger: Ich darf noch einmal festhalten, dass der Minister die ganzen Unterlagen bereits hatte.

Auf Ihre Frage, wer das tun soll, wenn nicht die Beamten, würde ich sagen, wenn alle Unterlagen unten sind, dann ist es überhaupt kein Problem, ist es völlig klar, dass das Ministerbüro – dafür gibt es das ja, die sind ja auch nicht auf den Kopf gefallen, das sind gescheite Leute dort, die immer wieder für den Minister aus bestimmten Unterlagen Zusammenfassungen machen – in der Lage sein muss, aus den Unterlagen einen Zwei- oder Dreiseiter für den Minister zu basteln. Wer dazu im Ministerbüro nicht in der Lage ist, ist im falschen Job. (*Abg. Dr. Mitterlehner: Und warum rufen Sie da nicht den Minister an und klären das mit ihm ab?*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht wieder um die Akten im Haus, aber diesmal um ganz etwas anderes. Mir ist da ein Auszug aus der Aktenlage des Ministeriums vorliegend, die wir selber schon rausgeschrieben haben; diesen Aktenordner haben wir jetzt gerade nicht mit. Aber wie wir es notiert haben und wie es mir erinnerlich ist: Es geht um Akten Ihrer Sektion und um Herrn Dr. Christl am Schluss, und zwar um zwei Stück.

Da schreibt Hillingrathner in einem Fall, nur damit ich meine Frage dann begründen kann, zu einem solchen Akt, der aus 2002 ist – ich zitiere –:

Eine Ausfertigung sämtlicher Angebotsunterlagen hat auch der in der Plattform – da geht es an sich um Gegengeschäfte – vertretene BMF-Vertreter aus dem Ministerbüro, Dozent Dr. Josef Christl, übermittelt erhalten. Über deren Verbleib ist nach dem Ausscheiden von Dr. Christl aus dem BMF der gefertigten Abteilung nichts bekannt. – Zitatende.

Jetzt erinnern mich diese Vorgänge an andere Auskunftspersonen hier. Das kommt nämlich noch einmal vor. Wissen Sie was darüber, ob der Dr. Christl Akten mit den Bezeichnungen „**streng vertraulich**“ oder „**Verschlussstück**“ mitgenommen hat und was mit deren Verbleib allenfalls ist? (*Abg. Dr. Fekter: Beweisthema 2! Juni 2002!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin, alle Fragen nach nicht dem Ausschuss übermittelten Akten haben wir in unseren Sitzungen hier besprochen! Und sobald irgendetwas in diese Richtung geäußert ist, werden wir selbstverständlich dem auf der Stelle nachgehen. – Bitte, Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Frage muss ich dahin gehend zusammenfassen – welcher Zeitraum auch immer –, ob sie etwas davon wissen, dass Christl Akten, mit welcher Bezeichnung auch immer, mitgenommen hat – jedenfalls tragen Sie nach den Ausfertigungen hier Bezeichnungen Ihrer Sektion –, und was allenfalls damit geschehen wäre.

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, ich habe keine Kenntnis davon. (*Abg. Dr. Fekter – in Richtung des Abg. Mag. Kogler –: Warum haben Sie das nicht den Christl gefragt?*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur eine ganz kurze Frage, und zwar: Es gibt in dem Vermerk über die Ereignisse vom 11.5. eine Anmerkung von Ihnen:

Dem Herrn Bundesminister am 14.5. Info Non-Paper übergeben. – Was war denn Gegenstand dieses Non-Papers am 14.5.?

Dr. Gerhard Steger: Herr Abgeordneter, das konnte ich nicht mehr klären. Dieser Punkt ist mir auch aufgefallen. Es kann sein, ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In den Unterlagen, die uns überreich worden sind, gibt es so etwas nicht.

Dr. Gerhard Steger: So ist es. Es kann sein – ich weiß nicht mehr genau, was das Non-Paper war – dass das dieses Papier hier war. (*Die Auskunftsperson hält ein Schriftstück in die Höhe.*) Arbeitsgruppe Abfangjäger. – Es kann sein, das sage ich ausdrücklich, ich weiß es nicht mehr genau –, Arbeitsgruppe Abfangjäger ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist bei den Akten.

Dr. Gerhard Steger: Das ist bei den Akten. ON 10/01. Ich bin mir aber nicht mehr sicher. Und ein anderes Papier

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): ON ... – wie heißt das?

Dr. Gerhard Steger: ON 10/01. Ich bin mir aber nicht mehr sicher, ob das wirklich so ist. Diese Frage kann ich selber nicht mehr klären.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Leider Gottes kommen ja nicht wenige Sachen dann hier nicht an. Insofern danken wir auch für die Vorgangsweise.

Am 6.6. steht: Kompensationsgeschäfte anschauen, was Scheibner auf dem Tisch hat – zusätzlich: Fragezeichen.

Was ist das, was da Scheibner am Tisch hat? Wer hat da wem was aufgetragen, oder ...?

Dr. Gerhard Steger: Es gab offensichtlich – das ist aber jetzt eine Interpretation von mir sozusagen rückwirkend – eine Kommunikation von Minister Scheibner an Minister Grasser, er, Scheibner habe bestimmte Informationen über mögliche Kompensationsgeschäfte, und wir mögen uns das anschauen. So interpretiere ich das. Näheres habe ich rückblickend jetzt auch nicht im Gedächtnis.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Am 17.7. – nächste Seite Mitte – schreiben Sie:

Der Herr Bundesminister teilt mit, dass das ... Russen nicht einzuladen in die Angebotseinholung der Abfangjäger falsch sei. – Zitatende.

Gab es irgendeine weitere Reaktion über diese allgemeine Feststellung des Herrn Bundesministers hinaus, die Ihnen erkennbar war – oder war das eine abschließende Mitteilung?

Dr. Gerhard Steger: Ich habe ihn ganz klar gefragt: Stimmt das?, und er hat mir gesagt: Nein, das stimmt nicht! Und ich könne das auch dem Kollegen Hillingrathner weiterleiten – was ich auch getan habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber was in der Sache selbst das jetzt bedeutet hat, ob damit eigentlich die MiG draußen waren oder nicht ...

Dr. Gerhard Steger: Nein, nein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich sage es nämlich deshalb, weil es ein paar Tage später ein SMS gibt, wo der Herr Bundesminister Herrn Hillingrathner ausdrücklich darauf hinweist, der ihm also sagt, er hätte angeblich bei einer politischen Diskussion mit dem Bundeskanzler selbst diese MiG ausgeschieden – wo er geschrieben hat: Das ist nicht der Fall.

Dr. Gerhard Steger: Genau. Damals wurden wir ständig offensichtlich konfrontiert mit Meldungen, Minister Grasser habe ja selber zugestimmt, dass die MiG nicht mehr im Rennen sei. Und wir haben das rückgecheckt beim Minister, einmal ich auf Ersuchen von Hillingrathner ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber ich meine: Hat er Ihnen irgendeine Konklusion mitgeteilt, dass noch irgendwelche Aktivitäten erfolgen? (*Dr. Steger: Nein, nein!*)

Oder wo Sie erkannt haben, der Grasser macht ... (*Dr. Steger: Nein!*)

Dann hätte ich noch eine Frage. Am 24.6. schreiben Sie: Beim Bundesminister gab es ein Gespräch, wo auch der Herr Christl dabei war. Und da gibt es eine finale Version. (*Abg. Dr. Fasslabend: 2002 oder 2001? – Abg. Dr. Fekter: Welches Jahr?*) Das ist allerdings 2002. Ja. (*Abg. Dr. Fekter: Okay!*)

Ich freue mich, das beim nächsten Mal fragen zu dürfen. (*Abg. Dr. Fekter: Er kommt eh wieder!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe soeben eine Mitteilung bekommen, die auf ein gestriges oder vorgestriges Telefonat zurückgeht, wo wir aus dem Finanzministerium einen Hinweis bekommen haben – telefonisch, Mitarbeiter von mir –, dass seit Wochen im Finanzministerium Akten vernichtet würden.

Haben diese Aktenvernichtungen etwas mit Akten des Eurofighter-Ausschusses zu tun? (*Abg. Dr. Fekter: Er hat gesagt, alle Akten waren im Haus! Er war ja zuständig dafür!*)

Dr. Gerhard Steger: Ich habe darüber keinerlei Kenntnisse, Herr Abgeordneter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da es jetzt nachweislich keine weiteren Fragerwünsche gibt, danke ich Herrn Sektionschef Steger erstens für seine Auskünfte und zweitens für die lange Zeit, die er sich genommen hat, und wünsche ihm eine gute Heimreise. – Danke vielmals!

Dr. Gerhard Steger: Ich darf dem Hohen Ausschuss ein frohes Weihnachtsfest wünschen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wünscht Ihnen der Hohe Ausschuss auch. (*Die Auskunftsperson verlässt den Sitzungssaal.*)

Wir haben jetzt ganz kurz etwas zu besprechen, und zwar hat mich Dr. Strasser zurecht darauf aufmerksam gemacht, dass wir kurz darüber befinden müssen, wie wir mit Herrn Lantz umgehen – rein zeitmäßig –, der ja extra aus Schweden angereist ist.

14.05

*(Die Medienvertreter werden ersucht, den Sitzungssaal zu verlassen. – Die Beratungen des Untersuchungsausschusses finden von 14.06 Uhr bis 14.28 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „nichtöffentlicher Teil“.)*

14.29

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 14.29 Uhr – zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die Auskunftsperson sowie deren Vertrauensperson werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser als Auskunftsperson, dankt für dessen Erscheinen, erinnert ihn an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Bundesminister für Finanzen Mag. Karl-Heinz Grasser: Mein Name: Karl-Heinz Christian Grasser; geboren am 22.1.1969; wohnhaft in 1030 Wien. Beruf: Finanzminister.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt, ob die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Da muss ich den Herrn Verfahrensanwalt fragen. Keine Ahnung, aber eigentlich nicht, sofern Sie den Finanzminister nicht als solchen einstufen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie waren eigentlich auch meiner Meinung nach nicht öffentlich Bediensteter.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Dann notieren wir den ersten Konsens von uns beiden.

Obmann Dr. Peter Pilz hält fest, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei Mag. Grasser bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden. Wenn die Auskunftsperson den Eindruck habe, dass es einen konkreten Aussageverweigerungsgrund gibt, solle darauf aufmerksam gemacht werden und man werde dann die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Mag. Grasser darauf hin, dass er nicht zu Dokumenten und Akten befragt werde, die sich auf Passagen beziehen, die entweder als „**NATO restricted**“ oder als „**geheim**“ klassifiziert seien, die also **vertraulich** zu behandeln wären.

Der Obmann ersucht nunmehr die Vertrauensperson von Herrn Mag. Karl-Heinz Grasser um Bekanntgabe ihrer Personalien.

Vertrauensperson Mag. Christine Sumper-Billinger: Christine Sumper-Billinger, geboren am 6. September 1973, 1190 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt nunmehr die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Frau Mag. Sumper-Billinger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Da diesbezüglich seitens der Abgeordneten kein Einwand vorgebracht wird, setzt der Obmann mit der Belehrung der Vertrauensperson fort, weist Frau Sumper-Billinger auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte hin, nimmt dabei auf den Inhalt der Belehrung der Auskunftsperson über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlich falschen Aussage Bezug, und fügt hinzu, dass strafrechtliche Folgen daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann weist die Vertrauensperson weiters darauf hin, dass ihre Aufgabe die Beratung der Auskunftsperson sei, sie aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, und dass sie, wenn sie sich nicht daran halte, als Vertrauensperson ausgeschlossen werden könne. Frau Mag. Sumper-Billinger könne, so der Obmann, auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Sie habe, sollte sie der Meinung sein, dass es zur Verletzung der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn als Obmann informieren werde.

Der Obmann fragt Frau Sumper-Billinger, ob sie die Belehrung so weit verstanden habe, was diese bejaht, und leitet zur Befragung über.

Der Obmann informiert die Auskunftsperson über die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende einleitende Erklärung zu dem Untersuchungsgegenstand, zu dem sie geladen ist, abzugeben, wovon diese Gebrauch zu machen wünscht.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Verfahrensanwalt! Ich darf Sie kurz in das Jahr 2001 zurückführen und darlegen, wie dieses Thema für mich begonnen hat, welche Positionen ich beziehungsweise das Bundesministerium für Finanzen im Laufe dieses Beschaffungsverfahrens eingenommen haben. Es war am Beginn des Jahres 2001, als Ministerialrat Hillingrathner, der dem Ausschuss bekannt ist, zu mir gekommen ist und mich informiert hat, dass – unter Anführungszeichen – ein „Problem“ auf uns zukommt, weil diese Beschaffung im Jahr 2001 und folgende durchgeführt werden sollte. Es war dann sehr schnell klar, dass ich gegen die Beschaffung war. Ich bin gegen die Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen aufgetreten, habe versucht, das zu verhindern, habe eine ganze Reihe von Gesprächen dazu geführt, sowohl innerhalb der Freiheitlichen Partei als auch in der Bundesregierung, um von dieser meiner Position zu überzeugen, und zwar aus zweierlei Erwäggründen.

Erster Punkt: Selbstverständlich aus der Sicht eines Finanzministers war es, wenn Sie zurückdenken, dass wir im Jahr 2000 die Sanierung des Haushaltes umzusetzen hatten und auch eine Reihe von unangenehmen Maßnahmen dabei waren: Es für mich als Finanzminister naheliegend zu sagen, es passt nicht wirklich hinein, solch eine große Beschaffung durchzuführen.

Zum Zweiten war ich persönlich davon überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung diese Beschaffung anders sehen und dagegen sein würde und daher war es sehr naheliegend, **gegen** diese Beschaffung aufzutreten. Ich habe das auch offen gemacht. Sie konnten das damals mitverfolgen, ich muss leider dazu sagen, dass es mir nicht gelungen ist, zu überzeugen: weder die FPÖ, wo es eine Reihe von Diskussionen gab – die FPÖ war für die Beschaffung, die ÖVP als damaliger Regierungspartner war für die Beschaffung. Beide haben gesagt, es gibt ein gemeinsames Regierungsprogramm, das umzusetzen ist und daran habe ich mich auch zu halten.

Es hat natürlich auch eine Reihe von guten Argumenten gegeben, die **für** eine Beschaffung gesprochen haben, an die man mich auch erinnert hat. Beispiel: Wir alle haben den Eid auf die Verfassung geschworen, wir wissen, dass Österreich ein souveräner, ein neutraler Staat ist, dem man eben auch entsprechend zu Land und in der Luft zu verteidigen hat.

Ich musste erkennen, dass ich meine Position **nicht** durchsetzen kann, dass es keine Mehrheit dafür geben würde. Es ist dann, im Jahr 2001, dazu gekommen – wenn Sie sich erinnern an den schrecklichen Terroranschlag in New York auf die Twin Towers, 9/11. Es war damals die Situation so, dass völlig klar war, dass diese Beschaffung **nicht** aufzuhalten war. Wir haben auch knapp danach von Seiten des Finanzministeriums die Ausschreibung freigegeben, die das Verteidigungsministerium vornehmen wollte, aber das allgemeine Sicherheitsbild damals war von diesem Terroranschlag sehr stark geprägt, dass klar war, dass man vorwärts zu gehen hat.

Es war dann meine Zielsetzung und auch die Aufgabe des Finanzministers, für die **billigste Lösung** einzutreten. Es gab Diskussionen von der MiG 29 zu Beginn, die das Verteidigungsministerium aber in der Ausschreibung gar nicht mehr berücksichtigt hat, sie also nicht teilnehmen ließ, sodass dann sehr klar war, dass es die **F-16 Mid Life Update**, damals das billigste Angebot, sein würde. Das hat man von unserer Seite, von meiner Seite versucht, bis zuletzt zur Beschaffungsentscheidung durchzusetzen.

Ich fasse mich kurz, weil ich ja nur zu Beweisthema 1 reden soll, aber schließe den Kreis. Es gab eine Diskussion: Das Verteidigungsministerium war für **neue** Flugzeuge, das Finanzministerium war für **gebrauchte**, weil wir gesagt haben, das tut es auch, ist die billigste Lösung und ist daher die naheliegende Position gewesen.

Sie kennen das Ausschreibungsverfahren, das die F-16 neu und damit auch die F-16 Mid Life Update im Beschaffungsvorgang durch das Verteidigungsministerium ausgeschieden wurden und damit für einen Finanzminister so etwas wie der **worst case** eingetreten ist – im Sinne davon, dass die zwei teuersten in diesem Ausschreibungsverfahren übrig waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit haben Sie bereits das Beweisthema 2 „betreten“. Ich mache Sie nur deshalb darauf aufmerksam, weil das für Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss ein Problem darstellen kann, wenn Sie jetzt eine Erklärung zu folgenden Entscheidungen abgeben und ich das dann unterbinden muss, wenn es irgendwelche Fragestellungen dazu gibt.

Deswegen würde ich ersuchen, das auf das Beweisthema 1 zu beschränken. Wir werden uns in nicht allzu langer Zeit bei Beweisthema 2 wiedersehen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sehr gerne. Ich mache den Teil nur fertig mit dem Satz, wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, dass sich die Bundesregierung dann eben **nicht** für die billigste Lösung entschieden hat, sondern, wie Sie wissen, für die **beste Lösung** im Sinne auch der Expertenkommission des Bundesheeres und des dort erarbeiteten Vorschlags.

Ich möchte Bezug nehmen auf Vorwürfe, die mir gemacht wurden sind in der Öffentlichkeit, was diese erste Phase, die heute angesprochen ist, betrifft, nämlich dass ich Anbieter getroffen habe.

Ich möchte Ihnen sagen: **Selbstverständlich** habe ich Anbieter getroffen. Ich frage umgekehrt: Wie soll man denn eine Beschaffung durchführen und sie mit verantworten – Federführung natürlich Verteidigungsministerium, klar, aber das Finanzministerium in einer durchaus wichtigen Rolle – und durchführen können, wenn man keine Informationen dazu hat.

Ich sage Ihnen ganz offen – ich weiß nicht, wer von Ihnen ein Rüstungsexperte ist –: Ich hatte damals überhaupt keine Information, wie eine solche Beschaffung funktioniert. Ich hatte keine Information: Sind Gegengeschäfte tatsächlich möglich oder **redet** man nur über Gegengeschäfte? Was ist für den Standort Österreich daher herauszuholen: an Wertschöpfung, an Arbeitsplätzen, an zusätzlichen Steuereinnahmen? Ich hatte keine Information, wie eine solche Finanzierung in anderen Bereichen, bei anderen Beschaffungen schon gelaufen ist. Und von da her war es für mich naheliegend – nicht nur nahe liegend, sondern aus meiner Sicht auch **Verpflichtung und Verantwortung** eines Finanzministers –, darüber Gespräche zu führen.

Ich bin der Überzeugung, hätte ich sie **nicht** geführt, dann würde man mir wahrscheinlich sagen: Du hast dich **nicht** gekümmert darum, du hast dich **nicht** informiert, du hast **nicht** versucht, Gegengeschäfte für Österreich auszuloten! und so weiter.

Daher möchte ich betonen: Ich habe Gespräche mit offiziellen Repräsentanten genauso geführt wie mit Firmenvertretern, und ich habe **alle** Anbieter getroffen, die das Gespräch mit mir gesucht haben. Ich habe daher auch **alle** selbstverständlich **gleich** behandelt. Die Termine, die ich gemacht habe, sind dem Parlament bekannt, seit langem ja auch aus Dringlichen Anfragen.

Ich darf nochmals in Erinnerung rufen: Mit Gripen-Anbietern habe ich ein Gespräch gehabt, mit dem britischen Botschafter, mit der schwedischen Vize-Premierministerin, zweimal mit Herrn Malzacher. Ich habe ein Gespräch gehabt mit der EADS, wo ich mit Herrn Wolf nach München geflogen bin und dort Herrn Bischoff und Herrn Rauen getroffen habe. Und es hat, was die MiG 29 betrifft, Gespräche mit russischen Regierungs- und Firmenvertretern gegeben.

Ich betone, dass diese Gespräche alle **vor der Ausschreibung** stattgefunden haben. Das heißt, die Ausschreibung war noch nicht draußen, sondern das war im Laufe des Jahres 2001; **vor** der Ausschreibung waren diese Informationsgespräche. Es gibt nur eine Ausnahme, das ist der Antrittsbesuch des amerikanischen Botschafters Lionel Brown gewesen, der im Jahre 2002 stattgefunden hat, wo Herr Botschafter Brown damals auch die Frage der F-16 angesprochen und selbstverständlich aus seiner Sicht für dieses amerikanische Produkt entsprechend lobbyiert hat.

All diese Gespräche sind, wie gesagt, dem Parlament bekannt gegeben worden. Ich möchte dazu sagen, wir haben, sofern es Informationen gegeben hat, dann Schreiben, was immer von den entsprechenden Anbietern herein gekommen ist, entsprechend ins Haus gegeben, haben das veraktet. Ich habe meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um eine entsprechende Analyse dieser Unterlagen gebeten, und wir haben diese Unterlagen selbstverständlich auch dem Parlament für seine Beratungen zur Verfügung gestellt.

Ich möchte jetzt abschließen und sagen: Das Bundesministerium für Finanzen hat in der gesamten Zeit dieses Beschaffungsvorganges in einer ganzen Reihe von

Erledigungen ausdrücklich festgehalten, dass wir im Hinblick auf die hohen Investitionsausgaben und natürlich auch auf die politische Dimension dieser Beschaffung einen **peniblen Verfahrensablauf** eingemahnt haben, dass wir ein **objektives Vergabeverfahren** eingemahnt und alles dazu beigetragen haben, was uns möglich war.

Sie wissen, dass wir ersucht haben, unter anderem einen **Code of Business Conduct** in die Angebotseinholung aufzunehmen. Es liegt Ihnen dieser Code of Business Conduct auch entsprechend vor, also ein Ehren-, ein Wohlverhaltenskodex, den die Bieter unterschreiben mussten, wo also sehr klar ist, wenn man dagegen verstoßen würde, dann hätte das das Ausscheiden des betreffenden Angebotes zur Folge gehabt beziehungsweise nach Zuschlagserteilung einen gänzlichen oder teilweisen Vertragsrücktritt beziehungsweise auch umfassenden Schadenersatz, der in diesem Papier drinnen steht.

Ich bin sehr froh, dass dieser Code of Business Conduct **integrierter Bestandteil** der **beiden Kaufverträge** geworden ist. Ich glaube, wir haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass man sich neutral, objektiv, nachvollziehbar, transparent in diesem Beschaffungsvorgang von allen Seiten verhalten hat, ein Beschaffungsvorgang, der aus meiner Sicht völlig korrekt umgesetzt wurde. – Danke vielmals.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Herr Abgeordneter Scheibner hat gestern sein Gefühl geäußert, dass es sehr wohl Differenzen zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Finanzministerium gegeben hat, und zwar sowohl auf Beamten- als auch auf Ministerebene.

Wie ist Ihre Einschätzung dieser Situation?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben in dieser Zeit – ich würde sagen: sehr deutliche – Differenzen gehabt, weil logischerweise ein Verteidigungsminister, der diese Regierung damals mit verhandelt hatte und der erreicht hat, dass das, was damals schon zwischen SPÖ und ÖVP in dem geplanten Regierungsübereinkommen dann auch Bestandteil des Regierungsübereinkommens der Koalition, die im Jahr 2000 zustande gekommen ist eben zwischen ÖVP und FPÖ damals, drinnen steht, nämlich die Beschaffung, und daher hat er Wert darauf gelegt, dass es umgesetzt wird.

Und ich war halt der Finanzminister, der gesagt hat: Meine Zielsetzung ist **nein**, ich will keine Beschaffung!, und ich habe versucht, das zu verhindern, und ich habe Herbert Scheibner natürlich eine Reihe von Diskussionen geliefert, sowohl in verschiedenen FPÖ-Gremien, Spitzenrepräsentanten der FPÖ bis hinein in den Parteivorstand, weil ich gedacht habe, dass die FPÖ eigentlich eine populäre Position unterstützen sollte. Und populär war es natürlich zu sagen, nein, wir machen diese Anschaffung nicht.

Das ist mir wider Erwarten **nicht** gelungen, weil auch die FPÖ-Gremien damals gesagt haben: Das Regierungsprogramm ist umzusetzen, diese Beschaffung ist umzusetzen! Aber klarerweise waren die Differenzen damals mit Herbert Scheibner ziemlich groß, weil es da eben einen klaren Interessensgegensatz gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Bundesminister, Sie haben vorhin auch ausführlich in Ihrer Stellungnahme Bezug darauf genommen, dass es ein Regierungsprogramm gegeben hat, Sie aber dennoch dagegen waren, aber sehr wohl gute Argumente für die Anschaffung gesprochen haben.

Was hat Sie endgültig überzeugt, doch der jetzigen Lösung zuzustimmen? Waren das die guten Argumente, die im Laufe der Zeit eingebracht wurden – oder war es dann wirklich der 11. September 2001?

Obmann Dr. Peter Pilz: Meinen Sie jetzt die Typenentscheidung mit der endgültigen Entscheidung?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nein. Die Frage habe ich jetzt so formuliert, dass es damals, im zu behandelnden Zeitraum, Herr Vorsitzender, Argumente dafür und dagegen gegeben hat. Und der Herr Bundesminister hat in seiner Einleitung gesagt, dass es auch Argumente **für** eine Anschaffung gegeben hat.

Und meine Frage in dieser Hinsicht jetzt: Haben diese Argumente **dafür** Sie dazu bewegt, Ihre Meinung zu ändern – oder war das der Anschlag am 11. September 2001?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe den Anschlag nur deswegen erwähnt, denn wenn Sie das nachvollziehen, wie damals die öffentliche Debatte gelaufen ist, war das die Zeit im Jahr 2001, wo ich so massiv auch in der Öffentlichkeit versucht habe, Druck zu machen gegen diese Beschaffung. Als dann dieser Terroranschlag passiert ist, war es einfach klar, dass beide Parteien, die gesamte Regierungsmannschaft mir damals schon immer gesagt hat: Vergiss das und mach das nicht, weil diese Beschaffung werden wir durchführen!

Ich habe gedacht, ich habe eine Chance, und vielleicht gelingt es mir tatsächlich, diese Beschaffung zu verhindern. Damals mit dem Terroranschlag war einfach klar, dass man das vergessen konnte. „Vergessen“ heißt, dass die Beschaffung logischerweise dann kommen würde. Für mich war das das Symbol, und knapp danach hat es ja auch eine Sitzung auf Ministerebene gegeben mit Herbert Scheibner, mit Martin Bartenstein, und danach hat das Finanzministerium eben die Ausschreibung freigegeben.

Das heißt, es war eigentlich der Knackpunkt, wo klar geworden ist: Aufzuhalten ist die Beschaffung für mich nicht mehr. Das hat für mich persönlich in dieser Zeit stattgefunden.

Aber ich glaube, das ist legitim und man kann beide Standpunkte haben; Man kann **für** die Beschaffung sein und kann **gegen** die Beschaffung sein. Diese politische Diskussion wird in Österreich ja mittlerweile seit mehreren Jahren geführt. Was ich sagen wollte mit dem Einleitungsstatement, ist: Natürlich waren damals auch gewichtige Argumente auf dem Tisch, wo meine Regierungskollegen – der Bundeskanzler, die Vizekanzlerin, Parteiobmann und Parteiobfrau – gesagt haben: Pass auf, Österreich ist ein neutrales Land, Österreich hat seine Verfassung zu wahren und zu verteidigen! Österreich ist ein souveränes Land!

Natürlich sind dann Argumente gekommen: Schau dir die Schweiz an, schau dir Schweden an, schau dir andere neutrale Länder an, wie viele Abfangjäger dort eingesetzt werden – und schau dir Österreich an! Klar ist, dass man auch solche Argumente entsprechend wertschätzen muss, und wenn man in einer Demokratie draufkommt, dass man trotz großer Bemühungen die eigene Position nicht durchsetzen kann, dann ist auch klar, dass man die Mehrheit, die damals sehr deutlich war, eben zu akzeptieren hat.

In der Folge war dann die Zielsetzung; wie gesagt; das **billigste Gerät** anzuschaffen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Ministerialrat Hillingrathner scheint in der Nachfolgebeschaffung im Finanzministerium eine wesentliche Rolle eingenommen zu haben.

In welchem Verhältnis ist er zu Ihnen gestanden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Er ist Mitarbeiter der Budgetsektion, wie Sie wissen. Er war Abteilungsleiter der damaligen Abteilung – das war der „Counterpart“ im Finanzministerium zum Landesverteidigungsministerium – und hat

sich seit vielen Jahren mit all den Fragen der Landesverteidigung beschäftigt, war selbstverständlich auch immer bei den Budgetverhandlungen dabei, wo es um das Landesverteidigungsbudget gegangen ist.

Mein Eindruck ist, dass sich Dr. Hillingrathner sehr gut auskennt in den verschiedensten Fragen der militärischen Beschaffung des Bundesheeres, ganz grundsätzlich. Und es war eben seine Initiative, dann im Jahr 2001 – ich weiß nicht, ob er allein gekommen ist oder mit Sektionschef Steger; ich kann mich nicht mehr erinnern; auf alle Fälle ist er gekommen und hat gesagt –: Passen Sie auf, Herr Minister, da werden wir uns beschäftigen müssen mit dieser Beschaffung, denn das steht im Regierungsübereinkommen drin, und die wird kommen! Er hört sozusagen schon aus dem Verteidigungsministerium, dass dieses Thema vorangetrieben werden soll.

Von da her war das für mich der Auftakt eben auch der Informationsgewinnung, um zu sagen: Wie kann ich in dem Thema dazulernen und Informationen bekommen, dass man seinen persönlichen Wissensstand da verbessert und sich einen entsprechenden Background für eine mögliche Entscheidung schafft. Wobei die Situation ja eben die war: Das Finanzministerium war klar **gegen** die Beschaffung.

Wir haben gesagt, Priorität Nummer eins: Beschaffung verhindern!, aber im Hinterkopf war natürlich: Was tun wir, wenn es uns **nicht** gelingt, diese Beschaffung zu verhindern und dafür auch die Informationen zu erhalten?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): War Herr Ministerialrat Hillingrathner in dieser Beschaffung Ihr persönlicher Berater?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Er war nicht mein persönlicher Berater, sondern er war eben der zuständige Ministerialbeamte im Finanzministerium, dessen Kernkompetenz genau dieses Thema war, also Landesverteidigung ganz grundsätzlich, Bundesheer inklusive Beschaffungen, und daher war er mein erster Ansprechpartner.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich habe das jetzt deswegen gefragt, da von Herrn Sektionschef Steger in den Raum gestellt wurde, es hätte unter Umständen einen Auftrag an Herrn Ministerialrat Hillingrathner von Ihnen persönlich geben können, Kontakte zu Anbietern zu suchen und Informationen von Anbietern einzuholen.

War so ein Auftrag gegeben, und zwar an Herrn Sektionschef Steger vorbei?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: An das kann ich mich nicht erinnern. Sie kennen ja die Aktenläufe. Die Akten, die es im Finanzministerium gibt, sind selbstverständlich dem zuständigen Sektionschef vollinhaltlich jederzeit zugänglich. Er ist ja sozusagen der Vorgesetzte des Herrn Ministerialrates Hillingrathner, und der Herr Sektionschef war natürlich bei einer Reihe von Sitzungen mit dabei. Es haben nicht alle mit Gerhard Steger stattgefunden, weil das auch nicht die Praxis des Hauses ist, sondern man redet mit denen, die auch tatsächlich einen Beitrag beziehungsweise eine Problemlösung bringen können, wo man den Auftrag erteilt und sagt: Machen Sie mir das bitte bis ...!

Ich habe Dr. Hillingrathner keinen Auftrag erteilt: Informiere dich und hole dir Angebote herein oder sonst etwas. – Mein Eindruck war, dass Hillingrathner sehr gut informiert war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weil auch die Rechte abwesender Auskunftspersonen zu schützen sind, teile ich kurz Herrn Dr. Strasser das Wort.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich dazu sagen, dass ich nicht in Erinnerung habe und für mich jedenfalls ausschließen kann, dass Herr Dr. Steger eine Aussage dahin gemacht hat, dass der Herr Minister Hillingrathner Aufträge zu Kontakten mit Bietern oder dergleichen erteilt hat. Dr. Steger hat lediglich gesagt, es kann sein, dass der Herr Bundesminister Hillingrathner direkte Aufträge unter Umgehung des Sektionschefs erteilt hat, aber nicht mit Beziehung auf Kontakte zu Anbietern und dergleichen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich danke für diese Klarstellung.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich glaube, im Protokoll wird das ohnehin so stehen. Falls man das anders verstanden hat, tut es mir Leid.

Ich möchte zu Ihrem Besuch in Manching kommen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich, Herr Abgeordneter, nach dem Verfahrensanwalt noch ganz kurz klarstellen: Also, einen Auftrag mit der Zielsetzung der Umgehung des Sektionschefs hat es selbstverständlich von mir **nicht** gegeben. Im Gegenteil: Ich habe Wert darauf gelegt, dass der Sektionschef gerade auch bei dieser Beschaffung die verschiedenen Akten gesehen und auch unterschrieben hat. Daher: Aufträge in bewusster Vermeidung des Sektionschefs: selbstverständlich nein, wenn das die Frage war.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): So war die Frage auch nicht gemeint.

Zum Besuch in Manching. – Da hat es ja am 13. 7. 2001 eine Präsentation gegeben; da waren Sie anwesend. Von wem ist da die Einladung gekommen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Die Kontaktaufnahme ist damals über Siegfried Wolf von MAGNA hergestellt worden, der mich angerufen und gesagt hat, dass mich Herr Bischoff, der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der EADS, gerne nach Bayern einladen würde, mich gerne kennen lernen würde, und sie würden gerne die Möglichkeiten der EADS entsprechend darstellen in Bezug auf die geplante Beschaffung der Republik. Bischoff war auch ein Vorstandsmitglied von Daimler-Chrysler. Sie wissen, dass Daimler-Chrysler natürlich einer der großen Auftraggeber ist, was den Automobil-Cluster in Österreich betrifft.

Von da her war für mich klar: Erstens: Warum soll ich nicht mit ihm reden? – Eine gute Möglichkeit zur Informationsaufnahme, und ich hatte damals bereits Gripen-Vertreter getroffen und konnte und wollte daher auch nicht diesen Termin abschlagen. Es hätte keinen Grund gegeben, diesen Termin nicht zu machen, sondern es war für mich einfach die Fortsetzung.

Mein persönlicher Zugang war damals: Triff die Hersteller, die das Gespräch mit dir führen wollen! Und das waren dann am Ende des Tages diejenigen, die ich in meinem Einleitungsstatement dargestellt habe.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie dem Ausschuss mitteilen, wer alles mit Ihnen mitgereist ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das waren Siegfried Wolf und ich.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nur zu zweit. – War das Bundesministerium für Landesverteidigung informativ in diese Reise eingebunden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das Bundesministerium für Landesverteidigung war überhaupt nicht eingebunden in meine Gespräche – egal, ob das Gripen, MiG, F 16 oder Eurofighter war.

Sie haben vorhin die Frage gestellt: Wie waren die Spannungsverhältnisse damals? Der Punkt war ja, dass das Landesverteidigungsministerium uns gegenüber – ich sage es einmal so – keine Information hergegeben hat. Warum nicht? – Na, weil die gewusst haben, wir sind dagegen. Von da her hatten wir auf der beamteten Ebene und auf der politischen Ebene Spannungsverhältnisse, und deshalb habe ich gesagt: Okay, jetzt versuchen wir einmal, Informationen zu erlangen und unseren Wissensstand in dieser Frage zu verbessern, damit man gerüstet ist für den Fall, dass es **nicht** gelingt, diese Beschaffung zu verhindern. Vor diesem Hintergrund ist das zu sehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat Herr Sektionschef Steger von dieser Reise gewusst?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich nicht. Ich glaube nicht, dass er es gewusst hat. Aber er hat es dann natürlich erfahren, logischerweise, als es den Brief gegeben hat der EADS, weil ich dieses Schreiben ja sofort ins Haus gegeben habe, weil wir all die Schreiben zu allen verschiedenen Anbietern natürlich sofort ins BMF gegeben haben zu einer entsprechenden Analyse und zu einer entsprechenden Veraktung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister! Bevor ich auf dieses Treffen in Manching zu sprechen komme, möchte ich zu einem der Ergebnisse dieses Treffens kommen.

Es ist Ihnen dann ein Aktenkonvolut übermittelt worden von Herrn Bischoff – das ist im Ausschuss unter „**Paketlösung**“ bekannt, wird, glaube ich, auch im Beilagenvermerk von Herrn Bischoff so angeführt: Vorschlag: Paketlösung zum Vorhaben „Abfangjäger“ (zweimal), heißt es hier.

Es hat eines dieser Konvolute Eingang ins Bundesministerium gefunden. Können Sie uns sagen, wo das zweite Ihnen übermittelte Paket dieser Paketlösung geblieben ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also ich kenne nur das Konvolut, das Sie angesprochen und wir dem Parlament übermittelt haben.

Es ist in dem Schreiben, das den Unterlagen vorangestellt ist, festgehalten, dass es einen Brief gegeben hat, offensichtlich vom 13. Juni – das Schreiben, das Sie angesprochen haben, gehe ich davon aus, ist dasjenige vom 27. Juli. Und in diesem Schreiben ist eben der Brief vom 13. Juni angesprochen.

Ich habe darum ersucht, dass dieser Brief entsprechend ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, davon rede ich nicht! Davon rede ich nicht!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Okay! Also, ich kenne nur eines ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede von der Anlage! Die Anlage ist ein dickes Konvolut.

Da heißt es im Schreiben vom 27. Juli 2001: Anlage: Vorschlag Paketlösung zum Vorhaben „Abfangjäger“ (zweimal).

Das heißt, es muss noch ein zweites Exemplar dieses Vorschlages Paketlösung Abfangjäger gegeben haben. In Ihrem Ministerium ist aber nur ein Exemplar eingegangen.

Daher hätte mich interessiert, wo das zweite Exemplar verblieben ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber ich gehe davon aus, dass es um genau die gleiche Beilage geht, die ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mag sein, aber wenn es zweimal übermittelt wird an einen Minister und es läuft aber nur ein Exemplar davon ein, dann hätte mich interessiert, wo das zweite Exemplar davon geblieben ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Kann ich Ihnen nicht sagen, aber es ist sehr leicht möglich, dass ein Exemplar auf Kabinettssebene behalten worden ist und das andere Exemplar ins Haus geschickt wurde. – Aber das jetzt ist eine reine Vermutung von mir.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir einmal dabei.

Tatsache ist, dass eines dieser beiden offensichtlich übermittelten Exemplare an Herrn Ministerialrat Hillingrathner gegangen ist und von diesem dann am 29. August an Sie zurückgestellt wurde. – So weit ist Klarheit im Ausschuss gewesen.

Unterbrechen Sie mich, wenn meine Angaben nicht stimmen! – Also bisher deckt sich das mit dem vorliegenden Aktenmaterial und den Aussagen Hillingrathners.

Stimmt das?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also ich kann mich erinnern, dass wir dieses Papier ins Haus gegeben, dass wir um eine Analyse gebeten haben, die wir auch bekommen haben, dass wir dann dieses Papier auch angefordert und dass wir dieses Papier auch vom Haus bekommen haben.

Ich habe im offiziellen Aktenverzeichnis des Finanzministeriums nachsehen lassen: Dort ist das Papier unter Ministerialrat Hillingrathner eingetragen – also laut dem Aktenverzeichnissystem des Ministeriums. Daraus schließe ich, dass der Akt von uns wieder an Hillingrathner gegangen sein müsste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das stellt er anders dar. Ich lese Ihnen jetzt die zwei Aktenvermerke vor, die, wenn Sie wollen, auch von Ihnen eingesehen werden können.

Zunächst einmal ein Aktenvermerk des Herrn Dr. Hillingrathner vom 29. August 2001, wo er Folgendes schreibt:

Betrifft: Abfangjäger, Kurzstellungnahme zu EADS-Vorschlag für Paketlösung

Wie ich bereits im Frühjahr vortrug, halte ich diese für optimal, da – Punkt – Wirtschaftszugang zu Westeuropa und russischen Raum sowie – Punkt – voraussichtlich zirka 40 bis 45 Jahre politisch keine Nachfolgedebatte.

Deshalb auch ho. Forderung, Alternativ-Angebote – unterstrichen – zuzulassen, da die Paketlösung ein klassischer Fall dafür.

Da Eurofighter voraussichtlich erst in zehn bis zwölf Jahren ausgereift, hielte ich Folgendes durchaus für machbare Paketlösung für zweckmäßig:

2004 bis 2012 Leasing neuer oder neuwertiger MiG, ab 2010 oder 2012 Zulauf von 18 Stück Eurofighter. Zudem würde dies den Wiederbeschaffungszyklus um weitere fünf Jahre erstrecken.

29. August 2001, Dr. Hillingrathner. – Zitatende.

Hillingrathner hat ausgesagt zu diesem Aktenvermerk, dass er mit diesem Aktenvermerk dieses Aktenkonvolut Paketlösung EADS in Ihr Büro zurückgestellt hat. Er glaubte sich noch daran zu erinnern, dass er es Ihnen auf den Schreibtisch gelegt habe an einem späteren Nachmittag, als Sie nicht mehr da waren.

Ist das richtig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe bereits dazu gesagt, was ich Ihnen dazu sagen kann, vielleicht mit der Ergänzung, die mir meine Mitarbeiterin gesagt hat: Sie haben nämlich am Beginn Ihrer Ausführungen angesprochen diese zweimalige Beilage oder das Zweimalige. – Das soll dem Parlament genau so auch in der doppelten Fassung entsprechend zur Verfügung gestellt worden sein. – Punkt 1.

Punkt 2: Zu Ihrer Frage: Nochmals: Angefordert ja, daran kann ich mich erinnern, nachgeschaut im Aktenverzeichnis des Ministeriums, wem ist dieser Akt zugeordnet. Dann findet sich dort: Ministerialrat Hillingrathner. Daher aus diesen Unterlagen ersichtlich, dass der Akt offensichtlich zurückgegangen ist. Aber ich glaube, dass das ohnehin nebensächlich ist, weil der Akt ohnehin da.

Aber wenn er bei uns gewesen wäre, dann würde „Ministerbüro“ dort stehen, dann wäre quasi das Ministerbüro belastet, was aber nicht der Fall ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Abgesehen davon, dass wir das erst noch bewerten müssen, ob das nebensächlich ist, bitte ich doch zu beachten, dass Vertrauenspersonen keinen Einfluss auf Aussagen nehmen dürfen. Die Aufgaben einer Vertrauensperson sind ganz andere als sozusagen zu soufflieren inhaltlicher Natur – wie auch andere nicht zu soufflieren haben. Ich darf auf das Gesetz verweisen.

Ich komme noch einmal darauf zurück: Also: Hillingrathner hat diesen Akt zurückgeleitet nach seinen Aussagen in Ihr Büro und hat diesen Akt dort deponiert. Und es hat sich dann später herausgestellt, dass dieser Akt verschwunden ist, hat er uns hier im Ausschuss mitgeteilt – das **Original** ist verschwunden.

Dann hat er später, am 10. Mai 2004, in einem weiteren Schreiben an Herrn Sektionschef Dr. Gerhard Steger, dessen Inhalt und Richtigkeit Dr. Steger bereits bestätigt hat, Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

Lieber Gerhard!

Ich habe dir meiner Erinnerung nach bereits im Oktober 2003 das Geschäftsstück über deine Anfrage (mittels E-Mail) in der Richtung beantwortet, dass ich das Geschäftsstück bereits im Wege einer Ersatzerledigung mit den kopierten Originalunterlagen als Verschlussakt eingelegt habe.

Aus mir unerfindlichen Gründen ist dieses Geschäftsstück offenbar nicht bis in die Kanzlei gelangt. – Zitatende.

Das hat dann zur Klärung geführt, dass Sektionschef Dr. Steger ausgeführt hat, dass neben dem Original, das laut Hillingrathner verschwunden ist, sodann auch diese Kopie verschwunden ist – und ich rede jetzt immer von der Kopie des Original-Konvolutes, das EADS mit Schreiben vom 27. Juli 2001 an Sie übermittelt hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Zur Geschäftsordnung! Eine Fragen an den Verfahrensanwalt. Herr Dr. Strasser! Zur Vertrauensperson gemäß § 14 Abs. 1:

„Jede Auskunftsperson kann sich bei ihrer Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuss durch eine Vertrauensperson begleiten lassen. Deren Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson.“

Ich ersuche, dafür Sorge zu tragen, dass Herr Stadler Frau Mag. Billinger nicht zensuriert!

Obmann Dr. Peter Pilz: Dr. Strasser, bitte um eine Stellungnahme.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Dazu darf ich Folgendes sagen: Ausgehend von dem von Frau Dr. Fekter genannten Teil des § 14 Abs. 1 über die

Aufgabe der Beratung der Auskunftsperson und dem Abs. 2 lit. b: „wer die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte“, was zum Ausschluss der Vertrauensperson führen könnte, ist zu sagen, dass lit. b des Abs. 2 nur insoweit als Ausschließungsgrund interpretiert werden kann, wenn diese Beeinflussung zu einer freien und vollständigen Aussage darin besteht, dass eben diese freie und vollständige Aussage verhindert wird. Eine Beratung, die nicht in diesem Sinne ergeht, ist als unbedenklich anzusehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden auch in diesem Sinne vorgehen. – Herr Kollege Stadler, bitte fortzusetzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich freue mich, dass die Rechtslage in meinem Sinne geklärt werden konnte (*ironische Heiterkeit*), eine freie und unbeeinflusste Aussage des Herrn Bundesministers muss gewährleistet sein.

Nun frage ich Sie, Herr Bundesminister: Nach dem, was wir bisher im Ausschuss gehört haben – von Ministerialrat Hillingrathner, von Sektionschef Dr. Steger – ist sehr klar, dass das Original dieses Konvolutes, das an Sie zurückgestellt wurde, sodann die Kopie, die Herr Ministerialrat Hillingrathner im Wege der Kanzlei zurückzustellen versucht hat, verschwunden ist und sodann – ich beziehe mich jetzt wiederum auf eine Aussage des Sektionschefs Steger – die Nachfolgerin des Herrn Ministerialrat Hillingrathner ein drittes Exemplar in der Kanzlei bei einem sogar namentlich genannten Mitarbeiter Ihres Hauses abgegeben und darauf bestanden hat, in ihrer Anwesenheit dieses Exemplar in den Safe zu geben, damit nicht auch dieses Exemplar wieder verlustig geht.

Finden Sie das nicht eigenartig, dass immer dann, wenn diese Unterlagen, die hier erwähnt werden, zunächst einmal nur zur Hälfte überhaupt im Hause einlaufen, nämlich nur ein Exemplar von zweien, sodann das Original, sobald es an Sie zurückgestellt wird, weil es auch zurückgefordert wurde durch Ihr Büro oder durch Sie selbst – das ist noch nicht geklärt –, verlustig geht, sodann eine Kopie, die Herr Ministerialrat Hillingrathner im Oktober 2003 an das Kabinett übermittelt, weiterhin verlustig geht und erst eine Bestemmhaltung – ich will die Wortwahl, die der Herr Sektionschef hier geschildert hat, gar nicht verwenden, wir werden die Dame noch selber dazu befragen – einer Mitarbeitern Ihres Hauses dazu geführt hat, dass dann das dritte Exemplar, nämlich das zweite Kopierexemplar, im Safe gelandet ist und nicht verlustig gegangen ist? Das ist doch zumindest merkwürdig.

Teilen Sie meine Auffassung?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens möchte ich noch einmal sagen, ich weiß nicht, ob Sie Recht haben, was den Einlauf betrifft, nur eines von zwei, das sollte man noch einmal entsprechend überprüfen, was ich gerne veranlassen werde.

Zweiter Punkt: Wenn es so wäre, dass nur eines von beiden Exemplaren eingelaufen ist, dann darf ich Ihnen sagen, wenn man irgendwelche Unterlagen bekommt, und zwar zwei identische Unterlagen, dann ist das nicht nur in dem Fall, sondern oft eine Praxis, zu sagen, okay, eine Unterlage behält man sich im Kabinett, damit der zuständige Kabinettsmitarbeiter draufschaut, und die andere Unterlage geht entsprechend ins Haus. Das halte ich für eine völlig übliche Praxis.

Zweiter Punkt: Nochmals: Der Akt ist nicht meinem Ministerbüro zugeordnet im Aktenverzeichnissystem des Bundesministeriums für Finanzen, sondern der Akt ist zugeordnet der Abteilung des Ministerialrates Hillingrathner. Wenn er dem Ministerbüro zugeordnet wäre, dann hätten Sie Recht in Ihren Aussagen. Faktum ist aber, dass das **nicht** so ist. Daher ziehe ich daraus die Schlussfolgerung, dass der Akt von uns wieder zurückgegangen sein sollte an den Herrn Ministerialrat.

Zweiter Punkt: Sie haben gesagt, er sei verschwunden. Jetzt sage ich einmal, verschwunden ist gar nichts, weil Sie haben es alle vor sich liegen. – Das ist einmal Punkt Nummer eins.

Punkt Nummer zwei: Ja, ich bedauere, dass es diese Dinge gegeben hat, von denen Sie sprechen, und Sie haben ja aus den Akten zitiert. Mir wäre es auch lieber gewesen, dass man auf Punkt und Beistrich ganz genau Ihnen den Originalakt hätte vorlegen können. Aber ich glaube, unterm Strich, was wichtig ist, ist, dass Sie die Unterlagen vollinhaltlich vor sich liegen haben und sie bewerten können.

Und gestatten Sie mir die Bemerkung, ich finde es bewundernswert, wie lange man darüber diskutiert, dass ein völlig irrelevantes Schriftstück, nämlich ein für die Beschaffung völlig irrelevantes Schriftstück ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das überlassen Sie uns, was irrelevant ist und was nicht, Herr Minister! Das ist eine Sache, die der Ausschuss bewerten wird, was relevant ist und was nicht!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das überlasse ich natürlich Ihrer Bewertung. Aber Sie wollen mich wahrscheinlich auch ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen nur, das ist eine Wertung, die der Ausschuss vorzunehmen hat, was relevant ist und was nicht. Der Ausschuss hat in einem Beweisbeschluss die Relevanz dieser Unterlagen jedenfalls so hoch bewertet, dass wir die Vorlage verlangt haben. Das ist die Souveränität dieses Hauses, damit kann sich ein Minister jetzt anfreunden oder auch nicht. (*Abg. Dr. Fekter: Nicht schon wieder zensurieren!*) Wir wissen langsam, wie die Unterlagen vom Herrn Bundesminister bewertet werden.

Nun, Herr Bundesminister, die Erklärung des Herrn Ministerialrates Hillingrathner war nicht so zu verstehen, dass er noch einmal das Original zurückbekommen hat. Er hat berichtet, dass er sich eine Kopie, eine Sicherungskopie angefertigt hat, die er dann wiederum an das Kabinett zurückzuleiten versucht hat, über die Kanzlei, wo dieses Kopierexemplar dann wieder verlustig ging, und dann erst die zweite Kopie, genau genommen eigentlich die dritte Kopie – nämlich die erste Kopie blieb ja bei Hillingrathner –, die dritte Kopie dann von der Nachfolgerin des Herrn Ministerialrates Hillingrathner dann in der Kanzlei durch Bestemm in den Safe gelegt wurde. – So war die Schilderung. Und das können alle, die hier im Ausschuss sitzen, bestätigen.

Das bedeutet, dass jedenfalls dieses Dokument so bedeutsam war, völlig unüblich, weil ich nehme nicht an, dass das üblich ist, dass im Ausschuss laufend Konvolute verschwinden, dass jedenfalls dieses Exemplar nur deswegen dem Ausschuss zugeleitet werden konnte, weil die Nachfolgerin des Herrn Ministerialrates Hillingrathner – wie heißt Sie gleich noch einmal? –, die Frau Dr. Schwarzendorfer, glaube ich, diese Dame so couragiert war und es durch ihre Bestemmhaltung erzwungen hat, dass dieses Exemplar in den Safe gelegt werden musste. Nur so war es möglich, dem Ausschuss diese Unterlagen zuzuleiten.

Die Frage, die mich bewegt, ist, warum ausgerechnet dieses entscheidende, nämlich die Paketlösung mit EADS betreffende Exemplar in Ihrem Umfeld laufend verschwunden ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich weise diese Unterstellung auf das massivste zurück, Herr Stadler! – und sie macht ehrlich gesagt auch überhaupt keinen Sinn. Wenn Sie mir gestatten, eine logische Überlegung nachzuvollziehen. Es kommt ein Schreiben an mich gerichtet auf meinen Schreibtisch. Was tu ich mit diesem Schreiben? – Ich gebe es in das eigene Haus, ins BMF, an die zuständige Sektion, in die zuständige Abteilung und lasse mir eine Analyse machen. Wäre ich jetzt Ihrer

Geisteshaltung, was die Unterstellung (*Abg. Mag. Stadler: Das steht nicht zur Debatte!*) betrifft, die Sie gerade gemacht haben, dann hätte ich wahrscheinlich dieses Schreiben überhaupt nie ins Haus gegeben, sondern hätte es eingesteckt oder hätte es in den Reißwolf gesteckt oder sonst irgendetwas. Faktum ist, ich habe alle Schriftstücke, die ich bekommen habe, selbstverständlich meinem Haus weitergeleitet.

Zweitens: Behaupten Sie bitte nicht, dass irgendetwas in meinem Umfeld verschwindet, denn wenn Sie das Schreiben korrekt interpretieren, das Sie zitiert und vorgelesen haben, dann ist also die Kopie, die offensichtlich angefertigt wurde, von Hillingrathner oder von der Abteilung in die Kanzlei gegangen – und auf dem Weg in die Kanzlei ist es offensichtlich verloren gegangen.

Ich darf Ihnen sagen, von der Abteilung in die Kanzlei, da sitzt nicht das Kabinett oder der Minister dazwischen, der irgendwelche Akten abfängt, das läuft nicht so, und zwar in keinem Ministerium in Österreich, gehe ich einmal davon aus – und bei uns schon gar nicht! Das heißt, wie dieser Aktenlauf zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Fragen Sie die zuständige Abteilung, die den Akt losgeschickt hat, und fragen Sie die Kanzlei, wo der Akt offensichtlich nicht angekommen ist! Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Da ist weder der Minister noch das Kabinett auf diesem Aktenlauf zwischengeschaltet!

Und die Bemerkung, nochmals: Es ist dieses Schreiben, dieser Akt für mich ein völlig irrelevanter. Und Sie können das, wenn Sie objektiv beurteilen wollen, auch daran erkennen, dass das Schreiben, das Ihnen vom 27. Juli von Herrn Bischoff vorliegt, beinhaltet, sie würden gerne das präsentieren, sinngemäß, also wenn ich will, dann präsentieren sie mir die Geschichte. Ich habe selbstverständlich davon nicht Gebrauch gemacht, dass sie mir das präsentieren.

Zweiter Punkt: Ich habe nicht einmal das Schreiben beantwortet und habe mich weder bedankt dafür noch sonst irgendwie nachgefragt, ich bin also nicht in irgendeiner Form ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, das sind alles Fragen, die ich nicht gestellt habe, die Sie hier beantworten.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das macht ja nichts, aber ich darf trotzdem ausreden, oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie sollten nicht meine Redezeit konsumieren, indem Sie Dinge beantworten, die ich **nicht** gefragt habe.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ihre konsumiere ich ja nicht, sondern ich konsumiere meine, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bitte den Herrn Ausschussvorsitzenden, daraufhin zu drängen. (*Abg. Dr. Sonnberger: Das ist unerhört! – Abg. Dr. Fekter: Das ist unerhört! Nur weil der die Antwort nicht hören will!*) Na Entschuldigung, bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Erstens ist es gar nicht notwendig, jetzt in Entrüstung auszubrechen, wir können das auch in aller Ruhe behandeln. Zweitens, Herr Grasser, ersuche ich Sie, die Fragen zu beantworten. Ich nehme an, zu den anderen Punkten Ihrer Antwort werden ohnehin Fragen kommen und Sie werden ausreichend Gelegenheit haben, das zu beantworten.

Herr Kollege Stadler, ich ersuche Sie, fortzusetzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, Sie haben behauptet, es verschwinden bei Ihnen gerade im Zusammenhang mit EADS Aktenstücke **nicht**.

Können Sie bitte das Aktenstück Brief EADS vom 13. Juni 2001 dem Ausschuss vorlegen? – Das ist bisher nicht vorgelegt worden. (*Abg. Dr. Jarolim: Non-Paper vom 13. ...!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe diesen Brief, den ich bereits vorhin angesprochen habe und der im Schreiben vom 27. Juli erwähnt ist, bei EADS angefordert, mündlich über mein Büro, gestern auch schriftlich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es war nur die Frage, ob Sie das Einlaufstück vorlegen können, das bei Ihnen eingegangen ist. Sie können es nicht? (*Abg. Dr. Fekter: Lassen Sie doch ausreden!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es wurde dem Ausschuss schon übermittelt, dass wir dieses Schreiben nicht im BMF haben und dass wir daher ersucht haben, es entsprechend zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Das heißt also, wir halten fest: Dieses Schreiben ist nicht verfügbar, sondern es ist verschwunden, und Sie müssen es jetzt nachbeschaffen. Ist das richtig, Herr Minister?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was richtig ist, ist, dass dieses ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Richtig, ja. Gut.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, dann darf ich Sie bitten ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Stadler, ich habe noch gar nicht ausgedet, und Sie haben eine Schlussfolgerung gezogen, die ich so **nicht gesagt habe**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich möchte Ihnen Fragen stellen. Sie sollen keine Co-Referate halten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Dann darf ich Sie bitten, Herr Bundesminister, uns das Original – das angeblich immer noch verfügbar sein muss – des angeblich nicht verschwundenen Exemplars der Paketlösung, das Ihnen Herr Bischoff übersandt hat, vorzulegen. Wären Sie in der Lage, das dem Ausschuss vorzulegen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie haben die Kopie vor sich liegen, und Sie haben ein Schriftstück zitiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich rede jetzt vom Original. Sie stellen in Abrede, dass das Original verschwunden ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich muss auch gerne keine Frage beantworten, wenn ich nicht ausreden darf, Herr Abgeordneter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt würde ich vorschlagen, schon eine Antwort zuzulassen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Daher haben **Sie** vorher schon selbst ausgeführt, dass das Original verloren gegangen ist. Insofern haben wir die Frage bereits geklärt, dass ich Ihnen das Original **nicht** zur Verfügung stellen kann – was aber insofern völlig bedeutungslos ist, als Sie die Kopie des Originals vor sich liegen haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht die Frage, ob es bedeutungslos oder bedeutsam ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, erstens: Die Frage ist jetzt beantwortet. Zweitens: Ihre Zeit ist um.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte nur einen Satz fest. – Herr Vorsitzender, der Herr Bundesminister hat derart lange Beantwortungen!

Ich halte fest, dass der Herr Bundesminister zunächst behauptet hat, dieses Original sei in seinem Bereich *nicht* verschwunden. Er kann es aber nicht vorlegen, weil es augenscheinlich doch verschwunden ist. Das halte ich fest. (Abg. Dr. **Fekter**: *Das hat er überhaupt nicht behauptet! Das ist eine Interpretation!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das Faktum, dass der Originalakt verschwunden ist, wird von keinem der Anwesenden bestritten. (Abg. Mag. **Stadler**: *Nicht mehr!*) Die Frage, **wo** der Originalakt verschwunden ist, ist im weiteren Verlauf der Befragungen noch zu klären.

Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Kogler. Ich bitte ihn um seine Fragen. (Abg. Mag. **Stadler**: *Die ÖVP ist derart nervös! Unglaublich! Ihr macht euch verdächtig!* – Abg. Dr. **Fekter** – *in Richtung Abg. Mag. Stadler* –: *Das war keine gute Vorstellung!* – Abg. Mag. **Stadler**: *Ich freue mich schon auf die Einvernahme des Bundeskanzlers! Da werdet ihr wahrscheinlich in Hysterie ausbrechen!* – *Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, alles, was Sie in der Art hier vortragen, führt zu einer Antwort der Kollegin Fekter. (*Heiterkeit.*) Bitte, beschweren Sie sich dann nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Bundesminister, nur zur Abrundung zu dem Komplex vorhin: Ist das Verhalten von Ministerialrat Hillingrathner dafür verantwortlich zu machen, dass überhaupt noch ein Akt vorliegt? Oder ist es Ihr Verhalten?

Wenn wir uns der Aussagen Hillingrathners richtig erinnern, ist das Aktenstück, auf das Sie hier mit Stolz verweisen, ja nur deshalb da, weil Hillingrathner – in welcher Voraussicht immer – eine Kopie angefertigt hat.

Erklären Sie uns bitte, was Ihr Beitrag gewesen wäre, dass wenigstens eine Kopie vorliegt, wenn schon nicht das Original. – Deshalb ist das nicht die gleiche Frage.

Wenn Hillingrathner nicht so gehandelt hätte, wie er gehandelt hat: Wie wären wir dann in den Besitz dieses Aktes gekommen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter Kogler, ich habe Ihnen das bereits vorhin als Antwort auf Herrn Stadler gesagt: Selbstverständlich bin ich dafür verantwortlich, dass Sie dieses Schreiben vorliegen haben, weil **ich veranlasst habe**, dass dieses Schreiben mit den Anlagen in das BMF geleitet wird – dass es in die zuständige Sektion, in die zuständige Abteilung kommt –, und weil ich Wert darauf gelegt habe, dass ich eine entsprechende Analyse dieses Papiers bekomme, die mir Herr Hillingrathner auch gegeben hat.

Daher – logisch beantwortet – hätten Sie dieses Schreiben nicht vor sich liegen, wenn ich es nicht ins Haus geleitet hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es war ganz evident, dass die Fragestellung dort erst beginnt, wo Sie geendet haben. Hillingrathner sagt, er hat es Ihnen auf den Tisch gelegt – dann war es weg. Wie hätten wir jetzt noch im Besitz

wenigstens dieser Kopie sein können, hätte Hillingrathner nicht so gehandelt hat, wie er gehandelt hat? (*Abg. Dr. Fasslabend: Möglicherweise!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Diese Frage habe ich auch Herrn Stadler schon beantwortet. Ich mache es gerne doppelt: Es gibt ein Aktenverzeichnissystem im Bundesministerium für Finanzen. Nehmen auch Sie bitte zur Kenntnis, dass dort nicht das Ministerbüro oder der Minister mit diesem Akt belastet ist, sondern dass die Abteilung des **Ministerialrates Hillingrathner** damit belastet ist. Daraus ist sehr konkludent zu schließen, dass dieser Akt zurück in die Abteilung gegangen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dort ist er offensichtlich nicht aufgetaucht, sonst wäre die Kopie nicht notwendig gewesen.

Wir kommen zu einem anderen Punkt. Herr Bundesminister, Sie sind in den öffentlichen Darstellungen nicht erst jetzt, sondern eben auch schon früher, im Jahr 2001, immer davon ausgegangen, dass Sie in der Prioritätenreihung gar keine Abfangjäger beschafft wissen wollten.

Wieso fliegen Sie dann nach Manching und beschäftigen sich dort mit so genannten Eurofighter-Paketlösungen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich beschäftige mich nicht mit Eurofighter-Paketlösungen und habe das auch dort nicht getan, sondern ich bin nach Bayern in dieses Werk geflogen, weil ich eingeladen wurde. Die Vorgangsweise habe ich geschildert: Herr Wolf hat bei mir angerufen und hat gesagt, Herr Bischoff würde mich gerne kennen lernen, er ladet mich in das Werk ein.

Es hat für mich in dieser gesamten Beschaffung **eine** Entscheidung gegeben, nämlich über die grundsätzliche Strategie: Trifft man jemanden, oder trifft man niemanden?

Ich habe gewusst, dass der Verteidigungsminister – zumindest hat er mir das ein paar Mal gesagt – niemanden treffen wollte. Ich habe mir gesagt: Okay, ich habe keine Informationen zu diesem Beschaffungsvorgang, ich bekomme keine Informationen aus dem Verteidigungsministerium – weil wir ein angespanntes Verhältnis hatten –, es wäre aber gut, als mitverantwortlicher Finanzminister Informationen zu haben.

Daher habe ich mich grundsätzlich dazu entschieden, mit Anbietern zu sprechen. Und ich glaube, es wäre ein Fehler gewesen, wenn ich vier Gripen-Treffen gemacht hätte, aber kein Eurofighter-Treffen, kein F-16-Treffen und kein MiG-Treffen, sondern ich habe **allen** Anbietern, die bei mir einen Termin haben wollten, einen Termin gegeben.

Es hat **eine** Einladung zu einer Werksbesichtigung gegeben – das war die, die Sie angesprochen haben –, die habe ich angenommen, und wir haben alle Unterlagen, die wir in diesen Zusammenhängen bekommen haben, selbstverständlich ins Haus geleitet und damit eine völlig transparente und nachvollziehbare Vorgangsweise gepflogen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So wie Sie das jetzt darstellen, war es der Zweck des Besuchs, sich ein Bild über die Möglichkeiten der Abfangjägerbeschaffung überhaupt zu machen. Vorhin hat es so geklungen, als ob es bei dem Termin auch um andere Möglichkeiten gegangen wäre.

Es ruft Sie also „der Sigi Wolf“ – wie Sie das ausgedrückt haben – von MAGNA an, und er sagt: Du, wir hätten da die Möglichkeit, ein Abfangjägerspaket präsentiert zu bekommen, und überhaupt schauen wir uns das Werk an! – Oder wie müssen wir uns das vorstellen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das müssen Sie sich anders vorstellen. Siegfried Wolf hat mich angerufen und hat gesagt: Du, es steht ja im Regierungsübereinkommen drin, dass die Beschaffung von Abfangjägern das Ziel ist –

es gab damals auch schon eine Reihe von Medienberichten dazu, daher war es kein Geheimnis, dass das Verteidigungsministerium diese Beschaffung plante und umsetzen wollte –, und Herr Bischoff, einerseits Daimler-Chrysler-Vorstand und damit mitverantwortlich für Milliardenaufträge, die an den Automobil-Cluster nach Österreich gehen, und damit für Wertschöpfung und für Arbeitsplätze, will dich in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender von EADS kennen lernen und will mit dir über diese Beschaffung reden!

Ich habe damals zu Herrn Wolf gesagt: Ich mache das gerne, weil ich auch schon Gripen-Leute getroffen habe, aber du musst wissen, dass ich gegen diese Beschaffung bin, und du musst wissen, wenn ich mit dir dort hinfliege, dann werde ich den Herren dort erklären, dass ich **gegen diese Beschaffung** bin, aber gerne die Gelegenheit nutze, mich informieren zu lassen – weil ich keine Information darüber hatte, wie so etwas funktioniert, und weil es eine Reihe von Aussagen gegeben hatte! Sie kennen das: Gegengeschäfte, finden sie wirklich statt, finden sie nicht statt?, und die gesamte Informationspalette. – Ich möchte Sie jetzt damit nicht langweilen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Warum haben Sie niemanden im Ministerium davon informiert, oder auch schon Mitglieder der ja nicht zuletzt mit Ihrem Willen zu dem Zeitpunkt im Haus bereits eingesetzten Arbeitsgruppe zur Abfangjägerbeschaffung? Warum haben Sie sie nicht wenigstens informiert – wenn schon nicht auf diese Art von **Bildungsreise** mitgenommen –, etwa den Ministerialrat Hillingrathner oder den Sektionschef Steger? – Die behaupten alle, sie haben erst extrem spät überhaupt davon erfahren. Das waren genau jene Beamten, die – das ist auch den Aktenunterlagen zu entnehmen – glaubwürdigst dafür eingetreten sind, dass eine **sparsame Lösung** gefunden wird, und die in diese Richtung gearbeitet haben. Warum wissen die nichts davon? – Und nicht einmal das Kabinettsmitglied Christl, nebenbei bemerkt. Wie ist das erklärbar?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassler: Herr Abgeordneter, ich würde ersuchen, dass man keine Legendenbildung darüber macht, dass sie nichts gewusst und dass sie lange nichts erfahren haben.

Am 11. Juni war ich dort, und am 27. Juli haben sie das Papier auf dem Tisch gehabt, das mir zur Analyse geschickt wurde. Spätestens am 27. Juli – das ist knapp eineinhalb Monate später – wusste offensichtlich das Finanzministerium, wusste mein Kabinett und wusste man von Herrn Steger abwärts bis zu Herrn Hillingrathner davon, dass es diesen Termin gegeben hatte. Das heißt, es hat überhaupt kein Geheimnis oder sonst irgendetwas gegeben.

Fragen Sie bitte Herrn Rauen, fragen Sie Herrn Bischoff, ob ich mich dort hingesetzt und als eines der ersten Statements gesagt habe: Ich möchte darauf aufmerksam machen – sodass wir mit offenen Karten spielen –, **ich bin gegen die Beschaffung von Abfangjägern**, und ich werde auch gegen die Beschaffung von Abfangjägern auftreten, aber ich nutze dieses Treffen zur Informationsvermittlung!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Lassen wir Herrn Christl einmal weg, weil er sich an so vieles nicht erinnert hat, dass das vielleicht noch besonders auffällig sein muss, obwohl er auch da gezeichnet hat, glaube ich. Da hätten Sie ja Recht. Hillingrathner musste es wissen. Und Sektionschef Steger? – Er sagt, er hat überhaupt erst in der letzten Zeit davon erfahren.

Wieso haben Sie nicht wenigstens in einer der vielen Besprechungen, die da angestanden sind und die aus verschiedenen Schriftstücken hervorgehen, dieses Thema explizit angesprochen, den EADS-Besuch und diese Paketlösung?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich verstehe jetzt die Frage nicht ganz. Wem gegenüber hätte ich es ansprechen sollen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In Besprechungen, in denen zum Beispiel Sektionschef Steger anwesend war.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was glauben Sie, was ich zu Herrn Ministerialrat Hillingrathner gesagt habe: Ich war nie dort, die haben mir aber einen Brief geschrieben, in dem sie mir eine Unterlage schicken und sagen, dass ich dort war, aber eigentlich kenne ich die alle nicht?!!

Ich habe Ministerialrat Hillingrathner selbstverständlich genau so informiert: Ich war dort, die haben mir dann diese Unterlagen geschickt, schauen Sie sich das bitte an. – Ich gehe davon aus, dass sich ein Sektionschef in einer so wichtigen Beschaffung um seine Sektion, um seine Abteilung kümmert und sich vollinhaltlich informieren lässt. Wenn er das nicht getan hat, muss ich ihn fragen, warum er das nicht getan hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie gehen also davon aus, dass mit der Aktenübermittlung an Ministerialrat Hillingrathner alle als informiert zu gelten hatten? – Das ist ja eine Antwort.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich gehe davon aus, dass in einer Beschaffung, die die Größenordnung von 2 Milliarden € ausmacht, sich der Sektionschef der Budgetsektion auch um diese Beschaffung kümmert.

Und ich darf Ihnen versichern – ich kann Ihnen jetzt keine Zahl nennen, betrachten Sie das nicht als falsche Aussage, aber ich weiß nicht, ob ich 20 oder 30 Sitzungen gemacht habe, in denen Sektionschef Steger selbstverständlich mit dabei war. Das heißt, wir haben Sitzungen gemacht: mit Steger allein, mit Hillingrathner allein; wir haben Sitzungen im Team gemacht, und so weiter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das geht ja aus den Aufzeichnungen hervor, das war nicht die Frage.

Sie gehen davon aus: Hillingrathner erfährt das auf dem Aktenweg – das ist auch nachvollziehbar –, und dann sind die entsprechenden Abteilungen in der Sektion samt dem Sektionschef informiert.

Das ist hier eine Antwort, da brauchen wir nicht mehr weiterzureden. Ich habe dazu keine Nachfrage.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und bitte glauben Sie mir, Herr Abgeordneter, dass ich mein Haus in keiner Frage darüber informiere, wann ich gedenke, mit wem Termine zu machen! Sondern wenn die Gespräche zu Resultaten führen, die fürs BMF wichtig sind, dann gebe ich Unterlagen ins Haus oder ersuche darum, dass man entsprechende Aufträge erledigt. Aber ich werde nicht im Vorhinein meinen Beamten mitteilen, welche Termine ich mache.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nicht im Vorhinein; es ist jetzt auch ums Nachhinein gegangen, und da haben Sie eine Antwort gegeben. Wir haben ja auch die Aussagen von Steger heute schon gehört. Dann sei dem so.

Warum ist von Ihnen persönlich keine Initiative ausgegangen, das BMLV zu informieren, oder auf direktem Weg Ihren Ministerkollegen Scheibner? – So selten waren ja die Gelegenheiten nicht, es gibt jeden Dienstag einen Ministerrat. Es scheint laut Aussagen des Verteidigungsministers so gewesen zu sein, dass Sie mit ihm diesbezüglich keinen Kontakt hatten und er sich auch überrascht gezeigt hat. Das wäre doch ein Beitrag zur Entspannung gewesen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das wäre überhaupt kein Beitrag zur Entspannung gewesen. Denn umgangssprachlich darf ich Ihnen sagen, dass wir in dieser Frage eigentlich gestritten haben, und ich wollte es verhindern; „blöd“ wäre ich da gewesen, wenn ich Herbert Scheibner gesagt hätte: Du, ich versuche aber, mich zu informieren, und ich habe die Gripen-Leute und die Eurofighter-Leute getroffen! – Denn dann wäre meine gesamte Verhandlungsposition weg gewesen, dass ich ihm gegenüber nämlich sage: ***Ich will dieses Flugzeug nicht!***

Daher war das für mich eine reine Datenbeschaffung für den Fall, dass ich mich mit meiner Position ***nicht*** durchsetze. Und ich habe dem Verteidigungsministerium überhaupt keine Unterlagen übermittelt. Warum nicht? – Weil wir in dieser Frage den Brief ans Christkind schreiben können: Das Finanzministerium ist völlig irrelevant, was diese Beschaffung betrifft!

Wenn Sie sich die Ausschreibung anschauen, wenn Sie sich den Rechnungshofbericht anschauen – über die Mitwirkung des Finanzministeriums –, dann wissen Sie, dass logischerweise, selbstverständlich und richtigerweise ausschließlich das Ministerium für Landesverteidigung hier die Linien festgelegt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, gehen wir weiter. – Dem Aktenstand nach ist Folgendes festgehalten: Ein Akt wurde am 30. Juli 2001 angelegt, und da findet sich von Ministerialrat Hillingrathner unter anderem – neben vielen anderen Dingen – Folgendes protokollarisch vermerkt:

Pro domo – also für Sie im Haus oder für Ihr Haus –: Bei einem Gipfelgespräch auf politischer Ebene beim Herrn Bundeskanzler einigte man sich auf 18 Stück plus eventuell 6 weitere.

Gab es ein solches Gipfelgespräch mit dem Herrn Bundeskanzler im Jahr 2001? Entspricht das der Wahrheit? Erinnern Sie sich daran?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich erinnere mich an eine Reihe von Gesprächen, die wir natürlich im Jahr 2001 geführt haben, in unterschiedlichen Formationen: Bundeskanzler, Vizekanzlerin, Wirtschaftsminister, Verteidigungsminister, ich selbst.

Ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, welches Gespräch das war. Es war kein Gipfelgespräch, so wie ich es in Erinnerung habe, im eigentlichen Sinn des Wortes: dass man zusammenkommt und über dieses Thema redet. Ich glaube, dass das ein relativ kurzer Termin am Rande, ich weiß nicht, eines Ministerrates oder eines anderen Gespräches war.

Wir haben über Stückzahlen gesprochen, das ist richtig. Das Finanzministerium und ich selbst haben zuerst einmal die Position vertreten: keine Abfangjäger – klar, das habe ich ausgeführt. In allen Diskussionen, in denen es darum gegangen ist, habe ich auch diesen Punkt gemacht und habe gesagt: Passt auf, es ist nicht gescheit, das zu tun!

Zweiter Punkt: Wenn man dann darüber geredet hat, wie und was, habe ich gesagt: Passt auf, je weniger, desto besser! Denn weniger sind „günstiger“ – unter Anführungszeichen – und verursachen daher weniger Kosten fürs Budget. Das war unsere Position.

Eine politische Vereinbarung auf 18 Stück im Jahr 2001 hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie erklären Sie sich dann die Formulierung Ihres Ministerialrats: „einigte man sich auf 18 Stück“.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe das gelesen. Ich kann es nicht nachvollziehen. Ich habe den Akt damals auch nicht gesehen, sonst hätte ich ihn natürlich richtigstellen lassen.

Ich kann mir nur vorstellen, dass er die Zielsetzung des Finanzministerium so festmachen wollte – ja auch völlig im Konsens mit mir! Oder: Je weniger wir verlangt haben, desto besser. Die Frage ist sozusagen: Was kann man durchsetzen?

Aber Sie sehen ja auch schwarz auf weiß ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, der Zusammenhang ist, glaube ich, mittlerweile allen geläufig.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich mache nur den Satz fertig, Herr Abgeordneter: Ich glaube, Sie sehen ja auch schwarz auf weiß Folgendes. Da der Verteidigungsminister in der tatsächlichen Ausschreibung **24 plus 6 ausgeschrieben** hat, **kann es keine Vereinbarung gegeben haben** zwischen ihm, dem Bundeskanzler und mir, dass es nur **18 plus 6** sind. Denn dann hätte er ja diese Vereinbarung gebrochen. Und glauben Sie mir, ich hätte die Ausschreibung dann sicherlich nicht freigegeben, wenn ich diese Möglichkeit gehabt hätte – und die hätte ich haushaltsrechtlich gehabt!

Daher: Es hat diese Vereinbarung **nicht gegeben**. Andernfalls hätten wir die Ausschreibung mit **24 plus 6** nie freigegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gibt ja mehrere Mysterien in diesem Vorgang, und es ist ganz offensichtlich so, dass sich in verschiedenen Phasen verschiedene Kräfte des Kräfteparallelogramms durchgesetzt haben. Das ist ja genau unser Eindruck, dass da verschiedene Gruppen am Werk waren – Sie beschreiben selbst alle nacheinander wunderbar –, und in verschiedenen Phasen haben sich unterschiedliche Gruppen durchgesetzt. Da haben Sie sich nicht durchgesetzt; das ist nachvollziehbar, ich stimme Ihnen zu.

Aber nur zu Ihrem Wollen, es geht ja an der Stelle um etwas anderes: Den Akten liegt auch ein Vermerk bei, eine Korrespondenz, beruhend auf einem Mail und einem SMS Ihrerseits, in ausgedruckter Form. Das wird Ihnen ja bekannt sein. Ich lasse die MiG-Sache weg, die wird noch in einem anderen Zusammenhang sicherlich von anderen thematisiert werden. Da schreiben Sie – jetzt weiß ich es ohnehin bald auswendig –:

Nochmals klar: Am Ende des Verfahrens sollen es 18 Stück sein.

Da ist ohnehin schon geklärt, was Ihre Position ist. – Aber gleichzeitig:

Budgetrahmen erst bei Zuschlag.

Welches Interesse hat der Bundesminister für Finanzen daran, dass ein Budgetrahmen erst bei Zuschlag vorhanden sein soll? – Also **der** Bundesminister, der seinen eigenen Worten nach schon den Ausschreibungsvorgang hätte blockieren können, wenn er den Verdacht gehabt hätte, dass bestimmte Kostenobergrenzen „gerissen“ werden!

Wie ist das zu erklären: 18 Stück einerseits – und Budgetrahmen erst bei Zuschlag?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens müssen Sie damit, aber wahrscheinlich kennen Sie ohnehin alle die entsprechenden Unterlagen – ich habe ja geantwortet, Ministerialrat Hillingrathner (*Abg. Mag. Kogler: Ja, das stimmt schon!*), der mir, ich weiß nicht mehr, irgendeine Kurzinformation geschrieben hat, die Ihnen ja auch vorliegt, die offensichtlich die Folge war eines Erstgesprächs mit Vertretern des Landesverteidigungsministeriums und ihm selbst, also Hillingrathner. Und er schreibt mir da, dass unsere Forderung, **alle** potentiellen Bieter und damit die MiG zuzulassen,

unter Hinweis auf – und so weiter – abgelehnt wird vom Verteidigungsministerium. Also die sagen: MiG – nein!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das war aber genau nicht die Frage – wir müssen Zeit sparen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich komme ja dann dazu. Und dann sagt er: Nochmals Bitte um Verifizierung, was die Preiseinholung und so weiter betrifft, und kommt auch zu den Stückzahlen. Und er schlägt dann vor – konkrete Antwort auf Ihre Frage, ich zitiere –:

Landesverteidigungsministerium wünscht vor der Einleitung des Vorhabens und der Projektkostenschätzung einen Budgetrahmen. Aus ho. Sicht – also Finanzministeriumssicht – erst vor dem Zuschlag sinnvoll. – Zitatende.

Und ich habe ihm damals mit SMS zurückgeschrieben: Budgetrahmen erst vor dem Zuschlag volle Unterstützung.

Es war der Vorschlag Hillingrathner, geben wir ihnen den Budgetrahmen erst vor dem Zuschlag. Er schreibt: Aus seiner Sicht erst vor dem Zuschlag sinnvoll. Und nachdem ich mich in diesen Fragen nicht wirklich, wie Sie gemerkt haben, besonders gut ausgekannt habe, habe ich gesagt: Na freilich, machen wir das, was er vorschlägt, er hat Erfahrung, ist gescheit. Daher volle Unterstützung in meinem SMS.

Und der zweite Punkt: Am Ende des Verfahrens sollten es 18 Stück sein. – Ich hätte auch hineinschreiben können: sollten es 12 Stück sein. Je weniger desto besser.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben wir uns auch immer gedacht.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wir haben uns halt im Haus gesagt: Was ist realistisch? Wenn die Geschichte kommt und der Verteidigungsminister uns bei jeder Gelegenheit gesagt hat, es müssen 30 Stück sein, 24 plus 6, dann ist es wahrscheinlich nicht realistisch, statt 30 nur 6 oder 12 zu kaufen, sondern wie kommt man auf eine realistische Größenordnung. Und uns wurde damals, wenn ich mich richtig erinnere, vom Verteidigungsministerium, von denen, die mit uns geredet haben, gesagt – fragen Sie mich.

Irgendwie war das eine Geschichte: drei Stück müssen nördlich der Alpen positioniert sein, drei Stück südlich, sind also sechs Stück, ein Drittel muss fliegen, ein Drittel muss für die Schulung verwendet werden, und ein Drittel ist im Service. Und so kommen Sie dann auf drei Mal 6 ist gleich 18 als die Minimumgröße, die damals unter vorgehaltener Hand als irgendwie vorstellbar sozusagen von Insidern bezeichnet worden ist, aber vom Verteidigungsministerium und vom Minister selbst permanent und ganz vehement zurückgewiesen wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Fokus lag eher schon bei der Frage, warum keine Kostenobergrenzen, sage ich jetzt salopp – Budgetrahmen sind etwas anderes – von Ihnen vertreten wurden. Die Möglichkeit hätten Sie nach den besagten Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes genauso gehabt. Da gibt es zwar auch plausible Erklärungen dafür, wenn man Wettbewerb will, natürlich, kann man sagen, aber was soll das für ein Wettbewerb sein, wo die Kostenobergrenzen aufgemacht werden, damit es mehr Wettbewerb gibt, um angeblich den Preis zu drücken.

War es nicht so, dass Ihnen schon längst bekannt war, dass, um die in Aussicht genommenen Preisbänder, die gerade vor Ihrem Haus noch zu vertreten waren, in Wahrheit von Eurofighter nur mehr 18 Stück überhaupt preislich unter das Angebot mit

Ach und Krach unterkommen, und Sie in meteorologischer Voraussicht schon das Hochwasser gespürt haben, oder was?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Diese Kreativität ist erstaunlich, aber ist eher in den Bereich von Science-Fiction zurückzuführen.

Budgetrahmen – zwei Antworten dazu –: Beim Budgetrahmen bin ich mir, ehrlich gesagt, nicht sicher, was Hillingrathner hier gemeint hat. Es können zwei Dinge sein: Es kann der Budgetrahmen sein für die Flieger, die Sie ansprechen, es kann aber auch sein, weil auch diese Diskussion haben wir damals geführt, wir haben uns über die Budgets des Verteidigungsministeriums unterhalten. Und wir haben uns natürlich darüber unterhalten, wie wir zu Rationalisierungen, wie wir zu Kosteneinsparungen im Ministerium kommen können. Wie schaffen wir es hier, dass es sozusagen nicht eine Beschaffung von Flugzeugen auf der einen Seite gibt und der Verteidigungsminister, kaum hat er das, auf der anderen Seite Powerplay spielt beim Verteidigungsbudget und sagt, das muss auch noch einmal höher werden!?

Daher: Es kann auch dieser Budgetrahmen gemeint gewesen sein, weil unsere Zielsetzung natürlich war: Wenn er das schon durchsetzt, dann aber ein niedriger Budgetrahmen des Verteidigungsressorts. – Also Möglichkeit Nummer eins. Kann ich nicht mehr sagen, was das war.

Zweiter Punkt: Warum haben wir den Budgetrahmen nicht festgelegt als Obergrenze? – Weil es mir so empfohlen worden ist damals von meinem Haus.

Sie kennen die Schätzungen in etwa – ich habe sie jetzt nicht mehr genau im Kopf, aber die Schätzungen, die auf dem Tisch waren, hatten eine Bandbreite, sage ich einmal, von 20 oder 25 Milliarden Schilling bis 35 Milliarden Schilling. Und wenn Sie das mit dem Verteidigungsminister damals verhandelt hätten, wäre vielleicht herausgekommen, weiß ich nicht, 30 Milliarden oder sonst irgendetwas. Und meine Überlegung mit Hausverstand war: Wenn wir dort 30 Milliarden hineinschreiben, dann kostet es 30 Milliarden, weil das vom Verteidigungsministerium verstanden worden wäre als: Okay, das haben wir zur Verfügung, und das geben wir aus! – Und das wollte ich natürlich nicht, sondern den Wettbewerb nach unten wollten wir.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, dann wäre aber das Einziehen einer Kostenobergrenze mit Sicherheit kein logisches Problem gewesen, und 20 bis 25 Milliarden sind richtig, die sind nämlich aus dem BMLV gekommen. Und es wird noch zu klären sein, ob nicht unter Mitwirkung des BMF das nach oben aufgemacht ist.

Ich habe aber noch eine letzte Frage in diesem Konvolut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die 20 Minuten sind schon seit mehr als einer Minute vorbei. *(Abg. Mag. Kogler: Dann ist das natürlich ein Grund, dass Frau Kollegin Fekter drankommt!)* Ich bitte, das für die nächste Runde aufzuheben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Meine Kollegen Pilz, Kogler und Stadler messen dem EADS-Schreiben von Bischoff und dem verschwundenen Akt, der nur in Kopieform vorliegt, überproportionale Bedeutung zu – ich glaube, 80 Prozent der Zeit haben wir uns bisher damit befasst, obwohl bisher alle Zeugen diese überproportionale Bedeutung nicht bestätigen konnten, sondern, ganz im Gegenteil *(Abg. Dr. Jarolim: Ist das ein Resümee, oder was ist das?)*, Sektionschef Steger hat gesagt, er kannte die Paketlösung überhaupt nicht 2001. Die Militärs, und zwar alle hohen Militärs, haben gesagt, sie kennen die Paketlösung gar nicht, sie haben erst durch die Pressekonferenz der Aktenveröffentlichung erfahren. Und Hillingrathner selbst hat auch dieser Paketlösung untergeordnete Bedeutung beigemessen, weil er die gebrauchten deutschen Flieger, MiGs, nicht wollte. Er wollte **neue** MiGs.

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Wie ist Ihre Bewertung dieser so genannten Paketlösung gewesen, wenn im Eingangsstempel, es ist im Ministerbüro eingegangen, dann ist ein Hinweis drauf – Pfeil –: Dr. Hillingrathner zur Info. Und bei Hillingrathner ist es auch eingegangen, denn die Sektion II/14 hat das abgezeichnet.

Wie bewerten Sie dieses Schreiben, wenn alle Experten unisono sagen, es hat keine Bedeutung gehabt (*Abg. Mag. Stadler: Nein, das haben sie ...! Sie haben gesagt, sie haben es nicht gekannt!*), aber wir im Ausschuss befassen uns ständig damit?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Für mich ist dieses Schreiben der EADS völlig irrelevant gewesen und ist es nach wie vor. Ich habe weder um dieses Schreiben gebeten, noch habe ich die Diskussion über den Inhalt mit der EADS geführt, sondern – was völlig logisch ist, ich meine, den Brief werden wir hoffentlich noch bekommen, der sozusagen jetzt nicht da ist. Aber meines Erachtens war das ein Brief – ich spekuliere, das sage ich dazu –, wo sie gesagt haben: Danke für Ihren Besuch, und wir werden Ihnen etwas schicken. – Fein. Okay. Dann haben sie mir die Geschichte geschickt, und ich habe keinen Antwortbrief gemacht, ich habe sie nicht eingeladen zu einer Diskussion, ich bin nicht hinausgeflogen und habe es nicht mit ihnen diskutiert.

Auf die Frage von vorhin noch einmal: Ich habe es auch nicht ans Verteidigungsministerium weitergegeben, weil das wäre dann aus meiner Sicht so etwas gewesen wie eine Intervention: Ah, der Grasser, der will das, der Grasser will da die MiG und die Eurofighter haben. Das war überhaupt nicht meine Rolle und nicht mein Bestreben. Mir war das Wurscht, was gekauft wird. Ich hatte keine Präferenz, außer die eine, nämlich dass **gar nichts** gekauft wird, und ich habe zumindest die Möglichkeit gesehen, dass ich das durchsetzen kann. – Leider Gottes ist das nicht gelungen, aber deswegen fühle ich mich ein bisschen in diesen ganzen politischen Diskussionen fremdverwendet, denn: Da bist du dagegen, dann stimmst du doch zu – und dann darfst du dir noch solche Sachen nachsagen lassen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick darauf ist das Ziel des Matches, das hier gespielt wird, Herr Minister, ja auch ein anderes.

Es hat dann im Finanzressort auch ein MiG-Angebot einer russischen Firma gegeben, auch so ein Lobbyisten-Schreiben mit einem Anbot und Lieferfähigkeit, und es hat auch ein F-16-Anbot, gebrauchte F-16 von Fokker, gegeben, auch so ein Lobbyisten-Schreiben, die da sozusagen das dem Finanzminister zur Kenntnis gebracht haben.

Für mich hat sich der Eindruck aufgezwängt, dass Hillingrathner alle diese Angebote gesammelt hat und ihnen in Wirklichkeit keine weitere Bedeutung beigemessen hat, außer dass er einen breiten Wettbewerb wollte mit möglichst geringen Kosten.

Teilen Sie diese Auffassung?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich teile diese Auffassung absolut. Unsere Zielsetzung war: wenn Gespräche führen, dann mit allen Gesprächen führen, die diese Gespräche haben wollen. Gespräche ausschließlich **vor** Ausschreibungsbeginn, damit uns keiner etwas vorwerfen kann – Fußnote: amerikanischer Botschafter danach, aber mit großer Vorsicht. Ja, wie gesagt: Informationsvermittlung einerseits und möglichst großer Wettbewerb andererseits zur Kostensenkung. Absolut.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): EADS hat sich ja schon ein Dreivierteljahr vorher an das Verteidigungsressort gewandt.

Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also, ich kann mich daran nicht erinnern.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im März hat das Verteidigungsressort EADS um Informationen gebeten, und EADS hat dann den ganzen Request nicht ausfüllen können – das hätte zu lange gedauert –, aber bereits im März ein Konvolut im Hinblick auf ihre Lieferfähigkeit und im Hinblick auf die Qualität des Produktes und Spezifika des Produktes et cetera – also keine Power-Point wie bei Ihnen, sondern Details – an das Verteidigungsressort gesandt.

War Ihnen das bekannt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube nicht oder ich bin mir ziemlich sicher, dass mir das nicht bekannt war.

Es ist leicht möglich, dass das in dem Gespräch dann in Bayern erwähnt worden ist von Eurofighter, also von EADS, aber vom Verteidigungsminister oder vom Verteidigungsressort, denke ich, nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sektionschef Steger hat sehr umfangreiche handschriftliche Unterlagen beigegeben, und aus einer dieser Unterlagen, also handschriftlichen Mitschrift – es ist kein Datum drauf, vermutlich 2001, steht drauf, aber es ist ein Vermerk: BMF noch nicht befasst laut BHG – Bundeshaushaltsgesetz –, das heißt, es muss vor dem Juni 2001 gewesen sein, weil ab 2001 ist ja die Einvernehmenssituation dann sozusagen eingeleitet worden.

Hier wird festgelegt: Rückzugslinie für das BMF, Gegengeschäfte vor allem Forschung und Entwicklung – Klammer auf – Arbeitsplätze – Klammer zu –, ein Rohkonzept und ein Feinkonzept für den Minister soll erarbeitet werden. Dann steht, die Kompetenz für die Mitwirkung, Hauptziel: Abfangjäger, Nebenzweck: Gegengeschäfte. Dann wird hingewiesen auf: auf ein produktneutrales Pflichtenheft ist zu achten, das Militär soll den Bestbieter ermitteln – also nicht das BMF –, und es wird gewünscht, ein neutrales Institut beizuziehen, um Lobbies auszuschalten.

Steger hat dann auch im Hinblick auf die Gegengeschäfte noch angeführt, das soll staatsvertragswidrige Gegengeschäfte hintanhaltend – Klammer auf – GATT et cetera – Klammer zu. Und eine eigene Bundesministerium-für-wirtschaftliche-Angelegenheiten-Kommission – Klammer auf – WKÖ, Arbeiterkammer, Wifo, Uni-Professoren, Sachverständige – Klammer zu – soll eingerichtet werden. Und es soll erarbeitet werden: Was ist möglich, sinnvoll, profitabel für Österreich?

Haben Sie das so in Auftrag gegeben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, ich habe das in Auftrag gegeben. Es hat dann eben am 9. April ein Mail gegeben des Sektionschefs Steger, das Sie angesprochen haben, wo er eben beschreibt, dass er von mir den Auftrag bekommen hat, hausintern eine Rückzugslinie auszuarbeiten für den Fall, dass wir unsere budgetäre Abwehrhaltung gegen neue Abfangjäger **nicht** durchhalten können. – Das war genau die Strategie des Hauses: Dagegen sein Punkt 1; wenn nicht, was tun wir dann, wenn wir da doch in dieser Beschaffung drinstehen? – Es ging hier eben um ein Gesamtpaket aus Finanzierung, Gegengeschäften und Reformmaßnahmen.

Es war auch selbstverständlich immer völlig klar, dass ja niemand anderer als das Militär, als die Landesverteidigung den Bestbieter ermitteln kann, und, ehrlich gesagt, war es für uns schon ein Thema, im Beschaffungsvorgang eben transparent, objektiv, neutral, nachvollziehbar zu sein, aber auch den Rechnungshofbericht im Hinterkopf habend, den es gegeben hat zur Draken-Beschaffung, wo ja der Bestbieter ermittelt worden ist, Lightning, und dann die Bundesregierung entschieden hat, Draken zu kaufen, obwohl es nicht der Bestbieter war.

Da gibt es einen sehr kritischen Rechnungshofbericht. Und daher haben wir gesagt: Das muss auf Punkt und Beistrich nachvollziehbar sein. Wobei sozusagen lustig ist, wenn ich das sagen darf, dass es am 26. April ja dann ein Papier gibt, das Sie auch vor sich liegen haben, wo das BMF dieses Strategiepapier dann geliefert hat und Steger damit seinen Auftrag mit der Abteilung erfüllt hat, und dort unter anderem ausführen, dass wir damit rechnen müssen, dass es zu einer Schlammschlacht kommt um diese Entscheidung, dass die Opposition dieses Thema aufgreifen wird und dass diese Schlammschlacht ins Parlament verlagert werden wird. – Da sind wir.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und ist daher Vorsorge getroffen worden, dass im Detail alles so penibel dokumentiert wurde? Haben Sie das in Auftrag gegeben? (BM Mag. **Grasser: Ja!**)

Im Übrigen: Hillingrathner hat gesagt, er hat darunter gelitten, dass Sie sozusagen immer gefordert haben, alles so penibel zu dokumentieren.

Es ist weiters zur Sprache gekommen, dass das Finanzressort darauf gedrängt hat, Alternativen zuzulassen. War unter Alternativen – nämlich im Hinblick auf Alternativen zu typengleicher Zwischenlösung oder generationsgleichem Beschaffungsvorgang, Zwei-Generationen-Vertrag, also nicht erst dritte Generation anzukaufen und dann in Folge die vierte Generation –, waren diese Alternativen zugemünzt auf EADS, oder hat das Finanzressort Alternativen gefordert, weil man eben eine möglichst breite Anbieterschar haben wollte?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Na selbstverständlich Letzteres! Also ich weiß nicht, wer hier im Saal damit gerechnet hat, aber wir haben **nicht** damit gerechnet, dass Eurofighter Bestbieter sein wird. Uns war es ein Anliegen, dass wir dann möglichst breit sein sollten, dass es einen großen Wettbewerb gibt, dass es viele Anbieter gibt und dass sich die darum streiten, wer den Auftrag bekommt – und damit sozusagen ein möglichst gutes Produkt zum möglichst sozusagen niedrigsten Preis anbieten.

Die Alternativlösung war von uns umfassend gemeint in dem Sinn, dass man eben auch gebrauchte Flugzeuge damit durchsetzen kann, weil für uns klar war: Wenn nicht Priorität 1: kein Flugzeug, dann ein gebrauchtes Flugzeug, weil das logisch war, dass das billiger sein wird als alles andere.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aus den Akten geht ja dann hervor, dass das Finanzministerium eigentlich die gebrauchten F-16 als die günstigste Variante angesehen hat.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Genau so war es! Das war aus unserer Sicht dann das billigste Produkt, das im Angebot war.

Wir haben diese Variante auch nachhaltig vertreten bis über den Befragungszeitraum hinaus, nämlich bis zum 2. Juli 2002, wo die Typenentscheidung getroffen worden ist. Also für uns war, nachdem wir gemerkt haben, kein Flugzeug geht nicht, F-16 Mid-Life-Update haben wir nachhaltig verfolgt, haben auch nachweisbar permanent auf die Preisdifferenzen und die Budgetbelastungen hingewiesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Sommer 2001 gab es das Match, sage ich jetzt einmal – für mich stellt es sich als Match dar –, um die Einvernehmensherstellung. Das heißt, das Finanzressort hatte eine Einvernehmenskompetenz und durfte mitreden bei den Entscheidungen des Verteidigungsressorts.

Im Juni hat man versucht, dieses Einvernehmen einzuleiten: Das Finanzministerium hat dann eine Fülle von Unterlagen gewünscht, unter anderem auch das Pflichtenheft,

auch die Leistungsbeschreibungen für das dann zu erstellende Anbot. – Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass da hinhaltend Widerstand im Finanzressort mit aus meiner Sicht plausiblen Argumenten im Hinblick auf Kostendämpfung geleistet wurde.

Es hat dann mehrere Besprechungen gegeben, und am 11. September gab es die Arbeitsgruppensitzung, wo man sich zusammengesetzt hat und Einigung hergestellt hat.

Es hat dann das Finanzressort Wünsche angemeldet als Bedingung für das Einvernehmen. Wir wissen ja, am 11. September war dann das schreckliche Ereignis. Und – für mich dann überraschend – trotz dem, dass es sich über den ganzen Sommer eher gezogen hat wie ein Strudelteig, hat man dann plötzlich am 12. das flott bekommen, und am 14. war dann schon die Einvernehmensregelung da, mit Bedingungen des Finanzressorts.

Können Sie diese Bedingungen erläutern, und was der Hintergrund war?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es war genau so, wie Sie gesagt haben: Wir haben versucht, Widerstand zu leisten. Ich habe früher ausgeführt, dass es auch wirklich ein angespanntes Verhältnis gab – das wird der Verteidigungsminister außer Dienst Herbert Scheibner ja auch so gesagt haben. Seine Kabinettsmitarbeiter, seine Offiziere können das bestätigen. Das war damals eine wirklich sehr angespannte Situation auf Grund der unterschiedlichen Interessen.

Welche Bedingungen haben wir damals angemeldet, eingefordert? – Nämlich erstens, dass es im Zuschlagsverfahren möglich sein muss, dass das in der Angebotseinholung festgeschriebene Mengengerüst – 24 Einsitzer neu und sechs Doppelsitzer optional – auf eine geringer Anzahl von Luftraumüberwachungsflugzeugen – zum Beispiel 18 Einsitzer neu und eventuell sechs Doppelsitzer neu optional – geändert beziehungsweise reduziert wird.

Also der erste Punkt war klar: Wir haben von Beginn an gesagt: So wenig, wie möglich!, und wollten daher natürlich das Ausschreibungsverfahren so gestaltet haben, dass man später die Stückzahl reduzieren kann.

Zweiter Punkt: Wir haben gesagt, die Angebotsfrist hat bis zum 18. Jänner 2002 zu betragen.

Dritter Punkt: Den Bietern sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, sowohl Alternativangebote als auch Vorschläge für eine Übergangslösung in allen Richtungen hin völlig offen zu gestalten.

Das waren die wesentlichen Vorgaben, die wir hier gemacht haben. **Und** wir haben gesagt – aus der grundsätzlichen Ablehnung heraus –, dass wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass die haushaltsrechtliche Zustimmung gemäß § 43 Bundeshaushaltsgesetz kein Präjudiz ist für eine spätere Zuschlagserteilung.

Wir haben also gesagt: Okay, jetzt können wir es nicht mehr verhindern – weil allgemeine Sicherheitssituation, Terroranschlag –, jetzt hat er quasi „gewonnen“, unter Anführungszeichen, aber schauen wir einmal, wie das weitergeht – vielleicht schafft man dann später doch noch einmal, nein zu sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War Ihnen eigentlich bekannt, dass es im Verteidigungsressort gegen einzelne Anbieter oder Produkte Ressentiments gab – beispielsweise, sage ich jetzt einmal, MiG?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also **das** war sehr klar – jede Diskussion, die man hier geführt hat. Ich glaube auch, mich zu erinnern, dass ich ein Meeting mit der Kontrollbank gemacht habe, weil Hillingrathner sehr früh einfach gesagt hat: MiG –

tolles Flugzeug, wunderbar und für Österreich voll tauglich. Und die Überlegung damals war: Kann man Schulden, die Russland gegenüber Österreich hatte, hier entsprechend gegenverrechnen, mit der Zielsetzung: okay, die liefern Flugzeuge, Schulden werden gestrichen – und damit kostet es uns nichts?

Der Punkt damals war, dass wir in diesen Überlegungen draufgekommen sind, dass selbst dann, wenn wir das gemacht hätten – Flugzeuge zu liefern –, die Republik trotzdem hätte zahlen müssen, weil ja die Russlandschulden von der Kontrollbank vorfinanziert waren. Also das wäre nicht gegangen: Flugzeug gegen Schulden, weil wir die Schulden erst hätten begleichen müssen gegenüber der Kontrollbank. – Punkt eins.

Punkt zwei: Es war klar, dass das Verteidigungsministerium sozusagen gesagt hat: Nein, das kommt für uns nicht in Frage!, und zwar vom Minister abwärts. – Der zweite Punkt, um es anders zu formulieren: Es hat aus unserer Sicht nicht nur Ressentiments **gegen** ein Produkt gegeben, sondern es hat eine klare Präferenz für den Gripen gegeben – wo mir permanent gesagt worden ist, sozusagen, wir sollen alles tun, damit das neutral, objektiv und fair abläuft im Verfahren, weil es hier eine Gripen-Lastigkeit mancher Offiziere geben würde.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hillingrathner hat dann auch ausgeführt, dass er auch aus diesen Gründen die Leistungsbeschreibung haben wollte, nämlich um so genannte KO-Kriterien – wo dann ohnehin alle hinausfliegen und nur der Gripen überleben kann – aufzuspüren und zu eliminieren. Hat das Finanzressort die Leistungsbeschreibung verändert?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ehrlich gesagt, weiß ich es nicht. Ich habe mich in diese Frage überhaupt nicht eingemischt, weil ich mich nicht ausgekannt habe bei all diesen Kriterien. Ich kenne mich auch bis heute nicht aus in dieser Frage, weil mich der militärische Teil einfach weder interessiert, noch kann ich es beurteilen. Aber was ich weiß, hat das Verteidigungsministerium die Ausschreibung hinausgegeben, und wir haben sie ja überhaupt erst knapp vor dem Zuschlag bekommen, nämlich sozusagen die Ausschreibungsunterlagen des Verteidigungsministeriums. Also dass die das offensichtlich sehr stark im Alleingang gemacht haben und die Forderungen des Hillingrathner eher links haben liegen lassen, das war mein Eindruck damals.

Wir konnten aber auch nicht wirklich etwas dagegen tun. Wir haben natürlich Druck gemacht, und ich habe gesagt: Lieber Herr Ministerialrat, alles, was der Fairness, der Objektivität, der Nachvollziehbarkeit dient, alles, was wir tun können, damit da nicht irgendwo eine Präferenz eingebaut wird, die uns dann später um die Ohren fällt, wenn der Rechnungshof oder sonst wer das prüft – selbstverständlich! Genau diese Zielsetzung, volle Unterstützung für diese Objektivität des Verfahrens!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Fekter (ÖVP): Ich komme noch einmal zurück auf jene Unterlagen, die EADS bereits im März an das Verteidigungsressort geschickt hat und auch um Fristerstreckung für den Request gebeten hat, und das Verteidigungsressort hat zurückgeschrieben: Wir brauchen keinen detaillierten Request, denn ihr seid ohnehin in der Bieterliste, ihr könnt sowieso mit anbieten!

Unter dieser Voraussetzung, dass im März EADS schon wusste, dass sie anbieten dürfen oder mittun dürfen, was macht da die Paketlösung dann für einen Sinn – denn die kommt ja ein Dreivierteljahr später oder ein halbes Jahr später?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also nochmals: Der Eindruck, der von manchen hier erzeugt wird, dass wir über eine Paketlösung geredet hätten – im Sinne von: das war unsere Idee, oder so (*Abg. Dr. Fekter: Verhandelt?*) – verhandelt schon gar nicht! –, das ist wirklich ein falscher Eindruck, der hier erzeugt wird. Nochmals:

Mein Interesse war, auszuloten: Wie funktioniert so etwas?, und Informationen zu bekommen. – Nochmals bitte zu befragen: Bischoff, Rauen, Wolf.

Ich habe mich hingesetzt und habe gesagt: Ihr müsst wissen – damit ihr euch nicht wundert –, ich bin gegen die Beschaffung und werde das auch vertreten und versuchen, durchzusetzen. Das heißt, ich spiele hier mit offenen Karten. – Das war damals mein Einstieg in dieses Gespräch.

Und, ich meine, ich kann mir nur erklären, wie die MiG zustande gekommen sind dann in diesem Schreiben der EADS: Weil quasi gebrieft von Hillingrathner, habe ich ja versucht, von denen herzufinden: Na, was haltet ihr von verschiedenen Produkten, und was glauben Sie, was eine gute Lösung sein könnte für Österreich?, und **ich** habe sie angesprochen auf die MiG. – Und sie haben gesagt: Naja, da gibt es sozusagen MiGs, die NATO-tauglich sind oder NATO-Standard haben und die in Deutschland fliegen und die eigentlich eine tolle Lösung sein könnten für Österreich. Sie haben sich natürlich für den Eurofighter ... – Genauso, wie Malzacher und Co gesagt haben, der Gripen ist das Allerbeste, haben die EADS-Leute gesagt, der Eurofighter ist das Allerbeste, und die Amerikaner haben gesagt, es gibt nichts Besseres als F-16, F-18. Logisch: Jeder hat versucht, sein Produkt zu verkaufen.

Aber wenn Sie das lesen, was dort herausgekommen ist, nämlich ein MiG-Angebot und eigentlich 13 Eurofighter, beziehungsweise plus fünf – denn es waren ja nicht 18, sondern 13 plus fünf. Also es hat mich nicht interessiert, dieses Schreiben. Ich habe es mit ihnen nicht besprochen, ich habe es mit ihnen schon gar nicht verhandelt, ich habe keinen Dialog aufgebaut mit ihnen, aber es war eine interessante Information, vor allem, wenn Sie sich den Gegengeschäftsteil und die industriellen Lösungen und so weiter anschauen. Ich bin damals dort gesessen und habe gefragt: Sagen Sie mir jetzt, wie ist das? – Ich habe gehört gehabt von Multiplikatoren, dass es Gegengeschäfte gibt, wo man tatsächlich – Hausnummer – 100 Millionen € für die Forschung auf den Tisch legt, aber angerechnet wird es dann nicht als 100, sondern – keine Ahnung – als 500 oder 1 Milliarde und so weiter.

All diese Informationen waren mir wichtig, um beurteilen zu können: Was kann man tatsächlich realistisch für den Standort, für die Arbeitsplätze und für die Wertschöpfung herausholen, damit man auch weiß: Wie hoch soll man hier und kann man hier den Anbietern die Latte legen?, weil ich mich als Finanzminister schon auch für sehr stark mitverantwortlich gefühlt habe für das, was wir für Österreich herausholen können. – Ich meine, Wirtschaftsminister: verantwortlich selbstverständlich!, aber: beide Minister Standortminister!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, ich möchte Ihnen ein paar Ihrer eigenen Worte vorlesen aus einem Interview, das heute in der Zeitschrift „NEWS“ erschienen ist, und daran dann eine Frage zum Beweisthema 1 anschließen. Sie meinen da:

„Der Ausschuss wird nicht viel verändern. Das ist ja nur ein politisches Tribunal. Der Eurofighter-Kauf wurde schon penibelst überprüft. Sorry, so kann man keine Regierungsverhandlungen führen.“

Zum Punkt „Der Eurofighter-Kauf wurde schon penibelst überprüft“:

Wer, Herr Minister, hat in dieser ersten Phase, in dieser Vorbereitungsphase, die Vorgänge „penibelst überprüft“?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassler: Also ich glaube, es gibt kaum ein besser überprüftes Geschäft in der Republik als dieses. Es gibt vier Rechnungshofberichte bis jetzt. Es gibt einen Rechnungshofbericht, der natürlich auch entsprechend den Vorgang bis zur Ausschreibung untersucht hat und der ja festgestellt hat, dass das

Finanzministerium eigentlich nicht, kaum – ich kann Ihnen die Stelle vorlesen, aber: unzureichend, auch aus Sicht des Rechnungshofes, eingebunden worden ist.

Für mich ist der Rechnungshof **das** Kontrollorgan des Parlaments! Und dort hat man sich wirklich Mühe gemacht und hat das im Detail wochenlang in allen Phasen dieser Beschaffung entsprechend untersucht. Und Sie wissen natürlich, dass wir darüber hinaus eine Reihe von Dringlichen Anfragen, eine Reihe von parlamentarischen Ausschüssen gehabt haben, sowohl auf Nationalrats- als auch auf Bundesratsebene, dass es eine Fülle von parlamentarischen Anfragen gegeben hat. Also ich muss Ihnen ehrlich sagen, es würde mich extrem überraschen, wenn hier irgendetwas Neues auf den Tisch des Hauses kommt, weil ich glaube, dass alles eigentlich bekannt ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, danke – ich gestehe, diese Antwort ist nicht ganz unerwartet. Was die Qualität der parlamentarischen Aussagen vom Verteidigungsminister und vom Bundeskanzler betrifft, werden wir uns ja dann mit diesen Personen unterhalten.

Aber, Herr Minister, zum Rechnungshof: Ist Ihnen bekannt, dass am 27. Oktober 2006 der Rechnungshof der Öffentlichkeit in einer APA-Meldung mitgeteilt hat, dass der Rechnungshof natürlich nur einen Teilaspekt prüfen konnte, dass die Prüfung der politischen Verantwortung Sache des Parlaments ist, dass der Rechnungshof grundsätzlich und somit auch, was den Eurofighter-Vertrag – ich zitiere das alles – betrifft, nur hinsichtlich der Gebarungsrelevanz prüfen kann, dass der Rechnungshof nur eine Vertragsseite, nämlich die öffentliche Hand, prüfen kann, dass das nur ein Teilaspekt ist und dass bei Rechnungshofprüfungen keine Wahrheitspflicht für Auskünfte besteht?

Benennen Sie das trotzdem jetzt noch mit dem Vokabel, wie in dem Interview, „penibelst“?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich stehe absolut dazu: Das ist für mich eine Beschaffung, die **penibelst** überprüft worden ist vom Rechnungshof und von Ihnen allen im Zuge sehr intensiver parlamentarischer Auseinandersetzungen. Ich glaube ja auch, dass das gescheit ist und gut ist. Nur weise ich halt darauf hin, dass die Beschaffung offensichtlich mit der Ausschreibung im Jahr 2001 begonnen wurde, 2002 hat es eine Typenentscheidung gegeben, 2003 hat es einen Vertrag gegeben. – Das heißt, die Geschichte ist vom Vertrag dreieinhalb Jahre alt, ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke! Nein, Herr Minister, danke! Es ist mir wirklich leid um die Zeit!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: ..., von der Ausschreibung her viereinhalb Jahre – also: von der Typenentscheidung viereinhalb Jahre – alt, und von der Ausschreibung ist es fünf Jahre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben gesagt, das ist für Sie „penibelst“. – Das genügt mir zu dieser Frage. Danke!

Und zu dem anderen Punkt frage ich Sie jetzt gar nicht. Ich möchte Ihnen nur mitteilen – weil Sie sagen: Sorry, so kann man keine Regierungsverhandlungen führen! –: Das ist ein parlamentarisches Gremium, ein Untersuchungsausschuss. Hier werden keine Regierungsverhandlungen geführt – und ich bitte, das auch auszurichten an andere, die das glauben –, da geht es um parlamentarische Aufklärung, und zwar unbeeindruckt und unbeeinflusst von außen!

Herr Minister, bei einer weiteren Frage werden wir uns wahrscheinlich sehr schnell einigen können: Grundsätzlich ist es ja so, dass die Regierung überhaupt nicht hätte

müssen ausschreiben, sondern einfach ein Modell bestellen hätte können. – Ist das so richtig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meines Wissens ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist auch meine Meinung. – Ein Vergabeverfahren war zwar nicht notwendig, aber dann ist halt die freihändige Vergabe im Wettbewerb gewählt worden. Und ist es richtig, wenn man so ein Verfahren wählt, dass man sich dann penibel daran halten muss?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darauf habe ich hingewiesen, denn ich wollte natürlich nie in die Situation kommen, wie es unter SPÖ-Kanzlern entschieden worden ist, dass der Bestbieter in einem ... (*Abg. Dr. Kräuter: Danke!*) – Na, ich darf schon ausreden, vielleicht! Ich weiß, dass Sie das vielleicht nicht gerne hören mögen. Aber so, wie man zu der Einrichtung des Untersuchungsausschusses und seiner Abführung anderer Meinung sein kann, sage ich Ihnen auch gerne, was ich davon halte, wenn ein Bestbieter in einem Verfahren ermittelt wird und dann eine Bundesregierung nicht für den Bestbieter entscheidet, sondern für den zweiten Bieter, nämlich damals für den Draken, der nicht der Bestbieter war. Und in so eine Situation wollte ich überhaupt nie hineinkommen. Wenn Sie mich fragen (*Abg. Dr. Kräuter: Nein, das ist jetzt nicht mehr ...!*): Hätte ich dann lieber gehabt, dass man freihändig ... –

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist jetzt wirklich nicht mehr meine Frage! Sie sind schon ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, bitte einfach die gestellten Fragen zu beantworten – und nicht die Fragen, die Sie sich selbst stellen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, Sie sind da in guter Gesellschaft, weil auch der Rechnungshofpräsident Fiedler – und es ist mir sehr wichtig, dass das jetzt im Protokoll steht – der Meinung ist, wenn man eine freihändige Vergabe im Wettbewerb wählt, dass man sich penibel an die Spielregeln zu halten hat.

Jetzt zu Ihren Kontakten und zu dem berühmt-berüchtigten Brief, der von EADS an Sie ergangen ist. Sie haben dazu immer ausgeführt, Sie haben mit vielen Anbietern Kontakt gehabt, und das ist halt nur einer von vielen. Und darum möchte ich Sie fragen: Gibt es jetzt vergleichbare kompakte Pakete? Können Sie das dem Ausschuss ähnlich genau vorlegen oder erläutern, also, beispielsweise, 18-Stück-Paketlösung, Gegengeschäfte konkret schon mit bestimmten Firmen? – Können Sie auch von den anderen, die ja sozusagen gleichberechtigt von Ihnen betreut wurden in dieser Phase, Ähnliches erläutern oder vorlegen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens darf ich nur bemerken, Herr Vorsitzender, dass ich schon im Sinne der Zeiteffizienz – falls man davon sprechen kann – mir selbst keine Fragen stellen würde, damit ich die dann auch noch beantworten muss.

Zweiter Punkt: „Betreut“ habe ich niemanden, sondern ich habe Informationen eingeholt und habe alle Bieter entsprechend gleich behandelt. Auch das habe ich ausgeführt.

Ich kann die Qualität dessen nicht bewerten, was mir die Leute geschickt haben. Ich will sie auch nicht bewerten, weil ich niemanden darum gebeten habe, mir irgendetwas zu schicken. Das heißt, der eine hat mir mehr geschickt, der andere hat mir weniger geschickt. Mir war das herzlich wurscht. Ich habe versucht, die Informationen aus dem persönlichen Gespräch mitzunehmen, und mich nicht mit Angeboten von Firmen beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch einmal: Wie detailliert haben andere – Sie haben gesagt „mehr“ oder „weniger“, nicht konkret –, wie konkret haben Gripen vorgelegt in dieser Phase?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Da ich Sie für einen peniblen Aktenstudierer halte und wir das so etwa in zwölf Kisten dem Parlament übermittelt haben, haben Sie alle Papiere vor sich liegen und können sich Ihr eigenes Bild machen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, Sie wollen das offensichtlich nicht beantworten.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe überhaupt kein Problem, das zu beantworten! Ich **habe** es Ihnen schon beantwortet! (*Abg. Dr. Fekter: ... Androsch hat mehrere Seiten geschrieben!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister! Probieren wir ganz etwas anderes: Sie haben gesagt, bei der Beschaffung war Federführung vom Bundesministerium für Landesverteidigung – das waren vor allem Ihre Worte –, und selbstverständlich haben Sie Gespräche geführt mit Anbietern, das war Ihre Verpflichtung, Ihre Verantwortung, haben alle Anbieter getroffen, gleich behandelt. – Den Medien haben Sie gesagt: Herr des Verfahrens war das BMLV.

Warum hat sich eigentlich der Minister Scheibner – und ich lese da aus einer Zeitung vor, das waren die „Salzburger Nachrichten“ –:

„Der damals zuständige Verteidigungsminister ... Scheibner sah dies ... anders: ‚Ich habe mich vor der Typenentscheidung nicht mit Firmenvertretern getroffen‘, ...“

Wie erklären Sie sich das: Sie haben das aus „Verpflichtung“, „Verantwortung“ und „selbstverständlich“ gemacht – und Scheibner hat sich überhaupt **nicht** in diese Rolle begeben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens bitte ich, den Herrn Abgeordneten beziehungsweise Minister außer Dienst selbst zu fragen.

Zweitens würde ich schon meinen, dass es eine andere Rolle gibt: Verteidigungsminister versus Finanzminister und Wirtschaftsminister. Wenn ich der Verteidigungsminister gewesen wäre und erstens an der Quelle der Information sitze, lauter Experten und einen riesigen Stab habe, der solche Beschaffungen – zwar nicht in der Größe, aber grundsätzliche Rüstungsbeschaffungen – permanent durchgeführt hat, dann brauche ich auch keine zusätzliche Information und dann will ich selbstverständlich den Eindruck haben, dass ich mit niemandem rede, und damit kann mir niemand etwas nachsagen.

Wenn Sie der Finanzminister sind, der mit dem Verteidigungsminister zu dem Zeitpunkt damals ein fachliches Problem hatte, weil ich gar keine Flieger wollte, und der Verteidigungsminister daher gesagt hat: Keine Information!, und so weiter – oder wir haben halt keine gekriegt, okay –, dann schauen Sie, dass Sie sich informieren. Und ich bin mir ganz sicher, Herr Abgeordneter: Wenn ich mich nicht informiert hätte, dann würde heute die Geschichte sein: Wie können Sie denn ein Zwei-Milliarden-Geschäft mitverantworten, wo Sie mit niemandem geredet haben, wo Sie sich nichts angeschaut haben, wo Sie keinen getroffen haben? Für die Gegengeschäfte haben Sie nichts getan, für die Arbeitsplätze haben Sie nichts getan! Was sind denn Sie für ein Finanzminister?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, das haben Sie ja schon mehrfach ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hatten wir bereits. – Bitte, weitere Fragen zu stellen (*Abg. Dr. Fekter: Nur weil euch die Antworten nicht gefallen, gibt es eine Zensur!*) und die Fragen zu beantworten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, eine weitere kurze Frage: Sie haben in Ihrem Eingangs-Statement gesagt, nach Beginn des formalen Verfahrens (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler. – Gegenruf von Mag. Grassner: Ewald, ich würde mich freuen!*) – wenn ich Ihre Aufmerksamkeit dann wieder ein bisschen beanspruchen dürfte! (*Mag. Grassner: Entschuldigung, ich habe den Zwischenruf des Herrn Stadler ...!*) – haben Sie sich nur einmal noch mit den Amerikanern getroffen. – So waren Ihre Worte.

Wie kommt es jetzt dazu, dass Herr Christl, der sich gestern hier auf Anfragen sehr verschlossen gezeigt hat, spät am Abend ein Mail an den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses übermittelt:

Ich möchte hiermit, nachdem mir nicht ganz klar ist, ob das der Ausschuss auch letztlich so aufgenommen hat, nochmals klarstellen, dass ich von zwei Treffen von Bundesminister Grassner mit Herr Bischoff Kenntnis habe: eines am 11. Juni 2001 und eines am 23.4.2002, bei dem ich selbst dabei war. – Ende des Zitats.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Da bitte ich Sie, den Herrn Christl zu befragen. Ich war ja gestern bei Ihrer Befragung nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, ich wollte jetzt **Sie** mit dem Widerspruch – Sie haben ja ganz etwas anderes erklärt in Ihrem Eingangs-Statement – zu einer Zeugenaussage von gestern Abend konfrontieren!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Also, der Herr Christl hat Ihnen ein Mail geschrieben, wo er **was** schreibt?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, Sie können das gerne einsehen! (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Danke vielmals!

„... nochmals klarstellen, dass ich von zwei Treffen von Bundesminister Grassner mit Herrn Bischoff Kenntnis habe: eines am 11. Juni 2001“ – das haben wir besprochen, das ist die Bayern-Geschichte – „und eines am 23.4.2002, bei dem ich selbst dabei war.“ – Na ja, das war die Geschichte, die ich auch dem Parlament schon vor Urzeiten bekannt gegeben habe – parlamentarische Anfragen, Dringliche und so weiter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, Entschuldigung: Sie haben dem Parlament hier gerade ganz etwas anderes erzählt, vor einer Dreiviertelstunde!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Herr Abgeordneter Sie haben die schriftlichen Unterlagen auf dem Tisch, Sie haben es schwarz auf weiß auf dem Tisch, Sie haben von mir Aussagen in Dringlichen Anfragen und in anderen: Dieses Treffen mit dem Herrn Bischoff habe ich selbstverständlich dem Parlament bekannt gegeben. Es ist aber keine Frage, die diesen Ausschuss in Wirklichkeit beschäftigen sollte, weil es ein Treffen über Automobilprodukte war. Fragen Sie den Herrn Christl, er wird es Ihnen sicherlich bestätigen, dass es damals mit dem Herrn Bischoff um Automobilprodukte gegangen ist. Es war auch ein MAGNA-Vertreter dabei. Und ich bitte um Verständnis, dass ich dem Vorstand von DaimlerChrysler keinen Termin versagen werden, wo ich ihm aber gesagt habe: Automobil.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, ich halte fest: Sie haben vorher in Ihrem Statement vor diesem Untersuchungsausschuss etwas anderes

behauptet, und ich habe das Gegenteil mit Hilfe einer Zeugenaussage gestern in einem schriftlichen Dokument nachgelesen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und ich halte fest, Herr Abgeordneter, dass ich Ihnen meine Termine bekannt gegeben habe in Sachen Eurofighter und dass das ein Eurofighter-Untersuchungsausschuss ist. Und ich könnte Ihnen 50 andere Termine zur Automobilstandort Österreich und Autocluster sagen. Daher: Selbstverständlich habe ich Ihnen in Dringlichen Anfragen in der Vergangenheit, in allen schriftlichen Informationen an den Ausschuss und auch heute die Wahrheit gesagt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Springen wir gleich zum nächsten Widerspruch: Die tragischen Ereignisse des 11. September.

Sie haben vorhin hier ausgeführt: Die Beschaffung war nicht mehr aufzuschieben, es war klar, dass vorwärts zu gehen war! – So waren Ihre Worte. Und ich glaube, da habe ich Sie richtig zitiert.

Herr Hillingrathner hat gestern an dieser selben Stelle mit voller Überzeugung gesagt, wörtlich: Das habe **überhaupt keine** Rolle gespielt! – Was sagen Sie dazu? (*Abg. Dr. Fasslabend: Was hat er gesagt?*) Die Ereignisse des 11. September haben überhaupt keine Rolle gespielt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich weiß nicht, was er gesagt hat. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Für mich haben sie eine große Rolle gespielt, weil damals einfach ...

Sie müssen sich das ganz pragmatisch so vorstellen, dass der Finanzminister der einzige war, der gegen die Beschaffung aufgetreten ist, dass der Finanzminister auch in der Öffentlichkeit damals sich sozusagen sehr hinausgehängt hat. Also Sie können sicher sein, dass der Bundeskanzler, die Vizekanzlerin, die FPÖ mir damals nicht einmal, sondern wahrscheinlich 10, 20 Mal gesagt hat, dass ich das nicht tun kann, weil ich ein Mitglied eines Kollektivorgans, der österreichischen Bundesregierung, bin, die in ihrem Regierungsprogramm entschieden hatte, diese Beschaffung durchzuführen. Daher war das ein massives Missfallen für meine Kollegen in der Bundesregierung und in beiden Parteien.

Und wenn dann noch der 11. September passiert, ich glaube, dann hätten Sie sich wahrscheinlich genauso verhalten. In dieser Situation hat überhaupt keiner – für mich nicht mehr erinnerlich – gesagt, wir sollen die Ausschreibung nicht freigeben, weil jeder gesagt hat: Katastrophe, schrecklich, und Sicherheit ist das allerwichtigste! Und das hat mich persönlich damals motiviert, die Ausschreibung freizugeben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte wirklich, dass Sie mir keine G'schichteln erzählen, sondern auf konkrete Fragen antworten. (*Abg. Gahr: Das hat er getan!*)

Ich habe Ihnen gerade vorgehalten, ... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter ist am Wort. – Und bitte diese ständigen Zwischenrufe auf jede kritische Bemerkung hin zu unterlassen! Sie stören damit ständig die Befragung, die bis jetzt eigentlich in ganz großer Ruhe durchgeführt worden ist. Wenn es notwendig ist, einzugreifen, werde ich schon eingreifen.

Bitte, fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe Ihnen gerade einen glasklaren Widerspruch vorgetragen zwischen den zentralen Beamten, die in Ihrem Umfeld damit beschäftigt waren, und Ihnen selbst.

Dieser Beamte, nämlich Hillingrathner, hat gestern wörtlich ausgeführt: Überhaupt keine Rolle im Zusammenhang mit der Entscheidung, was Abfangjäger betrifft, hat der 11. September 2001 gespielt! – Und Sie haben jetzt gesagt, dass die Beschaffung durch dieses Ereignis nicht aufzuhalten war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Kräuter, darf ich mir eine Bemerkung erlauben? (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) Es kann ja jeder nur persönlich beurteilen, ob das für ihn eine Rolle gespielt hat. Herr Hillingrathner kann hier beurteilen, ob das für ihn eine Rolle gespielt hat. Herr Grasser kann beurteilen, ob es für ihn eine Rolle gespielt hat. Und wenn es eine unterschiedlichen Rolle gespielt hat, werden wir damit auch leben müssen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ob dieses Ereignis die Entscheidung des Ministers beeinflusst hat oder nicht, halte ich schon für eine sehr sachrelevante Angelegenheit.

Gehen wir zum so genannten **Pflichtenheft**, Herr Minister. – Herr Minister Scheibner hat hier ausgeführt, er habe sich dagegen gewehrt, das militärische Pflichtenheft herauszugeben. – Das waren seine Worte.

Das **militärische Pflichtenheft** bei einer so sensiblen Beschaffung ist ja nicht irgendetwas. Und aus den Akten geht hervor, dass Sie sehr frühzeitig im Besitz dieses Pflichtenheftes waren.

Da gibt es diesen Vermerk: Herrn Bundesminister Grasser – wieder von Dr. Hillingrathner, vom 29. August 2001 – zur Orientierung. Darüber hinaus die übermittelten drei Pflichtenhefte mit der Bitte um Retournierung bei Nichtbedarf.

Jetzt möchte ich Sie fragen, wann haben Sie diese Pflichtenhefte bekommen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das kann ich nicht sagen. Sie haben es offensichtlich in den Akten drinnen. Aber was ich Ihnen sagen kann, ist, dass ich sie bis heute nicht gelesen habe, weil ich sie nicht verstehe und weil es mich nicht interessiert, weil ich kein Militärexperte bin. Was fange ich mit einem Pflichtenheft an zur Beschaffung von Flugzeugen? Logisch, dass der Hillingrathner das haben wollte, weil er sozusagen der Experte des Finanzministeriums ist. Aber ich hätte da ohnehin nur das tun können, was mir meine Sektion und meine Abteilung empfiehlt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie selbst haben das Pflichtenheft gar nicht angefordert.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das Haus hat das sicher angefordert, weil, wie ich es vorhin der Abgeordneten Fekter gegenüber als Antwort gesagt habe, das BMF den Eindruck hatte – meine Sektion und meine Abteilung hatten den Eindruck –, dass es eine deutliche Lastigkeit geben könnte in Richtung Gripen und dass die Ausschreibung in Richtung Gripen hätte gesteuert werden können. Das war die Sorge, die da war, und von daher hat mir der Hillingrathner dauernd gesagt: Das alles müssen wir uns im Detail anschauen, und möglichst objektiv und möglichst fair und möglichst transparent und möglichst neutral allen Anbietern gegenüber!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich halte Ihnen jetzt zwei Aktenstücke vor. Erstens jenes, das **wunschgemäß** direkt dem Herrn Bundesminister übermittelt wurde. Ich lasse Sie das gleich einsehen, nämlich die Pflichtenhefte. Ich betone: wunschgemäß!

Das zweite Dokument – das gebe ich Ihnen auch gleich zur Ansicht – darf ich jetzt zitieren:

Entsprechend der Vereinbarung zwischen dem Herrn Bundesminister für Finanzen und dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung vom Donnerstag, 16. August 2001, beehrte sich das Bundesminister für Landesverteidigung nachstehende Dokumente zu übermitteln: das militärische Pflichtenheft. – Zitatende.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe das nie in Abrede gestellt, Herr Abgeordneter, ich kann auch gerne versuchen, den Hintergrund jetzt fünf Jahre später zu schildern.

Wenn Sie sich das gespannte Verhältnis zwischen Scheibner und mir vor Augen führen – Punkt eins – und zwischen den beiden Ministerien – Punkt zwei –, dann ist es so: Es war damals der Ministerialrat Hillingrathner in der Situation, dass ich – sage ich jetzt vereinfacht – keine Unterlagen aus dem Verteidigungsministerium bekommen habe und Hillingrathner dauernd zu mir gerannt kam und gesagt hat: Herr Minister, wir brauchen aber das und das und das, sonst kann man eine Beschaffung nicht ordnungsgemäß durchführen!

Und ich schließe aus dem, was Sie mir hergelegt haben – aber das ist jetzt wirklich sozusagen meine Erstreaktion –, dass ich damals, weil Hillingrathner mir gesagt hat: Das brauchen wir unbedingt, damit wir eine objektive Ausschreibung sicherstellen können!, dem Scheibner ersucht habe: Pass auf, so geht das nicht, und wenn Ihr uns das nicht gebt, dann werden wir in der Ausschreibung nicht weiterkommen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, was haben Sie mit dem „wunschgemäß“ vom Verteidigungsminister, der sich vorher nach eigenen Aussagen hier dagegen gewehrt hat, an Sie übermittelten Pflichtenheft eigentlich gemacht?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Bitte?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was haben Sie mit dem wunschgemäß an Sie vom Verteidigungsminister, der sich nach seinen eigenen Aussagen dagegen gewehrt hat, übermittelten Pflichtenheft in der Folge gemacht?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe damit gar nichts gemacht, ich habe es mir nicht einmal angeschaut, sondern das ist sicherlich in die Sektion gegangen. Ich weiß nicht einmal, ob ich es auf dem Tisch gehabt habe. Ich glaube nicht, dass ich einen Akt mit einem militärischen Pflichtenheft unterzeichnet habe, sondern das ist an Hillingrathner gegangen, der hat das bewertet, überprüft und es sich angeschaut.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie erklären Sie sich, dass das Wort „wunschgemäß“ bei dieser Übermittlung dabei steht. Sie müssen sich das doch gewünscht haben, wenn es „wunschgemäß“ übermittelt wurde.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, die Frage habe ich gerade beantwortet: Hillingrathner ist in dieser Phase immer wieder zu mir gekommen und hat gesagt, er bekommt keine Information aus dem Verteidigungsministerium, und hat mich dann instrumentalisiert, weil er bei den Beamten ein, zwei, drei Mal angeklopft hat und nichts gekriegt hat: Lieber Finanzminister, können Sie nicht mit dem Verteidigungsminister reden, damit wir das dann bekommen!

Mich persönlich hat das nicht interessiert, weil ich damit nichts anfangen konnte und das auch nicht hätte aus-, ver- oder sonst etwas -werten können. Das heißt, auf Wunsch von Hillingrathner habe ich mit Scheibner geredet, und Scheibner hat seinen Beamten gesagt, dass sie es uns schicken sollen.

Ich glaube, dass das sogar direkt ins Haus gegangen ist, nicht einmal zu mir gegangen ist, aber das kann ich jetzt nicht beurteilen. Fragen Sie, bitte, den Herrn Ministerialrat Hillingrathner!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie sich erklären, warum angerechnet diese Geschäftsstücke zu diesem verschwundenen Akt gehören?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann mit dieser Aussage überhaupt nichts anfangen, weil diese Frage nach dem verschwundenen Akt mit dem Ewald Stadler schon geklärt worden ist, nämlich, dass es den Akt in Kopie gibt und er Ihnen auch vorliegt. Ich weiß nicht, welchen Zusammenhang Sie jetzt zwischen dem Pflichtenheft und dem Akt herstellen wollen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte noch einen ganz anderen Fragenkomplex probieren. – Sie kommen ja aus der Autobranche, und jemand ...

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner (den Vorsitz übernehmend): Herr Abgeordneter Kräuter, ich glaube, das müssen wir in die nächste Runde verlagern. Die Zeit ist leider um.

Bevor ich dem BZÖ das Wort erteile, möchte ich Folgendes zur Kenntnis bringen: Ich wurde gebeten, die Abgeordneten zu fragen, ob sie die Bibliothek und die Literaturdokumentation noch brauchen, ansonsten würden diese beiden Einrichtungen für heute geschlossen werden. Das Lokal VIII bleibt natürlich offen. – Dazu gibt es keinen Einwand.

Ich **unterbreche** die Sitzung für zwei Minuten.

(Die Sitzung wird um 16.30 Uhr **unterbrochen** und um 16.33 Uhr wieder **aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abgeordnetem Darmann das Wort.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie haben uns vorhin geschildert, dass Sie mit allen Bieterfirmen Kontakt aufgenommen haben beziehungsweise Kontakt gehabt haben. Kann man das auch so interpretieren, dass auch welche an Sie herangetreten sind?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es war ausschließlich so, dass an mich herangetreten wurde. Ich habe keinen Kontakt von mir aus gesucht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): War es jetzt so, dass manche Bieterfirmen intensiver geworben haben, oder waren alle gleichwertig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Jeder hat sein Produkt als die absolut beste, optimale Lösung für Österreich gesehen – wie man sich das halt vorstellt, wenn man selbst ein Produkt verkaufen will. Da habe ich wenig Unterschied gesehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat Herr Ministerialrat Hillingrathner ein Produkt bevorzugt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube nicht, dass es eine persönliche Präferenz gegeben hat. Hillingrathner und das BMF waren selbstverständlich für die kostengünstigste Lösung, für die budgetverträglichste Lösung. Und es war Priorität eins: gar kein Flugzeug. Und bei Priorität zwei hat es eben begonnen bei der MiG und ist gegangen bis zu gebrauchten Flugzeugen. Das war so der Diskussionsprozess.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich weiß nicht, ob ich das vorhin überhört habe. Sie haben ja gesagt, dass Sie Unterlagen in unterschiedlichem Umfang von den diversen Anbietern bekommen haben. Waren da auch technische Unterlagen dabei?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also technische Unterlagen im eigentlichen Sinne nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Was ist dann mit diesen Unterlagen passiert, weil Sie gesagt haben, dass Sie sie nicht weitergeleitet haben? Hat das der Herr Ministerialrat Hillingrathner gesammelt, oder sind die irgendwo anders abgelegt worden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nur zur Technik noch einmal: Sie haben sich sicherlich die Unterlagen angeschaut. – Da sind natürlich technische Geschichten drinnen gestanden, aber im Sinne von: Was ist so ein technisches Pflichtenheft?, das war natürlich nicht dabei.

Ich gehe davon aus, dass Hillingrathner das alles entsprechend veraktet hat, und genauso wurde es dann auch dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Die Zahl 18 ist auch eine Zahl, die regelmäßig hier im Raum herumgeistert. Kann man sagen, dass das jetzt wirklich eine reine ressortinterne Festlegung bei Ihnen war, um diese Zahl einmal durchzubringen? Oder hat es da, wie es oft hier von manchen Ausschussmitgliedern zu konstruieren versucht wird, Gespräche von Teilen der Bundesregierung gegeben, die diese 18 Stück forciert haben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich würde sagen, dass „Festlegung des BMF“ zu viel gesagt ist. Sie werden in Ihrem Aktenstudium auch Akten finden, wo wir von 12 Stück gesprochen haben. Die einzige Variante – wenn man jetzt von Sechserlösungen ausgeht –, die wir nicht diskutiert haben, waren sechs Stück.

Aber zwischen null und 30 war die Geschichte offen. Das Verteidigungsministerium wollte 30, und wir wollten möglichst wenig. Wir haben gedacht, wenn das schon sein muss, dann ist es unter Umständen realistisch, 18 durchsetzen zu können, was uns aber am Ende des Tages – wie man bei der Typenentscheidung gesehen hat – noch nicht gelungen ist. Dort waren wir froh, dass wir statt 30 auf 24 gekommen sind.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Heißt das, dass es keine frühzeitige Festlegung der Bundesregierung auf 18 Stück gegeben hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, das heißt es. Es hat keine frühzeitige Festlegung gegeben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie sich dann vorstellen, wieso dies von Herrn Ministerialrat Hillingrathner behauptet worden ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, kann ich nicht. Vielleicht hat er sozusagen Gespräche im BMF, wo wir gesagt haben: Ziel könnte 18 sein! dann so interpretiert, dass das schon politisch akkordiert sei.

Wenn ich die Unterlagen richtig gelesen habe, dann hat Hillingrathner ja auch von 18 plus 6 gesprochen, und da ist man schon wieder auf 24. Also, ich weiß es nicht.

Faktum ist, dass er bei keinem politischen Gespräch auf der Ebene, die Sie angesprochen haben, dabei war. Also, er kann es einfach nicht beurteilen. Wenn ich den Akt damals gesehen hätte, dann hätte ich ihn korrigieren lassen, weil es nicht den tatsächlichen politischen Diskussionen entsprochen hat.

Obmann Dr. Peter Pilz (*den Vorsitz wieder übernehmend*): Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Kollege Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich muss wieder bei den „verdunsteten“ Akten der EADS einhaken. Wissen Sie, wir werden sehr viel Zeit haben – bis in die frühen Morgenstunden –, bis wir das alles geklärt haben, was ich an Fragen an Sie habe.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe nichts vor.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe für Sie viel Zeit, wirklich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, bitte! Ich fühle mich von dieser Drohung auch betroffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will damit nur sagen, man kann jetzt weit schweifen. Das war keine unsachliche Feststellung, es war ein Angebot meinerseits. Man kann es prägnant machen, man kann es aber auch mit Wahlreden machen.

Ich wiederhole noch einmal, dass auch ein weiterer Beleg für das Verschwinden dieses Originalaktes vorliegt, aber auch der Kopie, nämlich in Form einer Mitteilung, die die Frau Dr. Schwarzendorfer gemacht hat. Sie hat in einem Aktenstück des Finanzministeriums vom 11. Juni 2004 Folgendes festgehalten:

Der Sachverhalt ist in den Beilagen A bis C, insbesondere, was die Aktenerledigung anlangt, Beilage C, zu entnehmen.

Jetzt kommt das Zitat: Da der Originalakt weiterhin unauffindbar ist, wird hiermit zur Evidenthaltung aller Unterlagen eine Kopie dieses Aktes samt den Beilagen eingelegt. 11. Juni 2004. Dr. Schwarzendorfer. – Zitatende.

Wollen Sie jetzt immer noch behaupten, dass der Originalakt im Finanzministerium aufliegt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darauf haben wir uns ja schon geeinigt, Herr Abgeordneter. Ich habe nur gesagt, das Ding ist nicht verschwunden, sondern es gibt eine Kopie davon – vollinhaltlich vor Ihnen liegend.

Originalakt nicht da – völliger Konsens.

Soll nicht sein, ist leider Gottes passiert. Wie passiert, kann ich nicht sagen – haben wir schon abgehandelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie sagen, der Originalakt ist weg, ist verschwunden, dann sind wir uns einig. Das heißt, die Aussage der Frau Schwarzendorfer, die hier festgehalten ist, stimmt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Wir haben das Kapitel in dieser Frage schon abgehandelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann halte ich fest, dass das Schreiben vom 13. Juni 2001 verschwunden ist, dass das zweite Stück des übermittelten Originals von EADS verschwunden ist, dass das rückgeleitete Original, auf das sich jetzt auch Frau Dr. Schwarzendorfer bezogen hat, verschwunden ist, dass sodann eine weitere übermittelte Kopie dieses Konvoluts, des EADS-Aktes Paketlösung verschwunden ist, und heute hat uns Herr Sektionschef Steger noch mitgeteilt, dass auch ein Non-Paper trotz intensiver Suche, das er für Sie am 14. Mai 2001 gefertigt hat, ebenfalls verschwunden sei. Kollege Kräuter hat ihn gefragt, was dieses Non-Paper beinhaltet, und er hat gesagt: Trotz intensiver Suche war es weder bei ihm noch bei Ihnen im Kabinett, wo es hingeleitet wurde, zu finden.

Können Sie uns zu diesem Non-Paper etwas sagen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich möchte zuvor noch einmal sehr klar festhalten, dass Sie diesen Akt, von dem Sie sprechen, vollinhaltlich vorliegen haben, dass es aus meiner Sicht ein irrelevantes Schreiben ist, genauso wie die anderen Schreiben von Gripen bis zu MiG bis zu den anderen Dingen, die wir Ihnen vorgelegt haben, dass ich dieses Schreiben selbstverständlich ins Haus geleitet habe, dass ich selbstverständlich um eine Analyse des Hauses gebeten habe und dass, wie ich Ihnen vorhin schon gesagt habe, nicht das Ministerbüro oder ich selbst mit diesem Originalakt belastet bin, sondern laut Aktenverzeichnis des BMF Ministerialrat Hillingrathner. Das heißt, ich lasse mir in dieser Frage von Ihnen ganz sicher nichts unterstellen!

Wenn Herr Sektionschef Steger auf ein Non-Paper vom 14. Mai 2001 hinweist, dann kann ich mich an dieses Non-Paper nicht erinnern, aber ich werde die Gelegenheit selbstverständlich sehr gerne nutzen, meinen Sektionschef zu befragen, was für ein Ablagesystem er in der Sektion und in der Abteilung hat. Denn wenn dort ein Papier gefertigt wird – ich gehe davon aus, auf PC gefertigt wird –, dann sollte es eigentlich verfügbar sein. Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass das nicht ordnungsgemäß gemacht ist, und ich werde den Sektionschef auf diese Frage ansprechen. Ich hoffe, wir finden das Papier. Wenn wir es finden, dann stellen wir es Ihnen zur Verfügung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist deswegen zur Verfügung zu stellen, weil es durch den Beweisbeschluss des Nationalrates verlangt wird, und nicht, weil ich das will, oder, weil Kollege Kräuter es will – weil das dem Beschluss des Nationalrates entspricht, Herr Minister!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter! Darf ich nur fragen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben viel Zeit, bis in die frühen Morgenstunden.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie die Unterlagen sehen, die das Finanzministerium übermittelt hat, dann erfolgte das auf der Grundlage eines Auftrages von mir an Sektionschef Steger im Beisein von mehreren Zeugen, vollinhaltlich alles, was wir haben, über Akten hinaus, dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, dass wir wahrscheinlich von allen Ressorts, die übermittelt haben, die allumfassendste Darstellung übermittelt haben; von persönlichen Aktenvermerken bis ich weiß nicht wohin. Meine Linie im Haus, die ich festgelegt habe, war – und ich habe die Weisung dazu gegeben –: alles in vollem Umfang, in voller Transparenz, da gibt es überhaupt nichts zu verstecken. Und das haben Sie alles bekommen. Ich wusste nicht, dass der Akt 14. Mai 2001 fehlt. Der Herr Sektionschef hatte selbstverständlich den Auftrag, auch das zu tun. – Nochmals: Ich werde das gerne klären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Vorsitzende hat in einer Befragung des Herrn Sektionschefs Dr. Steger die Frage geklärt, was passiert, wenn dieser Akt tatsächlich nicht mehr vorhanden wäre, wenn Herr Ministerialrat Hillingrathner keine Kopie angefertigt hätte? Worauf der Herr Sektionschef erläutert hat: Dann gäbe es nur den Akteneintrag in der Kanzlei-Evidenz, der Inhalt des Aktes wäre nicht mehr erschließbar.

Das bedeutet, wenn alle Exemplare, die hier laufend verdunstet sind, eben auch das Schreiben vom 13. Juni 2001, wenn alle diese Dinge tatsächlich nur mehr in der Kanzleievidenz vorhanden wären, wären all diese Unterlagen, die wir nur dank der Umsicht des Herrn Ministerialrates Hillingrathner, nicht dank Ihres Kabinetts haben, nicht mehr verfügbar. – Damit ich Ihnen die Relevanz erläutere, weil Ihnen die

Relevanz nicht erschließbar ist. Ich hoffe, das ist irgendwie intellektuell nachvollziehbar.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich darf Ihnen die Relevanz aus meiner Sicht sagen, Herr Abgeordneter: Ich bin unendlich froh, dass ich diesen Akt ins Haus gegeben habe und es eine Kopie gibt, weil gäbe es nur die Aktenzahleintragung, möchte ich nicht Ihre phantasievollen Ausführungen hören, was dort hätte drinstehen können.

Jetzt, wo es auf dem Tisch liegt, wissen wir alle, dass das Papier irrelevant ist. Wunderbar, dass es da ist, Gott sei Dank!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen gerne, dass Sie froh sind, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner eine Kopie angefertigt hat; die Freude kann ich Ihnen nachfühlen.

Kommen wir zu einer anderen Frage, Herr Minister! Sie haben gesagt – ich zitiere Sie wörtlich, weil ich das mitgeschrieben habe –, dass Sie überhaupt nicht die geringste Kompetenz hatten im Zusammenhang mit der Beschaffung von Heeresgerät. Das haben Sie in Beantwortung einer Frage des Kollegen Kogler gesagt.

Ausgehend von dieser Feststellung – die ich im Übrigen teile – frage ich mich, was Sie dann verleitet hat, selbständig nach Manching zu fahren, dort, ohne dass Sie eine Kompetenz nach dem Bundesministeriengesetz – und zwar nach dem damals gültigen wie auch nach dem heute gültigen – für die Beschaffung von Heeresgerät hatten, über die Anschaffung von Heeresgerät mit EADS zu verhandeln und, ohne dass Sie eine Kompetenz für die Gegengeschäfte hatten, denn das ist Kompetenz des Wirtschaftsministers, über Gegengeschäfte mit EADS zu verhandeln. Können Sie uns das erläutern? Oder ist das bei Ihnen üblich, dass Sie außerhalb Ihrer ministeriellen Kompetenz mit Großkonzernen Verhandlungen führen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens stellen Sie das nicht korrekt dar! Die Wahrheit ist, ich habe **nicht verhandelt**, und ich habe das im Ausschuss schon mehrfach ausgeführt. Ich würde auch Sie ersuchen, anzuerkennen, wenn ich mehrfach gesagt habe, dass ich nicht verhandelt habe, dass ich keinen Dialog geführt habe, dass ich alle Anbieter gleich behandelt habe. Sie können die Frage auch zwanzigmal stellen – und ich kann sie auch zwanzigmal beantworten, aber wahrscheinlich ist das im Sinne der Zeiteffizienz nicht besonders sinnvoll.

Nochmals: Meine Motivation war eine sehr klare, nachdem es eine Mitbefassung des Finanzministeriums im Sinne des Bundeshaushaltsgesetzes, §§ 43 bis 45, geben muss in dieser Frage, und ich wusste, dass ich damit eine Mitverantwortung haben werde. Ich wusste, dass der Ministerrat ein Kollektivorgan ist und wir dort Entscheidungen treffen werden. Und der Finanzminister, wie auch Sie wissen, Herr Abgeordneter, ist durchaus für die Frage des Standortes, für die Frage der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, für die Makroökonomie in Österreich, von der Steuerpolitik bis zur Forschungspolitik und vieles andere mehr, zuständig. Ich wusste, dass die Frage der Beschaffung von 2 Milliarden € etwas ist, wo man nicht da sitzt und nichts tut, sondern wo man sich informieren lässt, damit man auf dem Hintergrund möglichst umfassender Informationen eine kompetente Entscheidung im Ministerrat mit treffen kann.

Und genau das habe ich getan, das habe ich mit zu verantworten. Ich stehe vollinhaltlich zu dieser politischen Mitverantwortung, was die Entscheidung des Ministerrates und des Nationalrates – ich kann natürlich nur für den Ministerrat sprechen – für die Beschaffung des Eurofighters als Bestbieter nach einem sehr akribischen Ausschreibungsverfahren betrifft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie keine Kompetenz nach dem Bundesministerengesetz hatten, diese Verhandlungen über die Anschaffung von Rüstungsmaterialien zu führen, genauso wenig die Kompetenz, über Gegengeschäfte zu verhandeln, dann frage ich mich, warum Sie dann die fachlich und auch nach dem Gesetz zuständigen Minister Scheibner und Bartenstein über das, was Sie da bekommen haben, **nicht** informiert haben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich sage nochmals: Erstens habe ich nicht verhandelt. Zweitens habe ich diese Minister deshalb nicht informiert, weil es eine irrelevante Information war, die ich mir vor der Ausschreibung habe geben lassen, und weil ich in keinerlei Art und Weise die Ausschreibung beeinflussen wollte – und das auch nicht getan habe. Ich habe mich daher vor der Ausschreibung um Informationen gekümmert, damit ich dann, wenn es zu einer Ausschreibung kommen sollte, auch weiß, worum es geht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass das nicht unbedingt ein Plauderstündchen über den Geschmack von Kaffee gewesen sein kann, geht aus dem Schreiben selber hervor. Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr Minister, ich gestatte mir, Bezug zu nehmen auf Ihren Besuch am 11. Juni 2001 in unserem Werk in Manching sowie auf unseren Brief vom 13. Juni 2001, in welchem wir einen Vorschlag für eine Paketlösung zum Vorhaben Abfangjäger ankündigen. Unser Vorschlag der Paketlösung beinhaltet, wie besprochen – also ist das offensichtlich doch zur Sprache gekommen –, als Interimslösung die Lieferung und Betriebsunterstützung von 23 Luftfahrzeugen MiG-29 aus dem Bestand der deutschen Luftwaffe sowie ab dem Jahr 2007 die Lieferung von 18 Luftfahrzeugen Eurofighter als Ersatz für die Draken-Flugzeuge. – Zitatende.

Den Rest des Textes erspare ich mir, denn jetzt kommt meine nächste Frage.

Das übersandte Konvolut der Firma EADS heißt im Abschnitt 1 – ich nehme an, Sie kennen das, sonst leite ich es Ihnen gerne zu, damit Sie selber nachschauen können, ob ich richtig zitiert habe –: Lösungsvorschlag zum Vorhaben Abfangjäger der Republik Österreich.

Ich zitiere: Vor dem Hintergrund der vom Bundesministerium für Landesverteidigung beabsichtigten Außerdienststellung der Abfangjäger des Musters Draken beehrt sich EADS-Geschäftsbereich Militärflugzeuge zusammen mit der MiG Aircraft Production Support GmbH, MAPS, einem Gemeinschaftsunternehmen mit den Firmen RSK MiG/RosoboronExport, eine mögliche Alternativlösung zum Vorhaben Abfangjäger in Form eines Gesamtpaketes zu unterbreiten. – Zitatende.

Das übermittelt Ihnen EADS unter Bezug auf diese beiden russischen Firmen mit Schreiben vom 27. Juli, eingegangen bei Ihnen im Ministerium am 1. August.

Ein paar Tage später, am 17. August, übermittelt Ihnen dann die bereits erwähnte Firma RosoboronExport – wiederum an Sie, interessanterweise nicht an den sachlich zuständigen Verteidigungsminister – genau das, was offensichtlich dort besprochen wurde.

Nun meine Frage: Von wem ist die Initiative ausgegangen, dass ausgerechnet die von EADS hier erwähnten russischen Firmen sich nicht an den sachlich zuständigen Verteidigungsminister wenden, was jede normale große Rüstungsfirma in jedem anderen Land tun würde, sondern an den sachlich gar nicht zuständigen Finanzminister, der aber zufällig vorher bei jener Firma war, die genau dieses Angebot in ihre Unterlagen an den Finanzminister verpackt hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens, Herr Abgeordneter, ist das alles nicht neu, was Sie sagen. Ich habe Ihnen ja diese Unterlagen zur Verfügung gestellt, damit Sie genau sehen, was mir zugeschickt worden ist.

Zum Zweiten habe ich Ihnen die Termine genannt, die ich geführt habe. Unter anderem sind dort auch Termine mit MiG-Vertretern genannt, mit der russischen Vizepremierministerin. Und wenn Sie den Brief sehen, der aus dem Russischen übersetzt worden ist, den Sie auch vor sich liegen haben, dann sehen Sie, dass hier geschrieben wird: Sehr geehrter Herr Minister! Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie uns noch einmal, die bei den Vertretern unserer Länder mehrmals auf verschiedenen Ebenen besprochene Frage unserer Lieferung russischer Luftfahrtgeräte nach Österreich ... und so weiter. – Zitatende.

Also: zwischen Vertretern unserer Länder mehrmals auf verschiedenen Ebenen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Könnte das auch so sein oder so verstanden werden, dass diese Ebene über EADS hergestellt wurde?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich habe keine solchen Initiativen ergriffen. Ich habe die Russen nicht um dieses Papier gebeten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die russische Vizepremierministerin, deren Namen ich nicht aussprechen kann, der Ihnen aber vorliegen wird, damals mit riesiger Delegation bei mir war und dass darunter auch MiG-Vertreter gesessen sind und sie das natürlich angesprochen hat. Ja. Und dann haben sie mir dieses Papier geschickt.

Den Zusammenhang, den Sie herstellen, sehe ich ehrlich gesagt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das ein reiner zeitlicher Zufall?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann das nicht nachvollziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das mag ja sein, ich frage Sie daher: Ist das reiner Zufall? Dieser zeitliche Zusammenhang, dieser enge zeitliche Konnex, dieser textliche Konnex, der hier in diesen Unterlagen der Firma EADS aufscheint, würden Sie das als reinen Zufall bezeichnen, der mit Ihrem Besuch in Manching nichts zu tun hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, nochmals: Erstens kann ich es nicht nachvollziehen. Zum Zweiten, wenn ich das Schreiben der EADS mit den Beilagen und das Gespräch richtig in Erinnerung habe, dann haben die russische Flugzeuge aus dem Bestand der Deutschen Luftwaffe, die NATO-tauglich sind, angeboten. Ich gehe nicht davon aus, dass die MiG-Leute genau dieses gleiche Flugzeug angeboten haben, sondern die werden die russische MiG angeboten haben.

Also ich glaube, dass Sie von zwei verschiedenen Dingen sprechen, die Sie hier vermischen, aber bei genauerem Aktenstudium wahrscheinlich draufkommen werden, dass ich Recht habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich weiß schon.

Eine Frage noch: Sie haben in Beantwortung einer Frage von Kollegin Fekter gesagt, dass Sie bei dem Gespräch in Manching MiG ins Gespräch gebracht haben. (*BM Mag. Grasser: Bitte?*)

Sie haben in Beantwortung einer Frage Kollegin Fekter erklärt, Sie hätten bei dem Gespräch in Manching die MiG-Lösung ins Gespräch gebracht, nicht die Firma EADS.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich habe Frau Abgeordneter Fekter gesagt, dass ich mich dort in diesem Gespräch, genauso wie mit den Gripen-Leuten, erkundigt habe: Was halten die EADS-Vertreter von verschiedenen Flugzeugen? Was

halten sie zum Beispiel von der MiG, weil unsere Verteidiger die MiG überhaupt nicht dabei haben wollen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, MiG wurde nicht von EADS ins Gespräch gebracht, sondern von Ihnen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe im Gespräch dort auf der einen Seite über Finanzfragen gesprochen, auf der anderen Seite über Gegengeschäftsfragen (*Abg. Mag. Stadler: Wir werden viel Zeit brauchen!*), über Wertschöpfungsgeschichten, über Arbeitsplätze und so weiter. Ich habe Experten, die vor mir gesessen sind, gebeten: Sagt mir einmal: Was sind denn das überhaupt für Flugzeuge? Was ist denn der Unterschied zwischen einem Gripen, einem Eurofighter und einer MiG und einer F-16? Ich weiß nicht, ob Sie das im Detail wissen und beantworten können – ich konnte es nicht, deshalb habe ich mich interessiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist sicher üblich, dass, wenn man bei VW zum Beispiel ein Auto bestellt, dann auch noch über Honda und Mercedes und alles andere spricht, das erscheint absolut im Sinne der Lebenserfahrung. Ich will nur ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bin nichts bestellen gegangen und verbitte mir diese Unterstellung, die Sie gerade wieder gemacht haben! Ich habe mich **informiert**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, das ist ein psychisches Problem, wenn Sie glauben, dass jede Frage von mir schon eine Unterstellung sei. (*Bundesminister Mag. Grasser: Bei Ihnen ist das meistens so!*) Ich stelle klare Fragen – und Sie halten lange Referate. Ich habe einen irrsinnig langen Fragenkatalog, wir können das ad infinitum fortsetzen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was glauben Sie, was ich für eine Antwortpalette habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage lautet – noch einmal, und ich probiere es noch einmal, sonst komme ich halt in der nächsten Runde wieder darauf zurück –: Ist das ein reiner Zufall, dass die russische Firma am 17. August an Sie und nicht an den sachlich zuständigen Minister ein Angebot richtet, das korrespondiert mit der Darstellung, die Firma EADS wenige Tage vorher in dem Aktenkonvolut, das Ihnen übermittelt wurde, und in der zitierten Form dargestellt hat? Ist das ein reiner Zufall?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Diese Frage habe ich schon beantwortet, und ich habe Sie auch gebeten, die Akten im Detail zu studieren. Fragen Sie am besten die russische Firma, warum sie mir das geschickt hat. Ich kann nicht sagen, warum sie mir das schickt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, wir haben die Dinge im Detail studiert. Das heißt, jetzt frage ich noch einmal: Nicht EADS hat die MiG ins Gespräch gebracht, sondern Sie haben sie ins Gespräch gebracht? Das kann man mit einem reinen Ja oder Nein beantworten.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Bei Ihnen antworte ich ungern mit Ja oder Nein, weil wir kennen uns ja gut aus der Vergangenheit, und daher versuche ich auch immer zu interpretieren, was ich genau meine. Diese Frage habe ich Ihnen bereits beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fragen wir anders: Wer hat bei dem Gespräch als Erster MiG ins Gespräch gebracht?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe diese Frage bereits beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie – ist das richtig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe die Frage bereits beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das so zu verstehen, helfen Sie mir doch – Sie kennen mich ja schon lange, ich bin ein bisschen begriffsstützig –: Sie waren das? Habe ich das mit meinem Intellekt richtig erfasst?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Abgeordneter, das Protokoll nachzulesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das tun wir schon, nur keine Sorge. Diese Schnoddrigkeit reizt mich nicht wirklich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich passe schon auf, dass Ihre Rechte gewahrt bleiben und alles, aber ich sehe es als Ihre Aufgabe, dass Sie Fragen, auch wenn sie einmal ein bisschen heftiger vorgetragen werden, beantworten und nicht Empfehlungen zum Studium des Protokoll abgeben. Wir werden es auch ohne Empfehlung genau studieren, weil wir auf das Protokoll angewiesen sind.

Wir könnten jetzt wirklich Zeit sparen. Ich glaube, die Frage ist klar, ich muss sie nicht wiederholen, vielleicht geben Sie eine kurze Antwort darauf.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Mache ich sehr gerne, Herr Vorsitzender! Ich habe diesen Termin dort wahrgenommen – wie gesagt, auf Initiative des Herrn Wolf beziehungsweise des Herrn Bischoff –, bin dort gesessen, habe die gesamte Palette, die mit Abfangjägern zusammenhängt, von der Finanzierung auf der einen Seite über das Gegengeschäft auf der andere Seite, über die Standortrelevanz zum Dritten und natürlich auch: Was können die Flugzeuge, wodurch unterscheiden sich Flugzeuge?, angesprochen, und ich habe dort nicht nur die MiG angesprochen, sondern ich habe dort alle Flugzeugtypen, die in Diskussion waren, angesprochen; ich habe genauso auch die F-16 und andere Flugzeugtypen angesprochen. Und ich habe keine Initiative ergriffen für ein Schreiben eines russischen Vertreters oder eines EADS-Vertreters oder von sonst jemandem.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war nicht meine Frage. Wer hat ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Kollege Stadler, ich bitte, das in der nächsten Runde weiter zu klären, weil nämlich jetzt ich meine ersten Fragen stellen darf.

Ich bleibe gleich bei diesem Punkt, der eine spannende Geschichte ist.

Ist es richtig, dass bei dem Treffen am 11. Juni, über dessen Vorbereitung wir später noch sprechen werden, Ihnen von Seiten EADS das Programm Eurofighter präsentiert worden ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es war keine Präsentation dort, sondern es war der Erstkontakt, den ich dort hatte. Wir haben uns hingesetzt und haben eine Dreiviertelstunde oder Stunde – in dieser Größenordnung – Kaffee getrunken und über solch einen Beschaffungsvorgang diskutiert mit all den Punkten, die von Relevanz sind. Also wenn Ihre Frage darauf abgestellt hat: Hat es eine Präsentation gegeben? – Nein, die hat es dort nicht gegeben! Haben die ihr Produkt im Sinne dieser Power-Point-Geschichte, die mir zugeschickt worden ist, dargestellt und beschrieben, und als das beste angepriesen? – Klar.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das Produkt Eurofighter ist dargestellt worden.

Dann gibt es einen weiteren Schritt, denn es muss ja einen Grund haben, warum nicht damals bereits ein Paket Eurofighter/MiG präsentiert worden ist, warum es dann die Übereinkunft gegeben hat, ein Paket dieser Art für Sie vorzubereiten. Und die Frage ist

nicht unerheblich, Sie haben gesagt, Sie haben verschiedene andere Flugzeugtypen zur Sprache gebracht: Haben Sie in diesem Gespräch auch das Flugzeug MiG eingebracht?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nochmals: Das war dort keine Diskussion, wenn Sie das so meinen sollten, wo ich gefragt hätte: Wie kann denn ein Paket für Österreich ausschauen? Ich möchte schon noch einmal ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war nicht meine Frage.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, aber ich möchte noch einmal betonen, Herr Abgeordneter – damit Sie das Gespräch richtig einordnen können –: Ich bin dort hingefahren mit dem Siegfried Wolf, und eine der ersten Bemerkungen, die ich gemacht habe, war, dass ich gegen die Beschaffung von Flugzeugen bin ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben wir bereits gehört.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: ... und dass ich das ganz offen den EADS-Repräsentanten auch sagen will, damit sie wissen, woran wir sind.

Dann habe ich versucht, die Kompetenz der dort anwesenden Vertreter zu nutzen, um Informationen zu erlangen: Wodurch unterscheidet sich denn ein Eurofighter von einer F-16 oder F-18, von einer MiG und so weiter? In diesem Zusammenhang habe ich auch gefragt: Mein Ministerialrat Hillingrathner erzählt mir die ganze Zeit, dass die MiG ein gutes Flugzeug wäre. Können Sie sich vorstellen, dass das wirklich eine Lösung für Österreich sein könnte?, weil für mich damals klar war, dass Eurofighter so teuer sein würde, dass ich nicht damit gerechnet habe, dass die Bestbieter sein können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Genau das wollte ich von Ihnen erfahren. Jetzt sind wir einen wesentlichen Schritt weiter. Ich bin auch immer davon ausgegangen, dass das etwas mit Kosten zu tun haben muss, weil es ja einen ganz offensichtlichen Preisunterschied zwischen MiG und Eurofighter gibt, Sie als Finanzminister die Finanzinteressen dieser Republik vertreten, deshalb diese Frage gestellt haben. – Das ist eine Antwort, mit der bin ich jetzt zufrieden.

Ich komme dann auf den ganzen Punkt zurück, möchte aber vorher noch kurz etwas anderes fragen, was mir ausgesprochen unklar ist. Sie sind gefragt worden: Hat es eine politische Einigung in dieser Zeit auf 18 Stück gegeben? Und wenn mir Ihre Antwort richtig erinnerlich ist, haben Sie zweierlei gesagt: Erstens: Nein, es hat keine politische Einigung auf Regierungsebene auf 18 Stück gegeben. Zweitens, nachdem auf einen Akt hingewiesen worden ist, haben Sie erklärt – korrigieren Sie mich, wenn das unrichtig ist! –: Hätte ich etwas in dieser Art im Akt festgestellt, hätte ich eine Korrektur veranlasst. – Ist das richtig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe die Fragen alle schon beantwortet, wie Sie gesagt haben, aber ich mache es gerne noch einmal. Es hat keine ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nur gefragt, ob das so richtig ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, ich formuliere es nur lieber selbst, weil dann bin ich mir sicher.

Obmann Dr. Peter Pilz: Tun Sie das!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also erstens: Es hat keine politische Vereinbarung gegeben zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 2001, wie viel Stück man kaufen will. Ich wollte keines beziehungsweise möglichst wenige in der zweiten Phase, und der Herr Verteidigungsminister wollte 24 plus 6.

Hätte ich den Akt gesehen und darin gesehen, dass dort drinnen steht, 18 plus 6 wäre in einem politischen Gipfelgespräch vereinbart worden, dann hätte ich meine Beamten darauf aufmerksam gemacht, dass das nicht stimmt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, damit haben Sie mit eigenen Worten – und das ist auch vernünftiger – genau das bestätigt, was ich Sie gefragt habe.

Ich halte Ihnen Folgendes vor, einen Akt des Bundesministeriums für Finanzen, am 10. August 2001 unterzeichnet: für den Bundesminister – Mag. Pichler. Am Beginn dieses Aktes heißt es:

Einer politischen Vereinbarung auf Regierungsebene entsprechend soll lediglich eine Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional sechs zweisitzigen Schulflugzeugen ausgeschrieben werden.

Das ist also genau das, was wir jetzt gemeinsam besprochen haben. Ich zeige es Ihnen gerne. Warum haben Sie das – das ist ein Akt Ihrer Beamten im Finanzministerium – nicht korrigieren lassen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ganz einfach, weil ich den Akt nicht abgezeichnet habe und den Akt nicht gesehen habe, weil diese Dinge eine gewisse Automatik bei uns im Haus haben und weil meine Leute sich fachlich anschauen: Sind die gesamten gesetzlichen Voraussetzungen und Verpflichtungen und unsere Verantwortung erfüllt, ja oder nein?

Und dann machen sie ein entsprechendes Schreiben, wie das hier Mag. Pichler sicherlich bestmeinend gemacht hat. Zuallermeist geht das dann zuvor in das Kabinett des jeweiligen Ministers, und dort hat es offensichtlich Sepp Christl, wie Sie hier gesehen haben, abgezeichnet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich Sie hier bei diesem Punkt weiter fragen.

Wir haben dasselbe Stück in der Hand: Ministerbüro Dr. Christl, er zeichnet daneben ab, in Klammern steht: mit der Bitte um Information des Herrn Bundesministers für Finanzen.

Damit können wir nur die Bitte um Information und nicht die Information selbst feststellen; da müssen wir genau bleiben.

Hat jetzt diese Information über dieses Aktenstück an den Herrn Bundesminister für Finanzen stattgefunden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nur um Ihnen das System zu erklären: Erstens weiß ich nicht mehr, ob diese Information stattgefunden hat. Zum Zweiten ... – Ich weiß nicht, wie viele Akten wir jeden Tag produzieren, aber Sie können sich vorstellen, dass ein Finanzministerium mit etwa 1 000 Mitarbeitern, im Headquarter sitzend, in allen Angelegenheiten der Republik oder in fast allen befasst, natürlich laufend Akten produziert.

Daher funktioniert unser Informationssystem so, dass ich im Kabinett einen Mitarbeiter pro Sektion im Regelfall sitzen habe. Das heißt, einer ist für die Budgetsektion zuständig. In diesem Fall war es ein bisschen anders: Da haben wir einen gehabt für die Budgetsektion und den Sepp Christl für die Abfangjäger-Frage. Informiert werde ich dann, wenn es eine außergewöhnliche Frage von besonderer Relevanz gibt. Dann kommt ein Mitarbeiter und hält mir einen Akt hin. Das ist die absolute Ausnahme. Daher ist das auch sicherlich in diesem Fall nicht passiert, dass er mir das hingehalten hat, weil das für uns eher eine routinemäßige Erledigung ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf bei diesem Punkt fortsetzen.

Es ist nachzuweisen, dass diese „absolute Ausnahme“ in diesem Fall stattgefunden hat, und zwar ganz einfach: Herr Mag. Pichler hat am 10. August 2001 diesen Akt fertiggestellt. Handschriftlich hält er auf Seite 4 am 14.8. fest:

Auf Grund einer telefonischen Rücksprache mit Herrn Bundesminister für Finanzen soll der Punkt Alternativ-Anbot mit dem Hinweis der Zulässigkeit von nicht fabriksneuen Flugzeugen als Alternativ-Anbot ergänzt werden.

Mag. Pichler nimmt dann diese Seite, auf der das steht, heraus, schreibt eine neue Seite entsprechend Ihren Wünschen – die ist auch beim Akt –, und so wird der Akt fertiggestellt.

Das heißt, wir können nachweisen:

Erstens: Die politische Vereinbarung über 18 Flugzeuge steht in diesem Akt.

Zweitens: Sie haben diesen Akt detailliert persönlich studiert, nachdem er Ihnen von Dr. Christl vorgelegt worden ist.

Drittens: Sie haben selbst bis in Formulierungsvorschläge eine Änderung des Aktes vorgeschlagen und von Beamten verlangt.

Viertens: Der Beamte hat nachweislich diese Änderung des Aktes vorgenommen, das Blatt ausgetauscht. Wir haben das erste Blatt, und wir haben das Blatt, mit dem es ersetzt worden ist.

Und das, Herr Grasser, ist etwas, wo wir dann ein Problem bekommen, wenn Sie sagen – und das hat allen Anschein, dass diese Behauptung tatsachenwidrig ist –, Sie haben keinen Akt gelesen, in dem steht – und ich zitiere noch einmal wörtlich –:

Einer politischen Vereinbarung auf Regierungsebene entsprechend soll lediglich eine Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional sechs zweisitzigen Schulflugzeugen ausgeschrieben werden.

Sie haben diesen Akt **so** detailliert gelesen, dass Sie ihn sogar im Detail auf Seite 4 korrigieren haben lassen. Das stelle ich nur fest, das ist jetzt im Protokoll, und wir werden versuchen, weiter der Frage auf den Grund zu gehen, was es mit dieser ominösen politischen Vereinbarung über 18 Stück auf sich hat, von der Herr Hillingrathner an mehreren Punkten sagt, es habe sie gegeben, und sogar auf den Bundeskanzler, die Frau Vizekanzler und den Bundesminister für Landesverteidigung verweist; ich kann Ihnen auch dieses Stück gerne vorlegen.

Und Sie behaupten: Hätten Sie das gelesen, hätten Sie das korrigiert. Das haben Sie ganz offensichtlich nicht getan.

Möchten Sie dazu etwas feststellen, oder möchten Sie möglicherweise diese Erklärung von vorher korrigieren?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Mehrfaches möchte ich dazu feststellen, Herr Pilz. Nämlich dass Ihre Aussagen **nicht** korrekt sind, **nicht** der Wahrheit und **nicht** der Historie entsprechen, denn wenn das der Fall gewesen wäre, dass ich diesen Akt persönlich im Detail studiert hätte, dann gehe ich einmal davon aus, dass ich diesen Akt auch persönlich abgezeichnet hätte. Wenn Sie sich den Aktendeckel anschauen, dann steht dort drauf: Dr. Christl, mit der Bitte um Information des Bundesministers, und dann sehen Sie die Paraphe des Herrn Dr. Christl und nicht meine eigene Paraphe.

Wenn Sie auf den Punkt Alternativ-Angebot hingewiesen haben und auf ein entsprechendes Telefonat, das ich mit Pichler geführt habe, dann halte ich sehr deutlich fest, dass es eine andere Frage ist, die hier zwischen mir und Pichler unter

Umständen diskutiert worden sein könnte, nämlich die Frage des Alternativ-Angebotes, und nicht die Frage der 18 plus 6, um das sehr klar dazuzusagen.

Dritte Bemerkung: Sie kennen Akten, die wir Ihnen übermittelt haben, und Sie kennen daher auch Akten, wo meine Paraphe drauf ist. Wenn Sie sich zum Beispiel den Akt vor Augen führen, wo es eine Empfehlung meines Hauses gegeben hat für „Bestbieter“ – unter Anführungszeichen – F-16 Midlife Update, zweiter: Eurofighter, dritter: Nicht-Empfehlung Gripen, dann sehen Sie, da gibt es eine Paraphe von mir, weil der Akt dem Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser vorgeschrieben wurde und von mir auch entsprechend gefertigt wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Vierte Bemerkung, wenn ich vielleicht ausreden darf, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber ich ersuche Sie trotzdem, Sie haben eine einleitende Erklärung gehabt ... (Abg. Dr. **Fekter:** Lassen Sie ihn doch antworten! Sie werfen ihm vier Punkte vor, er widerlegt sie im Detail – und darf das nicht!? – Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. **Sonnberger.**)

Bitte, das unterstützende Geschrei einzustellen! – Herr Grasser ist am Wort. (Abg. Dr. **Sonnberger:** Dann führen Sie sich gescheit auf! Der hat „Manieren“!)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Vierte Bemerkung, Herr Abgeordneter: Erklären Sie mir die Logik Ihrer Aussage! Wenn der Bundesminister für Finanzen eine Ausschreibung freigeben kann und wenn es eine politische Vereinbarung gegeben hätte zwischen dem Kanzler, dem Verteidigungsminister und mir, um nur drei zu nennen, dann hätte der Bundesminister für Finanzen wohl logischerweise, wenn er vorher alles getan hätte, damit es zu dieser Vereinbarung kommt, eine Ausschreibung auf 24 plus sechs nicht freigegeben! Entschuldigung, aber das ist ganz klar vor Augen und in jeder Logik nachvollziehbar: Das tut man dann nicht!

Wenn ein Verteidigungsminister nachweisbar über alle Strecken 30 Stück kaufen will und ich mich bemüht hätte, eine Vereinbarung vor Ausschreibung zustande zu bekommen, die auf 18 oder 18 plus sechs lautet, und ich wäre erfolgreich gewesen, ja, dann glauben Sie, dass ich das nicht zur Verpflichtung gemacht hätte für die Freigabe der Ausschreibung?!

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zu den Inhalten ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Selbstverständlich hätte ich das gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und daher habe ich aus meiner Sicht sehr klar dargestellt, dass Sie falsifiziert worden sind in Ihren Aussagen, die Sie hier getroffen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: So. Ich habe Ihnen jetzt die Möglichkeit einer sehr ausführlichen Erklärung gegeben.

Mein Vorhalt war ein völlig anderer und hat mit keinem einzigen Satz Ihrer Erklärung zu tun. Das wären mögliche Antworten auf Sachfragen zu den 18 Stück oder 18 plus optional sechs. Meine Feststellung hat etwas anderes betroffen, nämlich dass auf Grund dessen, was Sie hier erklärt haben und wiederholt haben, und aufgrund dessen, was ich Ihnen vorgehalten habe, zumindest für mich der begründete Verdacht entsteht, dass Sie, ob jetzt vorsätzlich oder nicht, den Ausschuss in einer Frage, von der ich noch nicht einmal qualifizieren will, ob sie wichtig oder unwichtig ist, falsch informiert

haben. (Abg. Dr. **Fekter**: Das ist die Unwahrheit! – Abg. Dr. **Sonnberger**: Das ist eine Behauptung!)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das weise ich massiv zurück, Herr Abgeordneter!

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieser Punkt, Herr Grasser, ist eine Frage, die uns jetzt nicht weiter beschäftigen soll. (Abg. Dr. **Fekter**: Das ist die Unwahrheit!)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber das weise ich massiv zurück, Herr Abgeordneter, und ich ersuche Sie, den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Verteidigungsminister außer Dienst Scheibner zu befragen, und es würde mich sehr wundern, wenn die zwei bestätigen würden, dass es eine solche Vereinbarung gegeben hat. – Es hat sie **nicht gegeben!** (Abg. Dr. **Fekter**: Das ist eine verleumderische Unterstellung, Herr Vorsitzender!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, wir werden sie alle befragen. Aber es ist wichtig und notwendig, Ihre Erklärungen vor dem Ausschuss mit den Akten, Unterlagen und den Hinweisen auf Ihre Tätigkeit gegenüber den Beamten zu überprüfen und einfach zu überprüfen, ob Ihre Erklärungen erstens plausibel sind und zweitens der Wahrheit entsprechen. Das habe ich versucht. (Abg. Dr. **Fekter**: Dann hören Sie zu bei der Antwort!) Wie das der Ausschuss abschließend würdigt, steht derzeit nicht zur Diskussion, und ich enthalte mich auch einer vorgezogenen Wertung. (Abg. Dr. **Fekter**: Das ist aber jetzt lächerlich!)

So – nächster Punkt. (Abg. Dr. **Fekter**: Verleumder Pilz! – Heftige Zwischenrufe bei der FPÖ und den Grünen. – Abg. Dr. **Fekter**: Aber so ist es! – Abg. Dr. **Sonnberger**: So ist es! – Abg. Dr. **Haimbuchner**: Das ist ein strafrechtlicher Vorwurf! – Abg. Mag. **Stadler**: Jetzt ist aber ein Ordnungsruf fällig! – Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. **Sonnberger**.)

Frau Abgeordnete Fekter, Verleumdung ist der Vorwurf einer strafbaren Handlung. (Abg. Dr. **Fekter**: Aber das haben Sie gerade gemacht!) Sie haben jetzt zwei Möglichkeiten: das entweder in aller Form zurückzunehmen ... (Abg. Dr. **Fekter**: Nein, nehme ich nicht zurück, und zwar deshalb, weil Minister Grasser beantwortet hat und Sie ihm dann vorgeworfen haben, er habe den Ausschuss falsch informiert! Und das ist eine Verleumdung, die Sie Grasser unterstellt haben! – Zwischenruf des Abg. Dr. **Sonnberger**.)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe Sie nicht gefragt, warum.

Für den Ausdruck „Verleumder“ und damit die Unterstellung einer strafbaren Handlung – es tut mir Leid, dass das mich betrifft – erteile ich Ihnen einen **Ordnungsruf**, wie ich das bei allen Abgeordneten in diesem Raum tun werde ... (Abg. Dr. **Sonnberger**: Sie haben dem Herrn Grasser unterstellt, dass er die Unwahrheit gesagt hätte! Herr Pilz, Sie können dem Minister ...! – Abg. Dr. **Fekter**: Furchtbar! Furchtbar! Halten Sie sich doch an die Wahrheit! – Abg. Dr. **Sonnberger**: Was ist das für eine Vorsitzführung?)

Ich mache Sie auf eines aufmerksam: Sie helfen dem Finanzminister nicht, wenn Sie dann, wenn es um einen heiklen Bereich geht, der noch nicht einmal vom Ausschuss bewertet worden ist, wo nur anhand von Akten eine konkrete, mehrmals nachgefragte Erklärung überprüft wird, wenn Sie an diesem Punkt, wo es nur um eine sachliche Klärung unter Gegenüberstellung von Akten, Aktenvermerken und nachweislich getätigten Aussagen geht, wenn Sie an diesem Punkt versuchen, ein bis jetzt von allen Seiten in aller Ruhe geführtes Verfahren bewusst zu stören.

Das ist nicht im Sinne des Ausschusses und nicht im Sinne der Verfahrensordnung. (Abg. Dr. **Fekter**: Nein, Herr Dr. Strasser, bitte! – Abg. Dr. **Sonnberger**: Stimmt nicht! Das ist eine falsche Darstellung! – Abg. Dr. **Fekter**: Herr Dr. Strasser, bitte! Ich habe eine Frage an den Verfahrensanwalt!)

Wenn Sie sich an den Verfahrensanwalt wenden, dann ist das Ihr gutes Recht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Vorsitzende hat dem Zeugen unterstellt beziehungsweise in den Mund gelegt, er hätte einen Akt im Detail genau gelesen und dann den Ausschuss falsch informiert. (Abg. Dr. **Sonnberger**: Richtig! So war es!) Diese Unterstellungen hat der Zeuge **im Detail** widerlegt und erklärt, warum er ihn nicht gelesen hat, dass im Hinblick auf die Schlussfolgerungen der Herr Kollege Pilz nicht korrekte Schlussfolgerungen zieht. Und dann hat ihm der Vorsitzende **nochmals** vorgehalten, er hätte den Ausschuss falsch informiert. (Abg. Dr. **Sonnberger**: Das war eine reine Wertung!) Und das ist eine reine Verleumdung gewesen.

Ich ersuche Dr. Strasser, dafür Sorge zu tragen, dass sich auch Kollege Pilz an eine korrekte Fragestellung hält und von Bewertungen und Unterstellungen an Zeugen Abstand nimmt!

Obmann Dr. Peter Pilz: Bevor ich Herrn Dr. Strasser, wie gewünscht, das Wort erteile, stelle ich noch einmal fest, dass es Aufgabe des Ausschusses sein wird, im Verfahren der Beweiswürdigung und der Bewertung der einzelnen Aussagen, die wir nicht jetzt durchführen, sondern am Ende nach den öffentlichen Befragungen, zu bewerten und zu würdigen, ob der Finanzminister hier den Tatsachen und der Wahrheit entsprechend Erklärungen abgegeben hat. (Abg. Dr. **Fekter**: Das ist jetzt schon der Rückzieher, oder wie? Jetzt kratzt er die Kurve, der Pilz!)

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Meine Damen und Herren! Es ist Anlass für mich, ein grundsätzliches Statement abzugeben. Der Rechtsschutz gehört zu den elementaren Existenzgrundlagen und Aufgaben der Staaten. Österreich ist ein traditioneller Rechtsschutzstaat und hat mit dieser Verfahrensordnung, die für den Untersuchungsausschuss gilt, einen bedeutenden Schritt in Richtung eines Rechtsschutzes im Bereich der Ausübung des Enqueterechtes gesetzt.

Der Untersuchungsausschuss als Suborgan des gesetzgebenden Staatsorganes führt ein Ermittlungsverfahren durch, das im Bereich der Gesetzesvollziehung etwa einem Ermittlungsverfahren in einem gerichtlichen Verfahren entspricht, mit den entsprechenden Verfahrensgarantien, und der Untersuchungsausschuss hat aufgrund dieses Ermittlungsverfahrens in freier Überzeugung – das ist die Definition der freien Beweiswürdigung; siehe § 258 Strafprozessordnung, § 272 Zivilprozessordnung, § 45 Abs. 1 des Allgemeinen Verfahrensgesetzes – seine Schlussfolgerungen zu ziehen, diese Schlussfolgerungen selbstverständlich aufgrund subjektiven Eindruckes. Dieser subjektive Eindruck muss aber intersubjektiv verständlich sein, plausibel sein.

Diesen Aufgaben des Untersuchungsausschusses steht grundsätzlich entgegen, dass sich die einzelnen Mitglieder des Untersuchungsausschusses von parteipolitischen Erwägungen leiten lassen.

Es ist eine Herausforderung für den Untersuchungsausschuss, dieses Spannungsfeld zu überwinden. Und es kann das nur geschehen in steter Besinnung auf das Objektivitätsgebot.

Ich habe auf eine Frage einer Reporterin, der ich am Beginn meiner Tätigkeit ein Interview gegeben habe – dieser Teil des Interviews ist nicht veröffentlicht worden –: Sehen Sie nicht die Gefahr, dass bei parteiöffentlichen Vernehmungen einzelne Abgeordnete dies für eine parteipolitischen Inszenierung missbrauchen könnten oder

dass Auskunftspersonen als Beschuldigte behandelt werden?, gesagt: Wie ich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses kenne, sehe ich diese Gefahr nicht.

Ich sehe diese Gefahr auch heute nicht. Ich möchte nicht sagen, dass das ein frommer Wunsch ans Christkind ist.

In der letzten Viertelstunde hatte es den Anschein, als ob der Untersuchungsausschuss wieder in eine Situation kommen könnte, wie das in der Vergangenheit war und – wogegen man ja diese Verfahrensordnung eingeführt hatte! – in eine Art politisches Tribunal abgleiten könnte.

Ich meine daher, es ist Aufgabe der Beweiswürdigung des Untersuchungsausschusses, später festzustellen, ob Aussagen glaubwürdig sind oder nicht. Es ist selbstverständlich das Recht und die Pflicht des jeweiligen Vernehmenden, darauf hinzuweisen, dass Widersprüche bestehen. – Das ist im Wesentlichen geschehen. So genau habe ich das jetzt im Augenblick gar nicht in Erinnerung, weil ich gewisse Dinge vielleicht auch gar nicht hören will.

Sie erinnern sich vielleicht daran, dass ich ganz am Anfang einmal gesagt habe: Ich habe Erfahrungen in der Politik, weil ich über ein Vierteljahrhundert Landesvertreter der Richter und Staatsanwälte war und weil ich letztlich ja immerhin der ranghöchste Staatsanwalt in dieser Republik war.

Ich lege die Worte von Politikern nicht immer auf die Waagschale. Es sind auch hier immer Worte von Politikern – auch auf der Seite des Vernommenen, wie etwa hier. Ich meine, dass Zurückhaltung geboten ist, stetige Besinnung auf das Objektivitätsgebot und letztlich: Die Beweiswürdigung ist erst am Schluss.

Und während der Vernehmungen: Natürlich kann man mit entsprechendem Nachdruck auf Widersprüche hinweisen und die Meinung äußern aufseiten des Fragenden, dass der Widerspruch nicht aufgeklärt ist. Das ist der subjektive Eindruck. Es ist andererseits aber nichts damit getan, wenn der Vorwurf erhoben wird, es hat die Auskunftsperson den Untersuchungs... – auf gut deutsch gesagt – angelogen. Und genauso wenig bringt es irgendetwas, wenn hier in dem Untersuchungsausschuss gesagt wird: Der Betreffende ist ein Verleumder.

Das sind überschießende Qualifikationen, die nur dadurch zu erklären sind, dass es sich eben zu einem gewissen Teilbereich hier doch um ein politisches Verfahren handelt. Das ist meine Meinung dazu – zu der stehe ich und bin auch jederzeit bereit sie zu wiederholen. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Haimbuchner.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für diese Klarstellung.

Wir setzen mit der Befragung fort: Wir haben die wesentlichen Antworten und Hinweise auf die Akten im Protokoll, und genau wie es Dr. Strasser gesagt hat, werden wir auch auf diesen von mir genannten Punkt und auf diese von mir angesprochenen Widersprüche bei der Beweiswürdigung zur Erstellung des Abschlussberichtes an das Plenum des Nationalrates zurückkommen. – So, das ist jetzt dieser Punkt.

Herr Grasser, der nächste Punkt ist: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ... Sie sind ja relativ viel zu diesem Akt der so genannten Paketlösung gefragt worden – diese umfangreiche Darstellung von EADS und die dazu gehörenden Schriftstücke.

Ist es richtig, dass Sie auf eine Frage festgestellt haben, der Akt an sich sei von der Sache her nicht wirklich wichtig?

Bundesminister Mag. Karl Heinz Grasser: Ich darf zunächst nochmals – damit ich das auch von meiner Seite beende – sehr klar für mich festhalten, dass es keinen Widerspruch in meinen Aussagen gegeben hat, sondern dass ich sehr klar und

stringent war in dieser Frage **18 plus 6** und politische Vereinbarung, und mir daher von niemanden in parteipolitischer Motivation unterstellen lasse, dass ich dem Ausschuss die Unwahrheit sage. Ich sage selbstverständlich dem Ausschuss die Wahrheit, sage hier aus nach bestem Wissen und Gewissen.

Die Frage nach der Paketlösung: Aus meiner Sicht ist dieses Schreiben der EADS mit den Beilagen absolut irrelevant, hatte auch nichts mit der späteren Ausschreibung zu tun – und auch nichts mit der späteren Typenentscheidung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde mit diesem Fragenkomplex in einer nächsten Runde fortsetzen. (*Verfahrensanwalt Dr. Strasser spricht mit dem Obmann.*) Letzte Bemerkung, Herr Grasser: Weder Sie, noch ich – das gilt aber schon für Sie auch! – werden hier würdigen, ob es hier Widersprüche gibt und ob eine Beantwortung von Fragen glaubwürdig ist. Das ist eine Frage der freien Beweiswürdigung durch den Ausschuss in seiner Gesamtheit. Und keiner von uns beiden wird bestimmen, wie diese Beweiswürdigung auszusehen hat.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Herr Bundesminister, die Gegengeschäfte haben sowohl Sektionschef Steger, als auch Ministerialrat Hillingrathner angesprochen, dass Sie von Anfang an Wert gelegt haben auf die Möglichkeit der Gegengeschäfte – und wenn ein solches Geschäft, wenn wir ein Flugzeug beschaffen müssen, dann müssen Gegengeschäfte entsprechend Berücksichtigung finden. Was auch Ihren Ausführungen zu entnehmen war, dass Sie auf Wirtschaft und Arbeitsplatz und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes entsprechend als Finanzminister Wert legen. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Frage ist: Wie weit war Ihnen bekannt, dass es aus dem MiG-Geschäft es eine Information gegeben hat, dass man 250 Prozent Gegengeschäfte angeboten hätte. Allerdings hat uns das Herr Hillingrathner mitgeteilt, und ich nicht weiß, ob die Information bis zu Ihnen gelangt ist. – Deswegen frage ich das.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ehrlich gesagt kann ich es nicht mehr beantworten und kann mich nicht mehr erinnern, ob Hillingrathner das mitgeteilt hat oder nicht. – Es ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Eine zweite Angelegenheit: Die Betriebskosten bei einer solchen Beschaffung, also die Life-Cycle-Costs sind natürlich eine besondere Angelegenheit, weil ja die Beschaffung der eine Teil ist und die Betriebskosten ein wesentlicher zweiter Teil. Jetzt haben unsere Befragungen ergeben, dass es äußerst schwierig sei – so jene die sich damit auseinandersetzen mussten seitens des Verteidigungsministeriums –, Vergleiche oder überhaupt generell eine Bewertung dieser Life-Cycle-Costs vorzunehmen.

Hat man vom Finanzministerium diesbezüglich Überlegungen gehabt, diesen Versuch zu bewerten beziehungsweise eventuell zu vergleichen, wenn es solche Bewertungskriterien gegeben hätte?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wir haben es oft eingefordert und haben sehr klar zum Ausdruck gebracht in verschiedenen Schriftstücken, dass die Life-Cycle-Costs eine Frage natürlich von großem Interesse sind, und wir hätten es gerne auch in der Bewertung natürlich dabei gehabt. Ich habe dem Untersuchungsausschuss auch Aktenvermerke vermittelt, die aber eine spätere Phase betreffen – nämlich die der Typenentscheidung –, wo klar hervorgeht auch, dass wir das Verteidigungsministerium oft angesprochen haben: Na, wie hoch sind die Life-Cycle-Costs bei den verschiedenen Produkten?

Mein Wissen ist allerdings das, dass am Ende des Tages die Ausschreibung ohne dieses Kriterium der Life-Cycle-Costs bewertet worden ist.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Es war ein Soll-Kriterium, das dann bei der Entscheidung keine Rolle gespielt hat, aber es wurde gefordert, dass bekannt gegeben werde, das daraus erwächst, dass bei verschiedenen Anbietern eben größere Differenzen aufgeschienen sind.

Ich habe ein wenig den Eindruck gehabt, dass die Informationstätigkeit zwischen Herrn Ministerialrat und Sektionschef eben Steger und Hillingrathner nicht in dem Ausmaß funktioniert hat, wie das vielleicht wünschenswert gewesen wäre.

Können Sie hier sagen, dass hier eine bessere Kommunikation förderlich gewesen wäre?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Zwischen Steger und Hillingrathner? (Abg. **Murauer:** Ja!)

Also, ehrlich gesagt war aus meiner Erwartungshaltung sehr klar, dass sich der zuständige Sektionschef um seine Abteilung kümmert, sich um ein derart großes Beschaffungsvorhaben kümmert und sich dieser Frage annimmt. Wir haben im Lauf der letzten Jahre Stunden mit Diskussionen verbracht zu Fragen geringerer finanzieller Relevanz. So ist es aus meiner Sicht klare Verantwortung eines Sektionschefs, sich in dieser Frage zumindest vollinhaltlich informieren zu lassen und sich ein eigenes Bild darüber zu machen. Ich bin auch davon ausgegangen, dass das so war, und habe deswegen zu entscheidenden Zeitpunkten Wert darauf gelegt, dass der Sektionschef die entsprechenden Akten persönlich abzeichnet, damit das den ganz normalen Weg durch das Haus geht, aber sozusagen im persönlichen Bereich – das ist immer eine subjektive Feststellung – ist mein Eindruck schon, dass Steger und Hillingrathner nicht gut miteinander können beziehungsweise konnten.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Es sind ja einige Schriftstücke verlustig gegangen.

Kollege Stadler weist ja immer wieder darauf hin und wiederholt – und der Vorsitzende lässt es zu – auch die Ankündigung, dass Stadler bis in die frühen Morgenstunden Zeit hätte. Die Frage ist, ob wir, die anderen Mitglieder dies zu tolerieren hätten.

Die Kopien sind hier. Das heißt, es hat ein Original gegeben, sonst gäbe es keine Kopien. So, denke ich, liege ich richtig. In welchem Verhältnis, wäre interessant: Wie viele Stück sind jetzt nicht im Original auffindbar und wie viele Stück haben Sie uns aus Ihrem Haus geliefert? Nur, dass man vielleicht ein wenig das Verhältnis feststellt, falls man so etwas ungefähr beantworten kann.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Mein Wissen von heute ist, dass der EADS-Brief mit den Beilagen im Original fehlt, aber in Kopie vollinhaltlich selbstverständlich zur Verfügung gestellt wurde. Das heißt, diese Information ist zu 100 Prozent da.

Tatsächlich fehlt offensichtlich ein Schreiben, das EADS zwei Tage, glaube ich, nach dem Besuch an mich gerichtet hat. Das haben wir gebeten, uns von EADS zur Verfügung zu stellen.

Ich wusste bis heute nicht, dass es ein Non-Paper gibt und dass Sie das nicht haben. Das muss ich, wie gesagt, mit Sektionschef Steger besprechen, warum Sie das in Ihren Unterlagen nicht finden. (Obmann Dr. **Pilz** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Was haben wir übermittelt? – Ich glaube, wir haben zwölf Kisten übermittelt, die etwas größer als ein A-4-Format haben – Größenordnung: Kisten in dieser Form (*die Auskunftsperson macht eine dazu passende Handbewegung*), mit sicherlich Tausenden Seiten Papier der Größenordnung von 400 oder mehr Akten. Das heißt – das ist jetzt schwer zu sagen und natürlich keine präzise ... (Abg. Dr. **Jarolim:** Sie sind

im Haus! Sie können sie anschauen!) Nur damit ich versuche, nichts falsch zu machen!
(Abg. **Murauer** – *in Richtung des Abg. Dr. Jarolim* –: *Sie wären so freundlich ...!*)

Aber das heißt, es ist im Promillebereich – überhaupt keine Frage! –, und die wesentliche Aussage: Das Hohe Haus hat selbstverständlich alle relevanten und entscheidenden Informationen zu 100 Prozent.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP) – (*in Richtung des Abg. Dr. Jarolim*) –: Sie sind dann so nett und zeigen mir das, dass wir die gleiche Information haben!

Ich frage das deswegen, weil Hillingrathner ganz explizit darauf aufmerksam gemacht hat, dass gerade im Ministerium und vom Minister ausgehend der besondere Hinweis gekommen ist, dass alles ganz genau, akribisch, doppelt und dreifach abgesichert zu erledigen ist, und er diese Situation sogar – Anführungszeichen – „bedauert“ hat, weil es ein wesentlicher Mehraufwand für ihn bedeutet hat. Darüber hinaus war seine persönliche Meinung, dass 24 Flieger – so hat er als Fachmann ..., als solchen hat er sich ausgegeben – die richtige Anzahl gewesen wäre, dass wir in Österreich brauchen. Dies so weit zu meinen Überlegungen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Dann darf ich vielleicht noch abschließend von meiner Seite sagen: Jeder, der sich die Mühe macht, die Akten zu studieren, die wir übersandt haben, der kommt drauf, dass es tatsächlich die Rolle des BMF war, im Hinblick auf die Sensibilität und die Größe dieser Investition eben ein penibles Verfahren, einen objektiven Verfahrensverlauf, eine objektive Vergabe, eine neutrale Behandlung aller Bieter sicherzustellen. Ich glaube, dass wir dazu auch unseren Beitrag geleistet haben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Bundesminister, es war jetzt wieder die Rede von diesem EADS-Brief, der da nicht mehr im Original vorhanden ist – und so mehr oder weniger die Zusammenfassung: Na gut, eine solche Menge Akten, und ein Original fehlt.

Nur, eines ist schon zu bemerken, dass es hier eine Mitarbeiterin Ihres Hauses gibt, die sich beim dritten Mal dann zum Safe gestellt und gesagt hat: Und jetzt gehe ich nicht mehr weg, bevor nicht dieses Stück im Safe ist, sonst verschwindet es wieder! – Das ist ja nicht etwas, was einfach halt passiert ist, sondern das ist ja auch den Mitarbeitern schon etwas eigenartig vorgekommen – um das einmal so zu sagen.

Um bei dem Brief zu bleiben, Herr Bundesminister: Sie haben gemeint, dass der wieder zurückgegangen ist zu Hillingrathner mit der Aufforderung Ihrerseits, eine Analyse durchzuführen. – Habe ich das so richtig im Kopf?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nicht der Brief, den wir nicht haben, sondern der vom 27. Juli.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also den wir nicht haben, glaube ich nicht, dass Sie den zurückschicken können. Aber es steht auf dem Brief oben drauf: Dr. Hillingrathner zur Information.

Jetzt meine Frage – ganz einfach: Sollte jetzt nur Hillingrathner diesen Brief zur Information bekommen oder haben Sie verlangt, dass eine Analyse passiert?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens gestatten Sie nochmals die Bemerkung – wir haben es schon mehrfach abgehandelt heute, aber weil Sie sagen, eigenartig und Akt verschwunden und so weiter: Ich hoffe schon, dass wir beide einer Meinung sind, dass sehr klar bewiesen ist – schwarz auf weiß –, dass ich dieses Originalstück in das Haus geleitet habe, dass es auf diesem Weg von mir physisch übermittelt in das Haus gekommen ist, dort mit einer Aktenzahl entsprechend versehen

worden ist, und erst so zu einem Akt im Finanzministerium werden konnte. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Darmann übernimmt den Vorsitz.*)

Ich habe an anderer Stelle ausgeführt, dass das einmalige „Verschwinden“ – unter Anführungszeichen – offensichtlich von der Abteilung zur Kanzlei schon überhaupt nichts mit dem Kabinett oder mir selbst zu tun haben kann. Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass es eigenartig ist, warum das so passiert ist, aber ich finde es auch eigenartig, warum ein anderes Schriftstück, auf das der Abgeordnete Stadler hingewiesen hat, diese Non-Paper, nicht da ist – das muss man sich ansehen.

In Summe gilt ja schon, glaube ich, die berechtigte Betonung: Wenn man zwölf Kisten an Material überliefert, dann möge man uns gestatten, dass hier – weiß ich nicht – ein, zwei Promille im Aktenverlauf nicht ganz hundertprozentig korrekt passiert ist. (*Abg. Dr. Jarolim: Es kommt auf die Wesentlichkeit an!*)

Wesentlichkeit ja, da bin ich völlig bei Ihnen, und ich glaube, dass alles, was von Relevanz und wesentlich ist für die Entscheidung, dem Ausschuss überhaupt zu 100 Prozent vorliegt – das ist meine Überzeugung.

Habe ich eine Analyse verlangt oder eine Information? Ich habe es – meines Wissens – dem Herrn Hillingrathner schicken lassen und gebeten darum: Gib mir eine Information, wie siehst du das? – Und er hat mir dann eine Information geschrieben. Ich glaube nicht, dass er mir eine Information einfach aus eigenem Antrieb machen würde.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): In diesem Schreiben war auch die Rede von diesen 18 Luftfahrzeugen Eurofighter als Ersatz für die Draken. In derselben Zeit – wurde auch heute schon hier des Öfteren zitiert –, von Ihnen geschrieben an den Herrn Hillingrathner: Nochmals klar, am Ende des Verfahrens sollten es 18 Stück sein.

Und die 18 Stück ziehen sich durch diese Zeit. Natürlich: Einmal – ist mir bekannt, ich müsste das noch einmal suchen – ist auch sogar von sechs Stück die Rede! (*BM Mag. Grassner: Zwölf!*)

Von zwölf Stück – von sechs Stück wurde hinter den Kulissen geredet.

Jetzt frage ich mich schon: Es ist immer wieder von Ihnen in Ihrem Bereich die Rede von 18 Stück bis hin zu folgender Feststellung des Herrn Sektionschefs Steger, der sich durchaus sehr intensiv auch mit dem Thema beschäftigt hat und uns auch interessanterweise die Chronologie der Abfangjäger entsprechend seinem Kalender und seiner Mitschrift zur Verfügung gestellt hat. – Es ist ja nicht so, dass er sich damit nicht beschäftigt hätte, was erstens einmal durchgeklungen ist. (*Abg. Murauer: Das glaube ich nicht!*) Am 12. September schreibt uns Herr Sektionschef Steger Folgendes in seiner Chronologie. – Sie haben die Chronologie des Sektionschefs vor sich? – Die Chronologie Abfangjäger von Sektionschef Steger kennen Sie, die er heute dem Ausschuss zur Verfügung gestellt hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Können Sie mir eine Aktenzahl sagen?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich darf das zitieren und gebe sie Ihnen dann.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassner: Ich kenne das Papier nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Da es so viele Termine und so viele Berichte gab, hat uns das der Herr Sektionschef liebenswerterweise zur Verfügung gestellt. Und da schreibt er am 12. September, keine Uhrzeit notiert, über diese Besprechung:

Anwesend war HBMF, Hilli, Hofer, Christl, Oberleitner. Der Bundesminister will Punktation für Vereinbarung mit Scheibner. Inhalt: Zugeschlagen werden, wenn überhaupt, 18 plus sechs, nicht 24 plus sechs. Alternativangebote: Mindestens vier Anbieter sollen realistisch anbieten können. Eurofighter nicht ausschließen, das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können. 120 Tage Angebotsfrist inklusive Hearing. – Zitatende.

Das finden wir hier in den Aufzeichnungen des Sektionschefs.

Sie sagen – und nicht nur Sie, wir haben das auch schon von anderen gehört –, dass es keinerlei Abmachung auf höchster Ebene, keine Festlegung auf diese 18 gegeben hat. Und immer wieder kommen diese 18. Und dann ist es doch tatsächlich so weit, dass diese 18 auch bestellt werden. Wie erklären Sie sich das?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens habe ich das beantwortet, zweitens ist die Geschichte, glaube ich, wirklich sehr einfach verständlich nachvollziehbar. So habe ich es auch versucht, zu sagen. Ich mache es gerne noch einmal.

Das Verteidigungsministerium wollte 24 plus sechs, also 30. Ich habe vorhin ausgeführt, dass wir im Haus die Diskussion geführt und auch versucht haben, Experteninformationen zu bekommen, was denn die Untergrenze dessen ist, was Sinn macht. Da ist, wenn Sie sich die Akten anschauen, manchmal von zwölf Stück die Rede – ich glaube, zweimal ist in den Akten von zwölf Stück die Rede –, und es ist zumeist die Rede – da haben Sie völlig Recht – von 18 Stück.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): ... eigentlich immer im Zusammenhang ...

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Ist es wirklich gewünscht, dass das noch einmal beantwortet wird? Das wurde ja heute schon mehrfach beantwortet.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich habe da dem Herrn Finanzminister einen ganz konkreten Hinweis des Herrn Sektionschefs auf das Tagebuch vorgelegt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Punkt eins: Klar, wir hatten eine Zielsetzung im Finanzministerium. Erstens: keine Flieger. Zweitens: Wenn es geht, so wenige wie möglich. Und da ist zweimal die Rede von zwölf gewesen und vielfach von 18. Warum? – Ich habe die Erklärung heute gegeben: drei nördlich der Alpen, drei südlich der Alpen ist gleich sechs. Uns wurde von den Verteidigern gesagt, ein Drittel fliegt, ein Drittel ist im Service und ein Drittel ist in der Schulung, und von daher kommt man auf die 18.

Wenn wir zwei uns als zwei Menschen mit Hausverstand dem Thema annähern: Hätte ich eine Vereinbarung mit Scheibner zustande gebracht – lassen wir alle anderen weg, denn das sind sozusagen die zwei in dieser Phase Wichtigen gewesen –, hätte ich die gehabt, dass wir 18 sagen, dann hätte er doch wahrscheinlich eine Ausschreibung gemacht, die auf 18 gelautet hätte. Hat er aber nicht gemacht, sondern er hat 24 plus sechs gemacht. Hätte ein denkender Finanzminister 24 plus sechs freigegeben, wenn er eine Vereinbarung für 18 hatte? Hätte er sicher nicht freigegeben!

Daher ist das für mich aber so eindeutig bewiesen – egal, was manche in parteipolitischer Manier behaupten –, dass es diese Vereinbarung **nicht** gegeben haben kann. Unsere interne Zielsetzung im BMF war selbstverständlich sehr wohl: Je weniger, desto besser und 18 als so etwas wie eine Untergrenze zu ermitteln.

Wenn Sie dann sagen: Und 18 sind dann auch entschieden worden, merkwürdig. – Herr Abgeordneter! 24 sind am 2. Juli 2002 entschieden worden, und nur deswegen – behaupte ich einmal, ein bisschen stolz seiend –, weil ich zwar auf der einen Seite

gegen den Herbert Scheibner verloren habe, weil er sich durchgesetzt hat, dass wir Abfangjäger kaufen, aber auf der anderen Seite war ich ein bisschen stolz darauf, dass ich statt 30 24 durchsetzen konnte und dass es sechs Stück weniger waren.

Und dass wir dann noch ein Hochwasser bekommen, ich meine, Entschuldigung, das haben Sie nicht gewusst, haben wir nicht gewusst. Dass ich da noch einmal die Gunst der Stunde nützen kann und auch mit dem Vorstoß erfolgreich bin, jetzt streichen wir noch einmal sechs weg, weil das gut hineingepasst hat, was die Frage von budgetären Belastungen, Bedeckungen und so weiter betrifft, das haben wir alle nicht wissen können. Aber genau so konnte man dann durch die tatsächlichen faktischen Vorkommnisse, inklusive Hochwasser, auf 18 kommen. Ich hätte es noch gerne weiter reduziert. Das ist mir aber nicht gelungen. Aber der große Unterschied 30 zu 18 ist, glaube ich, ein gutes Verdienst des Finanzministeriums am Ende des Tages.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben das so auch gesagt: Zugeschlagen, wenn überhaupt, 18 plus sechs.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein. Erstens mag ja ein Papier des Herrn Steger, eine Mitschrift des Herrn Steger, die ich gar nicht kenne

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben es ja vor sich liegen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Na schon, aber jetzt habe ich es vom Herrn Verfahrensanwalt bekommen. Ich werde einmal meinen Sektionschef fragen, warum ich ein Papier nicht habe, das er offensichtlich verfasst hat und das seine Mitschrift ist. Weil, so wie wir alles dem Ausschuss zur Verfügung stellen (*Abg. Mag. Gaßner: Sie haben offensichtlich sehr viele Fragen an den Herrn Sektionschef!*), hätte ich auch gerne entsprechend auf dem Dienstweg in meinem Ministerium die Unterlagen.

Zweiter Punkt. Wenn Sie schauen, wer dort dabei war – ich, Hillingrathner, Hofer, Christl, Oberleitner –, schaut das nach einer Arbeitssitzung aus. Steger war offensichtlich auch dabei.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Na sicher, sonst hätte er das nicht aufgeschrieben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und dass wir dort gemeinsam gesagt haben, wenn überhaupt, dann machen wir so etwas, das halte ich leicht für möglich, weil es ja genau die Linie des Hauses war: je weniger, desto besser.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Die Katastrophen haben bei diesem Beschaffungsvorgang eine sehr entscheidende Rolle gespielt. Sie haben uns erklärt, dass Sie Ihre Meinung nach dem 11. September geändert haben. Das hat uns gestern auch schon Dr. Christl erklärt. Er hat das noch ein bisschen näher ausgeführt. Er hat gesagt, der Herr Bundeskanzler hat hier offensichtlich unter dem Eindruck dieser Katastrophe Druck auf Sie ausgeübt.

Die Frage, die ich jetzt stelle, hat eigentlich nichts mit dem Verhandlungsgegenstand zu tun, aber: Wieso kann diese Katastrophe Druck ausüben, wenn diese Katastrophe, dieser Terroranschlag, in einem Land passiert, das wohl am höchsten aufgerüstet ist mit den meisten Abfangjägern und den meisten Kampffliegern überhaupt? Und die können das nicht verhindern. Für Sie es aber jetzt die Begründung, dass wir 18 Stück brauchen. Das ist eine interessante Frage.

Das Zweite, was ich hier noch anhängen möchte: Sie haben jetzt gesagt, das Hochwasser hat Ihnen gut hineingepasst. Da haben Sie noch einmal erreicht, dass diese sechs Stück weniger kommen, von 24 auf 18. Ich würde doch meinen, dass das eine sehr unangebrachte Haltung ist, wenn man bedenkt, dass die Leute, die vom

Hochwasser geschädigt wurden, davon aber schon **überhaupt nichts** haben, weil Sie sich durchgesetzt haben, dass um sechs Flieger weniger gekauft werden. Es ist meiner Meinung nach nicht angebracht, dass man hier die Katastrophe dazu verwendet, das durchzusetzen, was Sie sich von Haus aus vorgenommen haben und darüber sagen, dass Sie das mit niemandem abgesprochen haben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, nur eine Bemerkung dazu. Erstens haben wir uns, Gott sei Dank, und zwar alle, die Bevölkerung, sehr solidarisch, was die Spenden betrifft, verhalten. Zweitens: Ich glaube, alle Fraktionen im Hohen Haus haben sich selbstverständlich sofort mit Hilfsmaßnahmen umfassender finanzieller und menschlicher Art eingesetzt, was die Opfer betrifft. Es war damals die absolute Priorität klar.

Was ich nicht ganz verstehe, muss ich ehrlich sagen, ist: Hier gibt es einen Untersuchungsausschuss, wo ich den Eindruck habe, dass die Opposition gegen die Beschaffung von Flugzeugen ist und sagt, das hätte man alles nicht tun sollen. – Okay. Jetzt lasse ich einmal hintangestellt, dass unter der SPÖ die Luftraumüberwachung in Österreich überhaupt begonnen und unter sozialdemokratischen Kanzlern entschieden wurde. Aber warum man dem Finanzminister einen Vorwurf macht, indirekt, dass statt 30 nur 18 gekauft werden, das verstehe ich nicht ganz.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und da die teuersten?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, Herr Abgeordneter, es war der **Bestbieter**, der zum Schluss herausgekommen ist. Ich wollte den 11. September jetzt nicht als **das** Ereignis darstellen, warum wir Flugzeuge gekauft haben, sondern ich habe Ihnen erklärt – und ich bitte, das auch so ausbalanciert zu sehen –, dass ich es versucht habe, das ist ja auch nachvollziehbar, das zu verhindern. Und in all den Sitzungen innerhalb der FPÖ bis hin zum Parteivorstand und in all den Sitzungen mit der ÖVP und mit Regierungsmitgliedern habe ich gelernt, dass beide Parteien dafür sind.

Jetzt kennen Sie die Politik lange genug, ich kenne Sie auch lange genug. Dann ist relativ klar: Wenn beide Parteien, die eine Regierung bilden, dafür sind, wenn die Regierungsspitzen, die Parteispitzen dafür sind, dann hast du das als Finanzminister irgendwann entsprechend zu akzeptieren. Das war natürlich auch die Situation, dass ich das einsehen musste, dass ich meine Position auf Nichtbeschaffung nicht durchsetzen konnte, aber trotzdem das Interesse beibehalten habe: so wenige wie möglich.

Wenn ich zwölf Flugzeuge – unter Führungszeichen – „einsparen“ konnte durch gute Verhandlungsführung, dann bin ich stolz darauf.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Dr. Christl hat gestern gemeint, dass auch er Mitschriften anfertigt, für sich Mitschriften anfertigt und sie erst im Nachhinein veraktet. Er hat dann dazu noch gemeint: In Rücksprache oder in Absprache mit dem Herrn Bundesminister werden Dinge, die man im Akt aus der Mitschrift haben möchte, veraktet und die Dinge, die man nicht haben möchte, sind Mitschrift. Er hat zwar behauptet, er hätte alles veraktet, aber meine ganz konkrete Frage lautet: Ist Ihnen bekannt, Herr Bundesminister, dass hier etwas mitgeschrieben und dann nach Rücksprache mit Ihnen veraktet wird?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Im Grundsatz ist mein Verständnis und meine Sichtweise aus der Praxis der letzten sieben Jahre so: Ich habe überhaupt noch nie einen Akt angelegt, sondern das Haus legt Akten an, weil das der ganz normale bürokratische Weg ist, das zu tun. – Punkt eins.

Punkt zwei – und das wird wahrscheinlich Herr Dozent Christl angesprochen haben, kann ich mir vorstellen; das ist aber die nächste Phase, die eigentlich heute nicht auf der Tagesordnung steht –: Es gibt ein paar Aktenvermerke von mir beziehungsweise vom Sepp Christl. Aktenvermerke sind normalerweise höchstpersönliche Geschichten, die man nicht veraktet. Und ich kann mich erinnern, dass er einmal zu mir gekommen ist und gefragt hat: Machen wir daraus einen Akt oder nicht? – Und ich habe gesagt – mir war das relativ wurscht –: Ja, mach einen Akt daraus, weil das soll alles transparent und nachvollziehbar sein. Deswegen wurde dann daraus auch ein Akt gemacht.

Aber Sie sehen, dass es unsere Praxis war, Ihnen nicht nur Akten zur Verfügung zu stellen, sondern wir haben Ihnen Mitschriften, Handschriftliches, alles Mögliche gegeben, was nur irgendwo auffindbar war und mit dieser Beschaffung etwas zu tun haben konnte. Also: sehr umfassend geliefert.

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Nach unserer Reihung wäre jetzt das BZÖ an der Reihe. Da ich aber derzeit keine Fragen habe, gebe ich gleich weiter an die Freiheitlichen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte dort anknüpfen, wo der Kollege der sozialdemokratischen Fraktion aufgehört hat. Ich möchte festhalten, dass seine Einschätzung völlig richtig ist: Als jemand, der selber zweimal im Jahr 2002 mit seinem Haus und seiner Familie im Hochwasser gestanden ist, habe ich schon damals nicht geglaubt, dass die Reduktion der der Zahl der Flieger etwas mit dem Hochwasser und mit meinen Problemen, die wir mit dem Hochwasser hatten, zu tun hat. Ich glaube, die anderen Leute haben mittlerweile auch schon begriffen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Das ist die Empörung damals bei Leuten, die etwas davon verstanden haben, allgemein gewesen. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Nun aber zu einer anderen Frage, Herr Grasser! Herr Sektionschef Dr. Steger hat uns berichtet, dass er ein Schriftstück an den Ausschussvorsitzenden Dr. Pilz weitergeleitet hat nach Rücksprache mit der Parlamentsdirektion und mit dem Herrn Ausschussvorsitzenden. Es betrifft dieses Schreiben vom 1. Juli 2002 mit dem durchgestrichenen Vermerk: sofern Geld keine Rolle spielt.

Das ist in der Öffentlichkeit ohnehin abgehandelt worden. Ich brauche Ihnen dieses Schriftstück nicht vorzulegen, nehme ich an. Wenn Sie es wünschen, kann ich es Ihnen aber gerne vorlegen.

Auf Befragen hat dann der Herr Sektionschef mitgeteilt, dass **weitere** zwei Aktenstücke seit Jahren auf das Kabinett ausgetragen waren und dieses Aktenstück insgesamt vier Jahre lang auf das Kabinett ausgetragen war und bis zur Anforderung der Unterlagen durch das Parlament nicht auffindbar war, praktisch im Kabinett, hat er gesagt, verschollen war. Erst dann seien nicht nur dieses Aktenstück, sondern zwei weitere Aktenstücke, die jahrelang im Kabinett verschollen waren, zurückgeleitet worden. Dieses Aktenstück kennen wir. Können Sie die beiden anderen Aktenstücke, die jahrelang im Kabinett lagen und erst dann zurückgeleitet wurden, etwas näher beschreiben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sehr gerne, Herr Abgeordneter! Ich darf sagen, dass nichts verschollen ist und daher diese Bezeichnung falsch ist. Wenn Gerhard Steger Ihnen auch die Akten-Evidenz gesagt hätte oder vielleicht gesagt hat, dann war in der Akten-Evidenz des Ministeriums in diesem Fall das Kabinett, also das Ministerbüro belastet. Das heißt, das gesamte Finanzministerium hat gewusst, dass diese Akten im Ministerbüro sind. Es waren Verschlussakte und Verschlussakte kommen, bei uns zumindest, zu einem guten Teil in den Tresor, wo sie auch

hingehören, denn wenn man Verschlussakte offen liegen lässt, dann steht gleich einmal etwas in der Zeitung. Verschlussakte im Tresor aufzubewahren ist, glaube ich, nichts Unübliches, sondern die Regel.

Ich habe am 13. November Sektionschef Steger beauftragt, die gesamten Akten und alle darüber hinausgehenden Unterlagen dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung zu stellen, sofern sie mit dieser Beschaffung im Zusammenhang stehen, und dort wurden ihm auch diese Verschlussakte übergeben, die selbstverständlich ganz normal auch dem Parlament zugeleitet worden sind. Ich glaube, das ist ein ganz transparenter, nachvollziehbarer Vorgang gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns darüber aufklären, warum dieses Aktenstück mit dem durchgestrichenen Zusatz: „sofern Geld keine Rolle spielt“, bei Ihnen so lange im Kabinett gelegen ist und nicht zurück in den Hauptakt kam?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Überhaupt nicht, Herr Abgeordneter, sondern das, was mich eher erstaunt, ist – aber das ist ein Widerspruch, den ich im Haus aufklären muss –: Ihren Aussagen beziehungsweise der APA von heute entnehme ich, dass Sektionschef Steger dieses Dokument, von dem Sie sprechen, nämlich eben mit dem Zusatz: „sofern Geld keine Rolle spielt“, an Herrn Pilz direkt übergeben hat.

Und mein Wissensstand ist – aber vielleicht kann das der Herr Pilz auch klarstellen –, dass es diese Übermittlung am 27. November an ihn gegeben hat. So ist mein Eindruck.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat der Ausschuss bereits längst zur Kenntnis genommen und auch mit der Parlamentsdirektion abgehandelt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was merkwürdig ist für mich, Herr Abgeordneter – und darauf wollte ich hinaus –, ist, dass ich am 13. November im Beisein des Präsidenten der Finanzprokurator dem Sektionschef Steger den Auftrag erteilt habe, **alle** Akten, **alle** Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Wenn das so ist, dass er dieses Schriftstück erst am 27. November zur Verfügung gestellt hat, dann hatte er von mir zwei Wochen davor, nämlich am 13. November, nachweisbar den Auftrag zur umfassenden vollständigen Übermittlung. Wenn er das nicht getan hat, dann weiß ich nicht, warum. Aber dort war selbstverständlich diese Geschichte mit: „sofern Geld keine Rolle spielt“, mit dabei. Das scheint mir auch aufklärenswert zu sein, und das werde ich mir auch anschauen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin auch bemüht, das aufzuklären. Er hat dieses Aktenstück nach dem Grundsatz **ultra posse nemo obligatur** gar nicht weiterleiten können, weil es eben jahrelang – er sagt, insgesamt vier Jahre lang – gar nicht im Akt, in dem es als Einlageblatt hätte aufscheinen müssen, war, sondern in Ihrem Kabinett.

Meine Frage lautet präzise. Warum wurde ausgerechnet dieses Aktenstück, dieses Einlageblatt, gefertigt von Dr. Hillingrathner, warum wurde ausgerechnet dieses Einlageblatt vier Jahre lang ausgerechnet im Kabinett gehalten und kam nicht in den Hauptakt, zu dem es als Einlageblatt gedacht war?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nochmals. Erstens: Das waren Verschlussakten. Zweitens ist das nicht nur ein Akt gewesen, der bei uns gewesen ist, sondern, wie gesagt, Verschlussakten waren bei uns zu einem guten Teil im Safe. Und außerdem hat es da überhaupt nichts zum Verstecken gegeben, weil dieser Zusatz klar erkenntlich war, von uns auch in der Öffentlichkeit genauso dargestellt worden ist, dem Parlament auch entsprechend so übermittelt worden ist. Warum war das ein Verschlussakt? – Nicht deswegen, weil dieser Zusatz dabei steht, den ich nicht

besonders ernst nehmen konnte und ihn als nicht sehr seriöse Bemerkung betrachtet habe, sondern weil hinten auch die Kostenaufstellungen mit dabei waren, was die Angebote für die Flugzeuge betrifft.

Und am 13. November, nämlich zu einem Zeitpunkt, zu dem der Ausschuss – ich weiß nicht, ob da überhaupt schon die offizielle Anforderung bei uns war, Akten zur Verfügung zu stellen – das wollte, habe ich den Sektionschef beauftragt, alle Akten umfassend zur Verfügung zu stellen und habe ihm diese Verschlussakten auch persönlich beziehungsweise mein Kabinett hat sie ihm in meinem Beisein übergeben, mit dem Auftrag, zu übermitteln.

Also: Ich glaube, wir haben da alles getan, damit Sie vollinhaltlich informiert sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden das dann werten. Wir haben jetzt zwei Aussagen, die sich nicht wirklich decken beziehungsweise sogar zum Teil klar widersprechen, aber das wird dann der Ausschuss bei seiner Bewertung der beiden Aussagen zu gewichten haben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber, Herr Stadler, darf ich fragen, was der Vorwurf ist, damit ich verstehe, denn ich hätte Ihnen schwer Verschlussakten des BMF übermitteln können?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen nur, was *ich* daraus ableite, nicht was ich vorwerfe. Ich bin ja nicht dazu da, Vorwürfe zu formulieren. Sie brauchen nicht dauernd glauben, dass jede Frage schon ein Vorwurf ist. Ich weiß, dass eine gewisse Empfindlichkeit vorhanden ist, aber nicht jede Frage ist deshalb schon ein Vorwurf. Der Ausschuss erfüllt den Auftrag des **Souveräns**, und der Souverän ist das Parlament, eingesetzt vom Volk und von der Verfassung. Diesem Auftrag wird der Ausschuss nachkommen, und daher ist diese Fragetätigkeit der Ausschussmitglieder ein parlamentarischer und gesetzlicher Auftrag, den wir hier erfüllen.

Wenn Sie mich nach meiner Wertung, nach meiner Einschätzung fragen, ist es zumindest für mich äußerst aufklärungsbedürftig, wenn nicht sogar obskur, dass es eine ganze Reihe von Akten gibt, die sich einfach auflösen, verschwinden, gar nicht mehr greifbar sind, wenn man sie greifen sollte, nur dank des Kopierens eines Ministerialbeamten überhaupt noch dem Ausschuss zugeleitet werden können, und dann gibt es weitere Akten, die vier Jahre lang im Kabinett gehalten werden, die hinsichtlich ihrer Bedeutung – und das ist dann eine Frage der Einschätzung zu einem späteren Zeitpunkt, das ist jetzt nicht das Beweisthema – für den Ausschuss schon eine Relevanz haben. Aber auf die Bedeutung gehe ich nicht ein, weil sonst würde mir der Herr Vorsitzende zu Recht sagen, dass das ein anderes Beweisthema ist.

Ich komme daher im Beweisthema 1 zu einer anderen Frage. Sie haben gesagt, Sie haben den Brief von EADS vom 27. Juli 2001 genauso wenig wie jenes Schreiben vom 13. Juni 2001, aber auch das Aktenkonvolut, das zweifach diesem Schreiben vom 27. Juli 2001 angeschlossen war, weder an das Wirtschaftsministerium noch an das Verteidigungsministerium weitergeleitet.

Umso erstaunter war ich dann allerdings, als ich gelesen habe, dass über Ihre Anweisung das Schreiben des Herrn Finanzministers a. D. Hannes Androsch, das nur in zwei kurzen Absätzen überhaupt auf die Problematik eingeht, ansonsten aber auf zwei Seiten eine ganz andere Problematik beinhaltet, wohl aber in den Beilagen die Firma EADS mit einer Optimalkennzeichnung von drei plus anführt mit hier vorgeschlagenen Kompensationsgeschäften, dass Sie dieses Aktenstück sehr wohl dem Herrn Bundesminister Scheibner zugeleitet haben, das für ihn aber jetzt als primär an der Rüstung, an der Beschaffung des Rüstungsgerätes interessierten Minister eigentlich im Vergleich zu dem ursprünglichen Konvolut von EADS, nämlich ein ganzes

Angebot von Fliegern mit Zwischenlösung, eigentlich relativ vernachlässigbar hätte sein können.

Das ist ein Vorgang, der mir nicht wirklich klar wird: Warum ihm also etwas, was ihn marginal interessieren kann, auch nur marginal textlich eine Rolle spielt, zugeleitet wird, aber das, was ihn wirklich interessieren könnte, nämlich dieses umfangreiche Aktenkonvolut der Firma EADS, das am 27. Juli an Sie erging mit dieser Paketlösung, ihm nicht zugeleitet wurde.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wissen Sie, was mir Herr Scheibner gesagt hätte, wenn ich ihm das Paket zugeleitet hätte? – Erstens, dass es ihn überhaupt nicht interessiert, zweitens, dass es nicht in Frage kommt, drittens, dass er es in den Reißwolf schmeißt, weil das ein Angebot ist, das für ihn von überhaupt keiner Relevanz und auch nicht sinnvoll ist. Und genau deswegen ist das ja überhaupt nicht verfolgt, nicht diskutiert und eine ganz andere Lösung am Ende des Tages von der Bundesregierung beziehungsweise vom Nationalrat entschieden worden.

Warum ich ihm den Androsch-Brief übermittelt habe, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. Vielleicht, weil es interessant war, dass auf einmal ein hochrangiger Sozialdemokrat – nachdem sonst alle sich nur für den Gripen verwendet haben, war zumindest mein subjektiver Eindruck – mich unbedingt treffen will und für den Eurofighter lobbyiert. Und er hat das ja angesprochen und sich bedankt für das Treffen. Das Treffen war ein Mittagessen, und bei dem hat er mir sehr ausführlich gesagt, warum nicht, wie super und wie toll und so weiter. Und das hat er in den Medien ja auch entsprechend vertreten. Vielleicht habe ich es einfach spannend mit einem kleinen „Lächler“ empfunden und es deswegen dem Kollegen Scheibner weitergeleitet. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, das ist genau das, was mich beschäftigt hat. Warum kommt der Herr Finanzminister Androsch auf die Idee, dass man als Lobbyist für Eurofighter beim Karl-Heinz Grasser am besten lobbyiert? Warum kommen die beiden russischen Firmen auf die Idee, nach ihrem Besuch in Manching, dass es am besten ist, nicht an den sachlich zuständigen Minister ein Angebot zu richten, sondern am besten an den nach dem Bundesministeriengesetz gar nicht zuständigen Finanzminister ein derartiges Angebot zu richten? Warum kommt die Firma MAGNA, vertreten durch den Herrn Wolf, auf die Idee ... (*Mag. Grasser spricht mit seiner Vertrauensperson.*) – Ich möchte die Konferenz nicht stören.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, entschuldigen Sie. Ich bin aber multitaskingfähig, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist mir eigentlich egal. Ich will Sie nur nicht stören. (*Mag. Sumper-Billinger: Sie stören nicht!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich weiß nicht. Ich bestehe nur darauf, dass der Herr Minister mit dem Ausschuss kommuniziert – oder mit Ihnen. Ich bin gerne bereit, dazwischen zu warten, und diese Minuten nehme ich gerne in Kauf.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bin voll bei Ihnen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum also dann, wenn man zeitlich zurückgeht, die Firma MAGNA auf die Idee kommt, einen Finanzminister, der sachlich gar nicht zuständig ist für die Beschaffung von Rüstungsgerät und auch nicht für die Gegengeschäfte, in ein Flugzeug der Firma MAGNA zu setzen und mit ihm nach Manching zu reisen – verstehen Sie mich: Das ist das, was bisher nicht wirklich aufgeklärt wurde, Herr Minister.

Das ist **kein alltäglicher Vorgang** in einer, wie der Herr Verfahrensanwalt richtig gesagt hat, entwickelten rechtsstaatlichen Demokratie, wo sich Minister als oberste

Organe der Republik ans Gesetz und an das Bundesministeriengesetz insbesondere zu halten haben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, aus meiner Sicht ist das ein völlig transparenter und absolut korrekter Vorgang und sehr leicht nachvollziehbar. Wenn ich solche Produkte verkaufen würde, dann würde ich versuchen, einen Termin zu bekommen beim Verteidigungsminister, beim Wirtschaftsminister, beim Finanzminister. Und wenn ich weiß, dass der Finanzminister gegen solche Flugzeuge ist, dann würde ich schon überhaupt versuchen, einen Termin bei ihm zu bekommen, um darzulegen, was denn nicht alles besonders gescheit ist.

Ich kann Ihnen nochmals sagen: Von mir ist die Initiative nicht ausgegangen. Aber wenn Sie darüber nachdenken: Warum macht der Herr Wolf einen Termin mit dem Herrn Bischoff oder sagt mir: Mach' doch bitte den Termin mit dem Herrn Bischoff! –, ich meine, das ist relativ einfach nachvollziehbar. Wenn dort ein Vorstand von Daimler-Chrysler sitzt – das habe ich schon gesagt, dass Bischoff damals vor allem Vorstand von Daimler-Chrysler war und in zweiter Linie Aufsichtsratsvorsitzender von EADS – und sie haben dort eine Menge Aufträge, Österreich Automobilcluster, aber auch MAGNA, von Daimler-Chrysler, dann wird man wahrscheinlich mit seiner Kundschaft freundlich umgehen im Interesse des Unternehmens – und als Finanzminister im Interesse des Standorts, im Interesse der Beschäftigten, weil MAGNA einfach eines der Unternehmen ist, die halt tausende Mitarbeiter beschäftigt und einen guten Job gemacht haben über die letzten Jahre.

Aber ich darf Ihnen versichern – aber das fragen Sie am besten den Herrn Wolf –: Mein Wissensstand ist, dass MAGNA SAAB produziert in Graz, und dass sie eben auch Sachen für Daimler-Chrysler produziert. Also denen ist wahrscheinlich relativ Wurscht. Wenn die Gripen-Leute Herrn Wolf gefragt hätten, hätte er mich wahrscheinlich auch gefragt: Machst du nicht einen Termin mit denen?

Aber es ist interessant, dass ich vier Termine mit Gripen gemacht habe, einen Termin in Sachen Flugzeuge mit EADS. Aber **das** ist der besonders „schlimme“ Termin. Gut. Nehme ich zur Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: Es ist Ihnen unbenommen. Aber wir haben noch sehr viel Zeit. Wir können uns auch über diesen Termin noch extra unterhalten. Aber wir gehen der Reihe nach vor.

Wir bleiben zunächst einmal bei diesem Termin in Manching. Wenn Sie also sagen, dass dieses Gespräch sich sozusagen eher aus Gründen der Automobilwirtschaft angebahnt habe, ja, dann muss ich Ihnen vorhalten, dass Herr Rauen berichtet hat, dass es bei diesem Besuch **nicht** um Automobile ging, sondern um Flugzeuge ging, und zwar **ausschließlich** um Flugzeuge ging.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Da dürfen Sie mich nicht missverstehen. Ich habe immer gesagt, dass der Termin dort um die Flugzeuge gegangen ist und meiner Informationsbeschaffung gedient hat. Aber Sie haben früher in Ihrem Überlegungsprozess sinniert: Was kann denn der Antrieb eines Herrn Wolf gewesen sein, mit mir dorthin zu fliegen, und warum ist denn der Wolf überhaupt auf die Idee gekommen, den Finanzminister anzusprechen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben Sie bis jetzt auch noch nicht wirklich aufgeklärt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wohl! Ganz einfach: weil der Herr Wolf ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein! Sie haben wortreich viel geredet, aber nichts gesagt!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: ... ein großer **Auftragnehmer** von Daimler-Chrysler ist. Und wenn ihn der Herr Daimler-Chrysler bittet: Kannst du mir nicht einen Termin einfädeln?, dann hätten Sie das an der Stelle des Herrn Wolf genauso getan, und daher bin ich mir sicher, dass Sie das verstehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das brauchen Sie nicht zu mutmaßen, weil ich einen grundsätzlich anderen Zugang zu solchen Dingen habe.

Ich frage Sie jetzt noch einmal: Warum ist dann weder die Firma MAGNA, vertreten durch Wolf, auf die Idee gekommen, den sachlich zuständigen Bundesminister Scheibner mit einem derartigen Betriebsbesuch zu behelligen, noch die Russen auf die Idee gekommen sind, den Herrn Bundesminister Scheibner als sachlich Zuständigen nach dem Bundesministerengesetz zuständigen Bundesminister mit einem Angebot zu behelligen, noch der Herr Finanzminister a. D. Androsch auf die Idee gekommen ist, den sachlich zuständigen Bundesminister Scheibner zu behelligen, sondern alle kommen immer genau auf **Sie**, so lange es sich um Eurofighter dreht.

Kommt Ihnen das nicht auch mittlerweile ein bisschen verdächtig vor?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, weil ich Ihre Ausführungen aus der Vergangenheit kenne. Auf der einen Seite sind es die Bilderberger, dann sind es die Freimaurer – und jetzt ist es halt der Grasser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, jetzt werden Sie aber wirklich tief, Herr Minister! Damit treffen Sie niemanden außer sich selbst, Herr Minister, wenn Sie einmal in diese Zoten greifen müssen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, das geht jetzt wirklich zu weit. Weder Zoten, noch Bilderberger, noch sonst etwas! Erstens ist das nicht Teil des Beweisthemas 1. Zweitens, Herr Kollege Stadler, hilft es uns nicht sehr viel weiter, wenn der Minister gefragt wird, ob er irgendetwas glaubwürdig oder verurteilenswert oder sonst etwas findet. Er wird wahrscheinlich sagen, er hält es für glaubwürdig und nicht für verurteilenswert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe ihn nicht nach Glaubwürdigkeit gefragt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte Sachfragen – und möglichst präzise, sachliche Antworten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, wir kommen zu einem anderen Thema. Ich arbeite nur einmal ab, was heute schon im Ausschuss Thema war. Zu den anderen Dingen kommen wir erst später.

Heute hat uns der Sektionschef Dr. Steger einen E-Mail-Verkehr vorgelegt, wo Herr Mag. Gerhard Wallner am 29. 11. 2006 im Auftrag einer Frau Mag. Billinger, wie sich dann herausgestellt hat, an verschiedene Leute herantreten ist, nämlich Schwarzenhofer, Tomasch und so weiter, wo Folgendes verlangt wurde:

Herr Bundesminister wünscht zwischen euch und mir koordinierte, das heißt ausgearbeitete Einleitungs-Speaking-notes zu folgenden Themen, maximal zwei bis drei Seiten pro Thema.

Dann kommen die Beweisthemata 1 bis 4 des Ausschusses.

Weiters soll ich als Hintergrundinfo meine „dicke Unterlage“ an die Beweisthemata anpassen.

Dann kommen weitere Beweisthemata, und am Schluss heißt das, dass das Gleiche auch noch für den Banken-Untersuchungsausschuss benötigt werde.

Darauffin hat eine Dame an den Herrn Sektionschef Steger zurückgeschrieben, dass das als Zeugenabrede gewertet werden könnte.

Ist Ihren Mitarbeitern beziehungsweise Ihnen nicht bei diesem Auftrag die Idee gekommen, dass das tatsächlich eine Zeugenabrede sein kann, die ja nach unserem Gesetz verboten ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, diese Idee ist uns nicht gekommen, weil hier ein paar Dinge eine wichtige Rolle spielen. Der erste Punkt ist: Wenn Sie sich dieses Mail anschauen und wenn man das als objektiver Außenstehender, als neutraler Beobachter liest, dann kann man nur erkennen – davon bin ich felsenfest überzeugt –, dass es sich dabei nicht um eine Zeugenbeeinflussung handelt, und ich bin auch davon überzeugt dass Herr Pilz aus parteipolitischen Erwägungen mir anderes im Fernsehen vorgeworfen hat, im ORF, nämlich dass sozusagen der Verdacht der Zeugenbeeinflussung besteht.

Ich glaube auch, dass Herr Pilz hier sieht, wenn man den Text liest und weiß, dass das ein Mail des Herrn Wallner an den Herrn Steger war, im Auftrag Billinger ... – Wallner macht ein Mail an Steger, und Wallner spricht davon: HBM – also der Bundesminister – wünscht zwischen euch und mir koordinierte, das heißt ausgearbeitete Einleitungs-Speaking-Notes zu folgenden Themen ...

Wenn man das Finanzministerium kennt, weiß man, Wallner kommt aus der Sektion I. Das ist die Präsidialsektion, die die gesamte Arbeit BMF mit dem Parlament erledigt. Steger ist in der Sektion II, und es ist die Praxis des Hauses, dass alles, was ins Parlament kommt von den verschiedenen Sektionen, an die Sektion I geht und von der Sektion I dann an das Parlament geht.

Das heißt, Wallner hat nichts anderes gesagt, als was Selbstverständnis ist für Steger seit vielen Jahren, nämlich dass Wallner die Informationsvermittlung ins Parlament zu koordinieren hat, und dass es koordiniert zwischen Wallner und Steger entsprechende Aufbereitung dieser Informationen geben sollte. Das heißt: Wie soll denn Wallner Steger in irgendeiner Form als Zeuge beeinflussen? Das halte ich für absolut unmöglich, und das müsste jeder redliche Mensch, der hier die Situation beurteilt, auch so gesehen haben.

Zweiter Punkt, der vielleicht wichtig ist vor diesem Hintergrund: Ich habe – ich habe früher darauf hingewiesen; ich glaube; es war am 13. November – Sektionschef Steger den Auftrag gegeben, **alle Unterlagen** an den Untersuchungsausschuss beziehungsweise das Parlament zu übermitteln.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, Entschuldigung, nur ein Punkt jetzt: Die Frage, die ohnehin sehr offen gestellt war und die Sie auch ausführlich beantwortet haben, bezieht sich auf dieses Mail. Sie nehmen jetzt Bezug auf die ganze Frage der Aktenübersendung, die bereits früher in Befragungen eine Rolle gespielt hat. Dazu hat es aber jetzt keine Frage gegeben.

Das zusätzliche Problem, Herr Grasser, in diesem Zusammenhang ist, dass der Kollege Stadler, bedingt durch ausführliche Fragestellungen und dadurch notwendige ausführliche Antworten, bereits deutlich über 20 Minuten ist. (*Abg. Mag. Stadler: Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung!*) Ja, aber ich sage das nur fertig. – Wir werden es so halten wie bisher, dass Sie dann die sachliche Befragung in einer nächsten Runde fortsetzen, und Sie werden dann auch wie bisher die weiteren Fragen beantworten. Wollen Sie einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe vorhin aus dem Hinweis des Herrn Minister entnommen, dass die Frau Mag. Billinger

als Vertrauensperson hier sitzt. Ist das richtig? (*Die Vertrauensperson antwortet mit einem Ja.*)

Damit stelle ich den **Antrag**, Frau Mag. Billinger als Auskunftsperson in diesen Ausschuss zu laden.

Dieser Antrag wird wahrscheinlich am Schluss dieser Ausschussbefragung abgestimmt werden. Ich weise darauf hin, dass Vertrauenspersonen nicht Personen sein können nach § 14 Absatz 2 lit. a, die voraussichtlich als Auskunftspersonen im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss geladen werden.

Ich habe diesen Antrag gestellt und ersuche um Abstimmung am Schluss dieser heutigen Befragung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein nach der Geschäftsordnung zulässiger Antrag. Ich sage aber trotzdem, obwohl wir das später besprechen werden, gleich persönlich etwas dazu.

Herr Kollege Stadler, ich würde mir das wirklich genau überlegen, aus einem sehr einfachen Grund: Sollte in diesem Ausschuss der Eindruck entstehen, dass der Auskunftsperson ihr Recht auf eine Vertrauensperson über einen Antrag dieser Art beschnitten werden soll, dann halte ich das für ausgesprochen problematisch. Durch den Umstand, dass das ohnehin erst am Ende der heutigen Sitzung abgestimmt werden kann und wir bis dahin bereits die Befragung des Finanzministers abgeschlossen haben, wird das mit Sicherheit keine Auswirkungen auf diese Ausschusssitzung haben. Ich möchte das aber trotzdem der Ordnung halber und auch unserer Verfahrenskultur halber feststellen.

Dieser Antrag wird in einer **nichtöffentlichen** Sitzung am Ende der heutigen Sitzung behandelt und spielt jetzt in den Aufgaben, die die Vertrauensperson in der öffentlichen Befragung wahrzunehmen hat, **keine** Rolle.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe das auch nicht behauptet, Herr Ausschussvorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle das nur fest, damit es keine Missverständnisse gibt. (*Abg. Mag. Stadler: Ich kenne das Gesetz schon!*)

Ihre Befragung in der Runde ist damit beendet.

Der nächste Fragesteller ist Herr Abgeordneter Kogler. – Herr Grasser, Sie haben zwar nicht die Möglichkeit, sich zur Geschäftsbehandlung zu melden, aber wir überhaupt kein Problem: Wenn Sie sich an den Verfahrensanwalt oder mich wenden wollen, werden wir das jederzeit zulassen. – Bitte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich wollte Sie nur darum bitten, ob ich den Satz von früher fertig machen kann, weil ich glaube, dass es eine wesentliche Information gibt, die der Ausschuss noch nicht kennt, die genau die Frage des Herrn Stadler beantwortet. Das war der Zeitpunkt, wo Sie mich unterbrochen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich versuche jetzt, da möglichst penibel zu sein, weil Sie die Frage des Kollegen Stadler im ersten Teil Ihrer Antwort sehr wohl und durchaus auch ausführlich – und das ist Ihr gutes Recht – beantwortet haben. Jetzt gehen Sie bereits, soweit ich das verstehen konnte, auf die Aktenfrage im Zusammenhang mit Sektionschef Steger ein. (*BM Mag. Grasser: Nein!*) Sparen wir uns die langen Diskussionen. Führen Sie bitte diesen Satz fertig, aber ich werde in Zukunft trotzdem penibel darauf achten, dass unsere Grundsätze gewahrt bleiben. – Bitte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassler: Selbstverständlich, ich bedanke mich. Ich wollte nur dazusagen, und das halte ich für sehr wesentlich, dass ich am 13. November im Beisein des Präsidenten der Finanzprokurator Herrn Sektionschef Steger beauftragt habe, die Akten zu übermitteln. Und ich habe **in seiner Anwesenheit** gesagt, ich habe den Präsidenten der Finanzprokurator beigezogen, damit niemand auf die Idee kommt, dass ich Zeugen beeinflussen würde oder wollte. Daher habe ich den Präsidenten der Prokurator gebeten: Wenn ich irgendetwas mache, das auch nur im Ansatz als Zeugenbeeinflussung gelten kann, dann soll er mich unterbrechen, soll darauf aufmerksam machen und damit sicherstellen dass das nicht stattfindet.

Deswegen ist für mich der Punkt damals schon der gewesen: Wenn Steger das wusste, am 13. November ziehe ich extra den Präsidenten der Prokurator bei mit der ausdrücklichen Aussage: damit mir niemand irgendwann einmal Zeugenbeeinflussung unterstellen kann, und dann wird dieses Mail später verwendet, um an Sie weitergeleitet zu werden mit der Aussage: offensichtlich Zeugenbeeinflussung, das ist dann eine absolute und ganz klare parteipolitische Absicht gewesen – und deswegen hat es auch entsprechende diszipliniäre Schritte gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grassler, Sie sind mit Sicherheit nicht der Einzige in diesem Ausschuss, dem es zusteht, hier Bewertungen und Würdigungen abzugeben, und ich ersuche auch Sie, etwas zurückhaltender zu sein.

Zweitens: Sollte es notwendig sein, diese Frage, die den Sektionschef Steger in hohem Maße persönlich betrifft, zu klären, dann besteht selbstverständlich die Möglichkeit, das im Rahmen des Untersuchungsausschusses in Form einer Gegenüberstellung zwischen Ihnen und dem Herrn Sektionschef durchzuführen. Wir werden das in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen müssen, ob das sinnvoll ist und ob es zweitens – gleich der Vollständigkeit halber – sinnvoll ist, auch eine zweite Gegenüberstellung durchzuführen zur Frage: Wo ist der heute oft genannte Originalakt verschwunden? – Im Ministerbüro oder im Büro von Ministerialrat Hillingrathner? Auch das können wir in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen.

Bitte, das nicht als Anträge von meiner Seite zu verstehen, aber das ist möglicherweise ein Ausweg, damit nicht ständig eine Auskunftsperson in Abwesenheit der anderen Auskunftsperson solche Feststellungen macht.

Jetzt ist Kollege Kogler am Wort. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich werde wieder auf die anderen Themen zurückkommen und auf das Mail gegebenenfalls nur, wenn überhaupt Zeit bleibt.

Herr Bundesminister, zu dem Besuch bei EADS auf Einladung von Chairman Bischoff, wenn ich das richtig noch so zusammenhängen darf. Sie haben vorher salopp gesagt, ja dem Scheibner haben Sie nichts gesagt, weil Sie gestritten haben auf gut Deutsch oder so ähnlich. Das ja. Gleichzeitig geht aus Ihren Ausführungen hervor, letztlich ja aus den Aufzeichnungen, die uns da vorliegen, dass Sie sich besonders auch um die Gegengeschäftsfrage angenommen hätten, nämlich auch nachdem Sie ... (*BM Mag. Grassler: Nicht besonders!*) – So schien es. Jedenfalls hätte das ja auch eine Rolle gespielt.

Es spielt jedenfalls auch im Schreiben der EADS dann eine sehr ausführliche, fast aufdringliche Rolle, dass nämlich darauf hingewiesen wird, dass ja schon Firmenkontakte bestehen und dass man wohl besonders geeignet wäre, hier – ich weiß ja nicht, was gemeint war – die Firmenkontakte auszubauen und das halt als Gegengeschäft anzurechnen. Allenfalls war es eine indirekte Drohung, weil wenn man

keinen Zuschlag kriegt, dann sind die Geschäfte halt weg. Auch diese Theorien gibt es ja.

Wie dem auch sei, die Gegengeschäfte waren ja nicht ganz irrelevant. Sektionschef Steger hat uns hier berichtet, dass man im Haus und in der von Ihnen gewünschten Arbeitsgruppe heftig überlegt hat, ob man nicht ins Haus über dem Weg einer Regierungsvorlage eine Gesetzesänderung einbringt, dass die Gegengeschäfte einen zwingenderen Charakter kriegen in der Angebotszuteilung. Dieses alles stand im Raum.

So, wenn das jetzt so war, EADS darauf rekurriert – bei manchem Gespräch waren wir ja nicht dabei, aber das Schreiben können wir schon lesen –, wenn da die Gegengeschäfte dann doch eine entsprechende Rolle spielen, warum haben Sie dann nicht mit dem Bundesminister Bartenstein wenigstens Kontakt aufgenommen, der ja immerhin ressortzuständig wäre?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, weil es eine andere Phase dieser Beschaffung war. Noch einmal: Das war die Phase **vor** Ausschreibung. Klar ist uns allen, dass Gegengeschäfte dann konkret zustande kommen beziehungsweise zu verhandeln sind, wenn man über eine Typenentscheidung entsprechend diskutiert, nachdenkt, sie trifft. Das heißt, es war eine andere Phase. Wenn die Ausschreibung draußen ist, wie das im September oder Oktober dann passiert ist, dann kommen Angebote herein.

Und ich glaube, am Beginn war es so – ich weiß es aber jetzt nicht mehr genau –, dass man gesagt hat, 100 Prozent Gegengeschäft, und dann haben wir die Gegengeschäfte erhöht auf 200 Prozent, oder vielleicht ist es schon so ausgeschrieben worden. Aber der normale Standard einer militärischen Beschaffung war 100 Prozent Gegengeschäft. Und wir haben in dem Fall dann die Latte nach oben geschraubt.

Aber das heißt, konkret waren Gegengeschäfte zu besprechen und natürlich vor allem in der Verantwortung des Wirtschaftsministers zu einem Zeitpunkt, wo Angebote am Tisch gelegen sind. Und dann hat es ja auch die Gegengeschäftsplattform gegeben, wo für mich der Dozent Christl entsprechend eine Rolle eingenommen hat, versucht hat, mit den anderen Kollegen dort zu bewerten, was sind die Gegengeschäfte wirklich wert und was ist angeboten?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, da werden wir nicht mehr viel weitertun, das sind im Übrigen dann offensichtlich jene Christl-Teilnahmen, wo auch wieder die Akten im Ministerium dann nicht auftauchen. Das hatten wir heute schon. – Nur als Information für die Ausschussmitglieder.

Wir können sicher noch trefflich streiten, wie das mit den Gegengeschäften dann genau abläuft in der Phase, wenn das Angebot schon eingeholt wird, aber das tun wir hier jetzt nicht. Ich sage nur, es ist diesen Arbeitsgruppen, die schon im Frühjahr 2001 und folgende getagt haben, sehr intensiv um die Gegengeschäfte unterhalten haben, im Kontext mit EADS taucht das auf, und es war nur die Frage, ob Sie mit Bartenstein da Kontakt gehalten haben. Offensichtlich nein, gestritten haben Sie mit ihm aber auch nicht, weil das war ja die Begründung beim Scheibner. Er hat mich jetzt nicht gehört. Wir brauchen uns da nicht länger aufhalten.

Was dort allerdings wirklich passiert ist bei dem Gespräch, stellt Rauen anders dar als Sie. Ich habe mittlerweile wieder das Protokoll gelesen, soweit das hier einen Zusammenhang hat. Sie hatten nämlich wortwörtlich gesagt, dort wäre keine Präsentation vonstatten gegangen. Vielleicht ist ja eh alles nur ein semantischer Irrtum.

Ich sage Ihnen nur, dass es zwar Hinweise gibt im Protokoll, wo der Herr Rauen ausdrücklich von Präsentationen spricht, die vorbereitet worden sind, für Sie und für

den Herrn Wolf, für dieses Kommen. Er, Rauen, sagt zum Beispiel auf der Seite 108, wenn das gefordert wurde, als Antwort: „Schauen Sie: Ich war da und habe eine Präsentation gegeben, und ich wusste, dass diese beiden Herren“, also Grasser und Wolf, „da waren und dass sie“ deshalb „nach Manching anreisen.“ Also „deshalb“ war jetzt sinnzusammenhängend von mir. Eine Präsentation gegeben, weil diese beiden Herren gekommen sind. Und an einer anderen Stelle redet er wieder von Präsentation.

Also ganz so ohne, dass Ihnen das dort in irgendeiner Form präsentiert, respektive schmackhaft gemacht werden sollte, kann es ja nicht gewesen sein. Was ist dort sonst noch alles geschehen? Also erstens: Welchen Charakter hat das gehabt? Würden Sie das nichtsdestotrotz als Präsentation bezeichnen? – Erste Frage.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Da sind wir jetzt in der semantischen Diskussion drinnen. Ich habe die Frage des Herrn Abgeordneten Pilz so verstanden, wurde uns dort irgendetwas präsentiert, quasi wo wir ein Vorgespräch geführt haben und gesagt haben: Was könnte denn eine interessante Lösung für Österreich sein? Wie könnte das ausschauen? Und daher präsentieren sie uns dort beim Hinkommen die Geschichte mit den 23 MiG und den 13 plus 5 Eurofightern. – Das war **nicht** der Fall.

Dass die ihr Unternehmen und ihr Produkt dargestellt haben, habe ich früher gesagt, völlig klar, oder dass die die Situation nutzen, wenn ich dort bin, ist ja wohl logisch. Und daher haben sie ihr Produkt als das allerbeste dargestellt. Ob sie jetzt eine solch allgemeine Powerpoint- oder Overhead-Geschichte gemacht haben, weiß ich nicht mehr. Aber es war nichts, wo es ein Gespräch davor gegeben hätte und man gesagt hat: Passt auf, bereitet uns irgendetwas, das für Österreich realistisch wäre, vor, das war nicht der Fall, sondern ich bin dort hingefahren, habe nicht gewusst, was auf mich zukommt, außer dass es ein Werksbesuch ist und dass ich mir dort Informationen versuche zu holen über Flugzeuge, Finanzierung, Gegengeschäfte und so weiter. Und im Anschluss daran haben sie uns dann die Geschichte geschickt, die Ihnen vorliegt, und dieses Paket aus 23 MiG plus 13 plus 5.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist dort über Angebotsfristen geredet worden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wir haben dort weder über irgendetwas verhandelt noch sonst was. Und mein Prolog war: Ich bin gegen die Beschaffung von Flugzeugen. Also wenn Sie dort sitzen und sagen: Ihr müsst nur wissen, offenes Visier, ich bin gegen die Beschaffung von Flugzeugen, aber ich nütze die Gelegenheit gern, um mich informieren zu lassen!, dann können Sie einschätzen, wie dieses Gespräch gelaufen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wäre es für einen Bundesminister, der immer auf die Sparsamkeit schaut, dann nicht zweckdienlicher gewesen, kurz anzurufen? Wollen Sie uns jetzt wirklich noch einmal erklären, dass Sie wegen diesem einen epochalen Satz: Ich bin gegen Abfangjäger! nach Manching gereist sind, wenn auch auf Einladung des Herrn Bischoff über Wolf?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, überhaupt nicht, das habe ich auch nie gesagt, sondern ich bin dort hingereist, habe ich Ihnen früher gesagt. Ich schätze, eine Dreiviertelstunde, eine Stunde – die Geschichte ist fünf Jahre her, ich weiß es nicht mehr genau – haben wir dort gesprochen in einem Sitzungsraum bei Kaffee und Kuchen, und sie haben mir die Dinge erklärt, antwortend auf meine Fragestellungen. Und meine Fragestellungen damals waren: ein Kreis Gegengeschäfte: Wie schaut das aus? Sind das wirklich Gegengeschäfte? Die Vorwürfe, die Sie und andere, ich mag Ihnen jetzt nichts persönlich vorwerfen, aber viele haben doch in der Vergangenheit

darüber diskutiert, auch beim Draken: Ist das jetzt extra gekommen und war das ein zusätzliches Geschäft, oder sind das ...? Also das war ein Punkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da sind wir ja im Bilde. Wir konsumieren ja unsere gemeinsame Zeit.

Über Angebotsfristen ist offensichtlich nicht geredet worden.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe dort ja nicht einmal gewusst, ob wir die Ausschreibung freigeben werden, also das heißt ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was wurde vorgetragen? – Angebotsfristen, also abhaken, nein oder ja doch?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was meinen Sie mit „Angebotsfristen“?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Für eine etwaige Angebotseinholung. Zu dem Zeitpunkt ist ja schon längst klargestanden, dass es eine Angebotseinholung seitens der Republik geben wird.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe mit denen über kein Angebot gesprochen, sondern ich habe ihnen nur gesagt, ich weiß nicht, ob es zu einer Ausschreibung kommen wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also gut, Angebotsfristen keine. Haben die Herren über die Lieferfähigkeit oder die Lieferunfähigkeit hinsichtlich der Zeiträume ab 2003/04 aufwärts gesprochen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das weiß ich nicht mehr, ich kann Ihnen nur sagen, es war kein konkretes Gespräch in irgendeiner Absicht, was Beschaffung von Flugzeugen betrifft. Mit dieser Absicht war ich nicht dort, hätte ich auch niemals machen können zu diesem Zeitpunkt ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht nicht um die Absicht, sondern es geht darum, was Ihnen dort nahegebracht wurde.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das eine ist, was einseitig von der anderen Seite vermittelt wird, und das war, wir haben ein Superprodukt, toll und das kann klass sein für Österreich. Ich habe dort auf der anderen Seite gesagt, passt auf, ich bin dagegen, aber lasst uns die Gelegenheit nützen und uns gegenseitig da einfach ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie gefragt, wann dieses Superprodukt verfügbar wäre?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich nicht mehr. Aber noch einmal: Mein Eindruck ist, dass Ihre Fragestellung darauf abzielt, dass wir konkret mit irgendeiner Absicht, nämlich weiterführende Gespräche, Verhandlungen, ein Angebot, dass das dort das Gespräch gewesen wäre. – Das war es nicht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In einem Telefonat, so Herr Sektionschef Steger, haben Sie sich ausdrücklich dafür verwendet, dass die Abfangjäger – das ist jetzt schon zu einem späteren Zeitpunkt – erst ab 2004 zu liefern sein sollen. Haben Sie da eine Erinnerung daran, dass Sie sich für spätere Lieferfristen, als dann in der Ausschreibung letztlich zum Vorschein gekommen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es möglich, da einen konkreteren Vorhalt zu machen und zu sagen: Im Telefonat dann und dann ..., damit Herr Grasser weiß, wo das einzuordnen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke, Herr Vorsitzender. So wie ich das registriert habe, sind ja die Notizen, die handschriftlich den Akten beigelegt wurden und hier nur in eine leserliche Form gebracht wurden, des Sektionschef Steger vorne vorliegend über den Verfahrensanwalt, da finden Sie auf Page three, drei, 8.4.2002: Telefonat mit Herrn Bundesminister, so Steger. Da wird darauf verwiesen, dass Abfangjäger erst ab 2004 ein Wunsch offensichtlich ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: 8.4., gefunden. Meinen Sie das? Telefonat mit HPM, Donnerstag Früh Gespräch mit Scheibner und... (*Abg. Mag. Kogler: Genau, das steht da!*) KHG will offene Probleme Landesverteidigung, Vorschlag für das Budget 2003, ist gleich im Wesentlichen 2002, also wir wollten es offensichtlich auf einem Niveau halten, ohne Extras, wie KIUB und so weiter. Abfangjäger erst ab 2004.

Keine Ahnung, ich möchte jetzt diese Unterlage des Sektionschefs Steger nicht kommentieren, ich kenne sie nicht, ich sehe sie jetzt zum ersten Mal.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie sich irgendwann einmal damit auseinanderzusetzen gehabt oder ist Ihnen zur Kenntnis gekommen, gebracht worden, was die Produktionsmöglichkeiten, wenn Sie schon einmal in Manching waren und so interessiert sind, wie Sie sagen, an den günstigsten Lösungen, mit welchen Auslieferungsproblemen dort zu kämpfen war?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, Sie haben aus meiner Sicht den falschen Zugangswinkel. Ich war nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich stelle die Frage aus meinem Blickwinkel. Dass wir einen verschiedenen Winkel haben, das haben wir schon öfter festgestellt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Mein Eindruck ist, dass Sie glauben, ich habe sozusagen ein Thema gehabt, dass Eurofighter dort anbietet und sozusagen dass ich mich darum bemühe. Mir war das ... (*Abg. Dr. Jarolim: Das glauben wir alle!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, jetzt Herrn Grasser antworten zu lassen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Fein, das hat aber halt nichts mit der Realität zu tun. Faktum war, unser Interesse war größtmöglicher Wettbewerb. Fein, je mehr Anbieter desto besser, je mehr Alternativangebote desto besser.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie ja bloß, ob Sie irgendwann etwas über die Lieferfähigkeit respektive Unfähigkeit erfahren haben und ob das für Sie irgendwann ein Thema war.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wann wir wo über Lieferfähigkeiten geredet haben, weil das nicht die vorrangige Aufgabe des Finanzministeriums ist. Dass das im Ausschreibungsverfahren sicherlich irgendwann einmal eine Rolle gespielt hat und das Verteidigungsministerium beschäftigt hat, davon gehe ich aus. Dass es Diskussionen gegeben haben wird, können die überhaupt liefern oder können sie nicht liefern ...

Abgeordneter Dr. Werner Kogler (Grüne): War Ihnen die Korrespondenz bekannt, nebst dem, was Sie bekommen haben, wo EADS, Eurofighter genau davon schreibt, dass sie frühestens Ende 2004 mit den ersten vier Flugzeugen sich einstellen würden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann mich an das nicht erinnern. Aber noch einmal: Ich glaube, dass das **nicht** Gegenstand des jetzigen Untersuchungsthemas ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist alles aus der Perspektive 2001 in dieser Zeit, wo auch diese Korrespondenz, dann aber mit dem Landesverteidigungsministerium.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn es in den Zeitraum fällt, gehört es zu diesem Beweisthema.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie wollen, schaue ich mir gerne das Papier der EADS an, das sie uns damals übermittelt hat. Ich weiß nicht, ob in diesem Papier etwas über Lieferfristen drinsteht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das können wir abkürzen, ich stelle auch keine Falle hinsichtlich dieses Papiers, ich frage Sie nur nach den Lieferfähigkeiten. Sie wollen offensichtlich vermitteln, dass Sie sich zunächst damit nicht beschäftigt haben und darüber auch relativ wenig wissen, ist ja so.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ja eine Frage und kein Vorhalt. Kann man das nicht in etwa so formulieren: Waren Sie in der Zeit, die vom Beweisthema 1 umfasst ist, über die Lieferfähigkeit oder eine mangelnde Lieferfähigkeit von Eurofightern informiert? *(Abg. Muraier: Da sind wir froh!)*

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Vorsitzender! Herr Abgeordneter! Nochmals: Sie kennen das Papier, das von der EADS am Tisch liegt. Dort ist die Rede davon, dass sie 23 **MiG-29** anbieten, deutsche Luftwaffe im Zeitraum vom zweiten Quartal 2004 bis Ende erstes Quartal 2008 und dann den Zulauf von 18 Luftfahrzeugen Eurofighter im Zeitraum erstes Quartal im Zeitraum 2007 bis Ende drittes Quartal 2008. Das heißt, da gibt es Aussagen zu entsprechenden Liefermöglichkeiten, aber das war nicht mein vorrangiges Thema.

Mein Thema war, ein objektives, ein neutrales, ein korrektes Verfahren zustande zu bringen oder dazu beizutragen, dass es das gibt, und das habe ich versucht. Und wer dann die Vorgaben des Verteidigungsministeriums in der Ausschreibung berücksichtigen kann, erfüllen kann, wer diesen Vorgaben entspricht, der würde dann ein korrektes Angebot abgeben, das entsprechend bewertet werden muss. Dann Bestbieter und dann Vergabe.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich möchte auch daran anknüpfen. Herr Minister, Sie haben jetzt mehrmals ein korrektes und faires Verfahren betont. Wann haben Sie eigentlich oder haben Sie davon Bescheid gewusst, ob die Firma EADS in diese Request for Information-Angelegenheit einbezogen worden ist? Das ist ja nicht unwichtig, wenn die Ihnen das jetzt vorstellen, in Manching oder wo auch immer, dass man dann fragt: Wie seid denn ihr einbezogen, und was ist der Stand des Ganzen, der ganzen Verfahrenshandlungsangelegenheit?, da es ja immer um dieses faire Verfahren geht.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist sehr leicht möglich, dass dort diese Information gekommen ist, aber, wie gesagt, vom Verteidigungsministerium war ich nicht informiert. Mir war es nicht bekannt, dass offensichtlich EADS schon im März ein umfangreiches Dossier an das Verteidigungsministerium geliefert hat. Dass die beim Termin im Juni 2001 vielleicht ausgeführt haben, was ihr aktueller Stand ist, das ist sehr leicht möglich.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Und dass die dann nicht auf den Unterschied bei den Lieferfristen hingewiesen haben, dass dort ein Problem entstehen könnte, vom Schreiben vom 11. Jänner haben Sie angeboten 2004. Und in dem gerade von Ihnen zitierten Schreiben ist dargestellt worden, 2007 Lieferfähigkeit. Dass die das selber als Problem gesehen haben, ist wahrscheinlich nicht diskutiert worden.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht die Frage beantworten, warum das Landesverteidigungsministerium ... Ursprünglich war ja eine Übergangslösung eingeplant, und diese Übergangslösung ist dann weggefallen. Das müssen wir uns einmal gesondert anschauen und werden Sie mich sicher dann noch einmal befragen.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Es wäre doch logisch, dass irgendwo die Frage auftaucht, gibt es beim gesamten Beschaffungsvorgang und dieser Vorphase irgendein Problem, was EADS dann dazu animiert, zu sagen, jetzt müssen wir auch noch andere entsprechend informieren und einbeziehen, außer das schon angesprochene Argument, dass man mögliche Gegner überzeugt. Aber soweit ich das mitverfolgt habe, war im Jahr 2001 noch keine öffentliche Auseinandersetzung über Befürworter und Gegner in der eigenen Bundesregierung zu dem Projekt anhängig, das war EADS vermutlich nicht so bekannt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: 2001 ist schon die Diskussion darüber geführt worden, wer dafür und wer dagegen ist, und im Jahr 2001 habe ich mich ja massiv „hinausgehängt“ und habe gesagt: Ich bin dagegen. Da gibt es ja unzählige Medienberichte aus dem Jahr 2001, die das entsprechend dokumentieren. Das heißt, diese Diskussion ist schon geführt worden.

Ob es der EADS damals bekannt war, weiß ich nicht. Ich habe es ihnen auf alle Fälle gesagt, damit, wie gesagt, die Fronten klar sind.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Wie erklären Sie sich selbst, dass Herr Sektionschef Steger heute gesagt hat, er weiß von diesem gesamten Angebot, nämlich vom Gesamtpaket, überhaupt nichts und hat das sozusagen erst retrospektiv aus den Medien jetzt für sich erfahren?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das kann ich mir nicht erklären, weil Sektionschef Steger verantwortlich für die Abteilung Hillingrathner ist, weil es knapp nach dem 27. Juli offiziell einen Akteneinlauf im Bundesministerium für Finanzen gegeben hat und Herr Hillingrathner mir eine entsprechende Information zu diesem Papier gemacht hat. Das heißt, logischerweise hätte Steger wissen müssen, dass es das gegeben hat, und zwar im Juli oder August, also sagen wir fairerweise: im August 2001.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Herr Minister, wer hat eigentlich diese Theorie erfunden, eine Art Paketlösung mit MiG für ein paar Jahre auf der anderen Seite an die Variante Eurofighter zu koppeln? – Das taucht in diesem Schreiben vom Juli nicht das erste Mal auf, sondern ist schon vorher einmal in den Medien gestanden. Von wem ist diese Geschichte? Ist die von Hillingrathner? Oder wer hat diese Kombination aus Ihrer Sicht erfunden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie kann eine mögliche Folge dieses Gespráches im Juni 2001 in Bayern gewesen sein, weil, wie gesagt, Herr Hillingrathner auf der einen Seite ein „Freund“ – unter Anführungszeichen, im objektiven Sinn und neutral gemeint – davon war. Er hat die Position gehabt, dass die MiG ein gutes Flugzeug für Österreich sein kann, und hat mir das mehrfach dargestellt.

Das habe ich auch in Deutschland in die Diskussion eingebracht und habe gefragt: Was haltet ihr von dieser MiG? Ist das gescheit oder nicht? – Denn es war natürlich mein Anliegen, auch über ein kostengünstigeres Produkt zu diskutieren und auszuloten, welche Möglichkeiten es da gibt.

Dass dann vielleicht die EADS-Leute auf die Idee gekommen sind, zu sagen: vielleicht kann das gut sein, dass wir zuerst einmal MiG anbieten und später auf Eurofighter umsteigen – das wäre jetzt meine logische Interpretation.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Haben Sie das in dem Zusammenhang schon vorher für sich selbst so eingeschätzt, dass diese Hobby-Beschaffungsaktivitäten und die eigentlich schon in Typenentscheidungen oder -vorschlägen mündenden Aktivitäten von Herrn Ministerialrat Hillingrathner Sie möglicherweise in Probleme bringen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser (erheitert): Nein, das hätte ich nie so eingeschätzt. Ich sehe es, ehrlich gesagt, auch nicht so, denn – noch einmal – ein Finanzminister **hat** in seiner Verantwortung Gespräche zu führen, und er **hat** sich selbstverständlich informieren zu lassen.

Jeder Mensch, der sich mit dem Beschaffungsvorgang beschäftigt, weiß, dass die Ausschreibung Monate danach hinausgegangen ist; er weiß, dass das **Verteidigungsministerium** entsprechend **Herr des Verfahrens** war; er weiß, dass das Verteidigungsministerium die Bewertungen durchgeführt hat; und er weiß dann auch, dass das Verteidigungsministerium alle möglichen Produkte ausgeschieden hat, die wir eigentlich gerne gehabt hätten und nachweisbar auch ganz konsequent vertreten haben, weil wir gesagt haben: Das ist die billigste Lösung.

Die MiG wurde zuerst ausgeschieden – fein, die war überhaupt nie dabei; das war gegen die – unter Anführungszeichen – „Interessen“ des Finanzministeriums; Hillingrathner, okay. Danach wurden eben die F-16 und die F-16 Mid-Life Update ausgeschieden. Das war das Problem für uns, dass zum Schluss nur noch die zwei teuersten Produkte übrig geblieben waren.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Herr Minister, genau das sehe ich doch als ein Problem, dass man in einer bestimmten Vorphase eine relativ starke Involvierung hat und dabei sozusagen zumindest die Unschuld verliert. Denn jetzt muss ich Sie mit dem konfrontieren, was Sie selbst gesagt haben. Sie haben als Prolog bei dem Besuch in Manching am 11. Juni gesagt: Ich deklariere mich ganz klar, ich bin ein Gegner der ganzen Beschaffung, ich will das nicht.

Das Resultat war aber, dass offensichtlich ein Missverständnis entstanden ist. Denn die schreiben Ihnen dann mit 13. Juni, und die schreiben Ihnen mit 27. Juli, aber nicht nur: „Wir sind grundsätzlich lieferbereit“, sondern mit ganz dezidierten MiG- und sonstigen Kombinationen, sodass man sich denkt: Eigentlich ist das dann erst Gegenstand eines Beschaffungsaktes.

Jetzt meine Frage: Was war dort das Missverständnis? Warum kommen die auf die Idee, dann so dezidiert vorzugehen? – Das ist mir nicht ganz klar.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube nicht, dass es ein Missverständnis gegeben hat, sondern dass denen sehr klar war, dass ich gegen die Beschaffung auftreten werde. Aber es war natürlich auch ausgesprochen auf dem Tisch. Ich habe denen gesagt: Passt auf – ob ich diese Auseinandersetzung gewinne oder nicht, das weiß ich nicht; es ist schon möglich, dass unter Umständen dann doch eine Beschaffung stattfindet. Und für diese Fallback Option – deswegen habe ich ja auch Steger einen Auftrag gegeben: Strategiepapier, Kostenreduktion, Verteidigungsministerium und so weiter – möchte ich Informationen haben, möchte ich informiert sein.

Dass die dann – ich meine, Sie kommen aus der Wirtschaft: Sie hätte das genauso gemacht, oder? Wenn Sie einen Minister da haben, hätten Sie danach einmal eine g'scheite Information geschickt – das ist für mich ein Akt des professionellen Umgangs – und hätten eine von vielen Möglichkeiten aus der Sicht des Konzerns dargestellt, wobei man sagt, dass das einmal gut und überzeugend klingen muss. Logisch!

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ja, aber da wäre es für mich auch logisch gewesen – wenn Sie mich schon ansprechen –, dass ich das dann irgendwo eingeklinkt hätte. Denn so haben Sie das eigentlich nur Hillingrathner zur Bewertung und weiteren Behandlung geschickt, und das hat dann notabene irgendwo im Nichts verschwinden müssen, weil es einfach in keinem Verfahren anhängig war.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber es war ja nie meine Absicht, dass das verfahrensanhängig hätte werden sollen. Im Gegenteil, dann hätte ich ja befürchtet, dass der Eindruck entstehen kann: Kann man das machen, oder kann man das nicht machen?

In dem Moment, in dem ich etwas dem Verteidigungsministerium weiterschicke und sage: schaut euch an, ob das gut ist oder nicht gut ist!, versuche ich, dort in irgendeiner Form Einfluss zu nehmen. Das haben wir penibel vermieden, so etwas zu tun, sondern – noch einmal –: Informationen; ausloten, was für Österreich in einer Fallback-Variante Sinn machen kann; aber sicherlich nicht irgendwie konkreter sein, sondern Informationen vor Ausschreibung.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich bestreite das ja gar nicht, ich akzeptiere dieses Argument. Aber dieses Argument haben Sie dann selbst abschwächen müssen. Wenn Sie es gar nicht hätten entstehen lassen – durch den Besuch oder sonst etwas –, wäre Ihnen eher etwas erspart geblieben, als ein Vorteil.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Schon, Herr Abgeordneter, aber ich behaupte einmal: Richtig kannst du es in dieser Frage ohnehin nicht machen. Denn hätten wir den Gripen gekauft, dann hätte es deswegen Kritik gegeben. Hätten wir die gebrauchte F-16 gekauft, hätten sie gesagt: Gebrauchte Flugzeuge kaufen sie – das geht auch überhaupt nicht.

Unser Bestreben war, es **korrekt** zu tun. Richtig geht, glaube ich, nicht – in dem Sinne, dass alle Fraktionen in diesem Haus sagen: wunderbar, klass gemacht! –, aber korrekt. Das war unsere Zielsetzung, und ich bin sicher, dass es korrekt gelaufen ist.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Deswegen jetzt auch meine Frage zu dem Korrekten: Sie haben vorhin erwähnt, Herr Bischoff ist ja nicht irgendwer, und all diese Zusammenhänge mit dem Cluster Steiermark und so weiter sind ja auch nicht irgendetwas.

Jetzt schreibt Ihnen da EADS – auch nicht irgendwer – zwei Mal. Da würde ich doch von einer korrekten Vorgangsweise vom Grund her erwarten, dass man demjenigen sagt: Wir haben das intern geprüft und haben befunden, dass es für uns nicht in Frage kommt.

Wieso ist dann diese Erledigung eigentlich nicht erfolgt?– Das wäre doch das Allerlogischste.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das glaube ich nicht, weil wir eben genau diesen Eindruck vermeiden wollten, dass wir mit irgendjemandem über ein konkretes Vorhaben sprechen, in Dialog treten, nur irgendwie den Eindruck erwecken wollen, dass wir uns da sozusagen über unsere Verantwortung hinaus in einen Beschaffungsvorgang einmischen. Genau das war nicht die Zielsetzung.

Deswegen war auch eines völlig klar: Wir haben kein Angebot erbeten, sondern wir haben uns Informationen geholt. Und wir haben auf der anderen Seite ganz bewusst nicht zu einer Präsentation dieses Papiers oder zu einer Diskussion über dieses Papier eingeladen, weil es aus unserer Sicht für die Beschaffung irrelevant war.

Ich habe gesehen: Okay, fein, die haben irgendeine Idee; vielleicht können sie anbieten. Wenn sie anbieten, ist mir das sehr recht, weil sie dann im Wettbewerb

stehen, und wenn einer mehr im Wettbewerb ist, vielleicht sogar mit einer billigen Alternative dabei ist, dann kann das gescheit sein.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Weil gerade das Argument gefallen ist, dass es keiner gekannt hat: Ich hätte es besser gefunden, es hätte das jeder gekannt; in der Phase wäre es, zumindest für heute, eine bessere Darstellung.

Jetzt aber noch zu etwas anderem. Herr Minister, Sie haben ein paar Mal Folgendes angesprochen: Der beste Beweis dafür, dass es keine politische Vereinbarung gegeben hat, eine Einschränkung auf 18 vorzunehmen, ist, dass das Angebot dann tatsächlich auf 24 plus diese Übungsflugzeuge gelautet hat. Das war die Darstellung.

Jetzt meine ich, ganz logisch: Die Auseinandersetzung war doch zwischen Scheibner und Ihnen. Der eine hat sich für das Bundesheer „hinausgehängt“ und hat gesagt: Wir erfüllen die ganze Geschichte, und wir bestellen das in größtmöglichem Umfang. – Sie haben gesagt: Wir müssen sparen. Beide Positionen sind verständlich.

Was wird daher eine Bundesregierung anderes tun, als dass man doch irgendwie ein Gentlemen's Agreement trifft, nach dem Motto: Der eine wird sein Gesicht nicht verlieren; wir lassen die Ausschreibung bestehen, aber es wird im Nachhinein irgendeinen Grund geben – Budgetknappheit, Steuerreform, irgendetwas –, warum wir dann diese 18 entsprechend haben. Ist so eine Variante nicht einmal vorstellbar? Gibt es so etwas nicht?

Sonst macht es ja keinen Sinn! Wenn Hillingrathner, den ich gestern kennen gelernt habe als Ministerialrat, der, sagen wir, sehr bürokratie-orientiert und über alles einen Aktenvermerk anlegend vorgeht, zwei oder drei Mal „pro domo“ schreibt: der Herr Minister hat gesagt, und so weiter; und der Minister selbst schreibt ihm dann in einem Mail, am Schluss der Geschichte müssen es 18 sein – dass das irgendwie schlüssig, stimmig ist, war eigentlich für jeden ableitbar. Sonst gäbe es doch nach der Bestellung, nach der Ausschreibung intern viel mehr Geschrei; „Geschrei“ ist ein bisschen komisch formuliert, aber es würde eben eine Auseinandersetzung stattfinden. Die hat aber nicht stattgefunden. Daher ist der Hinweis, dass man sich vielleicht schon vorher arrangiert hat – na, irgendwann wird man es reduzieren! –, doch nichts Schlechtes. Aber kann es diesen Hinweis geben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es wäre nichts Schlechtes dabei gewesen, sich im Jahr 2001 auf irgendetwas zu einigen, zum Beispiel auf 18 Stück. Aber wenn das stattgefunden hätte – das hätte ich damals schon sehr begrüßt, wenn Scheibner gesagt hätte, er rückt von 24 plus 6 ab, und 18 ist vereinbart –, hätte ich das super gefunden, weil dann klar gewesen wäre, dass es deutlich weniger kostet.

Aber dann hätte natürlich Scheibner auch 18 Stück ausgeschrieben, und dann hätten wir uns nicht im Nachhinein um Rechtsgutachten darüber kümmern müssen, ob eine Reduktion von 24 plus 6 auf 24 beziehungsweise dann von 24 auf 18 überhaupt möglich ist.

Ich hätte es gescheit gefunden – und unsere Zielsetzung war klar –, dass wir Gespräche geführt haben in Richtung 18 oder sogar weniger; auch das ist sicher der Fall gewesen. Aber eine politische Vereinbarung zwischen dem Kanzler, dem Verteidigungsminister und dem Finanzminister – wie es, glaube ich, Hillingrathner geschrieben hat –, hat es so nicht gegeben.

Hillingrathner hat es sicher nicht böse gemeint, daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Denn Hillingrathner ist ein toller, fleißiger, aufrechter, geradliniger Beamter. Das heißt, wenn er das hingeschrieben hat, dann wird er gedacht haben, dass das so ist.

Ich kann mir nur vorstellen, dass er es überinterpretiert hat, dass ich ihm gesagt habe: Schau, wir haben über die 18 geredet, und ich kann mir vorstellen, dass das so ausgeht. – Und er wird dann gesagt haben: okay, politische Vereinbarung. So irgendwie muss das zustande gekommen sein. Aber gegeben hat es sie nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz teilt mit, es werde nun noch Abgeordneter Dr. Jarolim seine Fragen stellen, und danach werde eine Pause eingeschoben. Überdies werde es noch ein Detail der weiteren heutigen Vorgangsweise in einer kurzen Geschäftsordnungsbesprechung zu klären geben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich werde mich wirklich kurz fassen und unmittelbar auf die Ergebnisse, die Herr Mitterlehner herausgearbeitet hat, aufsetzen.

Herr Minister, Sie haben uns jetzt sehr farbenreich erklärt, dass es eigentlich das Naheliegendste für jeden von uns und auch für Sie sein müsste, wären wir oder Sie anstelle des Herrn Wolf, in einer Situation, in der er Geschäfte im Zusammenhang mit einer Militärlieferung machen möchte, natürlich Sie als Finanzminister anzurufen und Sie einzuladen, zu diesem Militärproduzenten zu reisen – so habe ich das verstanden –, um dort irgendetwas zu tun.

In diesem Zusammenhang lautet meine Frage: Welchen Eindruck wollten Sie als Finanzminister, der in diesem Beschaffungsvorgang nicht die irrelevanteste Rolle gespielt hat, bei diesem Militärproduzenten eigentlich erwecken? Was war Ihr Wunsch, dass Sie dort darstellen?

Sie fahren hin für eine dreiviertel Stunde, sind in Manching und erleben dort etwas, von dem Sie sagen, es ist keine Präsentation, und von dem andere sagen, es wäre eine Präsentation. Sie sagen gleichzeitig, dass Sie eigentlich – den Eindruck könnte man haben – hauptsächlich deshalb dorthin reisen, um zu sagen, dass Sie keine Luftfahrzeuge kaufen. Gleichzeitig interessieren Sie sich für eine ganz wesentlichen – für Sie vielleicht nicht so wesentlich erscheinenden – Teil einer derartigen Finanzierung, nämlich die Gegengeschäfte. Das ist für mich etwas, was nicht geradezu konzise ein wirklich zielstrebiges Modell darstellt.

Ich habe auch gestern – und ich glaube, wir alle – von Herrn Minister Scheibner erfahren, dass er es sich bei Beschaffungsvorgängen verbietet, mit irgendjemand von den Interessenten in Kontakt zu treten, was genau das Gegenteil dessen ist, was Sie getan haben.

Wenn Sie uns vielleicht kurz Folgendes darstellen: Was war eigentlich Ihre Sicht der Dinge? Was wollten Sie bezwecken? Welchen Eindruck wollten Sie machen? Und warum eine dreiviertel Stunde in Manching?

Letztlich auch, wenn wir dann in die nächste Runde kommen: Wer hat eigentlich diese Reise finanziert? Wie ist sie zustande gekommen? Auf wessen Kosten wurde dieser seltsame Vorgang – wenn ich das so bezeichnen darf, und auch der Herr Kollege hat, glaube ich, in diese Richtung gearbeitet – eigentlich finanziert? (*Abg. Dr. Fekter: Haben Sie noch nie einen Besuch gemacht? – Abg. Muraue: Nicht so wie Vranitzky ...!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich möchte jetzt nicht alles aus meiner Sicht richtigstellen, was Sie gesagt haben, aber ein bisschen ist mir Ihre Aussage, ihr Statement jetzt wie eine Persiflage meiner Aussage vorgekommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das war aber nicht so gemeint.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie Ihre Aussage nicht so gemeint haben, brauche ich sie nicht ganz so zu korrigieren.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte das nur herausarbeiten, damit wir am Ende des Tages gemeinsam die Tatsache wissen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir könnten es so schön haben, würde eine Frage mit einem konkreten Vorhalt begründet werden, sodass ich dann darauf achten könnte, dass diese konkrete Frage beantwortet wird. Das würde Wonnegefühle auslösen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Erste Frage: Welche Rolle wollten Sie spielen angesichts des Umstandes, dass Sie gesagt haben: wären Sie Herr Wolf oder wären wir Herr Wolf, dann würden wir selbstverständlich den Finanzminister dazu einladen, bei Militärproduzenten aufzutreten? Welchen Eindruck wollten Sie dort erwecken? Was war Ihre Aufgabe?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meine Verantwortung als Finanzminister wahrzunehmen, im Sinne offener, transparenter Information meines Gesprächspartners darüber, was meine Absicht ist. Das habe ich getan: gegen die Beschaffung von Flugzeugen. – Punkt eins.

Punkt zwei ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich dazu eine Zusatzfrage stellen, weil ja der Herr Vorsitzende großen Wert auf kurze Fragen und kurze Antworten legt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich wollte es ja auch noch beantworten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Vielleicht nur eine Zwischenfrage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Herr Grasser ist jetzt beim Antworten.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Der zweite Teil der Antwort ist: Selbstverständlich wollte ich als Finanzminister einem Vorstand von DaimlerChrysler gegenüber freundlich und konstruktiv auftreten, damit er sieht: Okay, da gibt es Politiker, die auf den Standort schauen, Politiker, die schauen, dass sie für das eigene Land etwas zustande bringen, Politiker, die wertschätzen, dass DaimlerChrysler – fragen Sie mich, wie viel – regelmäßig Milliardenaufträge nach Österreich vergibt. Das war das Spannungsfeld, das man dort zu überwinden hatte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): War der Kontext dieser Reise im Zuge der Anschaffung von Militärflugzeugen, ja oder nein?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Selbstverständlich! Das habe ich die ganze Zeit gesagt: Es war das Ziel, Informationen zu beschaffen, was die Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen betrifft.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist das Ihre Aufgabe als Finanzminister? Oder ist das die Aufgabe des Landesverteidigungsministers?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meine Aufgaben als Finanzminister, was die Mitbefassung betrifft, sind bundeshaushaltsrechtlich festgelegt. Daher kommt mir eine Mitentscheidung in der Bundesregierung als Kollektivorgan zu, und daher betrachte ich es selbstverständlich als *meine Pflicht, mich zu informieren*.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Worüber?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Über Gegengeschäfte, über Finanzierungskonditionen, über das Finanzierungsgeschäft, über das Produkt selbst, über all das, was hier eine Rolle spielt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist ein dreiviertelstündiger Aufenthalt dafür ausreichend?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, es war kein dreiviertelstündiger Aufenthalt. – Danke, dass ich das ergänzen darf.

Es war – das habe ich vorhin ausgeführt, ich weiß nicht mehr, wem gegenüber – eine Dreiviertelstunde bis Stunde – ich habe gesagt, ich kann es nicht mehr genau sagen, wie lange es war, es ist fünf Jahre her – im Sitzungszimmer bei Kaffee und Kuchen, und es war danach die Werksbesichtigung. (*Abg. Muraue*r: *Das ist jetzt der fünfte Kuchen!*) Fragen Sie mich, wie lange die Werksbesichtigung gedauert hat – ein ganz normaler Betriebsbesuch, bei dem man sich die Produkte angeschaut hat. Sie haben dort Flugzeuge gehabt, die habe ich mir angesehen, und danach sind wir zurückgefliegen.

Gezahlt hat die Reise – das haben Sie gefragt – MAGNA. Und ich war froh, dass ich der Republik ein Ticket, die Flugkosten ersparen konnte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): MAGNA hat die Reise gezahlt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bin mit dem Flugzeug des Herrn Wolf, mit dem MAGNA-Flugzeug, dort hingeflogen. MAGNA hat diese Reise gezahlt, und ich konnte der Republik ein Ticket ersparen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie vorhin gesagt, dass Herr Wolf Sie im Zusammenhang mit möglichen Geschäften eingeladen hat, und wenn wir Geschäfte machen wollten, dann würden wir das auch machen, nämlich den Finanzminister einzuladen, und der Finanzminister fliegt auch mit.

Glauben Sie, dass es Ihre Aufgabe ist, mit potentiellen Geschäftstreibenden mitzufahren, damit Sie deren Chancen im Zusammenhang mit Republik-Geschäften erhöhen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube, dass es die Aufgabe des Finanzministers ist, dafür Sorge zu tragen, dass österreichische Betriebe möglichst viele gute Geschäfte machen können, damit Arbeitsplätze entsprechend abgesichert werden können und neue geschaffen werden können. (*Abg. Dr. Fekter*: *Fischer nimmt eine ganze Delegation mit!*)

Ich glaube, dass es eine sehr gute Vorgangsweise eines Finanzministers ist, wenn man nicht Kosten für den Steuerzahler produziert und eine Dienstreise auf diese Art und Weise absolviert – im Vergleich zu einem Bundeskanzler außer Dienst Vranitzky, der sich von der WestLB auf ich weiß nicht, wie viele Flüge privat hat einladen lassen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie nicht, dass der Eindruck entstehen könnte, dass Sie in irgendeiner Weise den einen oder anderen Anbieter, mit dem Sie auf diese Reise gehen, bevorzugen könnten?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, das wäre ein völlig falscher Eindruck. Das war nicht der Fall. Ich habe alle Anbieter, die mit mir Gespräche gesucht haben, gleich behandelt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich von allen einladen lassen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist eine unkorrekte Aussage, wie Sie wissen. (*Abg. Dr. Jarolim*: *Na, Sie haben alle gleich behandelt!*) Ich habe mich nicht von Anbietern „einladen“ lassen, sondern MAGNA hat die Flugkosten übernommen, weil Herr Wolf so erfolgreich ist, dass er mit Privatflugzeug fliegen kann. Und ich habe gedacht, es macht wenig Sinn (*Abg. Muraue*r: *MAGNA hat ja nicht angeboten!* – *Abg. Mag. Stadler*: *Nein, aber Gegengeschäfte ...!*), dass ich mit der Lufthansa oder mit der

Austrian Airlines hinfliege auf Steuerzahlerkosten und Herr Wolf mit seinem Flugzeug hinfliegt. (*Abg. Dr. Jarolim: Darf ich Sie ...*)

Die sehr pragmatische Vorgangsweise ist, dass man dann in einem Flugzeug fliegt, wenn es ohnehin fliegt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich Sie fragen: In welchem Zusammenhang hat Sie Herr Wolf gefragt, mit ihm mitzureisen? War da die Frage Gegengeschäfte, ja oder nein, ein Thema vor Antritt dieser Reise?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Wolf hat mich angerufen und hat gesagt, Herr Bischoff ist ein Vorstand von Daimler Chrysler, Herr Bischoff ist der Aufsichtsratsvorsitzende von EADS und Herr Bischoff würde mich gerne kennenlernen, und er muss nach München fliegen (*Abg. Dr. Fekter: Auch schon zum fünften Mal!*), und ich kann mit ihm mitfliegen und ob wir das machen können.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): War das Thema Luftfahrzeugbeschaffung/Gegengeschäfte davor je ein Thema oder ist das plötzlich draußen dann eigentlich ein Thema geworden, völlig überraschend für Sie?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das war natürlich ein Thema, weil ich vorher Gripen-Diskussionen schon geführt habe, und bei der Gripen-Diskussion ist es genau ums gleiche Thema gegangen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte nur ganz kurz noch einmal auf diesen Brief der EADS vom 27. Juli 2001 und insbesondere auch die Rolle, die Sie dort möglicherweise vermittelt haben, zurückkommen.

In diesem Brief lautet es, Herr Bischoff schreibt – ich zitiere –: Außerdem darf ich Ihnen, Herr Bundesminister für Finanzen, bestätigen – bestätigen! –, dass das Haus Daimler Chrysler AG das Vorhaben – nämlich die Anschaffung von Flugzeugen – voll unterstützt und entsprechende Beiträge zur Erfüllung der Kompensationsforderungen bereits heute leistet. (*Abg. Dr. Fekter: Der Androsch unterstützt das auch!*) Mit dem 100-prozentigen Tochterunternehmen Eurostar produzieren wir erfolgreich am Standort Graz, mit der Magna Steyr haben wir eine langjährige und intensive Zusammenarbeit zur Entwicklung und Produktion von allradgetriebenen Fahrzeugen. – Zitatende.

Herr Minister, erachten Sie im Lichte dieses Eindrucks und des Umstandes, dass Sie im Zusammenhang mit der Anschaffung von Militärluftfahrzeugen, bei deren Entscheidungsfindung Sie mitwirken, tatsächlich auch heute noch als korrekt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich betrachte sie absolut tatsächlich auch als heute noch korrekt, und sie waren damals korrekt. Ich weiß nicht, was Ihnen lieber wäre, wenn der Finanzminister sagt: Bitte, macht ja kein Gegengeschäft mit uns, investiert ja nicht in den Standort Österreich, gebt uns ja keine Aufträge, damit wir Arbeitskräfte beschäftigen können!? Ich weiß nicht, was da die ökonomische Zielsetzung sein soll. (*Abg. Dr. Fekter: Zum siebenten Mal!*)

Selbstverständlich war es meine Zielsetzung, mich über Gegengeschäfte informieren zu lassen und wenn es irgendwie geht, einen guten Eindruck zu machen, damit der sagt: Österreich ist ein guter Standort, machen wir etwas mit Österreich, investieren wir in Österreich! – Genau so interpretiere ich meine Rolle.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Mir ist am liebsten ein Finanzminister, der nicht den Eindruck erweckt, die eine oder andere Lösung zu bevorzugen, aus welchen Gründen auch immer.

Können Sie mir sagen, warum schreibt hier – und haben Sie geantwortet auf diesen Brief vom Herrn Bischoff? –: Außerdem darf ich Ihnen bestätigen, dass das Haus

Daimler Chrysler und so weiter entsprechende Beiträge bereits **heute** leistet!? – Das heißt, er antizipiert ein Entgelt für einen noch bevorstehenden Vorgang. Wie ist das zu verstehen? Haben Sie darauf in irgendeiner Weise reagiert?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens habe ich keinen Anbieter bevorzugt, sondern alle gleich behandelt – das habe ich mehrfach ausgeführt –, daher weise ich die Unterstellung, ich hätte irgendwas bevorzugt, zurück.

Zweiter Punkt ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber das steht ja da drinnen. Sie müssen nicht mir gegenüber, sondern haben Sie es Bischoff gegenüber zurückgewiesen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich brauche Herrn Bischoff gegenüber nichts zurückzuweisen.

Okay, Herr Abgeordneter Jarolim, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie offensichtlich sagen, Daimler Chrysler sollte nicht mehr in Österreich produzieren. Wenn Sie diese Wirtschaftspolitik dann auch umsetzen in den nächsten Jahren, dann: Gratuliere, gute Nacht, Österreich! (*Abg. Mag. Stadler: Das ist eine Unterstellung! Das braucht sich ein Mitglied dieses Ausschusses nicht gefallen lassen!*) Das kann wohl nicht die Zielsetzung sein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das geht mir eigentlich zu tief, Herr Minister. Ich glaube, Sie haben verstanden – und alle anderen auch –, was passiert ist und worum es geht.

Herr Minister, Sie haben heute mehrfach verkündet im Zusammenhang mit abhanden gekommenen Dokumenten, dass hier – was haben Sie gesagt? –, Stellen belastet sind, und der Umstand, dass Stellen belastet sind, wäre mehr oder weniger eine Rechtfertigung dafür, dass das Abhandenkommen von Unterlagen nicht Ihnen zugerechnet ist. Habe ich Sie da richtig verstanden? Und erklären Sie uns vielleicht einmal: Was heißt „belastet“?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich habe mehrfach diese Aktenverzeichnisse im Bundesministerium für Finanzen, die Aktenläufe erklärt. Wenn der Herr Vorsitzende der Meinung ist, ich soll diese Frage nochmals beantworten ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie mir nur, was „belastet“ heißt, bitte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das heißt, dass ein Aktenstück einer bestimmten Stelle zugeordnet ist in unserem Aktenverzeichnissystem, wo man herauslesen kann, bei wem dieser Akt jetzt sein sollte. Und dann gibt es Akten, die dem Kabinett zugeordnet sind, und dann sollten sie auch im Kabinett sein. (*Abg. Dr. Jarolim: Wieso kommen Sie ...?*) – Ich rede gerade, danke.

Und dann gibt es Akten, die sind dem Bundesministerium für Finanzen und verschiedenen Abteilungen zugeordnet, und dann sollten sie in diesen verschiedenen Abteilungen sein. Und bei dem einen Akt, den Sie ansprechen, habe ich darauf hingewiesen, dass dieser Akt der Abteilung des Ministerialrates Hillingrathner zugeordnet ist und nicht dem Ministerbüro. Wobei ich niemandem damit irgendwas unterstelle, sondern gesagt habe: Ich habe diesen Akt in das Haus geleitet, ich habe ihn der Abteilung Hillingrathner zugeleitet, und ich kann mir nicht erklären, wo dieser Akt ist. Ich gehe selbstverständlich auch nicht davon aus, dass Herr Hillingrathner diesen Akt, dass dieser Akt dort verlorengegangen ist. Ich weiß nicht, wo dieser Akt ist,

aber Gott sei Dank haben Sie ja die Kopien und die 100-prozentige Information dessen, was im Originalakt drinnen gestanden ist. (*Abg. Dr. Fekter: „NEWS“ hat ...!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich vielleicht eine kurze Frage in diesem Zusammenhang – kann man kurz das Schreiben vorlegen?

Und zwar: Herr Hillingrathner hat am 10. Mai 2004 eine Stellungnahme abgegeben, in der er unter anderem – und zwar ist das der zweite Absatz, Herr Minister; lesen wir es miteinander durch.

Kurz zur Geschichte eines Einlaufstückes, es geht konkret um ein Einlaufstück, das abhanden gekommen ist:

10. Mai 2004 ist der Aktenvermerk, es betrifft allerdings den gegenständlichen Berichtszeitraum. (*Abg. Dr. Fekter: Wir kennen es schon auswendig, weil es ist schon das siebente Mal!*) – Frau Kollegin Fekter, lassen Sie mich vielleicht ganz kurz. Wir lieben alle Ihre Stimme, aber nur die 2 Minuten, ich bin dann gleich fertig.

Am 29.8. verfasste ich, sagt Hillingrathner, über Drängen des Kabinetts – also Ihres Kabinetts – eine Kurzstellungnahme. Das Einlaufstück konnte ich aus Zeitmangel nicht sofort bearbeiten und erledigen. Am selben Tag kam die Weisung, dass der Herr Bundesminister – nämlich Bundesminister persönlich – den Originalakt sofort wünsche. Ich habe noch am selben Tag, also am 29.8.2001, mittels in Kopie beiliegendem Dienstzettel den Originalakt an den Herrn Bundesminister übermittelt, seitdem ist dieser Akt unauffindbar. Mit einer von mir angefertigten Kopie wird daher der Leiterin der Abteilung XY neuerlich eine Ersatzerledigung verfasst werden.

Herr Bundesminister, erstens: Was sagen Sie dazu? Und zweitens: Ist der Umstand, dass eine andere Abteilung mit dem Abhandenkommen eines an Sie übermittelten Aktes, wo er also persönlich an Sie übergeben worden ist, dass die belastet ist, auch tatsächlich zuständig, und daher ist das nicht Ihre Verantwortung?

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Jarolim, diesen Vorhalt hatten wir heute mindestens fünf Mal! Die Frage: Was halten Sie von diesem Akt?, ist eine Aufforderung an Herrn Grasser, seine Erklärungen dazu schlicht und einfach zu wiederholen, und es bleibt ihm auch nichts anderes übrig.

Ich halte es für keine besonders gute Idee, immer wieder dasselbe vorzuhalten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Vorsitzender! Ich habe das deshalb gefragt, weil heute schon zwei Mal auf diesen Vorhalt die Antwort gekommen ist, dass die Lösung die sogenannte Belastung einer Abteilung wäre (*Abg. Mag. Stadler: Das stimmt aber nicht!*), und es würde die Belastung einer Abteilung, die diesen Akt überhaupt nicht haben kann, weil er ihn persönlich nach Angabe dieses Aktenvermerkes hat, natürlich nicht zuständig sein kann. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*) Und diesen Widerspruch wollte ich hiermit auflösen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist Ihr Fragerecht und Ihre Zeit. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich habe keine Frage mehr! Danke!*) – Bitte, Herr Grasser, um Antwort.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann diese Frage nur nochmals beantworten, Herr Abgeordneter: dass ich dieses Schreiben bekommen habe, dass ich dieses Schreiben in das Haus geleitet habe, dass ich Herrn Ministerialrat Hillingrathner um eine entsprechende Information gebeten habe. Das heißt, erst meine Veranlassung, dieses Schreiben in das Haus zu geben, hat dazu geführt, dass Sie dieses Schreiben heute vollinhaltlich vor sich liegen haben.

Ich habe bedauert, dass der Originalakt nicht da ist, aber ich hoffe eigentlich, dass jeder vernünftig, mit Hausverstand denkende Mensch sagt: Ob das jetzt das

Originalpapier ist oder die 100-prozentige Kopie dessen, was im Originalpapier da war, dachte ich eigentlich bis heute, ist nicht so besonders wichtig. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie gerne eine sehr intensive und lange, sich wiederholende Diskussion darüber führen.

Was es heißt, dass jemand belastet ist, kann ich Ihnen nur nochmals sagen: Es gibt unter der Geschäftszahl, die Sie kennen – Gegenstand: Abfangjäger, Dr. Bischoff, Einbringer: EADS, Bearbeiter: Dr. Herbert Hillingrathner –, eine Aussage hier im Aktensystem, wo steht: liegt bei: Hillingrathner, Dr. Herbert.

Das heißt, offensichtlich wird in unserem System ausgeführt, dass dieser Akt bei ihm liegt. Bei ihm ist er offensichtlich auch nicht gelegen – noch einmal, das tut mir sehr leid, dass das nicht der Fall ist; ich weiß auch nicht, wo er ist –, trotzdem bin ich sehr froh, dass Sie die volle Information haben und daher niemand spekulieren muss, was da drinsteht, sondern Sie das vor sich liegen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt möchte ich auf Grund eines aktuellen Vorfalles Herrn Dr. Strasser das Wort zu einer kurzen Erklärung geben.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Meine Damen und Herren! Ich fürchte, es wird nicht gar so kurz sein, weil das Problem ein größeres ist.

Mir ist vom Vorsitzenden ein Schriftstück übergeben worden – ich weiß nicht, wie man das nennt –, Titel: „Fekter: Verfahrensanwalt bestätigt: Ausschuss grenzt an politisches Tribunal“.

„(ÖVP-PK) – Im Rahmen der Befragung von Finanzminister Grasser kam es heute, Donnerstag, zu einem politischen Eklat im Eurofighter-Untersuchungsausschuss, nachdem die Befragung des Ministers vor allem bei Fragen von Abg. Stadler und Vorsitzendem Pilz inquisitorische Züge annahm und Pilz Grasser vorwarf, den Ausschuss falsch zu informieren. Daraufhin protestierte die ÖVP-Fraktion und der Verfahrensanwalt sah sich veranlasst, Klarstellungen zu treffen, berichtete die Fraktionsvorsitzende der ÖVP im Eurofighter-Untersuchungsausschuss, Abg. Dr. Maria Theresia Fekter, am Rande der Ausschusssitzung.“

Das betrifft noch nicht meine Person. Das, was jetzt kommt, hingegen schon. Hier heißt es:

„In dieser Klarstellung bestätigte der Verfahrensanwalt im Eurofighter-Untersuchungsausschuss die Ansicht Fekters, dass die Befragung von Minister Grasser zumindest zeitweise den Eindruck eines parteipolitischen Tribunals erwecke. Der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Pilz, dessen fehlende Objektivität schon mehrmals heftig diskutiert worden war, musste vom Verfahrensanwalt sogar unterbrochen werden. Der Verfahrensanwalt mahnte das Objektivitätsgebot ein und warnte vor parteipolitischer Inszenierung und der Behandlung von Auskunftspersonen als Beschuldigte.“

Im Kern sind diese Angaben, soweit sie mich betreffen, **unrichtig**. Es ist unrichtig, dass ich den Vorsitzenden des Ausschusses unterbrochen habe. Es ist **richtig**, dass, nachdem hier die Auseinandersetzung entstanden war zwischen dem Abgeordneten Dr. Pilz und der Abgeordneten Dr. Fekter, weil der Vorsitzende einen Vorhalt an den Bundesminister Grasser gemacht hat, in dem er angekündigt hat – soweit ich das richtig in Erinnerung habe –, dass der Untersuchungsausschuss überprüfen werde, ob der Minister nicht falsch informiert habe. – So ungefähr.

Daraufhin ... (Abg. Dr. **Mitterlehner**: Herr Dr. Strasser!) – Unterbrechen Sie mich bitte nicht, Sie können das dann nachher ...

Daraufhin kam der von mir sehr bedauerte Vorwurf der Abgeordneten Dr. Fekter gegenüber dem Vorsitzenden, er sei ein Verleumder. Ich kann mich jetzt nicht mehr so richtig erinnern, wer mich gebeten hat, hier eine Erklärung abzugeben. (*Abg. Dr. Fekter hebt die Hand!*) Das weiß ich jetzt nicht mehr, aber ich glaube fast, es war Abgeordnete Dr. Fekter.

Ich habe mich dann zu einer grundsätzlichen Erklärung bereitgefunden, die darin bestanden hat, dass ich die Rolle des Untersuchungsausschusses charakterisiert habe – ich brauche das jetzt im Moment nicht zu wiederholen, ich wiederhole es vielleicht nachher – und dass ich dann gesagt habe: Wenn der Untersuchungsausschuss seine Arbeit im Rahmen des Beweisverfahrens durchführt und dann am Schlusse zu Feststellungen kommt, dann obliegt ihm dabei die freie Beweiswürdigung, die freie Überzeugung, mit einer intersubjektiv plausiblen, verständlichen Begründung. In dieser Aufgabe sieht er sich vor eine große Herausforderung gestellt, weil naturgemäß und grundsätzlich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses parteipolitische Interessen verfolgen. Diese Aufgabe kann er nur dann bewältigen, wenn er sich stets auf das Objektivitätsgebot besinnt.

Ich meine auch, dass das, was ihm am Schlusse obliegt, schon durch das gesamte Verfahren so sein muss. Es ist nichts damit getan, wenn gegenseitig übertriebene Vorwürfe erhoben werden, auch nicht, wenn eine Auskunftsperson als Betroffener behandelt wird.

Ich kann jetzt dazu ergänzen: In Deutschland ist die Rechtslage so: Es gibt Zeugen und Betroffene. Der Betroffene ist jeweils derjenige, gegen den sich ein Untersuchungsausschuss richtet. Die österreichische Rechtslage ist da die einfachere, es gibt nur die Auskunftspersonen. Jedenfalls hat aber eine Auskunftsperson das Recht, so behandelt zu werden, dass sie nicht den Eindruck hat, sie wird als Beschuldigter behandelt.

Ich habe dann am Schluss gesagt, berichtet über dieses mein Interview, dass ich, wie ich die Mitglieder dieses Ausschusses kenne, keine Gefahr sehe, dass Auskunftspersonen als Beschuldigte behandelt werden und dass die Beweisaufnahmen zu parteipolitischen Inszenierungen missbraucht oder gebraucht werden.

Ich habe nur jetzt **zuletzt** im Hinblick auf diese Auseinandersetzung, die ja keine geringe war, den Eindruck gewonnen oder die Gefahr gesehen, dass dieser Ausschuss in eine Art politisches Tribunal abgeleitet, aber ich bin nach wie vor der Überzeugung, es wird nicht so sein.

Das waren ungefähr meine Worte. Das, was hier drinnen steht, entspricht dem nicht. Ich kann dagegen an sich nichts machen, wenn das so hinausgeht, das ist schon draußen. Ich bedaure das sehr, ich ändere aber nicht meine Meinung.

Wenn ich hier in diesen Ausschuss als Verfahrensanwalt bestellt wurde, dann habe ich das Interesse, dass die Arbeit dieses Ausschusses in der Öffentlichkeit anerkannt wird – das war ja bei früheren Ausschüssen nicht so sehr der Fall – und dass der Souverän – Herr Abgeordneter Stadler, das ist nicht das Parlament, sondern das ist das Volk, aber das Parlament vertritt den Souverän – wirklich den Eindruck hat, hier wird profunde Arbeit geleistet.

Mehr kann ich dazu nicht sagen; ich will es auch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde vorschlagen, dass wir diese Stellungnahme jetzt nicht noch weiter diskutieren, sondern einfach zur Kenntnis nehmen. Ich möchte selbst da jetzt auch nichts erklären, obwohl es mir als Betroffenen möglicherweise zustünde. Ich appelliere nur an alle, das zum Anlass zu nehmen, um zumindest für den Rest der

heutigen Sitzung sowohl ein Mindestmaß an parlamentarischer Kultur als auch die Grundsätze der Verfahrensordnung und der Geschäftsordnung zu beachten und vor allem den Verfahrensanwalt nicht in die Auseinandersetzungen hineinzuziehen. – So, ich belasse es dabei.

Obmann Dr. Peter Pilz schlägt eine kurze Geschäftsordnungsbesprechung zur weiteren Vorgangsweise vor und anschließend eine Pause.

19.17

(Fortsetzung der Beratungen von 19.18 Uhr bis 19.30 Uhr unter Ausschluss der Öffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung „nichtöffentlicher Teil“; Sitzungsunterbrechung von 19.31 Uhr bis 20.02 Uhr.**)

20.02

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 20.02 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und gibt Folgendes bekannt:

Erstens haben wir in Aussicht genommen – ich kann ja das Fragerecht der einzelnen Mitglieder des Ausschusses nicht willkürlich einschränken –, zumindest für heute mit zwei Fragerunden zu je 15 Minuten das Auslangen zu finden, damit uns Herr Lantz in Begleitung der Dolmetscher oder Dolmetscherinnen noch zu einer vernünftigen Zeit zur Verfügung stehen kann.

Die zweite freudige Botschaft, damit es auch da keine Missverständnisse gibt: Ich bin von der „ZiB 2“ eingeladen worden, um 22 Uhr im Studio zu diskutieren, und habe den ORF darauf hingewiesen, dass ich selbstverständlich Ihre Gesellschaft hier vorziehe und bei Ihnen bleiben werde. (*Zwischenruf des Abg. Murauer.*) Ich bedauere sehr, dass mich Herr Abgeordneter Murauer daraufhin so entsetzt anschaut; ich werde mich mit der üblichen Maßnahme bei der Eröffnung der nächsten Sitzung revanchieren.

Die Geschäftsordnungsdebatte machen wir im Anschluss, und zwar vielleicht dann, wenn es einen kleinen Spielraum beim Übergang zur Befragung von Herrn Lantz gibt, wenn nicht, realistischere Weise, machen wir sie nach der Befragung von Herrn Lantz; das bisschen Zeit werden wir uns nehmen müssen.

Nur noch eines: Angesichts der langen Begründungen und der möglicherweise ebenso langen und ausführlichen Antworten werde ich jetzt in diesen beiden Runden wesentlich mehr als bisher auf Frage- und Antwortdisziplin schauen. Das sage ich lieber jetzt, damit sich nicht dann, wenn ich damit beginne, jemand davon persönlich benachteiligt fühlt.

Nächste Runde: Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Auf Grund der umfangreichen Antworten bis dato verzichte ich auf weitere Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: So stelle ich mir präzise Vorhalte vor. Ich danke herzlich dafür. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben heute ausgesagt, dass Sie unter anderem deswegen von EADS nach Manching eingeladen worden seien oder dieses Gespräch mit EADS geführt hätten, weil man Sie als Gegner der Beschaffung gekannt hat und man daher den Versuch gestartet hat, Sie umzustimmen. Das war

sinngemäß das, was ich auch bei Ihrer Beantwortung einer Frage des Kollegen Mitterlehner so mitgeschrieben habe.

Meine Frage ist: Was hat Sie dann letztlich umgestimmt, mit dem Chef immerhin eines der größten Konzerne Europas doch ernsthaft eine Beschaffung zu diskutieren? Sie werden ja den Aufenthalt dort nicht ausschließlich als Bildungsreise verstanden haben, sondern mit einem so bedeutenden Mann wie Herrn Bischoff auch eine ernsthafte Diskussion geführt haben, das heißt, auch die Möglichkeit einer Beschaffung von Eurofightern ernsthaft erwogen haben.

Was hat Sie dazu bewogen, sich ausgerechnet bei diesem Besuch umstimmen zu lassen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe mich, Herr Abgeordneter, nicht „umstimmen lassen“, sondern bin dort, wie ich ausgeführt habe, ganz offen aufgetreten, damit sich jeder auskennt. Ich habe auch Herrn Wolf gesagt, als er mich angerufen hat: Ja, okay, den Termin mache ich, habe ich mit Gripen vorher gemacht, mache ich gerne auch mit Eurofighter, aber du musst wissen, ich setze mich dort hin und sage, ich bin dagegen, und nutze halt die Gelegenheit für Informationsbeschaffungen! Ich habe das mit Herrn Malzacher und den anderen Repräsentanten, den offiziellen Repräsentanten von Gripen genauso gemacht. Ich habe keine Diskussion über eine Beschaffung im konkreten Sinne geführt, sondern es war, bevor die Ausschreibung hinausgegangen ist, eine Informationsgewinnung für mich, und mit dieser Zielsetzung habe ich die Diskussion dort geführt.

Das heißt, ich bin nach diesem Termin und dem Werksbesuch wieder zurückgefliegen genau mit meiner gleichen Überzeugung, dass es nicht gescheit ist, eine solche Beschaffung durchzuführen, völlig unabhängig vom Gerät, aber war halt ein bisschen gescheit, was Gegengeschäfte, Preisrahmen, Finanzierungsgeschäfte, Standortrelevanz und diese Dinge betrifft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nehme Ihre Aussage so zur Kenntnis, aber sie widerspricht dem Wortlaut des Briefes vom 27. Juli 2001 und den Aussagen des Herrn Rauen vor diesem Ausschuss.

Nun zu einer anderen Frage: Herr Sektionschef Steger hat heute gesagt, dass er, nachdem er ja diesen ganzen Vorgang nicht kannte, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt kennengelernt hat, und zwar zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt, retrospektiv den Eindruck gewonnen hat, dass durch die hier in dieser Paketlösung genannte Zwischenlösungsvariante mit MiG-29 erst die Variante Eurofighter aufgemacht worden sei – Steger wörtlich –, die Tür für Eurofighter aufgemacht worden sei.

Das heißt, Ihre Tätigkeit beziehungsweise Ihre Kontaktnahme mit Eurofighter und diese hier mit Eurofighter ins Gerede gebrachte Zwischenlösungsvariante – das haben Sie ja bestätigt, dass das von Ihnen kam, genauso wie der Typ MiG von Ihnen genannt wurde und nicht von Eurofighter – hat die Variante für Eurofighter erst aufgemacht. Was sagen Sie zu dieser Aussage des Herrn Sektionsleiters?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich möchte mehrfach Korrekturen an Ihren Aussagen vornehmen.

Erstens bin ich der Überzeugung, dass meine Aussage zur vorherigen Frage nicht dem Brief vom 27. Juli widerspricht. Die Aussagen des Herrn Rauen kenne ich nicht, aber ich gehe davon aus, dass er auch nur das sagen konnte, was dort tatsächlich stattgefunden hat – und dann gibt es diesen Widerspruch nicht.

Zweiter Punkt: Ich bin sehr verwundert über die Aussage des Sektionschefs, weil sie mit der Realität nichts zu tun hat. Erstens hat der Sektionschef mir gegenüber diese Aussage nie getroffen. Zum Zweiten hat seine zuständige Sektion auf meine Bitte hin, auf mein Ersuchen hin eine Empfehlung gegeben – die Sie kennen, die in einem Akt zu einem späteren Zeitpunkt zur Diskussion stehen wird –, wo drinsteht, erstens F-16 Midlife Update, zweitens Eurofighter – und keine Empfehlung für Gripen! Also es ist irgendwie merkwürdig, wenn der Sektionschef, der diesen Akt abgezeichnet hat, mit diesem Hinweis ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieser Akt ist mit Sicherheit Beweisthema 2, es wurde auch nicht danach gefragt. Bitte, die Antworten auf die Fragen und das Beweisthema zu reduzieren.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter Pilz, die Frage war: Hat man die Tür aufgemacht? – Wie sollte man eine Tür zu etwas aufmachen, mit diesem Schreiben der EADS ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich werde jetzt etwas genauer vorgehen und darauf drängen: Beweisthema 1 und konkrete Fragen auf konkrete Antworten.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich will ja konkret antworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Beweisthema 2 steht jetzt mit Sicherheit nicht zur Verhandlung!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Die Antwort ist nur: Türe aus meiner Sicht ganz klar **nicht aufgemacht**, weil dieses Schreiben ganz andere Inhalte hat als das, was zum Schluss beschafft worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihre Aussage, insbesondere die Einleitung dieser Aussage wird für mich ein weiterer Grund dafür sein, heute den Antrag zu stellen, dass der Ausschuss sowohl Sie als auch die beiden Herren Hillingrathner und Steger zu einer Gegenüberstellung noch einmal laden möge.

Nun zu einer anderen Frage, Herr Minister. Sie haben gesagt, Sie wollten sich ins Verfahren nicht einmischen. Diese Ihre Aussage steht aber in einem merkwürdigen Widerspruch zu dem Umstand, dass Sie sich – vor lauter Nichteinmischung! – nach Manching begeben, dort, laut diesem Brief und dem dann übersandten Konvolut, ein umfangreiches Gespräch und auch einen entsprechenden Schriftverkehr zur Frage der Draken-Nachfolgebeschaffung mit Eurofighter und MiG-29, Zwischenlösungskomponente, abwickeln, dass Sie dann von russischen Firmen ein MiG-Angebot in zeitlicher Nahbeziehung zu diesem Schriftverkehr der Firma EADS bekommen und dass Sie dann am 12. September auf Grund der Unterlagen eindeutig – und die Aussagen des vernommenen Beamten, nämlich wiederum des Sektionschefs Dr. Steger, war ebenfalls eindeutig – diese Weisung gegeben hätten: Eurofighter ist im Rennen zu halten! – sinngemäß wiedergegeben, nicht wörtlich. Eine sinngemäß ähnliche Aussage hat auch Herr Ministerialrat Hillingrathner getan. Das ist mit Ihrer hier dargestellten Position „Wollte mich nicht einmischen!“ aber in einem wirklich sehr deutlichen Widerspruch.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das sehe ich nicht so, denn Sie haben ausgeführt: in ein Verfahren einmischen. – Wie soll man sich in ein Verfahren einmischen können, das noch nicht einmal offiziell begonnen hat. Die Ausschreibung wurde, wie Sie wissen, Ende des Jahres, also Monate danach, vom Verteidigungsministerium rausgegeben. Wenn ich mich richtig erinnere, war das am 14. September, dass die Ausschreibung rausgegangen ist. Ich glaube am 11. September ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Wortwahl war nicht von mir; ich habe Sie zitiert. Das ist nicht meine Wortwahl, ich habe Ihre Aussage mitgeschrieben. Ich habe Sie zitiert. Dieser Vorhalt war Ihre eigene Aussage, die ich mitgeschrieben habe. Sie haben gesagt: wollte mich nicht in das Verfahren einmischen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, und Sie haben mir mit Ihren weiteren Aussagen unterstellt, ich hätte mich in das Verfahren eingemischt. Und ich antworte Ihnen jetzt: Nein, ich habe mich nicht in das Verfahren eingemischt – genauso, wie ich das vorher auch gesagt habe –, weil dieses Verfahren noch nicht einmal begonnen hat! Das Verfahren hat aus meiner Sicht – jetzt können wir darüber diskutieren, mit welchen Akten das Verfahren begonnen hat; aber dieser Akt gehört auf alle Fälle **nicht** zum Verfahren, sondern war eine reine Frage der Informationsvermittlung – dann richtig begonnen mit der Ausschreibung durch das Landesverteidigungsministerium.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihre Semantik überzeugt mich nicht!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und zum 12. September, zum zweiten Teil Ihrer Frage, darf ich sagen, wie ich schon vorhin ausgeführt habe: Mir war es ein Anliegen, dass es Wettbewerb gibt, weil es die Zielsetzung des Finanzministeriums war, keine Preisgrenze festzulegen, sondern über Wettbewerb von mehreren Anbietern zu entsprechend niedrigeren Preisen zu kommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine andere Frage: Sie haben mehrfach erwähnt, dass der Beweis der Nichteinmischung sei, dass die Ausschreibung nicht auf die von Ihnen mehrfach verlangten 18 Stück, die zum Schluss herauskommen sollen, reduziert wurde, sondern dass das Ganze dann tatsächlich auf 24 plus 6 gelautet habe. – Ich gebe Sie hoffentlich sinngemäß wieder. Das sei sozusagen der Beweis dafür, und zwar ein maßgeblicher Beweis dafür, dass von Ihnen diese 18 nicht durchgesetzt werden konnten, die jedenfalls in dieser Weisung, die Herr Hillingrathner aus Ihrem Urlaubsort bekommen hat, noch aufscheinen.

Nun sage ich Ihnen, dass Herr Sektionsleiter Dr. Steger wie auch Herr Ministerialrat Dr. Hillingrathner hier im Ausschuss ausgesagt haben, dass das Verteidigungsministerium **nach** Fertigstellung dieses sogenannten Anbotpapiers – es heißt ja etwas anders in der richtigen Terminologie, die habe ich jetzt aber nicht griffbereit – das Finanzministerium gar nicht mehr damit befasst habe.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Welches Anbotspapier?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese sogenannte Ausschreibung, sowohl eins als auch zwei. Dass das Finanzministerium gar nicht mehr befasst worden sei, darüber habe sich auch Herr Ministerialrat Hillingrathner mehrfach bei Ihnen zu beschweren versucht, diese Beschwerden seien aber bei Ihnen gar nicht durchgekommen.

Das heißt umgekehrt argumentiert: Die beiden Herren wollten damit zum Ausdruck bringen, hätte man Ihnen dieses Ausschreibungspapier vorgelegt und die evidenten, aktenmäßig auch vorhandenen Wünsche des Finanzministeriums dort eingearbeitet, falls sie nicht eingearbeitet gewesen wären, hätte es aus dem Finanzministerium zumindest Widerstand gegeben. Ist das richtig?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also ich kann erstens nur sagen: Sie haben gesagt, ich hätte eine Weisung gegeben für 18 Stück. Eine Weisung habe ich nicht gegeben, sondern die 18 Stück, über die wir heute diskutiert haben, waren so etwas wie eine gemeinsame Zielfestlegung eines möglichen Zieles.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da muss ich Sie korrigieren!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe schon ausgeführt, ich habe heute über 12 Stück gesprochen, in den Akten finden Sie auch ein oder zwei Mal 12 Stück und man hat über 24 diskutiert, über 24 plus 6. Ich habe heute bereits mehrfach beschrieben, wie wir auf eine mögliche Zielfestlegung 18 gekommen sind, aber natürlich: Wir haben das vorangetrieben, ja, aber das war jetzt nicht die ausschließliche Festlegung, Weisung an die Beamten: 18 oder gar nicht. Das Ziel war es, absolut. Mir geht es ein bisschen darum: Habe ich eine Weisung erteilt und was ist davon ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich Ihnen die Weisung vorhalten? Wenn Sie wollen kann ich Sie Ihnen gerne nach vorne bringen. Ich weiß nicht, ob Sie diese Weisung noch in Erinnerung haben. Mir drängt sich aber auch der Verdacht auf, dass Sie offensichtlich mit dem System in einer Verwaltungshierarchie nicht vertraut sind. Das ist auch möglich, dass Sie diese Weisung so nicht verstanden haben, aber der Beamte, der sie so bekommt, muss sie so verstehen.

Wenn ein Minister einem Mitarbeiter, einem hochrangigen Mitarbeiter mitteilt: Vielen Dank für die Info! Erstens MiGs von mir niemals ausgeschlossen!!! – dreifaches Rufzeichen – Zweitens noch mal klar: Am Ende des Verfahrens sollten es 18 Stück sein. Drittens: Budgetrahmen erst vorzuschlagen. Volle Unterstützung! – Rufezeichen – Vielen Dank, KHG, beste Grüße nach Wien.

Wenn das ein Beamter in die Hand bekommt, glauben Sie mir das, dann ist das von einem Beamten seitens eines Ministers nur als **Weisung** zu verstehen. Das ist nicht eine Urlaubsgrüßkarte oder ein Urlaubsgrüßmail. Das ist auf Grund der Verfassungslage Artikel 18 B-VG und auf Grund der Praxis in einer Verwaltungshierarchie – und ich bin lange genug selber in der Verwaltung tätig gewesen und auch weisungsbefugt gewesen – **nur so** zu verstehen. Das ist für jeden verständigen Beamten als Weisung zu verstehen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, erstens habe ich mittlerweile, ich würde einmal sagen, zumindest elfjährige Erfahrung in der Verwaltung, vier Jahre in etwa als Landeshauptmann-Stellvertreter, sieben Jahre in etwa oder als Finanzminister der Republik Österreich. Ich glaube daher, sehr wohl beurteilen zu können, was meine Leute als Weisung interpretieren und was nicht. Ich kann Ihnen auch sagen, wenn ich eine Weisung erteile, eine ausdrückliche, dann sage ich: Ich erteile die Weisung, dass ..., und ich würde **nicht** formulieren: es sollten am Ende 18 herauskommen, sondern dann würde ich formulieren: es müssen 18 herauskommen, und ich würde so etwas nur dann formulieren, wenn ich weiß, dass wir das durchsetzen können, aber nicht, wenn das federführende Organ das Landesverteidigungsministerium ist, und mir immer klar war, dass man so eine Geschichte mit dem Verteidigungsminister und innerhalb der Bundesregierung **verhandeln** muss. – Da haben wir eben unterschiedliche Sichten.

Zweiter Punkt: Was die Frage der Nichtbefassung des Finanzministeriums betrifft beziehungsweise Sie haben gefragt: Hätte man das Finanzministerium befasst, was wäre dann gewesen? Verzeihen Sie, dass ich nicht spekulieren möchte. Es ist auch aus den Rechnungshofberichten sehr klar ablesbar, wie das Finanzministerium befasst worden ist. Wenn Sie sich den ersten Rechnungshofbericht ansehen, dann sagt der Rechnungshof ja auch sehr klar, dass das Finanzministerium umfassender einzubinden gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie, der Konjunktiv ist auch angebracht, dieser Konjunktiv bestätigt auch die Aussagen Hillingrathners und Stegers. Die beweisen nur, dass die Argumentation, ich war immer schon für 18, sonst hätte man ja nicht 24 – ich war immer schon für 18, aber ich habe mich damit nicht

durchgesetzt, sonst hätten wir ja nicht 24 ausgeschrieben, nicht stichhältig ist, weil man das Finanzministerium seitens des Verteidigungsministeriums ja gar nicht mehr damit befasst hat. Daher ist dieser Schluss unzulässig. Die Beweiskette stimmt einfach nicht.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nur die Information, Herr Abgeordneter, und es wird ja, und davon gehe ich aus, auch aktenkundig sein, dass sie sehr wohl stimmt, dass es nämlich nach nine/eleven, ich glaube mich zu erinnern am 11. September, das müsste Ihnen auch vorliegen, eine Besprechung des Verteidigungsministers, des Wirtschaftsministers und meiner Person gegeben hat. Und dort ist über die Ausschreibung diskutiert worden, die dann am 14. freigegeben worden ist tatsächlich, und ich gehe davon aus, dass in dieser Besprechung am 11. September auch die Ausschreibungsvariante 24 plus 6 vereinbart worden ist, weil sonst hätten wir es wahrscheinlich nicht bewilligt am Ende des Tages. Das ist zumindest, so wie ich mich heute an diese Geschichte erinnere. Faktum ist aber, die 24 plus 6 müssen ja freigegeben worden sein, sonst wären sie ja nicht rausgegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir liegt dem gegenüber eine Notiz vor, auf die sich Ihr E-Mail aus dem Urlaub bezieht, wo drinnen steht – ich zitiere –:

... und auf ein Gespräch Bundeskanzler Schüssel, Bundesminister für Landesverteidigung Scheibner und Bundesminister Grasser, wonach der BMF bei dem Ausschluss der MiG zugestimmt hätte, abgelehnt. Nochmalige Bitte um Verifizierung unter Hinweis auf diesbezügliche Rückfrage von Sektionsleiter Steger am 17.7. mit gegenteiliger Aussage des Herrn Bundesministers für Finanzen.

Und dann haben Sie unter Bezugnahme auf dieses Schriftstück – und zwar heißt es: Kurzinfo betreffend Abfangjäger, Erstgespräch mit BMLV-Vertretern am 20.7.2001 von Ministerialrat Dr. Hillingrathner – dem Herrn Ministerialrat zurückgemailt: Von mir niemals ausgeschlossen! Und nochmals klar: Am Ende des Verfahrens sollten es 18 Stück sein.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, darf ich Sie nur fragen, damit wir vom Gleichen reden: Wir reden von einem Schriftstück vom 24.7., das kein E-Mail war, sondern ein SMS meines Wissens, das Hillingrathner ausgedruckt hat, vom 24.7., oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 24.7.2001.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und Sie wollen jetzt den 24.7. mir gegenüber als Beweis anführen für eine Ausschreibung, die im September, also Monate danach, freigegeben worden ist?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will Ihnen damit nur sagen, dass die Behauptung, dass Sie die Ausschreibung von 24 ohne weiteres akzeptiert haben, nicht stimmen kann, erstens weil Sie immer schon der Meinung waren, dass am Schluss 18 herauskommen müssen, und zweitens weil Sie diese Ausschreibung dann gar nicht mehr zu Gesicht bekommen haben beziehungsweise Ihr Ministerium. Das wird auch im Rechnungshofbericht so dargestellt, und das haben Sie indirekt durch die Verwendung des Konjunktivs auch richtigerweise bestätigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: In dem so genannten EADS-Paket steht neben Abschnitt 1 – und das ist in dem Konvolut, das Ihnen übersandt worden ist –: Vorschlag für eine Alternativlösung zum Vorhaben Abfangjäger der Republik Österreich. – Erklären Sie mir, was eine Alternativlösung ist!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Da würde ich Sie bitten, den Herrn Bischoff zu fragen, er hat das ja zugesendet und hat das so genannt. Ich tue mir jetzt schwer, Bischoff und sein Schreiben zu interpretieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Am 14. August gibt es den Aktenvermerk von Herrn Mag. Pichler: Auf Grund einer telefonischen Rücksprache mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen soll der Punkt Alternativangebot mit dem Hinweis der Zulässigkeit von nicht fabriksneuen Flugzeugen als Alternativangebot ergänzt werden. Hier verlangen Sie ein Alternativangebot, deswegen frage ich Sie an dieser Stelle: Was meinen Sie mit Alternativangebot? Alternativangebot, wozu?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich gehe davon aus, dass Sie dazu auch den Herrn Ministerialrat Hillingrathner befragt haben beziehungsweise Sektionschef Steger. Meine Erinnerung ist, dass wir mit Alternativangebot – das habe ich heute, glaube ich, auch schon einmal beantwortet – ein möglichst breites Spektrum an Angeboten gemeint haben, um einen möglichst großen Wettbewerb zu haben. Unsere Intention war hier vor allem, auch gebrauchte Flugzeuge in die Entscheidungsrelevanz bekommen zu können, damit man zum Beispiel F-16 Midlife Update entscheiden kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Alternative heißt immer Alternative zu etwas. Alternativangebot als Alternative zu welchem Anbot?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Der Herr Verteidigungsminister und das Verteidigungsministerium wollten 24 plus 6 neue Flugzeuge. Und die Frage zu der Intention, die das Verteidigungsministerium hatte: Gibt es dazu gute, für Österreich kostengünstige, wirtschaftliche und auch dem Verteidigungsaspekt und -zielsetzungen entsprechende andere Lösungen? Das sind für mich Alternativlösungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Am 12.9. gibt es die Mitschrift von Sektionschef Steger: Gespräch bei Grasser, Hillingrathner, Hannes Hofer, Christl, Oberleutnant Steger. Zitat – Sektionschef Steger hat erklärt, das hätten alles Sie so gesagt und die Formulierung, auf die ich komme, sei wörtlich –: Herr Bundesminister will Punktation mit Scheibner. Inhalt: Zugeschlagen werden, wenn überhaupt, 18 plus 6, nicht 24 plus 6. Alternativangebote: Mindestens vier Anbieter sollen realistisch anbieten können. Eurofighter nicht ausschließen. Das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können.

Warum waren Sie der Meinung, dass Eurofighter ausgeschlossen werden sollte oder könnte?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Meine Erinnerung an unsere Diskussionen, jetzt nicht an diese spezifisch, aber an die Diskussionen, die es damals gegeben hat, ist jene, dass vor allem Ministerialrat Hillingrathner sehr klar gesagt hat, dass es unter Umständen keine Neutralität geben könnte, was die Produktausschreibung betrifft, und dass es manche Offiziere geben könnte, die eine Gripen-Entscheidung herbeiführen wollen, und das Ganze unter Umständen nicht auf objektiver, neutraler Basis zustande kommen könnte.

Hillingrathner und auch Steger, der dort mit dabei war, haben mich beraten und haben gesagt: Na was tun wir? Und Zielsetzung war es, einen möglichst großen Wettbewerb zustande zu kriegen. Und wenn man zusammengezählt hat, wer denn als relevanter Anbieter in Frage gekommen ist: Bei der MiG hat man gewusst, dass das Verteidigungsministerium die MiG ausscheidet. Gripen war Nummer eins an Bord, war klar. F-18 war nicht wirklich realistisch mit 35 Milliarden Schilling damals von der Preislatte her, daher die F-16. Dann Eurofighter als Nächstes. Ich weiß gar nicht, ob es einen Vierten gegeben hat. Das heißt, wenn Sie die Zielsetzung haben: großer Wettbewerb, vier Anbieter ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hatten wir alles. Diese Antwort ist bereits im Protokoll. Ich habe etwas anderes gefragt, wiederhole meine Frage: Eurofighter nicht ausschließen, das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten

werden können. Ich habe den Sektionschef Steger heute dazu befragt. Er hat gesagt, er hat das wörtlich auf Grund Ihrer Mitteilung mitgeschrieben. Ihm war damals nicht klar, was damit gemeint ist, aber er geht davon aus, dass zumindest Ihnen als dem, der das gesagt hat – und er hat das nur mitgeschrieben –, das klar war.

Also was heißt in dem Zusammenhang: Das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können? Warum sollten andere Flieger, also nicht Eurofighter, also nicht typengleiche Flugzeuge, wie sie Scheibner wollte, in der Übergangslösung angeboten werden können?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens habe ich diese Mitschrift des Herrn Steger nicht, habe sie nicht gelesen, sondern Sie haben sie mir heute zwei Mal präsentiert. Ich tue mir daher schwer, etwas zu interpretieren, was der Herr Sektionschef Steger niedergelegt hat.

Zweiter Punkt: Wenn das diese Mitschrift ist, wo ... – Ich weiß nicht, wer war bei diesem Gespräch dabei? Können Sie mir das sagen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Hillingrathner, Hannes Hofer, Christl, Oberleitner, Steger – und Sie natürlich.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, das heißt, es waren offensichtlich sechs Leute dabei. Solche Diskussionen laufen bei uns im Ministerium nicht so, dass ich mich hinsetze und sage: Anweisung eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sondern wir haben damals in einem Diskussionsprozess versucht, zur besten Lösung zu kommen, von der sozusagen alle Anwesenden entsprechend überzeugt waren. Und die wesentliche Zielsetzung damals war: Wettbewerb, möglichst großer Wettbewerb – und daher mehrere Anbieter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben wir bereits.

Steger hat was vollkommen anderes gesagt, nämlich Sie hätten wörtlich als Punktation mit Scheibner verlangt – und er hat nur wörtlich mitgeschrieben, was der Finanzminister wollte –: Eurofighter nicht ausschließen. Das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger in Übergangszeit angeboten werden können.

Das Ganze hat einen Hintergrund, und den möchte ich kurz erläutern.

Der Firma EADS, der Eurofighter GmbH, und ich gehe davon aus, auch Ihnen, weil sonst hat diese Formulierung schlicht und einfach sachlich keinen Sinn, war zum damaligen Zeitpunkt klar, dass EADS bei einem künftigen Anbot drei Probleme hatte: erstens: mangelnde Lieferfähigkeit, zweitens: Unmöglichkeit, für die Zwischenlösung ab 2003 ein typengleiches Flugzeug zur Verfügung zu stellen, drittens: die Kosten, die mit Sicherheit über der Deckelung von 25 Milliarden Schilling, wie es das Verteidigungsministerium vorgegeben hat, gelegen wären.

Das hier ist für mich nur erklärbar als Versuch, durch den Verzicht auf typengleiche Flugzeuge bei der Übergangslösung der Firma EADS eine Möglichkeit zu geben, doch die Eurofighter anzubieten.

War die MiG ein möglicher anderer Flieger, der in der Übergangszeit angeboten hätte werden können?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie die Aussagen des Verteidigungsministeriums sich vor Augen führen, dann offensichtlich nicht, denn der Verteidigungsminister in jeder Phase mir gegenüber und offensichtlich auch den Russen gegenüber sehr klar ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Darauf kommen wir ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich ausreden, Herr Pilz? – ... gemacht hat, dass die MiG offensichtlich nicht in Frage kommt für das Verteidigungsministerium.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich frage Sie nach Ihren Wahrnehmungen, nach Ihren Stellungnahmen und nicht nach denen des Verteidigungsministers. Den Verteidigungsminister haben wir gesondert befragt.

Ich frage Sie, ob Ihrer Meinung nach die MiG einer dieser angesprochenen anderen Flieger in der Übergangszeit zur anderen Gestaltung einer Übergangslösung für Eurofighter gewesen hätte sein können.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Pilz, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich in dieser Frage nicht die Kompetenz der Entscheidung gehabt habe, sondern das Verteidigungsministerium nachweisbar die MiG als Anbieter *nicht akzeptiert hat*.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen später darauf, warum, falls das Ihre Pläne und Ihr Vorhaben waren, am Widerstand des Verteidigungsministers der erste Versuch, Eurofighter über die Schiene des Finanzministeriums durchzubringen, gescheitert ist. Das ist momentan nicht mehr als eine Befragungshypothese, nach der ich derzeit vorgehe und die ich versuche zu überprüfen. Wir haben ja festgestellt, dass wir noch nicht bewerten, und ich enthalte mich daher einer Bewertung. Es ist eine Befragungshypothese.

Diese Befragungshypothese lautet: Im Verteidigungsministerium war klar, dass MiG ausgeschieden wird, dass man bei typengleichen Zwischenlösungen bleibt und dass ab 2003 das anzubieten ist, dass EADS mit dem Eurofighter im Verfahren keine Chance hat.

Arbeitshypothese lautet: Man hat versucht, über das Finanzministerium eine Alternative sachlich und politisch aufzubauen. Dieser erste Versuch, Eurofighter über das Finanzministerium durchzubringen, ist am Widerstand des Verteidigungsministers, von dem Sie zu Recht sagen, dass er hier wesentlich größere Gestaltungsmöglichkeiten als Sie hatte, weil er letztlich über die Leistungsbestimmungen und ihre Ausgestaltungen entschieden hat, gescheitert. Der Verteidigungsminister hat sich also letzten Endes in dieser Phase durchgesetzt.

Wie gesagt: nicht mehr als eine Arbeitshypothese, der ich jetzt nachgehe, und da ist ein entscheidender Punkt: Ihre Erklärung in dieser Besprechung, Eurofighter nicht auszuschließen, das heißt, Übergangslösung so, dass auch andere Flieger wie die MiG in Übergangszeit angeboten werden können.

Ich frage Sie das letzte Mal, ob das dem entspricht, was Sie in der damaligen Besprechung, die Sektionschef Steger protokolliert hat, in dieser Form vertreten haben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich möchte zunächst nochmals, und zwar sehr, sehr nachdrücklich, sagen, dass es Ihre Hypothese, die Sie angestellt haben, ob es einen Versuch des Bundesministeriums für Finanzen gegeben haben kann, Eurofighter durchzusetzen, dass es das in keiner Phase gegeben hat.

Ich hatte persönlich keine Präferenz. Das Bundesministerium für Finanzen hat eine entsprechende Bewertung durchgeführt. Mein Interesse war es, erste Priorität: kein Flugzeug zu kaufen, zweite Priorität: die billigste Lösung für Österreich zu kaufen und sozusagen die geringstmögliche Anzahl, und der dritte Punkt war dann – dazu werden wir später kommen –, den Bestbieter, wie er vom Verteidigungsministerium ermittelt wurde, entsprechend anzuerkennen.

Ich habe früher ausgeführt – das darf ich nochmals unterstreichen –, der Wettbewerb war uns ein großes Anliegen, weil wir der Überzeugung sind, dass über den Wettbewerb beste Lösungen, gute Produkte, beste Preise entstehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bis jetzt war die Frage bei dieser Alternativlösung, wie sie in Manching oder von Manching aus entwickelt wurde, immer: Wozu die MiG? – Die Frage, die sich mir immer mehr stellt in diesem Zusammenhang, ist nicht: Wozu die MiG?, sondern: Wozu der Eurofighter?

Wenn man ein gebrauchtes Flugzeug will, wenn man möglichst sparen will, wenn man die Interessen, wie Sie sie heute aus Ihrer Sicht durchaus legitim als Finanzminister dargestellt haben, wirklich konsequent verfolgt, dann wäre ein billiges, eingeführtes, verfügbares System wie MiG sicherlich eine Möglichkeit gewesen, wie das Hillingrathner immer wieder betont hat.

Die Frage ist: Warum taucht in dieser Paketlösung Eurofighter, das heißt ein nicht verfügbares teures System, auf, und warum vertritt der Finanzminister in der Sitzung, die ich zitiert habe, nicht den Punkt MiG als Alternativangebot, sondern tut alles, damit Eurofighter nicht ausgeschlossen wird?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist sehr einfach zu beantworten, Herr Abgeordneter. Ich gebe Ihnen völlig Recht, ich hätte die MiG sehr, sehr gerne an Bord gehabt. Ich habe mir auch gedacht, wenn MiG – und ich habe darauf hingewiesen, Kontrollbank, Russenobligo und so weiter – ein gutes Flugzeug ist, wie es mir Hillingrathner mehrfach gesagt hat, warum denn nicht? Genauso wie gebrauchte F-16 und andere gebrauchte Produkte. Daher: Natürlich wäre mir ein gebrauchtes Produkt sehr Recht gewesen, wenn man schon ein Flugzeug beschaffen muss.

Wenn Sie den Verteidigungsminister befragen, dann wird er Ihnen sagen, dass das für ihn überhaupt kein Thema war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig, das wissen wir, da sind wir auch einer Meinung.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und deswegen hat es auch keinen Sinn gemacht, Herr Pilz, auf der MiG-29 zu bestehen, weil mir Herr Minister Scheibner jederzeit erklärt hat: Das kannst du vergessen! Das tue ich nicht! Darüber brauchen wir nicht einmal zu reden! Das machen wir einfach nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie dieser Konflikt ausgegangen ist, ist bekannt, es ist aber ebenso gut dokumentiert, dass Sie sich über eine beachtenswert lange Zeit für MiG, für eine Alternativlösung, für eine andere Gestaltung der Zwischenlösung eingesetzt haben.

Ich frage Sie jetzt etwas anderes, zu dem Akt, von dem wir heute mehrere Male gesprochen haben, also dieser EADS-Paketlösung. Sie haben völlig richtig gesagt, dass Sie diese Dokumente und Unterlagen, die Sie von EADS erhalten haben, an Ministerialrat Hillingrathner weitergeleitet haben.

Wer hat daraus einen Akt angelegt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das weiß ich nicht. Fragen Sie bitte Hillingrathner! Ich gehe davon aus, dass Hillingrathner das gemacht hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig. Diesem Papier entnehme ich: Bearbeiter Hillingrathner Herbert und so weiter, und das geht aus dem Akt erst hervor.

Man kann jetzt – man muss nicht, aber man kann – zu diesem Stück, wo Hillingrathner das Schicksal des Originalaktes schildert – und es ist nicht unerheblich, wenn der Originalakt in Verstoß gerät –, mit der Zusatzinformation, dass Hillingrathner einen Akt

angelegt hat, zweierlei feststellen: Erstens: Hillingrathner erhält diese Unterlagen, das EADS-Paket, um eine Kurzanalyse zu verfassen. Er verfasst diese Kurzanalyse – die ist Ihnen und uns bekannt –, und daraus geht eine vehemente Unterstützung für das EADS-Paket wieder mit der Formulierung als Alternativangebot hervor.

Hillingrathner tut aber etwas Zweites, und er ist dazu nicht aufgefordert worden: Er legt einen Akt an. Und plötzlich gibt es das Ganze nicht als EADS-Unterlagen, die im Ressort keine Spur hinterlassen, sondern als Akt, der sehr wohl eine Spur hinterlässt. Als dieser Akt erstellt worden ist, und zwar in einer autonomen Entscheidung durch Hillingrathner (*BM Mag. Karl-Heinz **Grasser**: Bitte, Herr Abgeordneter!*), wird er kurz danach vom Bundesminister für Finanzen persönlich, und zwar der Originalakt, angefordert.

Herr Grasser, ist es Ihnen erinnerlich, dass Sie persönlich von Herrn Hillingrathner den Originalakt angefordert haben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, lassen Sie mich zunächst wirklich sagen: Das, was Sie hier ausführen, ist aus meiner Sicht **echt absurd**, weil mir völlig klar ist, wenn Herr Hillingrathner von mir eine Unterlage in die Hand bekommt, dass er selbstverständlich einen Akt anlegt. Das ist das, was die Beamten als Allererstes tun, und das weiß man logischerweise aus seiner Erfahrung. Das heißt, ich brauche ihn nicht dazu auffordern oder ihm eine Weisung geben. Logischerweise legt Herr Hillingrathner da einen Akt an.

Wenn Sie sagen, die Bewertung des Herrn Hillingrathner war super für Eurofighter: Also ehrlich gesagt, ich lese das ein bisschen anders, wenn Hillingrathner geschrieben hat:

... halte ich, wie ich bereits im Frühjahr vortrug – und im Frühjahr hat er nicht Eurofighter gemeint, weil da haben wir Eurofighter nicht diskutiert, sondern da kann er nur die MiG gemeint haben –, diese für optimal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich habe Sie jetzt nicht nach der Analyse von Hillingrathner befragt. Wenn ich Sie befrage, ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie dürfen analysieren, aber ich darf nicht analysieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, ich habe die Kurzanalyse nicht analysiert. Ich habe nur verwiesen, dass Sie ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber Sie haben gesagt, dass dieses Papier von Hillingrathner eine Supergeschichte für Eurofighter ist – und ich sage, das ist nicht so.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nur darauf verwiesen, dass es existiert, zurückgeleitet worden ist.

Meine Frage hat schlicht und einfach gelautet: Haben Sie von Ministerialrat Hillingrathner den Originalakt angefordert?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das habe ich heute bereits beantwortet – werden Sie im Protokoll auch sehen. Ich kann mich erinnern, dass ich den Originalakt angefordert habe. Und ich habe Ihnen des Weiteren gesagt, dass in diesem Aktenverzeichnis des Ministeriums beim Originalakt dabeisteht, dass er bei der Abteilung Hillingrathner sein sollte. Und ich habe gegenüber dem Herrn Abgeordneten Stadler ausgeführt, dass ich nicht weiß, wie dieser Originalakt verschwunden ist, ich nicht davon ausgehen (*Obmann Dr. Pilz: Das weiß ich!*), dass es der Herr Hillingrathner oder sonst jemand gemacht hat – kann ich mir nicht vorstellen, macht

überhaupt keinen Sinn, und zwar für niemanden im Bundesministerium für Finanzen, daher ist es mir auch nicht erklären.

Herr Hillingrathner ist ein toller Beamter, der bestmöglich versucht hat, seine Arbeit zu verrichten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nur gefragt, und Sie haben mir auch eine Antwort darauf gegeben, das ist durchaus ausreichend.

Haben Sie den Originalakt in Empfang genommen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ob ich ihn persönlich in Empfang genommen habe oder nicht, das weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie ihn bekommen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Davon gehe ich aus.

Obmann Dr. Peter Pilz: Davon geht auch Ministerialrat Hillingrathner aus – und das deckt sich auch bis zu diesem Punkt. Dann erklärt Ministerialrat Hillingrathner, dass er von da weg nichts mehr über den Verbleib des Aktes weiß und für sich persönlich ausschließt, dass dieser Akt zurück in seine Abteilung gekommen ist.

Das ist gar kein Vorwurf. Sie werden uns an diesem Punkt nach den bisherigen Befragungen nicht weiterhelfen können, weil Sie auch schon gesagt haben, dass Sie ab diesem Moment keine persönlichen Wahrnehmungen mehr haben, was ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt: Meine konkludente Schlussfolgerung, nachdem die Verzeichnissysteme des BMF im Regelfall stimmen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, ich habe mich jetzt auf ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich würde nur gerne eine Antwort Ihnen auch geben, Herr Pilz. Wenn Sie selbst Ihre Schlussfolgerungen machen, ist das okay.

Obmann Dr. Peter Pilz: Unterbrechen Sie mich bitte nicht bei meiner Frage!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Dann brauchen Sie mich als Zeuge vielleicht auch nicht, weil Sie ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Unterbrechen Sie mich bitte nicht bei meiner Frage! Ich versuche, das alles so kurz und prägnant wie möglich zu fassen, weil wir zurecht den Vorwurf uns heute anhören haben müssen, relativ großzügig mit unserer gemeinsamen Zeit umzugehen.

Ich habe festgestellt, dass aus allem, was Sie heute erklärt haben und auf Fragen geantwortet haben, ich davon ausgehe – und das ist eben **kein** Vorwurf –, dass es im weiteren Verlauf keine persönlichen Wahrnehmungen von Ihnen über den Verbleib dieses Aktes gib.

Dass Sie zusätzlich eine Schlussfolgerung gezogen haben, ist eben bereits im Protokoll. Und diese Schlussfolgerung stimmt – zumindest meines Wissens nach – nicht mit der Schlussfolgerung von Ministerialrat Hillingrathner überein. Damit verbinde ich keine Wertung, das ist auch zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht notwendig.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass meine Zeit jetzt vorbei ist. Nächste ist ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich das kommentieren?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich hab jetzt keine ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Verfahrensanwalt, kann man etwas dazu sagen, wenn falsche Behauptungen aufgestellt werden, die ich so nicht gesagt habe?

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Sonnberger. – Abg. Muraucr: 15 Minuten reden und ...! – Weitere Zwischenrufe.*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie wollen ein Protokoll haben, das Ihre Aussagen festhält, aber meinen Widerspruch nicht ermöglicht. Wenn das eine objektive Vorsitzführung ist, frage ich mich, was das ist. (*Abg. Dr. Sonnberger: Herr Pilz, Sie können nicht irgendetwas plaudern und der Zeuge darf keine Antwort geben!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, Herr Grasser, Sie wollen noch eine Erklärung dazu abgeben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie haben festgestellt, dass ich keine persönliche Wahrnehmung mehr danach gehabt habe, nachdem der Originalakt bei mir war. Ich habe Ihnen früher versucht, zu sagen: Das stimmt nicht. Ich habe an anderer Stelle dem Abgeordneten Stadler gegenüber gesagt, dass ich davon ausgehe – konkludent –, nachdem bei diesem Akt verzeichnet ist, dass er in der Abteilung sein sollte, dass er dann auch von mir löscherweise ...

Ich habe im Normalfall keine Akten. Wenn es Verschlussakten sind, sind sie im Tresor zum Teil, wie ich gesagt habe, beziehungsweise wenn sie von mir weggehen, gehen sie ins Kabinett und vom Kabinett wieder ins Haus. Und das ist meine konkludente Schlussfolgerung, die ich dort gemacht habe. Und das Aktenverzeichnis bestätigt das.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für diese Stellungnahme. Ich stelle nur fest, dass das Aktenverzeichnis nur ein Belegdatum vom 8.8.2001 bestätigt, dass also der Akt in der Abteilung von Herrn Ministerialrat Hillingrathner war, **bevor** er ins Ministerbüro überbracht worden ist. Sonst geht aus dem Verzeichnis überhaupt nichts hervor. – So.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Dann wird aber eingetragen, dass er ins Ministerbüro geht. Und dann würde dort stehen: ab 8.8. Ministerbüro. Und das steht nicht dort.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, es steht auch nichts über eine Rückkunft und deswegen ist es wichtig – und das können wir jetzt nicht mehr –, die Frage zu klären, nachdem außer Streit steht, dass Ministerialrat Hillingrathner Ihrer Weisung nachgekommen ist, was jetzt wirklich passiert ist. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Und jetzt, mit Verspätung – bitte um Vergebung! – kommt Herr Abgeordneter Mitterlehner zu Wort.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Herr Minister, Sie haben zu mir gesagt, weil ich die Frage gestellt habe: Waren jetzt 24 Flugzeuge oder 18 Flugzeuge in der Ausschreibung, und hat es nicht irgendeine Art von „gentlemen's agreement“ gegeben, dass man sich abgesprochen hat, es wird später reduziert, war Ihre Darstellung im Großen und Ganzen: Das wäre unsinnig, das würde uns vor Probleme stellen, dass wir bei der Korrektur des Angebotes dann sogar Gutachten gebraucht haben, wie es also um diese Frage Hochwasser gegangen ist. – Richtig? (*BM Mag. Grasser: Absolut!*)

Ich sage nur: Ich habe da jetzt einen Aktenvermerk vom 14. September. Eigentlich ist es kein Aktenvermerk, sondern es ist die Zustimmungserklärung des Bundesministeriums für Finanzen zur entsprechenden Ausschreibung betreffend eben diese Flugzeuge. Da heißt es wörtlich:

Im Zuschlagsverfahren muss es möglich sein, dass das in der Angebotseinholung festgeschriebene Mengengerüst 24 Einsitzer neu und sechs Doppelsitzer optional auf eine geringere Anzahl von Luftraumüberwachungsflugzeugen –Klammer auf – (zum Beispiel 18 Einsitzer neu und eventuell sechs Doppelsitzer neu) optional geändert beziehungsweise reduziert wird.

Das lässt also den Schluss zu, dass die ursprüngliche Überlegung **doch** da gewesen ist, die Hillingrathner ja schon vorher mehrmals formuliert hat und man offensichtlich darauf bestanden hat.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: ... die ich auch mehrfach bestätigt habe, weil unsere Zielsetzung war: weniger! Das Verteidigungsministerium hat aber die Ausschreibung wiederum gemacht mit 24 plus sechs. Wir haben gesagt: Okay, wenn wir das dann freigeben, weil Ministerbesprechungen stattgefunden haben – wie ich gesagt habe – am 11. September, dann müssen wir uns zumindest jetzt mit dieser Freigabe den Fuß in der Tür lassen, dass man später reduzieren kann, weil wir natürlich weniger wollten.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ja, ist das bei der Ausschreibung dann entsprechend auch tatsächlich so gemacht worden?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Bei der Ausschreibung? Also meines Wissens sind 24 plus sechs ausgeschrieben worden vom Verteidigungsministerium. Und die Angebote, die hereingekommen sind, waren auf 24 plus sechs lautend.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Aber es müsste ja schon im Angebot auch diese optionale Reduktion enthalten sein, die das Finanzministerium verlangt.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also, das weiß ich ehrlich gesagt nicht, wie das das Verteidigungsministerium dann gemacht hat. Der Rechnungshofbericht hat ja auch, ich glaube, bestätigt, dass wir dann den endgültigen Text erst knapp vor der Typenentscheidung wieder bekommen haben vom Verteidigungsminister.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Das ist aus meiner Sicht auch richtig, denn im Endeffekt beschwert sich jetzt das Finanzministerium wiederum in Person von Herrn Hillingrathner in einem Aktenvermerk an Sie und den Steger und alle möglichen mehr und sagt: Mit Erledigung vom 19. September 2001 erfolgte die BMF-Zustimmung zur Angebotseinholung von Draken-Nachfolgefugzeugen.

Und jetzt kommt der springende Punkt: Seither ist das BMF in dieser Angelegenheit nicht mehr kontaktiert beziehungsweise befasst worden. Die endgültige Fassung des Textes der Angebotseinholung ist h.o. unbekannt.

Im Klartext würde ich das so interpretieren, dass eigentlich das Verteidigungsministerium das Finanzministerium – umgangssprachlich – „gelegt“ hat, weil es nicht einmal dann die Bedingungen vorgelegt hat, die vorher gestellt worden sind.

Bundesministerium Mag. Karl-Heinz Grasser: Genau das war damals unser Eindruck, deswegen hat es ja auch eine Verärgerung gegeben – war meine subjektive Wahrnehmung – bei Hillingrathner und der Sektion, weil das Verteidigungsministerium hier vorwärts gegangen ist und nicht besonders Rücksicht genommen hat auf diese Punkte des Finanzministeriums. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*)

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Mich wundert nämlich jetzt doch der Zeitablauf. Der regt sich am 21. März auf, die Ausschreibung war de facto irgendwo Anfang Oktober – formal. Da ist ja einiges in der Zeit gewesen.

Und da hat man nicht einmal nachgefragt, was jetzt mit den Bedingungen ist oder wie dieser Vertrag ausschaut und so fort. Das wundert mich ein bisschen jetzt ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Warum wir nicht nachgefragt haben von der Ausschreibung bis ...

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ja, warum die Verärgerung nicht da irgendwo anders zum Ausdruck gekommen ist!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann Ihnen nur sagen: Meine persönliche Befassung mit dem Thema damals war keine besonders intensive, weil ja sozusagen Ausschreibung draußen, dann hat man einmal gewartet, bis die Angebote hereinkommen. Und dann hat das Verteidigungsministerium Angebote bewertet – aber jetzt sind wir schon im nächsten Befragungsgegenstand dann ...

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Na, das ist April und das war März jetzt. Das war noch korrekt Kapitel 1.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das ist okay, das passt!

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: ... und das Verteidigungsministerium hat dann entsprechend die Bewertungen durchgeführt. Aber in dieser Zeit ist meiner Erinnerung nach unser Haus nur sehr rudimentär informiert worden und hat das Verteidigungsministerium eben seine Schritte gesetzt, was Ausschreibung betrifft, was Produktbewertungen betrifft: Muss man wen ausscheiden, muss man nicht ausscheiden. Das war alles eine Frage des Verteidigungsministeriums natürlich, so wie es auch vorgesehen war.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich wollte nur festhalten: Offensichtlich ist trotz Besprechungen vom 11. September und 13. September irgendwo eine Art Dissens zwischen Verteidigungsministerium und Finanzministerium übrig geblieben, oder die andere These wäre, dass das eine Ministerium das andere eben nicht sehr freundlich behandelt hat, sondern „gelegt“ hat unter Parteifreunden dazumal.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Was kein besonderes Wunder damals war, weil durch den Verlauf im Jahr 2001 die Spannungen ziemlich groß waren und daher der Verteidigungsminister und seine Leute vielleicht gesagt haben: Okay, jetzt haben wir endlich die Freigabe kriegt und die Geschichte ziehen wir jetzt durch und schauen uns dann bei der Typenentscheidung an, was wie dann konkret vom Ministerrat entschieden wird.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Herr Mag. Grasser, Sie haben zuerst in der jetzigen Fragerund eine Antwort an den Abgeordneten Stadler gegeben, so sinngemäß, dass es nicht logisch wäre, aktiv zu werden, weil es sich noch um kein laufendes Verfahren gehandelt hat im Frühjahr 2001.

Ich wollte Sie nur darauf hinweisen: Das Verfahren der Nachfolgebeschaffung ist sehr wohl schon gelaufen, weil ja bereits im Jahr 2000 der Request for Information an verschiedene Bieter gegangen ist und im Jahr 2001 die Unterlagen für den Request for Information dann an EADS gegangen ist. Und genau zu dieser Zeit waren Sie dort.

Eine Frage, die sich da anschließt, ist folgende. Wenn man sich diese Situation anschaut: Sie waren, bevor Sie in die Politik gegangen sind, Mitarbeiter eines großen Konzerns – Mitarbeiter der Magna. Und jetzt fahren Sie als ehemaliger Mitarbeiter der Magna mit einem höchstrangigen Vertreter derselben Firma in einem konzerneigenen Jet zu einer Firma, die Auftraggeber wiederum dieser Firma Magna ist.

Finden Sie, dass die Optik eine optimale ist?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wissen Sie, man kann seine Vergangenheit nicht verleugnen und ich will das auch nicht tun, weil MAGNA ein Superkonzern ist, der Österreich viel gebracht hat: an Investitionen und an Schaffung von Arbeitsplätzen. Das heißt, ich bin stolz, dass ich dort einmal gearbeitet habe.

Bitte befragen Sie das Management dort, aber mein Eindruck war immer aus dem Wissen dieses Konzerns, dass die so viele Automobilhersteller beliefern. Ich glaube eben auch, dass MAGNA für SAAB – also ein schwedisches Produkt – ganze Autos in Graz produziert oder produziert hat. Und genauso machen sie eine Reihe von Produkten für DaimlerChrysler. Das heißt, MAGNA hat wahrscheinlich sehr leicht die Möglichkeit bei Gegengeschäften, egal wie sie hier zustande kommen, quasi fast unabhängig von einer Produktentscheidung, weil auch bei einer F-16 wird MAGNA mit amerikanischen Automobilherstellern entsprechenden Kontakt haben. Das heißt, bei Tüchtigkeit des Konzerns war das zumindest eine gute Möglichkeit, hier Geschäfte zu machen.

Zweiter ...

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Also Sie orten keine schiefe Optik?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich sehe dort überhaupt keine schiefe Optik, weil ...

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Eine andere Frage diesbezüglich wäre: Hatten Sie im Zeitraum von Beweisthema 1 eigentlich noch ein Rückkehrrecht zu Magna?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das muss ich mir anschauen, ob ich noch eines gehabt habe. Sie wissen, dass ich es zurückgelegt habe. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, wann ich es zurück gelegt habe, aber ich kann das gerne überprüfen und Ihnen die Information darüber geben.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Beim nächsten Mal dann vielleicht sagen. Wunderbar.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber in jedem Fall kann ich nur dazu sagen, dass das überhaupt keine Rolle gespielt hat, weil MAGNA mich genauso hätte ersuchen können, mit jemandem von Gripen zusammenzutreffen und das hätte ich genauso gemacht.

Und ich habe vorher nachweisbar schon Repräsentanten von Gripen getroffen und mit denen geredet. Warum hätte ich EADS-Leute nicht treffen sollen? Es hätte für mich hier keine logische Motivation gegeben, das nicht zu tun.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Gut. Meine Frage ist trotzdem halb beantwortet. Ich würde Sie ersuchen, das nächste Mal diese Information nachzuliefern.

Ich möchte jetzt noch einmal zurückkommen zu diesem Brief von EADS, beziehungsweise ich möchte Sie was anderes fragen. Sie gesagt, Sie haben elf Jahre Erfahrung in der Verwaltung, waren lange Landeshauptmann-Stellvertreter und jetzt als Minister.

Was bedeutet es, wenn Sie ein Schriftstück erhalten und Sie schreiben einen Namen drauf und dann darunter: „zur Info“. Was erwarten Sie dann von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich erwarte, dass dieses Schriftstück offiziell im Haus protokolliert wird, verzeichnet wird, damit auch wieder auffindbar ist. Ich erwarte, dass der Mitarbeiter das liest und dass er mir im Regelfall ein Feedback dazu gibt.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wenn drauf steht: zur Info?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich schicke es ihm einerseits, dass er es weiß und auf der anderen Seite sehr wohl, wenn man ...

Ich meine, was war denn meine Motivation? Wir waren in Diskussion, nachdem Hillingrathner Anfang des Jahres 2001 zu mir gekommen ist und gesagt hat: Pass auf! Jetzt könnte das schön langsam spruchreif werden diese Beschaffung, und wir versuchen, uns Informationen zu beschaffen. – Dann war es völlig klar, dass ich ihm diese Information weitergebe und dass umgekehrt wieder eine Rückkoppelung zu mir kommt: Was hält er denn davon?

Das war immer ein Dialog und ein Feedback und ein Feedforward.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Herr Minister, ich glaube, Sie brauchen sich fürs nächste Mal für eine Frage nicht mehr vorzubereiten. Ich kann die Frage jetzt beantworten: Sie haben am 30. Juni 2003 auf das Rückkehrrecht verzichtet. Das heißt, ich halte fest fürs Protokoll: Als Sie bei der Firma EADS waren, in Begleitung von einem hochrangigen (*Abg. Mag. Stadler: Höchst!*) – höchstrangigen Mitarbeiter der Firma MAGNA, hatten Sie noch ein Rückkehrrecht.

Ich wollte aber da noch auf was anderes hinaus.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Und was ist Schlechtes daran, Frau Abgeordnete?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich denke ... (*Abg. Mag. Stadler: Das ist ein ...!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, das würden Sie auch sagen, wenn die Bundesregierung Gripen entschieden hätte!

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): So, jetzt bin aber ich wieder dran!

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, jetzt keine Zwischendiskussionen. – Frau Kollegin bitte.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich wollte eigentlich so in die Richtung fragen: Sie haben angegeben, Sie haben diesen Brief, die Unterlagen sofort an Herrn Hillingrathner weitergegeben mit der Bitte um Bearbeitung.

Aber ich denke, wenn da drauf steht: zur Info. Eigentlich ist es allgemein in der Verwaltung so, oder auch im Büroablauf so, dass wenn etwas „zur Info“ steht, dann ist das für die jeweilige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter zur Information, allerdings ohne jede weitere Veranlassung irgendwas zu machen, sonst würde da stehen: zur Kenntnisnahme, zur Bearbeitung, was auch immer – das ist irgendwie gang und gäbe.

Also das ist schon ein Unterschied, eine Kurzstellungnahme anzufordern oder ein Schriftstück weiterzugeben mit dem Hinweis: zur Info.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber, Frau Abgeordnete, warum? – Weil wahrscheinlich diese Information nicht an uns gekommen ist und das meine klare Erwartungshaltung – sage ich jetzt aus heutiger Sicht – gewesen ist, weil es für mich völlig klar ist, wenn ich so ein Papier ins Haus schicke, dass man das liest. Und wenn man es liest, macht man sich Gedanken dazu – aus Expertensicht – und entwickelt eine Meinung dazu. Und auf diese Meinung habe ich gewartet und offensichtlich haben wir sie später eingefordert und sie ist auch entsprechend rückgekoppelt worden.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich wollte nur den Widerspruch aufklären, weil Sie angegeben haben, Sie hätten es sofort zur Bearbeitung weitergeleitet. Aber es lässt sich eben nicht aus diesem Vermerk ableiten, dass dem so gewesen wäre.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Widerspruch sehe da nicht wirklich, sondern ich habe es ins Haus geleitet, so weit haben wir noch Konsens. Ich habe aufgeschrieben: zur Info. – Okay, jetzt haben wir eine unterschiedliche Meinung, was „zur Info“ bedeutet. Sie haben Ihre Interpretation gemacht und ich habe eine andere entsprechend angestellt. Aber ich glaube, unterm Strich ist klar, dass es dann Feedback gegeben hat, auch auf Aufforderung von uns.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich halte fest, dass erst auf Druck Ihres Büros dann eine Stellungnahme gemacht worden ist, und „zur Info“ werte ich nicht als Hinweis, dass hier sofort etwas bearbeitet werden soll.

Aber jetzt zur nächsten Frage. Sie haben auch wieder gesagt, Sie sprechen immer im Zusammenhang mit der Informationsbeschaffung von „wir“. Ich nehme einmal an, Sie sprechen von sich plus Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium.

Meine Frage ist, ob es jetzt einen Auftrag an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben hat, im Zusammenhang mit der Draken Nachfolgebeschaffung, Informationen von Flugzeuganbietern oder anderen Institutionen einzuholen. Hat es einen konkreten Auftrag gegeben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens glaube ich, dass diese Frage auch schon gestellt wurde. Meines Wissens habe ich keinen Auftrag erteilt sozusagen im Sinne von Weisung: Machen Sie Termine eins, zwei, drei, vier, fünf und beschaffen Sie sich Information.

Mein Eindruck war, dass Hillingrathner sehr rege unterwegs war – unter Anführungszeichen – und Zugang zu einer ganzen Fülle von Informationen von verschiedenen Herstellern hatte und mich auch entsprechend gebrieft hat.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich beziehe mich eigentlich wieder auf den Akt, wo die ganzen Unterlagen, die eben angefordert worden sind, übermittelt werden. Und mich hätte noch interessiert – das ist vom 29. August 2001 gewesen –, ob es vorher schon einmal eine Beauftragung gegeben hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: An Hillingrathner in welchem Sinn?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): An Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Ihres Ministeriums im Zusammenhang mit der Draken-Nachfolgebeschaffung.

Hat es einen Auftrag gegeben, Informationen einzuholen über Flugzeuganbieter oder andere Institutionen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Auch das wurde heute bereits diskutiert und von mir ausgeführt. Ich darf an den 9. April 2001 erinnern, da gibt es ein Mail, das Ihnen vorliegt, in dem Sektionschef Steger angibt, dass er den Auftrag hat, von mir offensichtlich, hausintern eine Rückzugslinie für den Fall, dass wir unsere budgetäre Abwehrhaltung gegen neue Abfangjäger nicht durchhalten, auszuarbeiten.

Und Steger schreibt in diesem Mail, dass es um ein Gesamtpaket aus Finanzierung, Gegengeschäften und Reformmaßnahmen geht. Es gibt dann ein weiteres Schriftstück am 26. April 2001, ein BMF-Strategiepapier, das grundsätzliche Informationen zu Kompetenzen des Bundesministeriums für Finanzen im Beschaffungsvorgang darstellt, das die Festsetzung der BMF-Strategie mit der Forderung eines Gesamtbeschaffungskonzeptes betrifft, Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen im Landesverteidigungsministerium anspricht, einen umfassenden Wettbewerb als Zielsetzung, die Ausschreibung auf der Basis eines produktneutralen Pflichtenheftes, die Zulässigkeit von Alternativangeboten, Beiziehung von neutralen Experten oder Institutionen im Bewertungsverfahren. Das war unsere Zielsetzung, eben wie man es hier schafft, neutrale Experten oder Institutionen im Bewertungsverfahren beizuziehen,

dass man sicherstellen kann, dass das ein objektiver Vorgang ist und wir somit immer auf einen neutralen Vorgang bedacht gewesen sind.

Das heißt, dieses Strategiepapier des BMF, auch auf die Frage des Herrn Pilz von früher noch einmal zu sprechen kommend, hat als Strategie des BMF offensichtlich vorgegeben: Zulässigkeit von Alternativangeboten – wurde mir von Sektionschef Steger, vom Ministerialrat Hillingrathner in diesem Strategiepapier auch entsprechend empfohlen. Wettbewerb wurde empfohlen, Beiziehung von neutralen Experten und Institutionen wurde empfohlen. Das heißt, Sie sehen: Ja, es hat vorher offensichtlich entsprechende Informationen gegeben.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Herr Minister, Sie haben mir jetzt spontan geantwortet, nein, Sie hätten keine Aufträge gegeben. Und jetzt haben Sie mir eine relativ lange Liste vorgelesen ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich habe gesagt, ich habe keine ... Ich stelle es gerne klar, ich habe keine Aufträge gegeben im Sinne von Weisungen – ungefähr so habe ich es früher formuliert – an Hillingrathner, machen Sie einen Termin mit Anbieter 1, 2, 3, 4, 5.

Und ich habe gesagt ... (*Abg. Stadlbauer: Um das geht es auch nicht! Es geht um das Einholen von Informationen!*) – Darf ich ausreden, Frau Abgeordnete?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Nein. Wenn ich denke, dass die Frage in eine falsche Richtung beantwortet wird, möchte ich Sie gerne hinweisen, was ich Sie fragen möchte. (*Abg. Dr. Fekter: Sie bestellen sich ... Antworten oder wie?*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann nur versuchen, wenn Sie etwas hinterfragen, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Und das ist ein massiver Unterschied. Ich habe gesagt: Nein, keine Weisung, Anbieter 1 bis 5 oder 6 zu treffen. Und Punkt 2 ...

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Aufträge! Ich rede nicht von Weisungen. Ich rede von **Aufträgen**, von ganz normalen Aufträgen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, auch Aufträge, Anbieter zu treffen, hat es nicht gegeben, sondern, wie ich ausgeführt habe, Hillingrathner war rege unterwegs. Im Unterschied dazu hat es den Auftrag an das Haus gegeben, ein Strategiepapier zu entwickeln, aber nicht jetzt Anbieter zu treffen, sondern ein Strategiepapier zu entwickeln. Das ist wirklich kein Widerspruch.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich möchte auf die Pflichtenhefte zu sprechen kommen. Hat jemand von Ihrem Ministerium konkret die militärischen Pflichtenhefte vom BMLV angefordert?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Auch diese Frage wurde, glaube ich, heute schon diskutiert. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob jemand konkret Pflichtenhefte angefordert hat. Aber heute haben wir diskutiert, dass es offensichtlich der Wunsch von Hillingrathner war, Pflichtenhefte zu bekommen. Und irgendeine Dame oder ein Herr Abgeordnete(r) hat mich gefragt, ob ich Herrn Minister Scheibner auf die Pflichtenhefte angesprochen habe. Offensichtlich dürfte das so gewesen sein. Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern. Aber vor ein paar Stunden habe ich versucht, das so zu interpretieren, dass sich offensichtlich Hillingrathner Informationen aus dem Verteidigungsressort gewünscht hat, dass er diese Information nicht bekommen und mich dann gebeten hat: Besorge doch bitte die Information und frage Herrn Minister Scheibner. Und Scheibner hat dann offensichtlich in seinem Haus die Anweisung gegeben, und man hat uns diese Pflichtenhefte – davon gehe ich aus – übermittelt. Das ist meine Erinnerung, so weit rekonstruiert wie möglich.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich kann Ihnen mitteilen, dass Sie selber mit dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung eine Vereinbarung getroffen haben, nachdem Ihnen das Pflichtenheft übermittelt werden soll. Was mich jetzt interessieren würde, das geht aus den Akten hervor: Was ist eigentlich damit passiert, nachdem die vom Landesverteidigungsministerium dann im Finanzministerium eingetroffen sind?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich mache nur darauf aufmerksam, Herr Vorsitzender. Auch diese Frage wurde bereits gestellt und wurde entsprechend beantwortet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie es im Protokoll nachlesen, steht es dort drinnen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hatten wir wirklich schon als Frage und Antwort.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Wir werden sehen, aber ich denke, es wird eine zweite Möglichkeit geben. (*Abg. Dr. Fekter: Wieder nichts! Wieder ein Kartenhaus zusammengebrochen!*)

Herr Minister, Sie haben hier im Ausschuss unter Wahrheitspflicht gesagt, dass Sie bei Ihrem Besuch von EADS in Manching auch nach den Fähigkeiten von MiG-Flugzeugen gefragt haben. Jetzt gehe ich wieder zu diesem Schriftstück vom 29. August. Normalerweise müsste ich Sie ja fragen, ob Sie das kennen und wer es verfasst hat, und so weiter. Das haben wir so weit schon geklärt. Es sind zwar immer wieder ausweichende Antworten gekommen, aber ich hätte Sie gerne inhaltlich dazu noch einmal gefragt.

Hier steht: Wie ich bereits im Frühjahr vortrug – also Herr Hillingrathner hat im Frühjahr vorgetragen. Wann war das genau? Wann im Frühjahr hat Ihnen Herr Dr. Hillingrathner den Inhalt dieser Kurzstellungnahme vorgetragen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Können Sie mir helfen, wovon Sie jetzt reden?

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Ich spreche von einem Teil dieses Aktes, und zwar ist das ein Begleitschreiben, betrifft Abfangjäger, Kurzstellungnahme zu EADS-Vorschlag für Paketlösung, 29. August 2001.

Da heißt es: Wie ich bereits im Frühjahr vortrug, halte ich diese für optimal, da Wirtschaftszugang zu Westeuropa und russischem Raum sowie voraussichtlich zirka 40 bis 45 Jahre politisch keine Nachfolgedebatte ...

Also wann hat Ihnen Herr Dr. Hillingrathner das im Frühjahr vorgetragen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das müssen Sie bitte Herrn Dr. Hillingrathner fragen. Das weiß ich nicht mehr, wann das genau im Frühjahr war, aber ich habe auf eine Frage des Abgeordneten Pilz gesagt, ich gehe davon aus, dass sich Hillingrathner hier auf seine MiG-Ausführungen bezogen hat, weil dieser erste Teil für mich so klingt, dass Hillingrathner hier sagt, halte ich diese für optimal. – Also meine Schlussfolgerung ist, dass Hillingrathner gemeint hat, halte ich MiG als Lösung für optimal, weil Wirtschaftszugang zu Westeuropa und russischem Raum sowie voraussichtlich 40 bis 45 Jahre politisch keine Nachfolgedebatte – in dieser Kombination, die dann ausgeführt wird, nämlich zuerst die MiG, und dann – er sagt ja, Eurofighter voraussichtlich erst in zehn bis zwölf Jahren ausgereift – sagt er, Paketlösung hält er für zweckmäßig, 2004 bis 2012 MiG:

Obmann Dr. Peter Pilz: Können wir es uns etwas einfach machen? Weil zumindest das aus dem Schreiben sehr klar hervorgeht, wenn man es im Zusammenhang liest, denn MiG kommt erst ganz unten. Das kann kein Bezug sein.

Da heißt es: Kurzstellungnahme zu EADS-Vorschlag für Paketlösung: Wie ich bereits im Frühjahr vortrug, halte ich diese für optimal.

Bei allen Interpretationen üblicher deutscher Satzstellungen bezieht sich „diese“ auf „Paketlösung“.

Ich möchte mich in die Befragung nicht einmischen, aber bisher hatten wir keinen Hinweis, dass es bereits einen Vorschlag dieser Art einer vergleichbaren Paketlösung im Frühjahr gegeben hätte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Deswegen habe ich gesagt, ich kann es mir nur so erklären, dass Hillingrathner hier die MiG meint, weil ich kenne keinen Vorschlag einer Paketlösung im Frühjahr. Daher bitte ich, Hillingrathner hier zu fragen, der dieses Schriftstück verfasst hat, wie er es gemeint hat. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Herr Grasser sich an ein Paket im Frühjahr nicht erinnern kann, dann ist das auch eine Antwort. (*Abg. Mag. Stadler: Nein! Er deutet es anders! Er hat nicht gesagt, dass er sich nicht erinnern kann, er hat gesagt, er deutet es anders!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich gebe dem Herrn Pilz Recht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe diesmal zugehört, und er hat gesagt, dass er sich an ein Paket im Frühjahr nicht erinnern kann. Das ist so im Protokoll. – Die Zeit ist auch abgelaufen.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Nein. Es haben so viele geredet in meiner Zeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Zeit war schon vorher abgelaufen. Ich habe das jetzt nur noch als schon zeitüberschreitend zugelassen.

Abgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ): Eine Frage noch?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, bitte nicht, weil ich habe die letzte Frage bereits über der Zeit zugelassen. Und ich habe auch angekündigt, dass ich jetzt ein bisschen straffer vorgehe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister Grasser! Wenn Sie am 29. August diesen Originalakt angefordert haben, dann halte ich Ihnen vor, dass Sie zu einem früheren Zeitpunkt, zu diesem Originalakt befragt, nämlich auf die Frage, warum Sie nicht an andere nach dem Bundesministeriengesetz zuständige Ressortmitglieder weitergeleitet haben, gesagt haben, das war eine so unwichtige Unterlage.

Nun frage ich Sie, warum Sie ausgerechnet am 29. August, so wie Herr Ministerialrat Hillingrathner schreibt, nämlich über Drängen des Kabinetts – er wurde gedrängt durch Ihr Kabinett –, und es gab eine Weisung – hier spricht er nämlich wortwörtlich von einer Weisung –, diesen Originalakt sofort vorzulegen. Was hat Sie also dazu veranlasst, diesen Originalakt plötzlich anzufordern, wenn er so unwichtig war?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich nicht, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Sie werden ja noch einmal geladen. Dann werden Sie ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Offensichtlich wollten wir uns den Akt ansehen. Ich weiß nicht, wann die Stellungnahme des Herrn Abgeordneten Hillingrathner gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er ist kein Abgeordneter, sondern Ministerialrat.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Verzeihung, aber vielleicht hat es mit der Stellungnahme des Herrn Dr. Hillingrathner zu tun, dass wir uns dann den Akt anschauen wollten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Definitiv nein, er hat gesagt, er musste eine Stellungnahme verfassen und das ist alles, was er dazu verfassen konnte, weil es zu kurz war.

Daher noch einmal meine Frage: Was hat Sie dazu veranlasst, diesen Akt jetzt so plötzlich und mit solchem Drängen auf den Herrn Ministerialrat Hillingrathner anzufordern? – Sie sagen, Sie können sich nicht mehr daran erinnern. Vielleicht können Sie das bis zu Ihrem nächsten Ladungstermin herausfinden, Sie werden aller Voraussicht nach zum Beweisthema 1 noch einmal geladen werden.

Es geht daraus hervor, es ist eine Weisung ergangen, das ist auch kein alltäglicher Akt in dem Zusammenhang, weil der Herr Minister gesagt hat, er arbeitet nicht mit Weisungen und es gibt ein Drängen des Kabinetts. Ich halte das fest, denn es muss einen Grund gegeben haben, warum er so vorgeht.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weil man offensichtlich in dieser Frage irgendetwas diskutieren wollte, Herr Abgeordneter. Und ich kann mir jeden Akt aus dem Ministerium jederzeit bringen lassen, wenn wir gerade eine Frage diskutieren wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich nicht in Zweifel gezogen. Ich wollte wissen, was Sie damit machen wollten. Vielleicht lässt sich das eruieren, ich werde diese Frage beim nächsten Befragungstermin noch einmal stellen. Dort wird es dann auch eine Gegenüberstellung geben.

Was haben Sie in weiterer Folge mit diesem Akt gemacht? – Sie haben ihn kommen lassen. Wir wissen nur, dass sein Schicksal nicht mehr klärbar ist, aber was haben Sie in weiterer Folge mit diesem Akt gemacht? (*Abg. Dr. Fekter: Zum siebenten Mal!*) – Bitte, ich bin mit ihm am Reden, nicht mit Ihnen, Frau Kollegin. Diese Soufflererei brauchen Sie jetzt nicht wieder anzufangen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Offensichtlich ist dieser Akt im Haus archiviert worden. Ich habe mit diesem Akt – sonst wäre es ja auch ersichtlich aus dem Aktenverzeichnissystem – keine weiteren Veranlassungen vorgenommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn der Akt im Haus archiviert wurde, dann muss er vorlegbar sein. Es ist aber mittlerweile so weit klar, dass er nicht vorlegbar ist, weil er nicht mehr auffindbar ist. Das Archiv des Finanzministeriums ist eines der besten Archive dieses Landes. (*Abg. Dr. Fekter: Herr Vorsitzender! Das haben wir schon zum 27. Mal! Das tut schon weh!*)

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe diese Frage, Herr Abgeordneter, nicht ein Mal, sondern wirklich viele Male beantwortet .

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, die haben Sie nicht beantwortet.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Freilich habe ich sie beantwortet. Dann würde ich ersuchen, dass Sie meine Ausführungen auch verfolgen. (*Abg. Mag. Stadler: Oh ja, das tue ich schon! Verlassen Sie sich drauf!*) Ich habe genau

erklärt, dass ich nicht weiß, wo das Original ist und habe gesagt, Herr Abgeordneter ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Darf ich die Frage beantworten, wenn Sie schon Wert darauf legen? Ich habe mehrfach gesagt, dass ich daraus schließe, dass bei diesem Akt verzeichnet ist, dass er bei der Abteilung Hillingrathner liegen würde, dass ich konkludent schließe, dass er von mir wiederum zurück ins Haus gegangen ist.

Wo dieser Originalakt ist, weiß ich nicht. Wir haben die Kopie, aus der wir genau entnehmen können, was in diesem Akt drinnen steht und Gott sei Dank nicht spekulieren müssen, sondern wissen, dass es eine irrelevante Information ist im Vergleich zu dem, was die Bundesregierung am 2. Juli 2002 entschieden hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie war jedenfalls so relevant, dass Sie es mit Weisung und Drängen Ihres Kabinetts auf einmal vorgelegt haben wollten. Also gewisse Relevanz dürfte der Akt doch gehabt haben, zumindest weil Sie einen Originalakt wollten.

Ich bitte Sie – und werde Sie daran erinnern –, da das heute Thema war, bis zur nächsten Befragung in Ihrem Ministerium klären zu lassen, was das Schicksal dieses Originalaktes anlangt.

Zweitens bitte ich Sie, bis dorthin klären zu lassen, was der Grund war, warum Sie ihn vorlegen ließen und was Sie in weiterer Folge mit diesem Akt gemacht haben, bis er dann offensichtlich wieder in irgendwelche Archive Ihres Ministeriums – ich zitiere Sie selber – verschwunden sei.

Nun hätte ich eine Frage in diesem Zusammenhang. Wann haben Sie erfahren, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner eine Kopie dieses Aktes angelegt hat?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gab dann Bemühungen, diese Kopie zu bekommen. Haben Sie veranlasst, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner diese Kopie herausrücken muss, dass Herr Ministerialrat Hillingrathner diese Kopie, von der dann irgendwann einmal bekannt wurde, dass es eben eine Kopie gibt, herausrücken muss?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meine Veranlassung war, diesen Akt ins Haus zu geben und daher bin ich davon ausgegangen, dass dieser Akt entsprechend archiviert wird; offensichtlich ist das auch passiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich habe Sie etwas anderes gefragt. Die Frage war – ich wiederhole sie noch einmal, weil sie ganz klar ist –: Wann haben Sie erfahren, dass es eine Kopie dieses EADS-Aktes gibt und warum haben Sie ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Darauf hat die Antwort gelautet: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie veranlasst, dass Ministerialrat Hillingrathner diese Kopie herausrücken muss oder ist diese Veranlassung von jemandem anderen ausgegangen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich habe nicht gewusst, dass es da einen Rückstand gibt. Ich habe nicht gewusst, dass dieser Akt verschwunden ist. Ich kann jetzt das nachvollziehen, so wie Sie das nachvollziehen können anhand des Aktenmaterials. Sie haben sicherlich auch die Unterlage vom 10. Mai 2004 – wir haben darüber diskutiert –, die Herbert Hillingrathner unterschrieben hat, wo es um einen Rückstandsausweis geht. Das hat er an Herrn Sektionschef Steger betreffend Rückstandsausweis vom 3.5.2004 geschrieben.

Spätestens damals hat auch Sektionschef Steger gewusst, dass es da einen Rückstand gibt. Steger dürfte beauftragt haben, diese Frage entsprechend zu bereinigen, was Hillingrathner auch gelungen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da teilt eben Hillingrathner mit, dass er diesen Akt bereits im Oktober 2003 weitergeleitet hat – augenscheinlich nicht von sich aus. Ich will das klären.

Augenscheinlich nicht von sich aus, sondern offensichtlich hatte wieder jemand diesen Akt, diesmal die Kopie dieses Aktes angefordert. Das ist meine Frage: Können Sie sich erinnern, ob **Sie** diese Aktenkopie herausgefordert haben?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich gehe davon aus, dass das nicht der Fall war, denn wenn Sie dieses Schreiben lesen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das genügt mir schon. Wenn Sie sagen, das war nicht der Fall, dann nehme ich das zur Kenntnis.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich möchte Ihnen ja erklären, warum ich davon ausgehe, dass das nicht der Fall ist, weil das ja wesentlich sein kann, weil Sie mir sonst wieder sagen, irgendein Widerspruch, weil es nicht klar definiert ist. Ich gehe deswegen davon aus, weil Hillingrathner schreibt: „Lieber Gerhard ... „

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann das lesen, wir haben uns darauf geeinigt, dass Sie den Text nicht noch einmal vortragen müssen. Es genügt, wenn Sie den Text interpretieren, wir sind intellektuell dieser Grundkulturtechnik kundig.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich beziehe mich auf dieses Schreiben, das schon länger Gegenstand unserer Diskussion war, wo unter anderem drinnen steht:

Aus mir unerfindlichen Gründen ist dieses Geschäftsstück offenbar nicht bis in die Kanzlei gelangt und habe heute an anderer Stelle betont, dass der Weg von der Abteilung Hillingrathner in die Kanzlei nicht über das Kabinett oder den Minister führt.

Daher weiß ich nicht, warum dieser Akt damals nicht an die Kanzlei gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, Sie verdanken es nur den anderen Fraktionen, dass wir heute nicht bis um drei oder vier oder fünf in der Früh hier sitzen. Das bewirkt diesen zweiten Ladungstermin, weil ich hätte wirklich große Lust, mit Ihnen bis in die Früh diese Dinge so auszudiskutieren, wie Sie es offensichtlich wollen.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Herr Abgeordneter, bitte können Sie so laut sprechen, dass ich es auch verstehe?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich werde mich bemühen. Es gab schon welche, die gemeint haben, ich wäre bei der Befragung zu laut. Also bitte, Herr Verfahrensanwalt, wenn Sie das wünschen, können Sie das gerne haben.

Nun frage ich Sie, Herr Minister, kennen Sie den Namen Erhard Steininger? Sagt Ihnen der Name Erhard Steininger etwas?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Habe ich sicher schon einmal gehört, aber ehrlich gesagt: Ich kann nicht einmal sagen, ob ich den Herrn kenne. Ich glaube, dass er irgendetwas mit Eurofighter zu tun hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie etwas mit ihm zu tun gehabt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meines Wissens, nein. Es kann sein, dass ich ihn einmal auf einem Ball getroffen habe irgendwo am Rande. Aber ich habe kein Treffen mit ihm oder sonst etwas gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf Schiffen nicht?

Dr. Klaus-Dieter Bergner. Sagt Ihnen dieser Name etwas? (*BM Mag. Grasser: Nein!*)

Sie haben auch mit Herrn Dr. Bergner nichts zu tun gehabt?

Stefan Moser. Sagt Ihnen auch nichts?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann mich an keinen Stefan Moser erinnern, aber es wird ein bisschen schwierig, weil, wenn Sie mich nur einzelne Namen fragen ... Herr Abgeordneter, Sie kennen das politische Geschäft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nicht um politisches Geschäft. Es geht nur um Fragen, ob Sie ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, bevor das zu einem langen Hin- und Her wird, vielleicht ist es einfacher, wenn Sie kurz die Firma oder sonst etwas zu dieser Person dazu sagen, dann fällt vielleicht auch die Erinnerung leichter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nach den Aussagen der Firma EADS beziehungsweise Ihres bisher einvernommenen Vertreters waren Dr. Klaus-Dieter Bergner und Stefan Moser die hiesigen Repräsentanten von EADS.

Haben Sie mit diesen Leuten etwas zu tun gehabt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meines Wissens nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Steininger war BOFORS-Vertreter und BOFORS wurde von EADS mit Lobbyingmaßnahmen betraut. Mit ihm haben Sie auch nichts zu tun gehabt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Meines Wissens nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit der Firma 100 % Communications?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wer ist das? Ist das der Herr Rumpold?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Erika Rumpold.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Auch mit denen habe ich in dieser Frage nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit der Firma Ballistic & Defence Products Wehrtechnik GmbH mit Sitz in Graz etwas zu tun gehabt in diesem Zusammenhang?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich habe insofern ein bisschen ein Problem, als ich ein aktiv in diesem Land tätiger Politiker und Finanzminister bin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, ich sage es anders: Dipl.-Ing. Kurt Wieder ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich die Frage beantworten oder darf ich es nicht? Okay, wenn das ein Tribunal ist, das hier offensichtlich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na, ich frage Sie einfach nur ...

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich will Ihnen erklären, Herr Abgeordneter, dass ich in einer Reihe von Wahlkämpfen in diesem Land tätig war, dass ich hunderte Betriebsbesuche gemacht habe ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Grasser, davon gehen wir fix aus. Wenn Sie nicht in der Lage sind, wenn Sie sagen, Sie wissen es nicht, dann sagen Sie einfach, Sie wissen es nicht. Und wenn Sie es bei einzelnen Personen ausschließen können, dann sagen Sie das, und wenn Sie einzelne kennen, dann werden Sie sicherlich ja sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ein Geschäftsführer Dipl.-Ing. Kurt Wiederwohl, sagt Ihnen auch nichts?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Weiß ich nicht“, gut. – Dann frage ich Sie noch nach den Gesellschaftern.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich darf vielleicht zu all diesen Personen sagen, nur damit Sie mich wirklich auch konkret verstehen und das nachvollziehen können. Ich tue mir extrem schwer, diese Fragen so beantworten zu können, ohne dass ich weiß: Worum soll es gegangen sein? Was soll der konkrete Anlassfall gewesen sein? Worüber sollen wir geredet haben? Ich kann das so wirklich nicht beurteilen. Bitte um Verständnis, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe alles Verständnis, Sie brauchen nur eine Antwort zu geben.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, ich will Ihnen nur sagen, dass ein Finanzminister jeden Tag tausende Informationen oder hunderte Informationen bekommt, und es wirklich extrem schwierig ist, sich an so etwas zu erinnern, das fünf Jahre zurückliegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin erstaunt, weil interessanterweise Ihre Beamten, die wirklich auch mit sehr vielen Leuten zu tun haben, sehr präzise Auskünfte geben können, Sie und Ihr Kabinett aber **nicht**.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Der Unterschied ist, dass das die Kernkompetenz meiner Beamten ist und sie genau für diese Sache ausgerichtet sind, spezialisiert sind, und Herr Hillingrathner sich nur mit dieser Frage beschäftigt hat über einen längeren Zeitraum, während ich zur gleichen Zeit ein gesamtes Ministerium in dieser Frage, in der Konsolidierung des Staatshaushaltes und vielem andere mehr vorangetrieben habe, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich fühle ohnehin mit Ihnen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, aber man muss einfach Fragen delegieren können, und nicht alles selber machen, und genau das habe ich, und zwar, so meine ich, in vielen Fragen ganz gut gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen die Firma Asa Aerospace Austria Import-Export GmbH etwas?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen sage, dass diese Firma in Graz ihren Sitz hat und bei der Firma des Herrn Wiederwohl beteiligt ist, sagt Ihnen das auch nichts? (*BM Mag. Grasser: Nein!*) – Gut. Danke. (*Abg. Dr. Fekter: Zusammenhang zum Beweisthema?*) – Das müssen Sie im Protokoll nachlesen. Das sollten Sie eben studiert haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Den Zusammenhang zum Beweisthema hatten wir in einer Reihe vorhergehender Befragungen. Es wäre natürlich für Herrn Grasser etwas einfacher gewesen, wenn er Hinweise erhalten hätte auf Zusammenhänge. Ich stelle das nur fest. Ich kann mich nicht dauernd in Befragungen einmischen und dauernd

Ergänzungsfragen stellen. Das geht nicht, und ich werde mich auch nicht nach Ihren Zurufen richten, Frau Fekter. Gibt es noch weitere Fragen, Kollege Stadler?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vorerst nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Bundesminister! Wer von Ihnen allen im Kabinett ist beauftragt worden oder hat sich aus eigenem Antrieb oder auch auf Grund von einer Art Geschäftseinteilung mit der Frage der vorbereitenden Handlungen für die Abfangjägerbeschaffung beschäftigt?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Im Wesentlichen waren das, also in unterschiedlichen Phasen, zwei Personen. In der Phase, die wir jetzt besprechen: Informationsbeschaffung, Ausschreibung vorbereiten, Gegengeschäfte, also bis zur Typenentscheidung im Wesentlichen, war das Dozent Christl, und was die Vertragsverhandlungen betrifft, hat die federführend Dr. Traumüller für das Kabinett geführt. Es hat aber immer wieder – Sie sehen das auf den Akten – eine, so glaube ich aber, sehr, sehr rudimentäre Befassung des Herrn Oberleitner gegeben auf irgendeinem Akt. Es mag sein, dass Herr Winkler einmal irgendetwas gemacht hat, aber ein absoluter Schwerpunkt war gegeben: Verantwortung Christl einerseits, Traumüller andererseits.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Christl taucht ja in dem Zusammenhang immer öfter auf bei den Aktenabzeichnungen. Meine Frage ist: Wie haben Sie den Kontakt gehalten? Wie ist der Kontakt mit dem Haus abgelaufen? Es scheint ja so zu sein, fürs Kabinett hat man eben abzeichnende Mitarbeiter aus dem Kabinett; und man muss ja nicht immer alles selber sehen als Minister. So stelle ich mir das zum Beispiel vor. Der Minister zeichnet nur jene Akten, die er wirklich selber gesehen hat. Christl hat sehr oft Akten abgezeichnet, war involviert genau in der Phase, und um die geht es ja jetzt, und taucht auf Grund der Angaben von Hillingrathner, Steger einerseits, andererseits auf Grund der Aktenlage häufig auf, und Sie bestätigen das auch, dass er der betraute Zuständige war im Kabinett.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das bestätige ich, und der Normalfall der Kommunikation bei mir im Kabinett ist der, dass wir im Regelfall einmal in der Woche eine Kabinettsbesprechung haben, und dort wird von den zuständigen Kabinettsmitgliedern berichtet, was es an relevanten Dingen bei ihnen gibt. Bei Akten, das habe ich heute dargestellt, wäre es die absolute Ausnahme, wenn ein Minister den Akt selbst sieht, sondern es läuft so, dass der Mitarbeiter sagt: Pass auf, das und das steht an. Inhaltlich – in Kurzform – ist das so und so.

Wir teilen die Vorgangsweise des Hauses oder ich würde vorschlagen – jetzt der Kabinettsmitarbeiter – einen anderen Weg zu beschreiten in der Frage eins, zwei, drei, und dann diskutieren wir das in der Kabinettsitzung, und dann wird das im Regelfall eben entsprechend erledigt. Das Haus kommuniziert quasi mit dem Kabinett, und das Ganze ist ein Wechselspiel und geht natürlich in beide Richtungen: Einmal gibt das Kabinett Aufträge ins Haus, und auf der anderen Seite hat das Haus natürlich auch eine entsprechende Selbstinitiative, gerade was die gesamten Formalismen einer solchen Ausschreibung betrifft und deren Vorbereitung und den Weg, der hier gegangen wird, das Verfahren, das gewählt wird, das machen Hillingrathner, Steger automatisch, weil Sie diese Verfahren natürlich über längere Zeiträume kennen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, aber wenn wichtige Dinge sozusagen im wahrsten Sinne des Wortes im Kabinett vor Ihrem Zimmer besprochen, abgezeichnet werden von den zuständigen Kabinettsmitarbeitern, dürfen Sie dann davon ausgehen, dass das zum Beispiel in den von Ihnen erwähnten regelmäßigen Kabinettsbesprechungen thematisiert wird?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wirklich unterschiedlich. Wir haben eine sehr team-orientierte Führung. Ich habe lauter Profis in meinem Kabinett, denen ich auch ein entsprechend großes Vertrauen entgegenbringe, weil ich der Überzeugung bin, dass sie ihren Job auch sehr, sehr gut machen. Daher liegt es in der Beurteilung des jeweiligen Kabinettsmitglieds: Was sagt man dem Minister? Womit beschäftigt man ihn? Wo will man seine eigene Entscheidung, also die des Ministers haben, wenn man sich als Kabinettsmitglied unsicher ist? Machen wir es so oder machen wir es anders? Passt es ohnehin, oder nicht? Das heißt: sehr selektiv.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wenn in dem einen Fall, wir hatten ihn ja schon diskutiert, ein Aktenstück abgezeichnet wird von – in dem Fall – Dr. Christl, wobei ausdrücklich die Formulierung „pro domo“ verwendet wird, also hausintern, dass nämlich bei einem Gipfeltreffen auf höchster politischer Ebene schon eine Übereinkunft getroffen worden wäre, nämlich beim HBK, also vermutlich nicht nur beim, sondern auch *mit* dem Herrn Bundeskanzler, und dass das dort also festgehalten wird und dass das offensichtlich in eine Richtung geht, um auch den Hintergrund zu erläutern, dass in der einen Kommunikationslinie mit dem Verteidigungsministerium oder auch nach außen so gekämpft wird oder getan wird und dann noch einmal eine „pro domo“-Formulierung ist.

Man hat ja den Eindruck, dass, wenn irgendwas nur im Haus sozusagen feststehen soll, eine solche Formulierung gewählt wird. Wir können es Ihnen ja auch noch einmal zeigen, oder vorhalten, wenn Sie das wünschen. Der Kabinettsmitarbeiter zeichnet das also ab. Ist es da nicht denkbar, dass er mit Ihnen drüber gesprochen hat, was denn das bedeuten soll, er Christl, dass Sie sich, wie dieser „pro domo“-Vermerk ja bedeuten musste, jetzt aber vom Beamten Hillingrathner, dass man sich auf höchster politischer Ebene – Gipfeltreffen beim HBK – schon längst auf 18 Stück geeinigt hätte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Also, ganz ehrlich, Herr Abgeordneter, das ist eine so wichtige Frage. Wenn Sie sich noch einmal in diese Zeit zurückversetzen: Sie haben einen Finanzminister, der kämpft gegen die Beschaffung, der will die Beschaffung verhindern. Sie haben einen Verteidigungsminister, der will im Idealfall 30 Stück ankaufen. Als Finanzminister haben Sie jetzt die Zielsetzung: gar nichts oder möglichst wenig. Und wenn Sie dann, zu einem derartigen Zeitpunkt sich mit den 18 hätten durchsetzen können, dann gehen Sie davon aus, dass ich jedes Interesse daran gehabt hätte, das schriftlich festzumachen, zumindest so etwas wie einen Side-Letter mit Herbert Scheibner und/oder Bundeskanzler, Vizekanzlerin zu verfassen oder zumindest mir selbst einen Aktenvermerk zu machen, in dem ich festhalte: Besprechung am soundsovielten mit Scheibner, Kanzler, wem immer. Die politische Vereinbarung auf 18 Stück ist dort gefallen.

Das habe ich alles nicht gemacht, weil ich mich an diese Vereinbarung nicht erinnern kann und sie für mich vor dem Hintergrund des weiteren Ablaufs auch völlig unlogisch wäre. Der Sepp Christl, würde ich jetzt sagen – aber ich bitte, ihn selbst zu befragen –, wenn der das gelesen hätte in dem Akt ... Erstens bin ich mir sicher, dass ich mein gesamtes Kabinett in einer Kabinettsitzung informiert und gesagt hätte: Passt auf, das ist mir jetzt gelungen, dass ich zumindest die Gefahr gebannt, reduziert habe auf 18 Stück herunter!, weil ich mich darüber gefreut habe. Ich gehe davon aus, dass ich das nicht gemacht habe, weil sonst würde das mein gesamtes Kabinett wissen, und man hätte das auch schriftlich verankert.

Ich gehe davon aus, wenn Dozent Christl diesen Akt gelesen hätte – und das ist ja schon ein bisschen ein umfangreicherer Akt –, wenn er es im Detail gelesen hätte und es wäre ihm aufgefallen, dann gehe ich davon aus, dass er mich gefragt hätte: Hat es das wirklich gegeben und ist das auch so passiert, stimmt das?, weil das wäre für ihn

sicherlich auch eine positive Botschaft gewesen zum damaligen Zeitpunkt. Das hat er meines Wissens nicht gemacht. (*Abg. Mag. Stadler: Nur abgezeichnet?*)

Dozent Christl war im Prinzip für den ökonomischen Bereich zuständig. Das ist ein Makroökonom, das ist ein Ökonom. Das heißt, der Dozent hat uns damals beraten in Fragen auf europäischer Ebene, europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt, der hat sich in Österreich Standort, Wettbewerbspolitik, Steuerpolitik, jede Menge von Fragen angeschaut, der hat die Kommunikation gemacht mit der Sektion des Thomas Wieser, der war in einer Reihe von Themenstellungen involviert und hat auch die Abfangjäger betreut.

Aber Dozent Christl hat sicherlich sehr, sehr viele Akten zu bearbeiten gehabt, und insofern glaube ich schon, dass es sehr leicht vorgekommen sein kann, dass er den Akt ganz grob überfliegt, abzeichnet, weil es nichts Aufregendes ist, und fertig. Aber ich kann auch nicht ausschließen, Herr Abgeordneter, dass er mich damals darauf angedet hat, aber wenn er mich darauf angedet hat, werde ich ihm sagen: Ganz so ist das nicht, weil diese politische Übereinkunft hat es meines Wissens eben nicht gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich würde Ihren Widerstand auch nicht verstehen dagegen, denn hätten Sie sich durchgesetzt, wäre es ja keine Schande gewesen, wenn das so vermerkt worden wäre.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich hätte mich gefreut!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es passt ja dann am Schluss doch wieder nicht zusammen, denn bei Hillingrathner hatten wir ja nicht den Eindruck, dass er es sich nur aus den Fingern gesogen hat. Aber er hat auch die genaue Quelle nicht angeben können, soweit ich mich erinnere. Das ist schon richtig.

Bevor es besonders verwirrend wird, wo ich da hinaus will: Das wäre ja jetzt kein Vorhalt in dem Sinn, dass das nicht zusammenpassen würde mit dem, was Sie sonst gesagt haben, denn das würde übereinstimmen, und Sie hätten sich dann halt, und zwar vorläufig bei einem „Gipfeltreffen“ – das haben wir ja schon erörtert –, durchgesetzt. Deshalb verstehe ich Ihren Widerstand gegen die Formulierung nicht, denn wenn wir dann schon unsere Befragungshypothesen zwischendurch offen legen, was vielleicht ohnehin ganz vernünftig ist, denn die ist ja auch eine solche, dass es unterschiedliche rivalisierende Gruppen sogar innerhalb des BMLV gegeben hat – dasjenige zwischen dem Ministerium ist evident, okay –, dass zu unterschiedlichen Zeitpunkten sich unterschiedliche Kräfte je nachdem durchgesetzt haben, und dass man bei Gott nicht von einer konsistenten Linie sozusagen der gesamten Republik bis zum Schluss sprechen konnte.

Das heißt für mich aber umgekehrt, damit ich das auch dazusage, dass es ein derartiges Gipfelgespräch, und wenn es nur am Rande irgendwo war, nicht doch gegeben haben könnte, wo man sich geeinigt hat. Denn das, was Sie sagen, dass später nämlich die Ausschreibung selber der Beweis dafür ist, dass man sich vorher **nicht** darauf geeinigt hätte, ist aus meiner Sicht nicht ausreichend dafür, dass es das nicht gegeben haben könnte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Nur macht es einfach keinen Sinn. Wenn wir diesen Konsens eben gehabt hätte, hätte ich das als einen wesentlichen Teilerfolg betrachtet, weil wenn du aus 24 plus sechs zu dieser Zeit 18 machen kannst, dann heißt das, dass du die „Gefahr“ von 30 auf 18 reduzierst. Das wäre schon ein wesentlicher Erfolg für einen Finanzminister gewesen.

Es ist sicherlich so, dass Hillingrathner das weder böswillig, mutwillig oder sozusagen mit der Absicht, falsch zu informieren, gesagt hat. Hillingrathner hat das so

aufgeschrieben, weil er es offensichtlich so verstanden hat. Warum Hillingrathner das so verstanden hat, kann ich wirklich nicht sagen. Da muss ich ihn selbst fragen, ich weiß es nicht.

Es hat damals eine Reihe von politischen Treffen gegeben, verständlicherweise, und leicht möglich, dass ich Hillingrathner damals nach einem solchen Treffen gesagt habe: Pass auch, das schaut nicht schlecht aus, das geht in Richtung niedrigerer Stückzahl!, und dass er das dann unter Umständen so verstanden hat: Aha, das gibt einen Konsens, fein!, aber in Wirklichkeit war es für mich ein Teilerfolg, wo ich mir gedacht habe: Das kann in die Richtung gehen. – Ungefähr so muss es sein, denn Hillingrathner wollte Sie sicherlich richtig informieren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe mich verleiten lassen, ich wollte woanders raus.

Sie sagten, Christl kann auch nicht alles lesen, vor allem, wenn es umfangreich ist. Ich halte fest, dass dieses Schriftstück hier, das eigentliche Schriftstück, fünf Seiten mit einer übersichtlichen Tabelle und groß geschrieben umfasst und dann noch einen Anhang hat; also im Kern für mich fünf Seiten. Auffällig ist nur, dass er das nicht bloß gelesen hat, sondern dass er das auch abgezeichnet hat. Ich kann Ihnen das, wenn Sie es nicht gerade selber schon haben, zeigen: Da steht jetzt extra für das Ministerbüro Mag. René Oberleitner, das RO, die Paraphe, ist da, und dann wird extra noch hinzugefügt: Dr. Christl, druckschriftlich extra hinzugefügt mit der Hand, um dann seine Paraphe drunterzusetzen. Das sehen wir sonst zwar auch öfter, aber was macht das für einen besonderen Sinn, dass Christl noch einmal dokumentiert, dass er hier auch noch auf den Aktendeckel drauf muss, um extra zu unterschreiben, um sich dann – auf das läuft es ja raus, Herr Bundesminister – nicht erinnern zu können.

Wie qualifizieren Sie das Verhalten Ihres Kabinettsmitarbeiters?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe das jetzt erst gesehen. Offensichtlich ist das der Akt, wo draufsteht: Mag. Oberleitner, dann die Paraphe des Oberleitner, und drunter steht: Dr. Christl und seine Paraphe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich bin davon ausgegangen, Sie wären schon im Bilde gewesen.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe den Akt, den Deckel nicht gesehen.

Das klingt für mich so, aber bitte auch Oberleitner zu befragen: Nachdem Christl für diese Geschichten zuständig war ... Wir haben ein Stellvertretungssystem im Kabinett. Wenn jemand nicht da ist, dann ist ein anderes Kabinettsmitglied logischerweise für seine Dinge zuständig, weil die Arbeit ja in irgendeiner Form weitergehen muss. Das heißt, wir hatten immer eine Stellvertretung für jedes Kabinettsmitglied. Sehr leicht möglich, dass René Oberleitner zum damaligen Zeitpunkt der Stellvertreter des Christl war, Christl nicht da war, Oberleitner sich den Akt angeschaut hat, aber gesagt hat, na ja, den Akt will er dem Christl auch noch geben.

Reine Spekulation jetzt: Ich kann mir leicht vorstellen, dass Christl, wenn er sieht, Oberleitner hat schon abgezeichnet, dann sagt: Fein, den Akt hat er eh schon gesehen!, auch abzeichnet – und erledigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Diese Vorgänge will ich nicht beurteilen. Ich stelle nur fest, dass Christl irgendwie – ich will ja nicht sagen: in den Akt drängt, aber jedenfalls drauf ist, abzeichnet. Und ich frage Sie, ob Ihnen das nicht seltsam vorkommt, dass er nicht nur hier, sondern ständig in Berührung kommt mit den Dingen,

sich aber gestern – ich glaube, die Protokollauswertung wird ja das zeigen – bei den meisten dieser Vorgänge oder bei auffällig vielen nicht erinnern wollte oder konnte.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber, Herr Abgeordneter, ehrlich gesagt, das ist schon leicht nachvollziehbar, weil ich kann Ihnen sagen, dass ich mich selbst an wirklich sehr, sehr viele Dinge nicht erinnert habe und mich erst „briefen“ habe lassen durch meine Mitarbeiter beziehungsweise mir die Unterlagen angeschaut habe, weil die Geschichte einfach fünf Jahre zurückliegt. Ich weiß nicht, ob Sie noch wissen, was Sie am 21. August 2001 gemacht habe, wenn ich Sie das frage, ob Sie das wissen. Ich glaube, dass Menschen das einfach vergessen. Und Herr Dozent Christl hat sich diese Aktenunterlagen offensichtlich nicht angeschaut, weil er auch den Zugang zu diesen Aktenunterlagen nicht hat, und das alles aus dem Gedächtnis wiederzugeben ist extrem schwer.

Letzte Bemerkung. – Sie kennen das Phänomen: Je mehr Unterschriften auf einem Akt drauf sind und je später Sie unterzeichnen, ist meine Erfahrung, desto schlechter schaut man sich es an. Und nachdem Dozent Christl schon gesehen hat, dass schon Unterschriften drauf sind ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich wollte eine abschließende Frage stellen – das halte ich nicht für unerheblich für das Protokoll, was Sie heute gesagt haben, was die Reduktion von 24 auf 18 betrifft, was dauernd das Thema war. Sie sagten, dass später dann – das geht zwar in den Grenzbereich der nächsten Beweisthemen, aber Sie sagten es ja im Zusammenhang mit der ständigen Kontroverse mit 18 oder 24 plus sechs schon im Jahr 2001 –, später dann sogar begutachtet werden musste, ob man davon wieder wegkommt.

Wann ist von Ihrem Kabinett oder von Ihnen oder von der Sektion Ihrer Erinnerung nach jemals ein Auftrag für ein derartiges Gutachten der Stückzahlreduktion hinausgegangen?

Ist Ihnen das bekannt, erinnerlich, sonst etwas?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Wann? Ein Gutachten?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ob überhaupt ein derartiges Gutachten beauftragt wurde von Ihnen, vom Kabinett oder auch von der Sektion II?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Erste Bemerkung dazu. Ich glaube, dass Herbert Scheibner das aus seiner Sicht als Verteidigungsminister sehr geschickt gemacht hat, weil er hat einmal die 24 plus 6 quasi in der Ausschreibung durchgesetzt und

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Minister, die Zeit! – Nur, ob Ihnen bekannt ist, dass ein derartiges Gutachten bestellt wurde, verlangt wurde von Ihnen, von Ihrem Kabinett oder von der Sektion II, ob Ihnen das bekannt ist.

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann es Ihnen nicht erschöpfend beantworten, weil das Ganze erst später war und ich mich mit der Frage im Aktenstudium noch nicht beschäftigt habe. Aber was ich in Erinnerung habe, ist, dass ich irgendwann einmal die Finanzprokuratur befragt habe. Das ist dann, glaube ich, das zweite Beweisthema.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Herr Abgeordneter Kogler, die Zeit ist vorbei!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte auch noch ein paar Klarheiten herauszuarbeiten versuchen. Ich glaube, Herr Minister, es wird möglich sein, mit Ja oder Nein zu antworten. Ich muss jetzt noch einmal, um die Frage sinnvoll stellen zu

können, eben auf den Brief vom 27. Juli 2001 eingehen, wo eben steht: ... wie besprochen, Interimslösung, 18 Stück, vorgeschlagene Paketlösung, und dann im Detail eben zu Gegengeschäften. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ich habe vorhin gefragt, ob Sie von anderen Anbietern ähnliche konkrete Prozesse in Erinnerung haben, und Sie haben mich eigentlich verwiesen auf die Aktenbestände. Ich finde, die Antwort ist wirklich nicht ausreichend, weil wenn Auskunftspersonen einfach zu Fragenden sagen: Schau dir die Akten an!, ist das wirklich zu wenig. Und daher möchte ich jetzt wirklich wissen – ganz konkret, ja oder nein –: Gibt es von Gripen ein vergleichbar konkretes Angebot, wo genaue Stückzahl drinnen ist, wo Übergangslösung drinnen ist, wo eine Gegengeschäftsvariante überlegt wird? Gibt es von Gripen auch so etwas oder nicht?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Es gibt Unterlagen, Herr Abgeordneter, von Gripen, es gibt Unterlagen von MiG-29, und es gibt Unterlagen von der EADS. Unter Umständen gibt es noch etwas, aber da bin ich mir jetzt nicht sicher. Die Qualität dieser einzelnen Unterlagen muss jeder für sich selbst bewerten. Dass Eurofighter eine relativ dicke Unterlage geliefert hat, dass das aber auf der anderen Seite – ich meine, das ist eine wunderbare Präsentation, Powerpoint-Präsentation, wo das ohnehin so toll ist und wo der Gegengeschäftsteil, der einen Finanzminister natürlich besonders beeindrucken kann, auch umfassender dargestellt ist. Fein, aber das ist nichts, was ich verlangt habe, sondern das ist etwas, das Eurofighter, wie das professionelle Manager tun, uns zugeschickt hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Ich versuche es noch einmal: Gibt es von anderen Anbietern so einen konkreten Prozess im Angebot, wo eine Stückzahl, wo eine Paketlösung, wo von Gegengeschäften und von Übergangs-, Interimslösungen die Rede ist? Gibt es so etwas so konkret, wo diese Elemente – Stückzahl, Übergangslösung, Gegengeschäfte – so konkret an Sie herangetragen wurden? Kann man mit Ja oder Nein beantworten! Gibt es das bei Gripen?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe die Frage gerade beantwortet, Herr Abgeordneter. Wenn Sie sich den Akt ansehen ... (*Abg. Dr. Kräuter: Es genügt ja oder nein!*) Bitte um Verzeihung, dass Sie sich nicht aussuchen können, wie ich antworte! Wenn Sie sich die Unterlage zu MiG 29 anschauen, dann steht da drinnen: 24 Stück Luftraumüberwachungsflugzeuge, 6 Zweisitzige, Leasingdauer 10 Jahre, Leasingfrist für das Leasing, Jagdflugstunden je Flugzeug 180 bis 200 Stunden, und so weiter. Das ist eine relativ umfassende, detaillierte Unterlage.

Zum Gripen gibt es eine Unterlage, die nicht so ausführlich ist, aber dafür habe ich, was Gripen betrifft, eine Größenordnung von vier Gesprächen gehabt: zwei mit dem Herrn Malzacher und die entsprechend anderen, die ich erwähnt habe. Und Sie können sicher sein, dass die dort gesessen sind und mir alles Mögliche präsentiert haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gehen wir speziell zu dem Gegengeschäftsbereich, der in dieser Phase wichtig war. Es war interessant, Herr Dr. Steger hat überhaupt gesagt, für Sie waren die Gegengeschäfte entscheidend. Also wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären Gegengeschäfte entscheidend für die Typenentscheidung überhaupt gewesen im Vorfeld.

Auf die Frage der Kollegin Stadlbauer haben Sie sinngemäß eigentlich ganz gleich geantwortet wie „NEWS“ gegenüber im Jahre 2002, was eine Intervention zugunsten Eurofighter wegen Profiten des MAGNA-Konzerns betrifft. Sie haben gesagt, das ist völliger Schwachsinn, MAGNA würde so etwas nicht machen und müsste auch gar nicht den Eurofighter favorisieren, weil sie die gleichen Kompensationsgeschäfte in der Steiermark mit SAAB Gripen gehabt hätten. Sinngemäß haben Sie das so dargestellt.

Jetzt wollte ich Sie noch einmal fragen: Waren Sie zu diesem Zeitpunkt noch mit einem Rückkehrrecht ausgestattet?

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser: Das hat Ihre Frau Kollegin gefragt, und Herr Abgeordneter Broukal hat mich kritisiert, weil ich nicht gewusst habe, wie lang mein Rückkehrrecht gedauert hat und ich es offensichtlich im Jahr 2003 zurückgelegt habe. Daher: ja. Aber ich habe früher betont und tue das jetzt noch einmal, dass das überhaupt keine Rolle gespielt hat, weil Sie sich das Automobilgeschäft nicht ganz so vorstellen dürfen. Im Automobilgeschäft gibt es Einkäufer. Diese Einkäufer kaufen im Regelfall das beste Produkt zum günstigsten Preis. Und die lassen sich relativ wenig beeindrucken, ob da ein Gegengeschäft möglich ist oder nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Tatsächlich, das mit dem Rückkehrrecht, das war aber unter sehr spektakulären Umständen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass man das vergisst. Da ist es ja darum gegangen, dass – und das wäre auch ein Grund für einen Untersuchungsausschuss gewesen – der 34,7-prozentige Staatsanteil von voestalpine an MAGNA hätte gehen sollen. Sie erinnern sich sicher an das Codewort „Minerva“ und diese Dinge.

Aber in diesem Zusammenhang erfolgte ja die Zurücklegung des Rückkehrrechtes. Ehrlich gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass man **das** vergisst, weil Sie haben das ja damals groß publiziert.

Aber worauf ich jetzt da hinaus will: Sie haben eben gesagt, dass es auch mit SAAB-Gripen genauso diese Gegengeschäfte gegeben hätte für MAGNA. Da heißt es aber in der „Presse“ vom 11.7.2002:

Aus den Unterlagen der Bewertungskommission geht allerdings hervor, dass beim Gripenkauf keinerlei Folgeaufträge für die MAGNA vorgesehen wären.

Keinerlei Folgeaufträge für die MAGNA! Also das ist ein gewaltiger Widerspruch. Auf der anderen Seite haben Sie eben hier, gerade vorhin auf die Frage der Kollegin Stadlbauer

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Was ist das für eine Zeitangabe?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): 4.7.2002.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Da sind wir eindeutig im Beweisthema 2.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig. Wir kommen zum Beweisthema 2.

Dies war die zweite Runde, wenn ich da richtig mitgezählt habe. Laut unserer Vereinbarung schließen wir damit die Befragung des Finanzministers.

Der Obmann dankt Bundesminister für sein Kommen und die vielen Versuche, durchaus erschöpfend die Fragen der Abgeordneten zu beantworten, und wünscht eine gute Heimreise. Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser wünscht ein frohes Weihnachtsfest und verlässt mit seiner Vertrauensperson den Sitzungssaal.

(Die Sitzung wird um 21.50 Uhr unterbrochen und um 22.07 Uhr wieder aufgenommen.)

Obmann Dr. Peter Pilz erläutert nach Wiederaufnahme der Sitzung, dass der Ausschuss zur Befragung der Auskunftsperson **Roger Lantz** von der Firma **SAAB**

zunehmend in eine zweisprachige Phase eintritt, lässt eine Tonprobe durchführen und ersucht sodann, Herrn Lantz in den Sitzungssaal zu bitten.

Zum Modus der Befragung weist der Obmann darauf hin, dass es für ein Verfahren unter Beiziehung von Dolmetschern notwendig sei, sich in der Befragung auf extrem kurze Vorhalte in möglichst verständlicher Form zu beschränken und Zitate aus Akten so verständlich und vollständig vorzubringen, dass sich in der Übersetzung und Protokollierung keine Probleme ergeben.

Der Obmann begrüßt **Roger Lantz** als **Auskunftsperson**, dankt ihm für sein Erscheinen, erinnert ihn an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Roger Lantz (Vice President Human Resources, SAAB AB) (in Übersetzung aus dem Englischen): Mein Name: Jon Roger Lantz; geboren am 26. Oktober 1949, wohnhaft 59541 Mjölby, Schweden; Beruf: Vizepräsident für Personalwesen bei SAAB Engineering.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt, ob die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter in der Republik Österreich war.

Roger Lantz: Absolut nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz hält fest, dass Roger Lantz auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Wenn die Auskunftsperson der Meinung sei, sie könne oder müsse bei konkreten Fragen die Aussage verweigern, dann möge sie darauf aufmerksam machen; daraufhin werde die weitere Vorgangsweise besprochen werden.

Der Obmann weist Herrn Lantz darauf hin, dass er nicht zu Dokumenten und Akten befragt werde, die sich auf Passagen beziehen, die entweder als „**NATO restricted**“ oder als „**geheim**“ klassifiziert seien, die also **vertraulich** zu behandeln wären.

Als Nächstes nimmt Obmann Dr. Pilz die Belehrung des Begleiters von Roger Lantz als Vertrauensperson vor und erinnert ihn an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter. Der Obmann nimmt dabei Bezug auf den Inhalt der Belehrung der Auskunftsperson über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlich falschen Aussage und fügt hinzu, dass zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage strafrechtliche Folgen haben könnte.

Die Vertrauensperson habe die Aufgabe der Beratung der Auskunftsperson, sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten; wenn sie sich nicht daran halte, könne sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Sollte sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, dann habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde dann, wenn er es für erforderlich halte, den Obmann informieren.

Obmann Dr. Pilz ersucht daraufhin die Vertrauensperson von Roger Lantz um Bekanntgabe der Personalien.

Vertrauensperson Dr. Thomas Mondl: Dr. Thomas Mondl; geboren am 26. August 1959, wohnhaft in 1040 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt nunmehr die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand die Ansicht vertrete, dass Dr. Mondl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson zu laden sein werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Diesbezüglich wird seitens der Ausschussmitglieder kein Begehren vorgebracht.

Der Obmann fragt Roger Lantz, ob er von seinem Recht Gebrauch machen wolle, einleitend eine Erklärung abzugeben.

Roger Lantz: Nein, ich glaube nicht, dass das notwendig sein wird. Vielen Dank!

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, dann kommen wir zur Befragung.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Herr Lantz, zunächst herzlichen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind! Es hat sich heute ein bisschen hingezogen, das tut uns Leid. – Gehen wir gleich in medias res.

Gab es Kontakte von SAAB-Vertretern mit politischen Parteien: ja oder nein?

Roger Lantz: Ja, es gab Kontakte. – Möchten Sie, dass ich etwas mehr ins Detail gehe?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Welche Kontakte gab es, von denen Sie wissen?

Roger Lantz: Wir hatten ein Büro in Wien, und zwar schon seit 1996. Wir waren bis 2003 in diesem Büro, und in diesem Zeitraum hatten wir verschiedene Kontakte mit unterschiedlichen Leuten im Ministerium, in der Industrie. Mit allen möglichen Menschen hatten wir Kontakte, auch mit dem Verteidigungsministerium, mit dem Innenministerium.

Wir diskutierten unser Angebot, und wir wollten auch verstehen, wie der Prozess aussehen würde, insbesondere in der Phase, bevor der Prozess überhaupt gestartet würde: Was waren die Pläne für Österreich?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Würden Sie die Kontakte mit politischen Parteien präzisieren?

Roger Lantz: Die politischen Parteien als solche? – Hier rede ich eigentlich von den Ministerien und von den Menschen, den Mitarbeitern in den Ministerien. Aber soweit ich mich erinnern kann, hatten wir keine direkten Kontakte mit politischen Parteien als solchen. Vielleicht schon, aber eigentlich kann ich mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Können Sie sich an den 18. Jänner 2001 erinnern, an ein Abendessen in „Vikerls Lokal“, wo auch SPÖ-Chef Gusenbauer und Klubobmann Kostelka dabei waren, in welchem der schwedische Verteidigungsminister Björn von Sydow Gripen angeboten haben soll?

Roger Lantz: Ich spreche hier im Namen von SAAB als Firma. Herr Björn von Sydow war damals der Verteidigungsminister von Schweden. Also tut es mir Leid, ich kann hier nicht beschreiben, was für Kontakte auf politischer Ebene es zwischen Schweden und Österreich gab. Ich spreche hier nur über mich und mein Unternehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Gab es eine Präsentation in einem der Parlamentsklubs hier im Parlament?

Roger Lantz: Könnten Sie das etwas spezifischer sagen, wann das gewesen sein soll und wer da teilgenommen hat? Und habe ich da teilgenommen?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ob Ihnen das bekannt ist.

Roger Lantz: Hier im Parlament? – Nicht, dass ich mich erinnern könnte.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Sie können das ausschließen?

Roger Lantz: Ausschließen kann ich es nicht, aber ich kann mich nicht an eine derartige Präsentation erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Welche Erklärungen haben Sie dafür, dass in dem offiziellen Anbot von SAAB-Gripen hier in Österreich diese nur unwesentlich billiger waren als der Eurofighter?

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, einen Moment. Bezieht sich das auf das erste Anbot, weil das ist Gegenstand von Beweisthema 1, oder auf das zweite Anbot, weil das ist bei der Öffnung bereits Gegenstand von Beweisthema 2. Ich nehme an, dass das erste Anbot gemeint ist.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ich kann nur das erste derzeit fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wollte nur, dass das auch bei der Befragung klar ist.

Also, wir reden von dem Anbot Jänner 2002, das geöffnet worden ist.

Roger Lantz: Ja, und dass dann auch evaluiert wurde. Dieses Angebot wurde auch evaluiert. Das erste Angebot entsprach ja nicht in voller Hinsicht, und zwar von keinem Anbieter. Sprechen Sie davon?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ich habe in der Zwischenzeit überhaupt eine Frage an den Vorsitzenden: ob es nicht auch besser wäre, dass zurückübersetzt wird auf Deutsch.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf Kanal 1 wird das gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Könnten Sie noch einmal wiederholen, warum eigentlich hier kaum eine Differenz bestand?

Roger Lantz: Ja. Zunächst einmal muss ich noch klarstellen, dass es zwei Angebote gab. Das erste Angebot, das wir vorgelegt haben im Januar 2002 war nicht voll in Übereinstimmung mit der Ausschreibung. Das heißt, es wurde nicht voll evaluiert. Dann kam es zum Anbot Nummer zwei. Das wurde, glaube ich, im März 2002 vorgelegt. Das entsprach den Ausschreibungsrichtlinien und das wurde dann evaluiert. Meinen Sie jetzt das zweite Angebot?

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Nein, das ist Thema des zweiten Beweisgegenstandes.

Warum wurde nahezu zeitgleich der SAAB-Gripen nach Medienberichten viel billiger der Republik Tschechien angeboten? Hier gab es auch eine entsprechende Bestätigung der damaligen Regierung unter Zeman, nämlich von einem Preis von zirka 1,7 Milliarden €.

Roger Lantz: Es ist für mich sehr schwierig, die Preise zu vergleichen zwischen dem Angebot an die Tschechische Republik und Österreich, denn ich war ja überhaupt nicht involviert bei dem Angebot an die Tschechische Republik. Ich müsste wissen, ob es sich ums gleiche Flugzeug handelt, ob das mit dem gleichen Unterstützungspaket einhergeht. Es ist sehr schwierig, hier die Preise miteinander zu vergleichen in zwei unterschiedlichen Angeboten. Leider kann ich das hier nicht tun.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Warum hat SAAB am 16.11.2001 angefragt, ob anstelle von SAAB AB Gripen International KB das Angebot erstellen darf?

Roger Lantz: Ja damals hatten wir ein Unternehmen gegründet, das zu 50 Prozent Gripen International KB hieß; das wurde, glaube ich, im Oktober 2001 gegründet, das war mitten im Ausschreibungsprozess. Normalerweise möchten wir, dass Gripen International das Anbot legt, aber die Ausschreibungsunterlagen wurden ja an SAAB geschickt, und deswegen haben wir diese Frage ans Verteidigungsministerium gerichtet. Die Antwort des Verteidigungsministeriums war: Nein, wir wollen, dass SAAB das Anbot legt. Und wir haben das dann auch getan.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Wie war die gesellschaftsrechtliche Verbindung von SAAB und EADS? Gab es die Möglichkeit, auf Grund dieser Verflechtung von den Anboten wechselseitig Kenntnis zu erlangen?

Roger Lantz: Nein, es gab hier keine Möglichkeit.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Stimmt es, dass der frühere Leiter der Luftfahrtabteilung Brigadier Bernecker, der ja im früheren Vergabevorgang eine Rolle gespielt hat ... – Oder: Kennen Sie überhaupt Brigadier Bernecker?

Roger Lantz: Ich kenne Brigadier Bernecker natürlich, er war damals zuständig, als wir den Draken geliefert haben, in den achtziger Jahren. Ich persönlich und wir als Unternehmen kennen Brigadier Bernecker sehr wohl, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Hat dieser jetzt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege, ist es möglich, ein bisschen näher zum Mikrofon zu gehen, ich glaube, es ist einfach zu leise.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Hat dieser jetzt in Bulgarien eventuell eine entsprechende Aufgabe für eine Verkaufskampagne oder betreffend das Leasing von SAAB-Gripen zu übernehmen, beziehungsweise ist er dafür im Gespräch?

Roger Lantz: Brigadier Bernecker arbeitet nicht für SAAB, überhaupt nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Und auch in Zukunft nicht? Momentan nichts im Gespräch?

Roger Lantz: Nein, es gibt keine Gespräche darüber.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): SAAB hat in den letzten Jahren doch wesentlich Arbeitsplätze abgebaut. Ist die Produktion auch in den nächsten Jahren gesichert?

Roger Lantz: Ja, natürlich. Jetzt sprechen Sie zu mir als Vizepräsident der Personalabteilung bei SAAB. Ich bin ja mit diesem Prozess befasst, und ich weiß genau, dass wir sehr wohl bereit sind, Gripen auch in Zukunft zu erzeugen. Wir haben Leute entlassen, um uns anzupassen an den niedrigeren Auftragsstand und die Produktionsrate, aber wir sind natürlich sehr wohl bereit, weiterhin Gripen noch sehr viele Jahre zu produzieren.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Sie gehen davon fix aus, dass Gripen eine Zukunftsperspektive hat trotz des starken Beschäftigtenabbaus in den letzten Jahren?

Roger Lantz: Ja, definitiv. Die Personalreduktion war nicht so ausgeprägt. Wir haben insgesamt vielleicht von 13 000 Mitarbeitern auf 11 500 Mitarbeiter gekürzt, und zwar vor allem bei den Angestellten. Also, das wirkt sich nicht auf unsere Produktionsfähigkeit aus.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte, langsam wieder einen Zusammenhang zu Beweisthema 1 herzustellen.

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Ich würde mittlerweile dann die Befragung einmal beenden und in der nächsten Runde werden die nächsten Fragen gestellt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herr Vizepräsident! Ich habe die Frage: Mit welchen Personen hatten Sie im Zeitraum unseres Beweisthemas, das heißt bis zum 27. April 2002, in Österreich Kontakt, um mit ihnen über die Beschaffung von Kampfflugzeugen zu sprechen? Sie haben vorher schon darüber gesprochen, dass Sie Kontakt hatten mit sehr vielen Menschen aus Ministerien, aus der Industrie. Können Sie uns da Namen nennen?

Roger Lantz: Wie ich schon gesagt habe, waren wir sieben Jahre in Österreich vertreten, und es ist sehr schwierig, Ihnen die Namen der Personen, mit denen ich in Kontakt war, mit denen wir Kontakt haben, zu geben.

Auf Seiten der Industrie waren wir in Kontakt mit den wichtigsten Herstellern, die mit Aviation zu tun hatten, Fischer, Herrn Stephan in Ried und BÖHLER Schmiedetechnik und Leuten, die im Verteidigungsministerium gearbeitet haben, in der Beschaffungsabteilung. Es ist schwierig, Ihnen die Namen zu geben, denn es waren sehr viele Personen. In sieben Jahren hat man natürlich die Möglichkeit, viele Menschen kennenzulernen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es ergibt sich ja auch ein Rhythmus, wenn man in sieben Jahren immer mit unterschiedlichen Menschen zu tun hat. Welche Personen sind Ihnen da am meisten in Erinnerung? Mit welchen Personen hatten Sie regelmäßig Kontakt?

Roger Lantz: Zunächst möchte ich sagen, dass es verschiedene Phasen gab. Von Anfang, bevor es noch einen tatsächlichen Beschaffungsprozess gab, hatten wir Kontakte vor allem mit Leuten im Verteidigungsministerium, denn sie waren diejenigen, die ja erst den Anstoß zu dem Beschaffungsprozess gegeben haben. Dann, zu Beginn des Ausschreibungsprozesses, bevor noch die Ausschreibungsunterlagen freigegeben waren, waren wir mit verschiedenen Leuten in Kontakt, denn wir wollten Informationen: Wann beginnt die Ausschreibung? Was wird verlangt werden? Einfach nur, um vorbereitet zu sein auf die Angebotslegung. Während des Prozesses, als wir die Ausschreibungsunterlagen dann hatten, und bis zu dem Zeitpunkt, als wir das Angebot legten, da gab es überhaupt keine Kontakte, soweit ich mich erinnere, denn es hieß ja ausdrücklich, dass das nicht erlaubt war, aber davor gab es diverse Kontakte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie gewusst, dass auf höchster politischer Ebene bis zum 27. April 2002 eine Reduzierung der Stückzahl auf 18 Stück vorgenommen wurde? (*Roger Lantz: Nein!*)

Wurde überhaupt über eine Stückzahl gesprochen?

Roger Lantz: Sie meinen, bis zum 27.4.2002? – Wir hatten bereits die Ausschreibungsunterlagen, und da stand klar drinnen, 24 Stück, 24 Flugzeuge. Das war in den Ausschreibungsunterlagen klar angegeben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber von der Entscheidung auf höchster politischer Ebene, dass es eine Reduzierung gibt oder eine Aufspaltung beim Ankauf von Kampfflugzeugen, war Ihnen nichts bekannt?

Roger Lantz: Nicht in diesem Zeitraum. Da war mir nichts bekannt bis zum Herbst 2002.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie in diesem Zeitraum unseres heutigen Beweisthemas, also eben bis zum 27. April 2002, gewusst, wie die finanzielle

Abwicklung dieses Beschaffungsvorganges abgewickelt wird, nämlich dass das in 18 Halbjahresraten abgewickelt werden soll?

Roger Lantz: Ja, das stand auch in den Ausschreibungsunterlagen, wie das angeboten werden sollte, mit den drei verschiedenen Finanzierungen: Bezahlung bei Lieferung und diese halbjährlichen Raten beziehungsweise neun Jahre Finanzierungsdauer. Das war klar.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es gab am 22. Februar 2002 in österreichischen Tageszeitungen Inserate, wo der Eurofighter als optimale Lösung für Österreich angepriesen wurde. Ich möchte gerne wissen, ob Sie von Ihrem Unternehmen aus auch Inserate in österreichischen Medien geschaltet haben oder darauf angesprochen wurden, Inserate, PR-Artikel et cetera zu schalten?

Roger Lantz: Ja, wir haben in österreichischen Zeitungen ebenfalls Anzeigen geschaltet, und wir hatten eine PR-Agentur, die für uns arbeitete.

Wenn ich dazu noch kommentieren darf, was diese Anzeige vom Mai 2002 angeht: Wir haben darauf reagiert, denn es gab einige Dinge im Inhalt dieser Anzeigen, die nicht stimmten. Wir haben in unseren Anzeigen nur über Gripen gesprochen, nicht über Inhalte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Welche war die PR-Agentur, mit der Sie zusammengearbeitet haben?

Roger Lantz: Ich erinnere mich nicht mehr an den Namen der Agentur, nur an den Mann, dem sie gehörte. Sie gehörte jedenfalls Dr. Wallenmaier, aber an den Namen der Agentur erinnere ich mich nicht mehr. (*Abg. Mag. Lapp: Danke schön!*)

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Guten Abend, Herr Vizepräsident Lantz! Sie haben uns eben gesagt, dass Sie Kontakt auf Ministeriebene beziehungsweise zu Ministerialbeamten in Österreich gehabt haben. Welcher Art waren diese Kontakte?

Roger Lantz: Wie ich schon gesagt habe: Wir präsentierten unser Produkt, wenn wir jetzt über den Zeitraum vor den Ausschreibungsunterlagen gab, denn nachdem die Ausschreibung einmal im Laufen war, durften wir ja nicht mehr in Kontakt treten. Und ich möchte sehr genau auf diesen Zeitpunkt hinweisen. Vorher haben wir Präsentationen gemacht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat es Einladungen von Ihrer Seite gegeben in das Werk nach Schweden?

Roger Lantz: Ja, die gab es. Ich bin sicher, dass es sie gab, ich weiß aber nicht, ob es schriftliche oder mündliche Einladungen waren. Wir haben jedenfalls Leute eingeladen, um sich die Fabrik in Schweden anzuschauen in dieser Phase.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf dazwischen eine kurze Anregung machen: Ich wurde ersucht, dass sich die Fragesteller und Fragestellerinnen kurz auch mit der Nennung ihrer Fraktion vorstellen, weil das Herrn Lantz unbekannt ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Mein Name ist Gernot Darmann, ich bin Mitglied der Fraktion des Bündnis Zukunft Österreich, BZÖ. (*Abg. Mag. Kogler: Das ist ja nicht zum Übersetzen! – Heiterkeit.*) Das kann man sehr wohl übersetzen, wenn man Englisch kann.

Zurück zum Thema: An wen sind diese Einladungen ergangen? Können Sie sich daran erinnern?

Roger Lantz: Nein, tut mir leid, ich kann mich nicht erinnern. Aber vor allem waren das Leute, die bei der Luftwaffe arbeiteten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wissen Sie, ob und wer dieser Einladung gefolgt ist? Ob jemand gefolgt ist, und wenn ja, wer?

Roger Lantz: Unter anderem weiß ich, dass der damalige Luftwaffenchef Brigadier Bernecker und auch sein Vorgänger Wolf in Schweden waren, beide waren; aber das sind nur einige Beispiele.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sind Politiker nach Schweden gekommen?

Roger Lantz: Ich glaube nicht, ich kann mich nicht an Politiker erinnern, die in Schweden gewesen wären.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sind von Seiten SAAB Akten an Personen, an Ministerialbeamte, Minister übergeben worden zu Werbezwecken? Werbeunterlagen?

Roger Lantz: Könnten Sie die Frage wiederholen?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sind zu Werbezwecken und zu Informationszwecken besondere Akten an österreichische Politiker beziehungsweise Minister, Ministerialbeamte übergeben worden?

Roger Lantz: Ja, wir übergaben Präsentationen und Broschüren über unser Produkt. Wenn Sie das unter „Akten“ subsumieren wollen, dann ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Guten Abend, Herr Vizepräsident. Ich bin Herr Stadler. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der FPÖ.

Ich möchte zur Einleitung meiner Frage darauf verweisen, dass der österreichische Bundesminister für Finanzen, Herr Grasser, einen Betriebsbesuch bei einem Mitbewerber in diesem Bieterverfahren gemacht hat, der in den Medien bekannt ist – der dürfte Ihnen sicher auch bekannt sein. Daher frage ich Sie: Gab es auch von SAAB, von Ihrem Unternehmen, eine ähnliche Einladung zu einem Betriebsbesuch für den Herrn Bundesminister Grasser?

Roger Lantz: Nein, soweit ich mich erinnern kann, während meiner Zeit haben wir Herrn Grasser nie nach Schweden eingeladen, um sich unsere Herstellung anzusehen. Wenn das vor meiner Zeit war, vor 2000, dann kann ich es nicht sagen. Aber es wurde von ihm nie eine dementsprechende Einladung angenommen. Also nehme ich auch nicht an, dass er eingeladen wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vizepräsident, er war vor 2000 gar nicht Finanzminister, daher ist nur der Zeitraum 2000, 2001, maximal 2002 relevant. – Sind derartige Einladungen an Minister zu Betriebsbesuchen, um ein Produkt zu bewerben, in Ihrer Branche üblich? (*Roger Lantz: Nein!*)

Herr Vizepräsident, ich möchte Ihnen hier zwei Dokumente, das heißt, das Titelblatt der so genannten Leistungsbestimmungen – das ist das zweite so genannte Ausschreibungsverfahren –, zeigen, und sodann eine Seite. Ich weiß allerdings nicht, ob Sie von der deutschen Sprache so weit Kenntnis haben, dass Sie dieses Blatt auch lesen können. – Ich werde es Ihnen zuleiten.

Roger Lantz: Ich kann es versuchen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vizepräsident! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die zweite Seite lenken, wo die einzelnen Liefertermine aufgelistet sind. Und Sie sehen neben diesen Lieferterminen eine Kennzeichnung für „M“ wie

„Muss-Kriterien“. Die Frage lautet nunmehr: Wäre der Auftrag an Ihr Unternehmen ergangen, wäre Ihr Unternehmen in der Lage gewesen, diese Liefertermine sofort einzuhalten?

Roger Lantz: Ja. Wir haben unser Angebot gestellt mit diesen Daten, und wir haben die Organisation wirklich sehr gestresst, damit wir diese Lieferdaten einhalten können. Ich bin sicher, wir hätten es gekonnt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das würde bedeuten, dass es bei Ihnen auch nicht erforderlich gewesen wäre, eine so genannte Zwischenlösung zwischen dem Abschluss des Vertrages und der tatsächlichen Lieferung mit anzubieten beziehungsweise eine solche Zwischenlösung zu organisieren?

Roger Lantz: Nein. Wir hätten neue Flugzeuge zu diesen Daten liefern können. Es wäre nicht notwendig gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich darf dann eine abschließende Frage zu den so genannten Life-Cycle-Costs stellen: Ich möchte Sie fragen, wie präzise – mit einer Schwankungsbreite, die Sie, bitte, vielleicht in Prozenten angeben können – ist Ihr Unternehmen in der Lage, Life-Cycle-Costs auf einen Zeitraum von 30 Jahren vorauszuberechnen und anzubieten?

Roger Lantz: Nun, das hängt sehr stark vom Kundenprofil ab, von der Nutzung des Flugzeugs: Wie werden sie geflogen? Wie oft werden sie geflogen? – Aber unter bestimmten Umständen, wenn das klar spezifiziert ist, bin ich sicher, dass wir eine ziemlich genaue Schätzung für die Life-Cycle-Costs abgeben können. Das ist eine Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Kunden und uns. Aber wenn wir alle Daten haben, dann können wir sehr genau sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihr Unternehmen hat eine langjährige Erfahrung mit dem Kunden Republik Österreich, und daher gehe ich davon aus, dass Ihnen die Angaben, die Österreich bisher geliefert hat, einigermaßen von der Verlässlichkeit her bekannt sind.

Roger Lantz: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Würden Sie meine Aussage bestätigen, dass Österreich in der Lage gewesen wäre, Ihnen so verlässliche Angaben über die Art der Nutzung zu liefern, dass Sie eine relativ verlässliche Prognose über die Höhe der Life-Cycle-Costs hätten legen können?

Roger Lantz: Ja, das ist meine Ansicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Werner Kogler, grüne Fraktion im Parlament. – Herr Lantz, haben Sie Herrn Hans-Michael Malzacher, oder Autorisierte Ihres Unternehmens, mit der Vertretung von SAAB in der fraglichen Zeit – Jahr 2001 – in Österreich beauftragt?

Roger Lantz: Niemand, der so autorisiert gewesen wäre, dass er unsere Firma vertreten hätte. Deswegen haben wir ja unsere eigene Vertretung hier aufgemacht, um eben keine Agenten in diesem Sinn oder Vertreter in diesem Sinn zu haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie erklären Sie sich dann, dass Finanzminister Grasser hier ausgesagt hat, dass er Vertreter von SAAB getroffen hätte – mehrmals –, und in einem Dokument, das er hier übermittelt hat, den Herrn Hans-Michael Malzacher als offensichtlich solchen führt? Haben Sie da eine Erklärung?

Roger Lantz: Nein, das kann ich nicht erklären. Ich kenne aber Herrn Malzacher. Wir haben ihn gelegentlich als Berater eingesetzt, er war jedoch nicht unser Vertreter. Er hätte nie SAAB als Firma vertreten können.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zur Fragestellung des ersten Angebots: Es wird behauptet, dass zwei Dinge in der Preiskategorie problematisch wären: erstens, zu hohe Preise im Anbot für die Zwischenlösung, und vor allem, zweitens, so genannte Gleitpreise – so-called flexible prices.

Haben Sie das so angeboten, und für welche Teile – Zwischenlösung und Gesamtanbot? Wie war die Preisbildung aus Ihrer Sicht angeboten?

Roger Lantz: Nun, was die Zwischenlösung angeht: Ich frage mich, inwiefern das so hoch gewesen sein soll – im Vergleich zu **was**, nämlich?

Aber was die Preisgestaltung an sich angeht, kann ich bestätigen, dass bei unserem Angebot damals nicht ein Festpreis bestand, wie das gefordert war, denn wir hatten Probleme mit dem Wechselkurs. Wir haben Ausrüstung in Dollar gekauft, in schwedischen Kronen hergestellt, und wir sollten in Euro verkaufen. Das war ein Problem für uns, und wir haben daher vorgeschlagen, dass wir einen Gleitpreis angeben können. Und das war nicht im Sinne der Ausschreibung und hat den Kriterien nicht entsprochen.

Der Grund, weshalb wir so angeboten haben, war eben das Problem der Wechselkurse, und wer das Wechselkursrisiko übernehmen sollte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Problem ist verständlich. Aber war der Firma SAAB bewusst, dass es sich laut Angaben unserer Ministerien hier um ein so genanntes Muss-Kriterium mit Knockout-Charakter gehandelt hat?

Roger Lantz: Wir haben es nicht wirklich so aufgefasst. Wir haben das erst nachher erfahren, aber es war nicht unsere ursprüngliche Auffassung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie dann, als das klar wurde, dann im März, April 2002 bereits, selber Kontakt genommen mit dem Ministerium, oder ist das Verteidigungsministerium auch an Sie als SAAB herangetreten, um diesen offenkundigen Mangel zu beheben?

Roger Lantz: Nun, wenn ich mich richtig erinnere, war keines der Angebote, die im Jänner 2002 vorgelegt wurden, vollständig im Sinne der Ausschreibung. Es gab – und das war das Problem des Ministeriums – **kein** vollständiges Angebot, und deswegen wurde an **alle** Bieter noch einmal herangetreten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist auch unser Kenntnisstand. Die Frage bleibt aber: Ist entweder in der Zeit März/April an Sie herangetreten worden, um das zu korrigieren, oder auch schon im Vorfeld, während der ersten Ausschreibung? Warum haben Sie das dann gemacht, wenn Sie wissen mussten, dass Sie deshalb vielleicht gänzlich ausgeschieden werden sollten? „Knockout“ – war Ihnen das nicht so bewusst, dass Sie das riskiert haben?

Roger Lantz: Wie ich schon gesagt habe, wir haben dieses Risiko nicht vollständig verstanden. Aber niemand ist an uns in diesem Zeitraum herangetreten, um uns zu sagen, dass wir da einen Fehler gemacht haben. Wir haben das erst später herausgefunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Noch einmal zur Verfügbarkeit der Flugzeuge. Im ersten Angebot war gefordert: Lieferung 2003. – Ist es richtig, dass Sie mit neuen, mindestens aber mit typengleichen Flugzeugen des SAAB Gripen lieferfähig gewesen wären bereits im Jahr 2003 – erste Angebotseinholung –?

Roger Lantz: Das war der Grund, warum wir damals eine Zwischenlösung angeboten haben. Es ist lange her, aber ich glaube nicht, dass wir schon 2003 neue Flugzeuge hätten liefern können. Wir haben deshalb die Übergangslösung angeboten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das stellt auch kein Problem dar – dass Sie nicht den falschen Eindruck haben! Aber Sie hätten Ihrer Meinung nach im Sinn der Angebotseinholung die geforderten baugleichen Flugzeuge angeboten, 2003?

Roger Lantz: Nun, was wir angeboten haben, waren die damals in Schweden in Verwendung stehenden Flugzeuge. Genau welche Bauart das war, weiß ich nicht mehr, aber es waren jedenfalls in Betrieb befindliche Flugzeuge.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gripen-Flugzeuge?

Roger Lantz: Es waren Gripen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und für den zweiten Teil der Angebotseinholung war dann gefordert: 2005. – Wären Sie da lieferfähig gewesen? – Gut. Okay.

Wann haben Ihre Firma oder Ihre Vertretungen Kenntnis davon bekommen, dass beim Typenzuschlag, bei der endgültigen Auswahl, eine bestimmte so genannte Zahlungsvariante mit ganz bestimmten Zahlungskonditionen den Ausschlag geben wird – ich spreche hier von den Zahlungsfristen –, dass also eine ganz bestimmte Zahlungsfrist den Ausschlag geben sollte? – Wussten Sie davon? War das aus dem Angebot ersichtlich?

Roger Lantz: Nun, in der Ausschreibung gab es von Anfang an das Ersuchen um drei Möglichkeiten. Aus der Ausschreibung ging nicht hervor, dass eine davon wichtiger sein sollte als die andere.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und die Darstellung der Life-Cycle-Costs, hat die in irgendeiner Form in der Angebotseinholung eine besondere Rolle gespielt, oder Kriterien dazu?

Roger Lantz: Wir glauben, dass unser Produkt, der Gripen, eine Diskussion über die Life-Cycle-Costs verdient hätte. Wir dachten, es sei wichtiger, als es dann in der Evaluierung tatsächlich war. Ich glaube, dass wir da ein gutes Argument gehabt hätten, aber es wurde dann nicht in dem Ausmaß beachtet, wie wir gedacht haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber haben Sie in der Angebotseinholung Indikatoren oder Kriterien registriert, entlang derer das eigentlich hätte, der Kostenrechnung Ihrer Unternehmung nach, überhaupt richtig Eingang finden können?

Roger Lantz: Könnten Sie das bitte wiederholen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Angebotseinholung, ob die so gestaltet war, dass Ihrer Unternehmung ersichtlich war, ob hier Indikatoren vorgekommen sind, wo dann entsprechende Angaben gemacht werden konnten, wo man Life-Cycle-Costs überhaupt hätte berechnen können.

Ist so etwas ihrer Meinung nach in dieser Angebotseinholung überhaupt ausreichend gewürdigt worden oder Ihrem Eindruck nach vorgekommen?

Roger Lantz: Ich kann mich jetzt wirklich nicht mehr an die Details der Ausschreibung erinnern. Es tut mir Leid, das kann ich so nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine letzte Frage: Hat die Firma SAAB im Vorfeld, also genau in den Jahren 2000/2001, zur Vorbereitung auf diese Angebotslegung einen Auftrag in Österreich vergeben, zum Beispiel an das

Industriewissenschaftliche Institut mit Sitz hier in Wien an bestimmte Universitätsprofessoren?

Roger Lantz: Ich weiß nicht mehr genau, ob wir einen derartigen Auftrag vergeben haben. Wir haben einen Auftrag vergeben, aber was wir damals bestellten, war eine Berechnungsmodalität, das heißt, wie sollten wir diese Gegengeschäfte berechnen, und wie wäre die Auswirkung. Wir wollten eine Formel dafür, und das war vielleicht im Jahr 2001. Ja, das könnte sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und das wäre auch das Industriewissenschaftliche Institut gewesen? Genau dieses Institut? (*Roger Lantz: Ja!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Mein Name ist Maria Theresia Fekter, ich komme vom ÖVP-Klub.

Das geforderte Kriterium „Flugerprobung“ für das angebotene Gerät, das konnten Sie erfüllen. Aus welchem Jahr stammte die Flugerprobung?

Roger Lantz: Ich glaube, die Flugerprobung war 1998 oder 1999. Die letzte Flugevaluierung fand in diesem Jahr statt, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War diese Flugevaluierung für jene Gripen, die in Schweden im Einsatz waren? (*Roger Lantz: Ja!*)

Das heißt, für den Gripen, der für den Export vorgesehen war und der erst ab 2005 lieferfähig war, gab es diese Flugerprobung nicht?

Roger Lantz: Nein. Nicht von österreichischer Seite, denn dieses Flugzeug, das wir 2005 liefern sollten, gab es ja als Typ noch nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Gab es als Typ noch nicht.

Roger Lantz: Aber es gab keine großen Änderungen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Am 15. April 2002 gab es ein Gespräch von SAAB-Vertretern im Bundesministerium für Landesverteidigung – hier liegt uns ein diesbezüglicher Akt vor –, an dem Sie teilgenommen haben. Was war der Zweck dieses Treffens?

Roger Lantz: Wenn ich mich recht erinnere, haben wir damals nicht voll alle Kriterien im Hinblick auf die Finanzierung verstanden, nämlich Zahlung bei Lieferung, die fünfjährige und die neunjährige Finanzierungsperiode. Also wir wollten hiezu eine Klärung haben – wenn sich das auf dieses Treffen bezieht, aber ich nehme es an.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist es üblich, in internationalen Bieterverfahren, dass *während* eines Verfahrens zu der Preisgestaltung Verhandlungen geführt werden?

Roger Lantz: Hier ging es nicht um Preisverhandlungen. Wir wollten nur eine Klärung haben. Wir wurden vom Verteidigungsministerium zu dieser Sitzung eingeladen, um diese Klarstellung zu erhalten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was waren die wesentlichen Inhalte, wo Sie Klarstellungen brauchten?

Roger Lantz: Wir wollten besser verstehen, wie diese fünf- und neunjährige Finanzierungsmodalität aussah – wir haben das nicht wirklich auf Grund der Ausschreibungsunterlagen verstehen können – und wie wir das anbieten sollen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War Ihnen bekannt, dass es bereits einen Beschluss zur Ausscheidung Ihres Produktes gegeben hat?

Roger Lantz: Damals schon? – Nein.

Sie meinen damals, Mitte April 2002? – Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben vorhin erwähnt, dass der Mangel in der Preisgestaltung im Währungsrisiko bestand. Wie haben Sie das dann gelöst?

Roger Lantz: Wir hatten eine Diskussion. Wir haben eine interne Risikoevaluierung vorgenommen, und wir haben gesehen, dass wir einen fixen Preis anbieten müssen.

Wir wussten, dass es hier ein Währungsrisiko gab, und wir mussten das einfach auf uns nehmen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es liegt uns, im Internet veröffentlicht, auch vor, dass eine schwedische Delegation die sozialdemokratischen Genossen im Wiener Parlament in Richtung Kauf schwedischer Abfangjäger motivieren wollte. Und im Rahmen des Besuches schwedischer Spitzenpolitiker fand im Klub der SPÖ im Parlament eine Gripen-Pressekonferenz statt. – Können Sie das bestätigen?

Roger Lantz: Die Antwort ist die gleiche wie zuvor. Ich kann hier nur im Namen meines Unternehmens sprechen und nicht im Namen der schwedischen Politiker. Also ich kann diesbezüglich nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber wenn es eine Gripen-Pressekonferenz in Österreich war, zu einem Zeitpunkt, wo gerade das Ausschreibungsverfahren gelaufen ist, müssten Sie das doch wissen?

Roger Lantz: Sie beziehen sich auf ein Dokument. Könnte ich dieses Dokument vielleicht sehen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe nur einen Ausdruck aus einer Internetseite, die das veröffentlicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ersuche ich, das vorzulegen. (*Abg. Dr. Fekter legt den Ausdruck der zitierten Internetseite Herrn Lantz vor. – Herr Lantz liest in diesem Schriftstück.*)

Roger Lantz: Ich kann das nicht leugnen, Sie haben das ja ausgedruckt. Ich werde es nicht leugnen, aber ich weiß nichts darüber. Es hätte von der schwedischen Botschaft zum Beispiel organisiert werden können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragen?

Abgeordnete Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender! Es muss für das Protokoll klar sein, was das für eine Unterlage ist, denn sie wurde nicht zitiert, sie wurde nicht erwähnt. Es wurde die Quelle nicht genannt. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Wo ist da das Beweisthema 1 berührt?*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Quelle ist „www.airpower.at“; im Internet nachlesbar. (*Ruf bei den Freiheitlichen: ..durch Google? – Abg. Dr. Fekter: Ja!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist wirklich eine „beeindruckende“ Quelle. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Und ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, dass die Qualität der Quellen steigen wird. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ersparen Sie sich Ihre Kommentare, Herr Vorsitzender. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte, das dem Kollegen Stadler zu zeigen. Alle Mitglieder des Ausschusses haben das Recht, in die vorgelegten und zitierten Unterlagen

Einblick zu nehmen. (Abg. Dr. Fekter übergibt den genannten Ausdruck der Internetseite Abg. Mag. Stadler.)

Ich frage in der Zwischenzeit, ob es noch von anderer Seite den Wunsch nach Fragen an Herrn Lantz gibt. (Zwischenruf des Abg. Mag. **Stadler**.)

Kollege Stadler, wir können das dann in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen, wie mit Ladungen umgegangen wird, wie Vorhalte aussehen oder auszusehen haben, aber ich möchte das nicht in öffentlicher Sitzung erörtern.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Mein Name ist Walter Murauer, ich bin von der Österreichischen Volkspartei.

Herr Vizepräsident, einige Fragen zur Klarstellung für mich. Habe ich richtig verstanden, dass Sie Ihr Anbot für 24 plus 6 Flieger gelegt haben?

Roger Lantz: Ja, das stimmt. Wenn ich mich recht entsinne, gab es auch für 6 Zweisitzer das Anbot. Also insgesamt 24 einsitzige und 6 zweisitzige Jagdflugzeuge.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Daraus schließe ich, dass sechs Flugzeuge für Schulungszwecke vorgesehen gewesen wären.

Roger Lantz: Die Zweisitzer sind nicht nur für Schulungszwecke gedacht. Das ist ein Flugzeug, das auch die Einsatzfähigkeit erweitert. Das geht nicht nur für Schulungseinsätze. Natürlich wird das auch für Pilotentraining verwendet.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Sondern auch zur Verwendung im Einsatz zweisitzige Flugzeuge?

Roger Lantz: Ja, natürlich.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Die Ausbildungskosten hätten Sie übernehmen wollen oder sollen für unsere Piloten?

Roger Lantz: Ja, das war in unserem Anbot. Aber wir haben das mit der Schwedischen Luftwaffe abgesprochen. Das war Teil unseres Anbots.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Herr Vizepräsident, Sie haben auch erwähnt, dass eine besondere Rolle in Ihrem Angebot, in Ihren Überlegungen auch Offsetgeschäfte gespielt haben. In welchem Ausmaß haben Sie Gegengeschäfte, Offsetgeschäfte angeboten?

Roger Lantz: Es sollten mindestens 200 Prozent Gegengeschäfte angeboten werden. Das haben wir gemacht. Wir haben unterschiedliche Projekte im Zusammenhang mit unserem Angebot gemacht. Wir haben dann ein Memorandum of Understanding, Absichtserklärungen mit unterschiedlichen Unternehmen in Österreich gemacht.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Abschließende Frage: Im zweiten Teil der Ausschreibung haben Sie erwähnt, dass für 2005 die Flugzeuge dieser Generation, dieser Typ noch nicht lieferbereit gewesen wäre.

Um welche Generation hätte es sich da gehandelt, beziehungsweise was war der Ausstattungsunterschied zwischen der vorhergehenden Generation und dieser Generation, die Sie in der zweiten Ausschreibung vorgesehen gehabt hätten?

Roger Lantz: Im zweiten Angebot haben wir die Expertenversion des Gripen angeboten. Das ist die Version, die wir jetzt weltweit vermarkten: mit Farbdisplay, mit Wiederauftanken in der Luft und so weiter. Das entsprach all ihren Anforderungen, und das entsprach auch den Spezifikationen in der Ausschreibung. Das haben wir angeboten.

Es gibt jetzt keinen richtigen Unterschied zwischen dem Flugzeug, das wir 2005 angeboten haben, und dem, das wir heute erzeugen. Aber damals, für das Jahr 2003, als Übergangslösung, boten wir eine frühere Version des Gripen an: ohne Farbdisplay und ohne Wiederauftankung in der Luft.

Also wenn sich Ihre Frage darauf bezieht: Das, was wir für 2005 angeboten haben, entsprach voll und ganz den Ausschreibungsunterlagen. Das ist genau das gleiche Flugzeug, das wir heute bauen.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): An der Radarausstattung gab es keine Entwicklung zwischen dem Vorgänger und dem jetzigen Typ?

Bei der Radarausstattung gab es keine entscheidende Entwicklung zwischen dem Vorgängermodell und dem jetzigen Modell?

Roger Lantz: Es könnte eine Veränderung gegeben haben, aber ich verstehe nicht genau, von welchem Vormodell Sie sprechen. Das, welches wir für den Liefertermin, nämlich das Jahr 2005, angeboten haben, ist das Expertenmodell, und da hätte eigentlich nichts diesbezüglich verändert werden sollen. Das entspricht voll den Ausschreibungsanforderungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Wünsche, Fragen zu stellen? – Dann stelle ich noch ganz kurze abschließende Fragen.

Herr Lantz, ist Ihnen irgendein Versuch von anderen Anbietern, das Verfahren zu beeinflussen, zur Kenntnis gekommen?

Roger Lantz: Nein, mir ist diesbezüglich nichts bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wollte ich nur zur Sicherheit abrundend fragen.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, dann danke ich Ihnen für Ihre Antworten und Ihr Kommen. Die Befragung ist damit beendet.

Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Übernachtung in Wien und einen guten Heimflug! (*Abg. Dr. Fekter: Und ein frohes Weihnachtsfest!*) Und ein frohes Weihnachtsfest.

Roger Lantz: Vielen Dank.

(Die Auskunftsperson verabschiedet sich vom Obmann und verlässt den Sitzungssaal.)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **unterbreche** für zwei Minuten die Sitzung und ersuche die Fraktionsführer und Fraktionsführerinnen, kurz zu mir zu kommen.

23.17

*(Die Sitzung wird um 23.18 Uhr unterbrochen und um 23.21 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** wieder **aufgenommen** – Fortsetzung s. **Auszugsweise Darstellung**; nichtöffentlicher Teil.)*

0.03

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 0.03 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als nächste **Auskunftsperson Volksanwalt Dr. Peter Kostelka** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die Auskunftsperson wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Dr. Kostelka als Auskunftsperson, weist diese ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen falscher Aussagen hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Volksanwalt Dr. Peter Kostelka: Name: Dr. Peter Kostelka, geboren am 1. 5. 1946; Anschrift: 2340 Mödling; Beruf: Volksanwalt.

Obmann Dr. Peter Pilz setzt Dr. Kostelka davon in Kenntnis, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen darf, und fragt die Auskunftsperson, wer ihre vorgesetzte Dienstbehörde sei.

Dr. Peter Kostelka: Die Volksanwaltschaft ist selbst Oberstes Organ. Vorgesetzte Dienstbehörde gibt es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz hält fest, dass Dr. Kostelka auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte einer dieser Gründe schlagend werden, so möge die Auskunftsperson den Ausschuss darauf hinweisen, und dies werde dann im Verfahren berücksichtigt werden.

Der Obmann weist Dr. Kostelka darauf hin, dass er nicht zu Dokumenten und Akten befragt werde, die sich auf Passagen beziehen, die entweder als „**NATO restricted**“ oder als „**geheim**“ klassifiziert seien, die also **vertraulich** zu behandeln wären.

Obmann Dr. Pilz fragt die Auskunftsperson, ob sie von der Möglichkeit Gebrauch machen wolle, einleitend eine Erklärung zum Beweisthema abzugeben. (*Dies wird verneint.*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Volksanwalt, in Ihrer Funktion als Volksanwalt sind Sie mit der Thematik nicht in Berührung gekommen?

Dr. Peter Kostelka: Nein. Mit Ausnahme der letzten zweieinhalb Wochen – zwischen dem Ausscheiden Stadlers und der Wahl des neuen Volksanwalts Kabas –, in denen ich auch für diesen Bereich zuständig war, bin ich für den gesamten Bereich der militärischen Landesverteidigung nicht zuständig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es haben sich hier zwischen den Fraktionen die Dinge so weit herauskristallisiert – auch um den Hintergrund zu erklären –, dass letztlich die Einstimmigkeit zur Ladung an Sie als Auskunftsperson gegeben war. Und zwar deshalb, weil aufgeklärt werden soll, ob im SPÖ-Klub eine Präsentation oder auch eine Pressekonferenz – ich fasse das gleich zusammen – stattgefunden haben könnte oder haben soll, entweder unmittelbar von Firmenvertretern oder auch Repräsentanten von SAAB, oder aber durch Vertreter der schwedischen Botschaft.

Ich spreche jetzt nur vom SPÖ-Klub, und ich habe gleich mehrere Möglichkeiten genannt, um es abzukürzen. Was sagen Sie dazu?

Dr. Peter Kostelka: Es hat in der Fraktion, im Klub keine derartige Darstellung gegeben. Das wäre im Übrigen auch nicht sonderlich sinnvoll gewesen, weil die Entscheidungen ja erst nachher gefallen sind, nach meinem Ausscheiden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was allenfalls sinnvoll gewesen wäre, das führt mich zu einer ganz anderen Frage. Haben Sie irgendwelche besonderen Kontakte zum damaligen Verteidigungsminister verfügt, etwa dergestalt, dass Sie in irgendeiner Art und Weise Einfluss auf die Entscheidung nehmen konnten?

Dr. Peter Kostelka: Ich habe Björn von Sydow selbstverständlich gekannt, aber ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ich meine Bundesminister Scheibner.

Dr. Peter Kostelka: Bundesminister Scheibner habe ich aus einer Zeit als Abgeordneter im Nationalrat natürlich gekannt. Aber über die Frage einer Beschaffung in diesem Zusammenhang habe ich kein Gespräch geführt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur um den Hintergrund zu erläutern, und dass ich auch meinen eigenen Zustimmungsbeschluss im Nachhinein noch besser verstehe, was die Ladung Ihrer Person betrifft: Uns geht es ja um die Aufklärung der Frage der Beschaffung und des ganzen Vorgangs der Beschaffung, und momentan befinden wir uns im so genannten Beweisthema 1, also bei den vorbereitenden Handlungen bis hin zur Ausschreibung. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Darmann übernimmt den Vorsitz.*)

Hätten Sie oder haben Sie die Möglichkeit gehabt – ich meine, so lange lag im Jahr 2001 die große Koalition nun doch nicht zurück –, an irgendwelchen Regierungsstellen Einfluss zu nehmen, etwa auch beim Herrn Bundeskanzler, beim Herrn Wirtschaftsminister, beim Herrn Finanzminister? – Alle waren in gewisser Weise tangiert. Wäre das denkbar?

Dr. Peter Kostelka: Es wäre theoretisch denkbar, aber es ist nicht passiert. Ich habe mit keinem dieser Herren ein Gespräch über den Beschaffungsvorgang geführt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben am Donnerstag, den 18. Jänner 2001, am Abend an einem Treffen im Beisel „Vikerls Lokal“ im 15. Wiener Gemeindebezirk teilgenommen. Können Sie sich daran erinnern? (*Dr. Kostelka: Selbstverständlich!*)

Wer war da anwesend?

Dr. Peter Kostelka: Da war der vorhin schon erwähnte schwedische Verteidigungsminister Björn von Sydow anwesend, da war der Parteivorsitzende Gusenbauer anwesend, und ich glaube, noch ein weiterer Abgeordneter des SPÖ-Klubs; wenn ich mich richtig entsinne, Gaál. Das war es im Wesentlichen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat ja bei den Vorgesprächen zu einer möglichen Koalition ÖVP-SPÖ Einigung darüber gegeben, dass die Nachbeschaffung ansteht. Das ist auch in diesem Papier, das ja öffentlich geworden ist, verankert gewesen. Die Schweden haben zudem gewusst, dass wir nachbeschaffen; da hat es ja BMLV-interne intensive Kontakte zu Schweden gegeben.

Ist dieses Thema Nachbeschaffung bei diesem Abendessen ein Gespräch gewesen?

Dr. Peter Kostelka: Von Sydow hat ganz am Schluss dieses Gespräches auf die Nachbeschaffung hingewiesen. Die Diskussion darüber war aber relativ kurz, weil wir von Sydow in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht haben, dass dies eine Entscheidung der Bundesregierung sei und die SPÖ zu diesem Zeitpunkt der Bundesregierung nicht mehr angehörte.

Daher haben wir ihn darauf hingewiesen, dass es sinnvoll gewesen wäre, mit seinem vorangegangenen Gesprächspartner, nämlich Bundesminister Scheibner, dieses Thema anzuschneiden, und haben dann etwas locker hinzugefügt: Und das ist wahrscheinlich auch gut so für dich! – Und zwar deswegen, weil im Angesicht der damaligen sozialpolitischen Diskussionen von unserer Seite gesagt worden ist: Wir wüssten nicht, ob wir unter diesen Voraussetzungen einem teuren Anschaffungsakt zustimmen könnten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es innerhalb der sozialdemokratischen Kontakte mit den schwedischen Freunden Aktivitäten im Hinblick auf SAAB-Gripen gegeben?

Dr. Peter Kostelka: Nein. – Frau Abgeordnete, wenn Sie das schon ansprechen, dann muss ich auch kurz den Hintergrund ansprechen.

Spätestens ab dem Zeitpunkt des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union hat es eigentlich kontinuierlich – in etwa einmal im Jahr, einmal in neun Monaten – einen durchaus institutionalisierten Kontakt zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten von Schweden, Finnland, Irland und Österreich gegeben. Der Hintergrund ist relativ einfach erklärt. Diese Initiative ist nicht zuletzt von uns, auch von mir, ausgegangen, weil wir in der innenpolitischen Diskussion immer wieder der Argumentation gegenüberstanden sind: Die Finnen sind ja fast schon der NATO beigetreten, die Schweden verhandeln, die Iren wissen auch nicht, wie das weitergeht, und die Einzigen, die zurückhaltend sind, seid ihr Österreicher.

Es war daher in höchstem Maße **unser** Interesse, zu erfahren, wie die sicherheitspolitische Diskussion in diesen Ländern abläuft, und daher hat es – in der Regel in Schweden, unter dem Vorsitz von Anna Lindh, der später ermordeten schwedischen Außenministerin – diese Gespräche gegeben, in denen jeder sozusagen seinen Diskussionsstand dargelegt hat. In diesen Treffen ist immer wieder, eigentlich fast immer, zum Mittagessen Björn von Sydow dazugestoßen, hat uns über die Reduktion der Mob-Stärke der schwedischen Armee erzählt und einfach die sicherheitspolitische Diskussion unter den Neutralen Europas dargestellt.

Dann kam die Bildung der neuen Bundesregierung, der Beginn der Opposition durch die sozialdemokratische Fraktion. Dann kamen aber auch – korrekt nennt man das, glaube ich, so: – Maßnahmen der 14 innerhalb der Europäischen Union; deren Ende kam zu Anfang Herbst, also etwa September, Oktober des Jahres 2000. Relativ knapp danach kam Björn von Sydow ins Land – wahrscheinlich nicht zuletzt der Political Correctness zufolge von seiner Seite erklärtermaßen nicht nur, um mit dem Verteidigungsminister zu sprechen, sondern auch, um mit sozialdemokratischen Repräsentanten Kontakt aufzunehmen.

Zu diesem Zwecke wurde dieses Treffen arrangiert. Das war ein Treffen in diesem Lokal, mit einem Abendessen, und da ist – außerdem überaus interessant für uns – die Diskussion fortgesetzt worden. Denn zu dieser Zeit war Schweden gerade Vorsitzland innerhalb der Europäischen Union. Ein erklärtes Ziel Björn von Sydow war es, die europäische Task Force auf die Beine zu stellen. Es war für uns interessant, welche Position im europäischen Ministerrat vom österreichischen Vertreter eingenommen wurde, und ähnliche Dinge, und das wurde der Breite nach diskutiert. Zum Schluss kam es auch zu dieser Bemerkung – anlässlich des Desserts –, und das war es.

Wir waren in diesem Zusammenhang weder interessiert an der Frage der Beschaffung von Luftraumüberwachungsgeräten – wie das, glaube ich, korrekterweise heißt –, und waren auch nicht involviert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat sich im Laufe der Befragungen relativ stark manifestiert, dass es im Bundesheer – traditionell gewachsen, das ist plausibel erklärbar –, seit wir Fluggeräte haben, eine sehr intensive, ich sage einmal, Schweden-Lastigkeit oder Freundschaft (*Abg. Mag. Kogler: Besser „Gripen-Lastigkeit“!*) oder Gripen-Lastigkeit im Hinblick auch auf die Geräte, die wir schon haben, und dann in weiterer Folge hinsichtlich der Geräte, die hätten angeschafft werden sollen, gegeben hat.

Haben Sie – auch durch Ihre internationalen Kontakte, die Sie soeben geschildert haben – hier Aktivitäten gesetzt, wodurch sozusagen hohe Militärs in Schweden diese Kontakte besser nutzen konnten?

Dr. Peter Kostelka: Frau Abgeordnete, in diesem Zusammenhang war unser Interesse ein rein sicherheitspolitisches. Konkrete Beschaffungsakte haben da überhaupt keine Rolle gespielt und sind von uns auch gar nicht diskutiert worden. Offensichtlich war es ein Interesse Schwedens, aber das hat bei uns zu keinerlei Reaktionen geführt zu der einen Bemerkung beim Dessert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie ausschließen, dass sozialdemokratische Spitzenfunktionäre in den Beschaffungsvorgang, in das Lobbying für Gripen, involviert waren?

Dr. Peter Kostelka: Meines Wissens ist der Gripen ja nicht nachbeschafft worden, und konkrete Beschaffungshandlungen hat es in der Legislaturperiode vor 1999 nicht gegeben. Insofern würde ich prima vista sagen: nein; aber, um ehrlich zu sein: Ich war natürlich nicht Bundesminister für Finanzen oder was auch immer. In diesem Zusammenhang muss ich diese Einschränkung machen: Mir ist nichts Derartiges bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie nach Ihrem Treffen mit Sydow, in dem er selbst angesprochen hat, dass die Nachbeschaffung ansteht, dann mit irgendjemandem Gespräche darüber geführt, dass der Herr Verteidigungsminister – oder haben Sie Kontakte für ihn geknüpft?

Dr. Peter Kostelka: Nein, selbstverständlich nicht. Ich habe ihn zwar, glaube ich, danach noch einmal getroffen – ich glaube, es war danach –, und zwar in Paris bei einer WEU-Veranstaltung, bei einem Treffen der Westeuropäischen Union. Ich war Delegationsleiter sowohl zur WEU als auch zu den NATO-Parlamentariern. Aber da haben wir darüber auch in keiner Weise gesprochen.

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Entschuldigung, wenn ich Sie kurz unterbreche.

Wenn alle damit einverstanden sind – wir haben soeben Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt gehalten –, könnten wir jetzt auch mit dieser 15-Minuten/10-Minuten-Regelung anfangen. Ich weiß nicht, ob das allen recht ist; ich wollte nur darauf hinweisen, weil jetzt 10 Minuten um wären. Das wollte ich der Fairness halber sagen.

Abgeordnete Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Einfachheit halber: Ich habe noch zwei Fragen, und dann bin ich fertig. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*)

Wir wissen, dass es im Anbotszeitraum oder in unmittelbarer Nähe des Anbotszeitraums eine Gripen-Präsentation im Zusammenhang mit einer Pressekonferenz, in der nicht nur Klubmitglieder, sondern auch Journalisten anwesend waren, im SPÖ-Klub gab. Haben Sie Kenntnis davon?

Dr. Peter Kostelka: Mir ist davon nichts bekannt, und um ehrlich zu sein: Ich bezweifle das. Als Fraktionsvorsitzender hätte ich dem sicherlich nicht zugestimmt, weil wir nie ...

Abgeordnete Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu Ihrer Rechtfertigung: Sie waren damals nicht mehr Klubobmann. (*Dr. Kostelka: Gut!*)

Aber ich wollte nur wissen, ob Sie von dieser ... (*Dr. Kostelka: Nein!*) – Damit beende ich meine Befragung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir haben keine Fragen an den Herrn Volksanwalt.

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Dann darf ich jetzt ein, zwei Fragen stellen; erstmalig in der Doppelfunktion als Vorsitzender und als Abgeordneter einer Fraktion. – Guten Morgen, Herr Volksanwalt! (*Dr. Kostelka: Guten Morgen!*)

Mich würde nur Folgendes interessieren: Wieso sind Sie speziell zu diesem Essen, zu diesem Freundschaftsessen im Hinterstüberl dieses Lokals, eingeladen worden?

Dr. Peter Kostelka: Ich weiß gar nicht, ob ich eingeladen wurde und ob ich nicht der Einlader war. Aber das ist jetzt nebensächlich.

Es liegt auf der Hand: Ich war innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion sicherheitspolitisch sehr führend tätig. Ich war Repräsentant nicht nur meiner Fraktion, sondern auch des Hohen Hauses bei der WEU und bei Parlamentariern. Ich habe in dieser Funktion oder, besser gesagt, in meiner sicherheitspolitischen Kompetenz an den Gesprächen in Schweden teilgenommen. Daher war es klar: Wenn von Sydow kommt, den ich wahrscheinlich am besten gekannt habe, nehme ich daran teil.

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Volksanwalt, Sie haben auch gesagt oder festgestellt – und das war normalerweise, vermute ich einmal, dem schwedischen Verteidigungsminister klar –, dass Ihre Fraktion damals nicht der österreichischen Bundesregierung angehört hat. Wie ist er auf die Idee gekommen oder konnte er auf die Idee kommen, dass Sie möglicherweise einen Einfluss auf diese Beschaffung nehmen könnten?

Dr. Peter Kostelka: Ich glaube, wir betreiben jetzt Motivforschung; ich kann da nur vermuten. Aber es war für mich klar, dass das nicht eine Frage des Beschaffungsaktes, sondern der Political Correctness war. Es war wenige Monate nach dem Ende der so genannten EU-Maßnahmen, da war es für einen Angehörigen der sozialdemokratisch geführten schwedischen Regierung relativ schwierig oder gar nicht so einfach, als erster Eisbrecher zu einem Verteidigungsminister zu kommen, der noch dazu ein prononciertes Mitglied der freiheitlichen Fraktion war.

Daher war es für ihn klar, dass er, wenn er diesen Schritt setzt – offensichtlich in seinem Interesse –, selbstverständlich auch, wie im Übrigen auch andere, mit der Opposition Kontakt aufnimmt, und insofern in besonderem Maße natürlich mit der sozialdemokratischen Fraktion, die ihm nahe gestanden ist. Das hat stattgefunden, und es hat letztlich der Fortführung jener Gespräche gedient, die wir in Stockholm schon einige Male geführt hatten.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Volksanwalt, erstens bedanke ich mich im Namen der Freiheitlichen Partei dafür, dass Sie sich so lange Zeit genommen haben und so lange gewartet haben. Wir werden Sie auch nicht in Anspruch nehmen.

Ich wünsche Ihnen noch eine schöne Nacht, ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr! (*Dr. Kostelka: Danke!*)

Obmann-Stellvertreter Mag. Gernot Darmann: Gibt es weitere Fragen? (*Abg. Dr. Fekter: Wir sind diszipliniert!*)

(Die Auskunftsperson begibt sich aus dem Sitzungssaal.)

Dann dürfte diese Sitzung tatsächlich kurz nach Mitternacht ein Ende nehmen. – Herr Dr. Pilz wird das zum Ende bringen.

Obmann Dr. Peter Pilz (den Vorsitz übernehmend): Gegen Ende ist diese Sitzung und dieser Untersuchungsausschuss zu einem Ort der Liebe geworden. (*Abg. Dr. Kräuter: Nein! – Abg. Dr. Fekter: Dem Volksanwalt gegenüber!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht nur dem Volksanwalt gegenüber. – Ich wünsche jetzt ohnehin allen alles Gute und die allerbeste Erholung. Wir sehen uns als geläuterte, entspannte Menschen im nächsten Jahr wieder. Ich werde mich in erster Linie so bessern, dass ich es einigen Kollegen und Kolleginnen noch leichter machen werde.

Jetzt noch kurz zu etwas Ernsterem: Ich bitte darum, möglichst schnell Terminvorschläge in Bezug auf das Organisationskomitee zu unterbreiten, damit wir den 8. Jänner ordentlich vorbereiten können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss dem Ausschuss noch eine Mitteilung machen, die mir soeben von einer Kollegin vom ORF, glaube ich, überbracht wurde: Der Anwalt des Herrn Lantz habe die zwei Papiere, die ich ihm zur Einsicht vorgelegt habe, eingesteckt.

Wir haben nicht darauf geachtet, ob es wieder zurückgeleitet wird. Wir haben ihm das Deckblatt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden versuchen, das gleich zu klären. Wir haben eine Telefonnummer von Herrn Lantz und werden ihn gleich anrufen, damit das rasch zurückkommt.

Der Obmann sagt, er werde versuchen, für 8. Jänner 2007, 14 Uhr, eine Sitzung des Organisationskomitees zustande zu bringen, wünscht allen Frohe Weihnachten sowie ein gutes Neues Jahr und **schließt** die Sitzung.

00.30.24 Schluss der Sitzung: 0.30 Uhr